

Steffen Kailitz (Hrsg.)
Die Gegenwart
der Vergangenheit

Der „Historikerstreit“
und die deutsche
Geschichtspolitik



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Steffen Kailitz (Hrsg.)

Die Gegenwart der Vergangenheit

Steffen Kailitz (Hrsg.)

Die Gegenwart der Vergangenheit

Der „Historikerstreit“
und die deutsche
Geschichtspolitik



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

1. Auflage 2008

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2008

Lektorat: Frank Schindler

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist Teil der Fachverlagsgruppe
Springer Science+Business Media.

www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Krips b.v., Meppel

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in the Netherlands

ISBN 978-3-531-16132-7

Inhalt

<i>Steffen Kailitz</i> Einleitung	7
<i>Steffen Kailitz</i> Die politische Deutungskultur der Bundesrepublik Deutschland im Spiegel des „Historikerstreits“	14
<i>Hans-Christian Crueger</i> Geschichte als politische Wissenschaft – Der Historikerstreit	38
<i>Claus Leggewie</i> Historikerstreit – transnational	50
<i>Uffa Jensen</i> Wie die Historie öffentlich gebraucht wird: Jürgen Habermas und der Historikerstreit	72
<i>Armin Pfahl-Traugber</i> Die wissenschaftliche Dimension des „Historikerstreits“ auf dem Prüfstand. Eine Auseinandersetzung mit Ernst Nolte und Jürgen Habermas	84
<i>Barbara Zehnpfennig</i> Das Ende des ideologischen Zeitalters? Ideologisches Denken vor und nach dem Historikerstreit	105
<i>Enrico Syring</i> Der „Historikerstreit“ und die Frage der Historisierung des Nationalsozialismus	120
<i>Gerd Koenen</i> Hitlers Russland. Eine alternative Sicht auf den „kausalen Nexus“ zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus	133
Autorenangaben	154

Steffen Kailitz

Einleitung

Den Begriff „Historikerstreit“ prägte vermutlich der Journalist Hermann Rudolph (1986) anlässlich einer ersten Bilanz der geschichtspolitischen Kontroverse im Oktober 1986. Er machte bald – national und international – die Runde. Man kommt nicht umhin, weil er sich tief eingepägt hat, an ihm festzuhalten. Gleichwohl erscheint er aus drei Gründen etwas irreführend:

1. An der Debatte beteiligten sich keineswegs nur *Historiker*, sondern Intellektuelle verschiedener Ausrichtung;
2. Die Benennung ist sehr unspezifisch, da es mehr als einen Historikerstreit in der Geschichte der Bundesrepublik gab. So sorgte unter anderem die Kontroverse um die Thesen Fritz Fischers zur Rolle Deutschlands vor und im Ersten Weltkrieg für großes Aufsehen (Berghahn 1980; Geiss 1972). Clio's Priester waren schon immer streitbar und sie werden es bleiben (vgl. dazu u.a. Lehmann 2000; Große Kracht 2005);
3. Es handelt sich bei der Auseinandersetzung weniger um eine geschichtswissenschaftliche, als vielmehr um eine politische. Sie wurde primär öffentlichkeitswirksam in Zeitungen sowie Zeitschriften und nicht in geschichtswissenschaftlichen Fachpublikationen ausgetragen.

Wie kam es nun zu dieser Kontroverse, die über mehr als zwei Jahre die Gemüter erregte? Eine wichtige Wurzel des „Historikerstreits“ war die Kontroverse um den Besuch von Helmut Kohl und Ronald Reagan auf dem Friedhof in Bitburg 1985. Zahlreiche linke Intellektuelle erzürnte das Ereignis. Der Grund war, dass auch 49 Angehörige der Waffen-SS auf dem Friedhof begraben liegen. Habermas, einer der bekanntesten deutschen Wissenschaftler und einflussreichster linksdemokratischer Intellektueller der Bundesrepublik, erblickte hinter dem Händedruck Reagans und Kohls auf dem Friedhof von Bitburg eine „Entsorgung der [NS-]Vergangenheit“ (Habermas 1985)¹, indem eine antikommunistische „Waffenbrüderschaft“ beschworen und damit zur deutschen Tradition eines „Verdrängungsantikommunismus“ (mit Resten von Antisemitismus) zurückge-

¹ Die inzwischen inflationär benutzte Wendung stammt von Helmut Dubiel und Günther Frankenberg (1983).

kehrt werde. Eine weitere Wurzel der Kontroverse unter Historikern waren die – noch zu Zeiten der sozialliberalen Regierung angestoßenen – Pläne der CDU/CSU-FDP-Koalition für Geschichtsmuseen in Bonn und Berlin. Der Funke, der das Feuer entfachte, waren die Frankfurter Römerberggespräche. Auf diesem Kongress prallten die Anhänger des Antifaschismus mit Anhängern des Antitotalitarismus direkt (Michael Stürmer) oder indirekt (Ernst Nolte) zusammen.

Auch für die Streitteilnehmer war die Kontroverse – unabhängig von ihrer politischen Vorliebe – eine politisch-kulturelle Auseinandersetzung um das Geschichtsbild wie um die nationale Identität. Der Vorrang des Politischen zeigt sich vor allem in der Frontstellung: Jürgen Habermas sprangen u.a. Martin Broszat, Eberhard Jäckel, Jürgen Kocka, Hans-Ulrich Wehler und Heinrich-August Winkler zur Seite. Die vier angegriffenen rechtsdemokratischen Historiker – Klaus Hildebrand, Andreas Hillgruber, Ernst Nolte und Michael Stürmer – wurden u.a. verteidigt von Joachim Fest, Horst Möller, Thomas Nipperdey und Hagen Schulze. Die Hauptkonfliktlinie verlief grob gesagt zwischen sozial- und christdemokratischen Intellektuellen. Erstaunlich war am „Historikerstreit“, dass die „68er“ nicht mitdiskutierten.² Wie in allen intellektuellen Debatten waren zudem Frauen stark unterrepräsentiert. Die Kontroverse war somit im Kern ein Streit älterer Männer. Die meisten der Akteure sind in einem Zeitraum von lediglich sieben Jahren geboren. Zu ihren biographischen Erfahrungen gehörte überwiegend das Erleben der NS-Zeit aus der Perspektive des Hitlerjungen und am Ende des Krieges als Flakhelfer: Rudolf Augstein (1923), Martin Broszat (1926), Joachim Fest (1926), Jürgen Habermas (1929), Andreas Hillgruber (1925), Eberhard Jäckel (1929), Hans und Wolfgang Mommsen (1930), Thomas Nipperdey (1927), Ernst Nolte (1923), Kurt Sontheimer (1928) und Hans Ulrich Wehler (1930).³

Inzwischen ist der „Historikerstreit“ ein Streit aus einer anderen Zeit. Der „eiserne Vorhang“ war noch geschlossen und die Berliner Mauer stand noch ebenso wie die Zwillingstürme des World Trade Center in New York. Dies macht die Kontroverse kaum weniger interessant, aber der Abstand erleichtert es, eine von emotionalen Aufwallungen freie, wissenschaftliche Bilanz über die politisch-kulturelle Bedeutung des „Historikerstreits“ und über den wissenschaftlichen Gehalt der im „Historikerstreit“ präsentierten Positionen vorzulegen. Die Analysen zum „Historikerstreit“ in diesem Band können dabei als Beiträge zur

² Dieser Punkt wurde sehr stark in einer internationalen Diskussion von Geschichtswissenschaftlern zum 20. Jahrestag des Ausbruchs „Historikerstreits“ betont: Forum 2006.

³ Zu den jüngeren Hauptakteuren zählten Klaus Hildebrand (1941), Jürgen Kocka (1941), Michael Stürmer (1938) und Heinrich August Winkler (1938). Vgl. zur biographischen Dimension des „Historikerstreits“ etwa Herbert 2003: S. 105-109.

Erforschung der Geschichtspolitik in Deutschland gedeutet werden. Dabei ist die Geschichtspolitik als ein für die Herausbildung gemeinsamer Vorstellungen in einem politischen System sehr bedeutsames Politikfeld anzusehen, auf dem Deutungen der Vergangenheit und Gegenwart um Anerkennung im Gemeinwesen ringen (siehe zu dem Terminus Geschichtspolitik ausführlicher Wolfrum 1999). Dieses Politikfeld findet ein immer stärkeres Forschungsinteresse (vgl. u.a. Assmann 2006, Brito/González-Enríquez/Aguilar 2001, Knigge/Frei 2002, Leggewie/Meyer 2005, Reichel 1995, Smith/Margalit 1997, Strath 2000). Zugleich ist der Band ein Beitrag zur politischen Kulturforschung, die sich nicht in der Auswertung von Ergebnissen der Demoskopie erschöpfen kann (vgl. dazu u.a. Kailitz 2001, Rohe 1987, 1994, Schwab-Trapp 1996).

Ein Band über den „Historikerstreit“ muss in besonderem Maße den strengen Kriterien der Wissenschaftlichkeit entsprechen. Es darf nicht der Eindruck entstehen, Vertreter der einen oder anderen Seite wollten im „Historikerstreit“ 20 Jahre nach der Kontroverse „nachkartieren“. Deutliche persönliche Stellungnahmen zum Streitgeschehen sollten daher in diesem Buch so weit wie möglich unterbleiben. Mir und den anderen Autoren geht es um eine Analyse des Streits und nicht um seine Fortsetzung.

In meinem folgenden Beitrag untersuche ich den „Historikerstreit“ aus dem Blickwinkel der vergleichenden Politikwissenschaft, speziell der vergleichenden politischen Kulturforschung. Ich erläutere dabei zunächst, warum sich in Deutungskonflikten zentrale Strukturen und Elemente einer politischen Deutungskultur zeigen. Der „Historikerstreit“ wird dabei von mir als ideale Basis angesehen, um Aussagen über die politische Deutungskultur der „alten Bundesrepublik“ in den 1980er Jahren zu treffen. Von der Einzigartigkeit nationalsozialistischer Verbrechen bis zum Verfassungspatriotismus prägten die „Historikerstreiter“ Deutungen, die Argumentationen in den deutschen Debatten bis in die Gegenwart prägen.

Auch *Hans Christian Crueger* deutet den „Historikerstreit“ als politischen Streit. Er belegt dabei, dass geschichtswissenschaftliche Großkontroversen in aller Regel politisch sind. Dies sei bedingt durch die Methodik der Geistes- und Sozialwissenschaften und solle nicht per se als Unglück angesehen werden. Ungeachtet der wenig schönen Form und wissenschaftlich geringen Produktivität der eigentlichen Diskussion, könne gerade die Historisierung der Auseinandersetzungen selbst, also deren kritische Rezeption, mittelbar auch Positives bewirken.

Der Blick auf den „Historikerstreit“ konzentriert sich gewöhnlich auf seine innenpolitische Dimension. *Claus Leggewie* untersucht erstmals in umfassender Weise die außenpolitischen Implikationen der im „Historikerstreit“ angeschnittenen Standort- und Kursbestimmung der Bundesrepublik und ihre Folgen an-

hand der aktuellen Debatte um einen Militäreinsatz der Bundeswehr im Nahen Osten. Im Zentrum der Betrachtung steht dabei die These der Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Verbrechen. Leggewie zeichnet nach, dass sich die Begründungen für stärkeres außenpolitisches Engagement von einem „trotz Auschwitz“ in der Ära Kohl/Genscher zu einem „wegen Auschwitz“ in der Ära Schröder/Fischer gewandelt haben. Das heutige Europa müsse sich nun den großen Katastrophen des vergangenen Jahrhunderts stellen, gleichwohl biete der Holocaust aber keine politische Handlungsanleitung für das heutige Europa, wie es das im Januar 2000 ins Leben gerufene Stockholm International Forum nahe gelegt habe.

Ausgehend von Jürgen Habermas' zentraler Rolle im „Historikerstreit“ untersucht *Uffa Jensen* einige Entwicklungslinien in der bundesrepublikanischen Erinnerungskultur. Er interessiert sich dabei insbesondere für Habermas' Unterscheidung zwischen öffentlichem und wissenschaftlichem Gebrauch der Historie, seinen Fokus auf eine deutsche Traditionsverunsicherung durch „Auschwitz“, sein Plädoyer für eine postkonventionelle Identität und die damit verbundene Abkehr von einem deutschen „Sonderweg“. Daran anschließend argumentiert er, dass die einflussreiche Position Habermas' im „Historikerstreit“ langfristige Folgewirkungen besaß und in ihr fundamentale Probleme der gegenwärtigen Auseinandersetzung bereits angelegt waren: die Entmachtung der Geschichtswissenschaft, die Entstehung von Erinnerungstolz und eines ethnischen Vorbehalts sowie eine Entpolitisierung der Vergangenheitsdebatte.

Einen anderen Blickwinkel als die ersten Beiträge nimmt *Armin Pfahler-Traugher* ein. Er prüft die wissenschaftliche Qualität der Argumentation der beiden Hauptprotagonisten des „Historikerstreits“, Ernst Nolte und Jürgen Habermas. Er kommt zu einem äußerst kritischen Ergebnis. Beide hätten sich in der Auseinandersetzung wissenschaftlich zweifelhafter Methoden bedient. Diese reichten von der Manipulation von Zitaten der Kritisierten im Falle von Habermas bis zur Behauptung historischer Zusammenhänge ohne Beleg im Falle von Ernst Nolte. Beide Seiten seien also den Anforderungen an eine wissenschaftliche Diskussion nicht gerecht geworden. Daher habe der „Historikerstreit“ auch keine wissenschaftlichen Früchte getragen und die Nationalsozialismusforschung nicht vorangetrieben.

Barbara Zehnpfennig zeigt in ihrem Beitrag, dass, obwohl der „Historikerstreit“ ideologisch geführt wurde, bei der Auseinandersetzung über einen der Hauptstreitpunkte, den kausalen Nexus zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus, die jeweilige Ideologie so gut wie keine Rolle spielte. Sie arbeitet dies als ein entscheidendes Defizit heraus. Über die Plausibilität eines kausalen Nexus lasse sich nämlich nur angemessen urteilen, wenn man in Hitlers Weltanschauung das bewusst als solches angelegte Gegenmodell zur marxistischen

Ideologie erkenne. Die Beschränkung des Blicks auf die Außenseite der totalitären Systeme, die Vernachlässigung des geistigen Hintergrunds führe jedoch zu intellektueller Wehrlosigkeit, wenn das alte Denken in neuer politischer Form wiederkehren sollte. In diesem Punkt hat für Barbara Zehnpfennig der „Historikerstreit“ zu kurz gegriffen, da die Hoffnung auf ein postideologisches Zeitalter trügerisch sein könnte.

Aus wissenschaftlicher Perspektive war im „Historikerstreit“ die Frage der „Historisierung“ des Nationalsozialismus von zentraler Bedeutung. *Enrico Syring* zeigt in seinem Beitrag, dass sich die von Martin Broszat, dem damaligen Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München, angestoßene Historisierungsdiskussion und der „Historikerstreit“ überschneiden und eng miteinander verwoben waren. Durch diese Verquickung sei das Historisierungsanliegen beschädigt worden, das eine sachlichere Diskussion in einer weniger emotional aufgeladenen Atmosphäre verdient gehabt hätte. Zugleich ist Syring bei der Betrachtung der aktuellen Entwicklung hoffnungsfroh. Viele der Anregungen Martin Broszats seien inzwischen stillschweigend umgesetzt worden – sogar in den elektronischen Medien –, auch wenn sich kaum noch jemand ausdrücklich auf das Historisierungspostulat Broszats berufe.

Der Beitrag von *Gerd Koenen* lässt sich als Beleg dafür deuten, dass die wissenschaftliche Bilanz des „Historikerstreits“ nicht so düster ausfällt, wie manche beklagen. Für das dem Beitrag zugrunde liegende Buch erhielt der Autor den „Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung 2007“ (zusammen mit Michail Ryklin, Moskau). Koenen geht von Ernst Noltes These vom „kausalen Nexus“ zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus aus und prüft diese sorgfältig auf ihren wahren Kern. Nach Koenen stellt sich im Rückblick auf die Weimarer Republik und die Machtergreifung der Nationalsozialisten der „Nexus“ mit dem bolschewistischen Russland vollkommen anders dar, als es dem geläufigen Bild eines Komplexes aus Antikommunismus, Antisemitismus und Russlandfeindschaft entspreche. Die eigentliche Grundspannung der Republik habe zwischen der wachsenden ökonomischen und kulturellen Westintegration und einer – von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten reichenden und auch maßgebliche Teile der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Mitte sowie der brodelnden Weimarer Kulturszene umfassenden – vagen „Ostorientierung“ als politisch-intellektueller Abwehr und Affektbildung bestanden.

Am Ende dieser kurzen Einleitung möchte ich allen danken, die an dem Buch mitgewirkt haben. Dank gebührt neben den Autorinnen und Autoren Volker Kronenberg, der ebenfalls ein Buch zum „Historikerstreit“ herausgibt, für die Inspiration zu diesem Projekt und den stetigen produktiven Gedankenaustausch bei der Entstehung der beiden Sammelbände. Christian Weckenbrock danke ich sehr herzlich dafür, dass er meine Korrekturen eingearbeitet und eine druckferti-

ge Vorlage erstellt hat. Meiner Frau, Dr. Susanne Kailitz, Dr. Lazaros Miliopoulos und Jacqueline Rettschlag danke ich dafür, dass sie das Manuskript korrigiert haben.



Literatur:

- Assmann, Aleida, 2006: *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, München.
- Berghahn, Volker, 1980: Die Fischerkontroverse 15 Jahre danach, in: *Geschichte und Gesellschaft* 6, S. 403-420.
- Brito, Barahona de/González-Enríquez, Carmen/Aguilar, Paloma (Hrsg.), 2001: *The Politics of Memory. Transitional Justice in Democratizing Societies*, Oxford.
- Dubiel, Helmut/ Frankenberg, Günther, 1983: Entsorgung der Vergangenheit. Widerspruch gegen eine neokonservative Legende, in: *Die Zeit* 18. März.
- Forum, 2006: The Historikerstreit Twenty Years On, in: *German History* 24, S. 587-607.
- Geiss, Imanuel, 1972: Die Fischer-Kontroverse. Ein kritischer Beitrag zum Verhältnis zwischen Historiographie und Politik in der Bundesrepublik, in: Ders., *Studien über Geschichte und Geschichtswissenschaft*, 2. Aufl., Frankfurt a.M., S. 108-198.
- Große Kracht, Klaus, 2005: *Die zankende Zunft. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945*, Göttingen.
- Habermas, Jürgen, 1985: Die Entsorgung der Vergangenheit. Ein kulturpolitisches Pamphlet, in: *Die Zeit* 17. Mai.
- Herbert, Ulrich, 2003: Der Historikerstreit. Politische, wissenschaftliche, biographische Aspekte, in: Sabrow, Martin/Jessen, Ralph/Große Kracht, Klaus (Hrsg.), *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Grosse Kontroversen seit 1945*, München, S. 94-113.
- Kailitz, Steffen, 2001: Die politische Deutungskultur im Spiegel des „Historikerstreits“. What's right? What's left, Wiesbaden.
- Knigge, Volkhard/Frei, Norbert (Hrsg.), 2002: *Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord*. München.
- Leggewie, Claus/Meyer, Erik, 2005: „Ein Ort, an den man gerne geht“. Das Holocaust-Mahnmal und die deutsche Geschichtspolitik nach 1989, München/Wien.
- Lehmann, Hartmut, 2000: Clios streitbare Priester: Zur Einführung, in: Ders. (Hrsg.), *Historikerkontroversen*, Göttingen, S. 7-14.
- Reichel, Peter, 1995: Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, München/Wien.
- Rohe, Karl, 1987: Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kultur-Forschung, in: Berg-Schlosser, Dirk/Schissler, Jakob (Hrsg.), *Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung*, Opladen, S. 39-48.

-
- Rohe, Karl, 1994: Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts, in: Oskar Niedermayer/Beyme, Klaus von (Hrsg.), Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Berlin, S. 1-21.
- Rudolph, Hermann, 1986: Falsche Fronten? Zum Historikerstreit um die Frage, welche Rolle die Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich für unser Selbstverständnis spielen kann, in: Süddeutsche Zeitung vom 4./5. Oktober.
- Schwab-Trapp, 1996: Michael, Konflikt, Kultur und Interpretation. Eine Diskursanalyse des öffentlichen Umgangs mit dem Nationalsozialismus, Opladen.
- Smith, Garry/Margalit, Avishai (Hrsg.), 1997: Amnestie oder Die Politik der Erinnerung, Frankfurt a. M.
- Strath, Bo (Hrsg.), 2000: Myth and Memory in the Construction of Community, Brüssel.
- Wolfrum, Edgar, 1999: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990, Darmstadt.

Steffen Kailitz

Die politische Deutungskultur der Bundesrepublik Deutschland im Spiegel des „Historikerstreits“¹

1 Einleitung

Noch immer konzentriert sich die politische Kulturforschung fast ausschließlich darauf, die Einstellungen der Bürger zu erforschen.² Damit bleibt ein wesentlicher Teil der politischen Kultur unterbelichtet. Politische Kultur entsteht und besteht nämlich erst aus dem spezifischen „Zusammenspiel zwischen verfestigten, tradierten Wert- und Überzeugungssystemen der einzelnen Gesellschaftsmitglieder und dem ständigen Angebot gesellschaftlich-politischer Deutungsmuster“ durch „Sinnproduzenten“ (Kaase 1983). Es sind demnach zwei Ebenen der politischen Kultur zu unterscheiden: die Ebene der Einstellungen der Bürger und die Ebene, auf der die Deutungen der „Sinnproduzenten“ um Vorherrschaft ringen (vgl. u.a. Rohe 1987, 1994). Die Deutungsebene findet in der Politikwissenschaft zunehmend Berücksichtigung. Ein sehr gutes Beispiel für die Fruchtbarkeit der Berücksichtigung ist etwa die vergleichende Studie von John S. Dryzek und Leslie T. Holmes zur politischen Debatte über Demokratie in 13 postkommunistischen Demokratien und Diktaturen (vgl. Dryzek/Holmes 2002). Allerdings besteht noch immer ein großer Forschungsbedarf mit Blick auf das Ringen der „Sinnproduzenten“ um die Hegemonisierung und Tabuisierung gesellschaftlich-politischer Deutungsmuster.

Dieser Beitrag bietet eine detaillierte Fallstudie der Bundesrepublik Deutschland in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre. Er möchte folgende Leitfrage beantworten: Welche Strukturen und Elemente der politischen Deutungskul-

¹ Dieser Beitrag ist eine aktualisierte Zusammenfassung von wesentlichen Ergebnissen meiner Dissertation: Kailitz 2001. Die vollständige Literatur- und Quellenliste der Arbeit findet sich unter http://www.tu-chemnitz.de/phil/politik/sys/pdf/kailitz_promoliste.pdf.

² Vgl. für einen sehr guten, aber etwas einseitig auf die Einstellungsforschung konzentrierten Überblick Pickel/Pickel 2006. So wird in dem Band der Ansatz von Karl Rohe vorgestellt. Es wird aber 1. nicht darauf eingegangen, dass auch zahlreiche Empiriker wie Max Kaase oder Franz Urban Pappi seit langer Zeit die Konzentration der politischen Kulturforschung auf die Einstellungen der Bevölkerung für problematisch halten; 2. wurden die verschiedenen Versuche, die Ebene des Ringens der „Sinnproduzenten“ um Deutungen zu erfassen, nicht berücksichtigt.

tur der Bundesrepublik Deutschland spiegeln sich im „Historikerstreit“? Die Frage nach der Struktur einer Deutungskultur bezieht sich auf den Grad ihrer Heterogenität, die Konfliktlinien zwischen den politischen Subkulturen, die Machtverhältnisse und die Formen der Auseinandersetzung zwischen ihnen. Mit Elementen einer politischen Deutungskultur sind jene Werte gemeint, die in einer bestimmten politischen Kultur von Wichtigkeit sind. Ich beantworte die Leitfrage basierend auf einer Dokumentanalyse von weit mehr als 1.000 Beiträgen zum und über den „Historikerstreit“ wie einer Expertenbefragung der bedeutendsten Streitteilnehmer (vgl. zu dieser Methode u.a. Krippendorff 2004). Mein Versuch, mittels der Analyse eines zentralen Deutungskonflikts wesentliche Strukturen und Elemente der politischen Deutungskultur eines Landes ermitteln zu wollen, ist neu. Der Leser sollte seine Aufmerksamkeit also vor allem auf die Fruchtbarkeit dieses Vorgehens und weniger auf den Neuigkeitswert der einen oder anderen Äußerung zum „Historikerstreit“ in diesem Beitrag richten. Wäre der „Historikerstreit“ etwa nur eine heftige Auseinandersetzung um die Thesen des Historikers Ernst Nolte gewesen, wäre er aus politikwissenschaftlicher Sicht einzig mit Blick auf die Entstehungsbedingungen der nationalsozialistischen Diktatur interessant. Die Kontroverse selbst könnte dann weitgehend den Schreibern einer Geschichte der Geschichtswissenschaft überlassen bleiben. Im ersten Teil des Beitrags möchte ich daher zunächst belegen, dass es sich beim „Historikerstreit“ um einen Deutungskonflikt handelt, der Aufschlüsse über die politische Deutungskultur der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht (Teil 2). Anschließend werden im Hauptteil Grundstrukturen (Teil 3) und Elemente (Teil 4) der politischen Deutungskultur der Bundesrepublik zur Zeit des „Historikerstreits“ dargelegt.

2 Der „Historikerstreit“ – ein Konflikt um die Deutungshegemonie?

Der politische Raum lässt sich in Deutschland grob in vier Bereiche gliedern: linke und rechte Demokraten sowie Linksextremisten und Rechtsextremisten. Diese Unterteilung ist umstritten, sie hat sich jedoch in der Forschungspraxis bewährt.³ Auch wenn sich nahezu endlos über den Inhalt der Begriffe links und rechts streiten lässt, weisen empirische Wahlforscher kontinuierlich die fundamentale Bedeutung der Richtungsbegriffe „links“ und „rechts“ für die politische Selbstverortung in Deutschland nach (vgl. u.a. Inglehart/Klingemann 1976, Ja-

³ Varianten einer zweidimensionalen Kategorisierung des politischen Spektrums mit etwas abweichender Begrifflichkeit finden sich in den empirischen Arbeiten von Klingemann/Pappi 1972: S. 29-33; Infratest 1980: S. 27 sowie Scheuch 1974: S. 459 f.

godzinski/Kühnel 1994, Noelle-Neumann 1996). An die grundlegende Einteilung in links und rechts knüpften im 19. Jahrhundert die Bezeichnungen „*extrême droite*“ und „*extrême gauche*“ für die radikalsten Vertreter der Rechten und Linken an (vgl. u.a. *Dictionnaire Politique* 1842, zur Begriffsgeschichte Backes 2006). Angewendet auf das heutige politische Spektrum sind als politische Extremisten Anhänger von Ideen anzusehen, deren Umsetzung zu einer Diktatur führen würde.⁴ Die Kategorie „radikal“ nutze ich, um Positionen zu kennzeichnen, die nicht darauf zielen, eine linke oder rechte Diktatur zu errichten, die aber am linken oder rechten Rand des politischen Spektrums anzusiedeln sind und zumindest Elemente des demokratischen Verfassungsstaats in Frage stellen. Die Unterscheidung zwischen Befürwortern und Fundamentalkritikern wie Gegnern eines bestimmten politischen Systems dient bei der Untersuchung einer politischen Deutungskultur dazu, Anhaltspunkte zur Beantwortung der Frage nach der politischen Systemstabilität zu gewinnen. Stimmen politische Struktur und politische (Mehrheits-)Kultur auf der Deutungsebene überein, dann kann ein politisches System auf dieser Ebene als stabil gelten. Stimmen sie nicht überein, dann ist das politische System – wie z.B. die Weimarer Republik – instabil.

Ich habe in meiner Untersuchung die Intellektuellen mittels der vier Etiketten linksradikal bzw. linksextremistisch, linksdemokratisch, rechtsdemokratisch und rechtsradikal bzw. rechtsextremistisch kategorisiert. Dies ist ein ausgesprochen grobes Raster, das überhaupt nicht dazu geeignet ist, die Feinheiten der politischen Gedankenwelt von Intellektuellen zu erfassen. Darum geht es aber in dieser Untersuchung auch gar nicht. Niemand würde auch realistisch erwarten, dass etwa Bevölkerungsumfragen und die auf ihnen basierenden Analysen alle Feinheiten der Gedankenwelt der Bevölkerung spiegeln. Die Grobeinteilung dient vielmehr lediglich dazu, um empirisch prüfen zu können, ob der „Historikerstreit“ von politischen Konfliktlinien dominiert war.

Um die Akteure politisch zuzuordnen, wurden dabei u.a. alle Personen mit mindestens zwei Streitbeiträgen gebeten sich mittels einer auch in Bevölkerungsumfragen genutzten Skala selbst einzuordnen. Zum Befragtenkreis gehören: Karl Dietrich Bracher, Detlev Claussen, Helmut Fleischer, Georg Fülberth, Imanuel Geiss, Helga Grebing, Jürgen Habermas, Wolfgang Fritz Haug, Eike Hennig, Eberhard Jäckel, Karl-Ernst Jeismann, Eckhard Jesse, Jürgen Kocka, Wolfgang Kraushaar, Wolfgang Marienfeld, Joachim Perels, Wolfgang Mommsen, Rolf Kosiek, Jens Reich, Konrad Repgen, Hagen Schulze, Heinrich Senfft, Theo Sommer, Michael Stürmer, Hans-Ulrich Wehler, Heinrich August Winkler, Michael Wolffsohn, Rainer Zitelmann. Mit Jürgen Kocka, Hans Mommsen,

⁴ Vgl. Kailitz 2004.

Ernst Nolte, Michael Stürmer, Hans-Ulrich Wehler und Heinrich August Winkler führte ich zudem wegen ihrer großen Bedeutung im „Historikerstreit“ lange persönliche Gespräche. Jürgen Habermas war dabei nicht für ein längeres Interview zu gewinnen und beantwortete nur den Fragebogen. Von den Hauptkontrahenten fehlte bei den Befragungen nur Klaus Hildebrand, der nicht auf meine Anfragen reagierte.

Zunächst sind nachvollziehbare Kriterien festzulegen, die einen politischen Deutungskonflikt auszeichnen. Meine zugrunde liegende Annahme lautet: In demokratischen Verfassungsstaaten gleichen sich das Ringen um politische Macht und Deutungsmacht strukturell. Wie in einem Wahlkampf würden sich demnach in einem Kampf um die politisch-kulturelle Hegemonie oder weniger martialisch ausgedrückt in einem politischen Deutungskonflikt politische Gruppen gegenüberstehen, die um politischen Einfluss (Deutungsmacht) konkurrieren und über ein „Deutungsprogramm“ verfügen.

Im „Historikerstreit“ sind beide Kriterien erfüllt. Meine Auswertung der Streitbeiträge zeigte eine sehr hohe Übereinstimmung zwischen der politischen Verortung der Streitteilnehmer und ihrer Deutungsmuster. In der Auseinandersetzung standen sich also Akteure (linke Demokraten, rechte Demokraten, linke Radikale, rechte Radikale) gegenüber, die ihre Deutungen durchzusetzen versuchten. Allerdings lässt sich darüber streiten, ob es übertrieben ist, von einem politischen Gruppenverhalten der Akteure zu sprechen.

Unter Akteuren aller politischen Couleur war dabei der Gedanke verbreitet, es sei auf intellektueller Ebene ein Kampf um die kulturelle (Deutungs-)Hegemonie zu führen, um das eigene Lager zu stärken. Dies bedeutet allerdings nicht, dass jeder Streitteilnehmer diesen Gedanken teilte. Eine bedeutende Minderheit der Teilnehmer wollte den „Historikerstreit“ als wissenschaftliche Kontroverse führen.

Bereits die Vorgeschichte des „Historikerstreits“ zeigt, dass seine Entstehung auf politische Gründe zurückzuführen ist. Viele linke Intellektuelle waren nach dem Regierungsantritt der CDU/CSU-FDP-Koalition 1982 verunsichert, zumal in anderen westlichen Demokratien, vor allem unter der Ägide von Margaret Thatcher in Großbritannien und Ronald Reagan in den USA, ein gewisser Rechtsruck festzustellen war (vgl. u.a. Brunkhorst 1987, Glotz 1985, Habermas 1979).⁵ Dazu trugen Trompetenstöße rechtsdemokratischer Intellektueller und Politiker bei, die in der Bundesrepublik von einer „geistig-moralischen Wende“

⁵ In den Werken von Glotz und Brunkhorst erfuhrt das Konzept der kulturellen Hegemonie mit unterschiedlicher Blickrichtung auch eine entgegengesetzte Bewertung. Glotz empfahl es mit positiver Konnotation der Linken, während Brunkhorst gegen den kulturellen Hegemonieanspruch „deutscher Mandarine“, gemeint waren rechte Intellektuelle, wettete.

kündeten.⁶ Der Geschichtspolitik maßen – der mit einer geschichtswissenschaftlichen Arbeit promovierte – Helmut Kohl⁷ und einige der bekanntesten Anhänger der CDU-Regierung unter den Intellektuellen große Bedeutung bei. Vor allem der Publizist Ludolf Herrmann, Herausgeber der CDU-nahen Zeitschrift „Die politische Meinung“, und der Historiker Michael Stürmer⁸ engagierten sich rege (Herrmann 1983, Stürmer 1986). Die SPD wollte der Auseinandersetzung auf diesem Feld nicht ausweichen. In mancher Hinsicht unabhängig von der Entwicklung im christdemokratischen Lager war die Bedeutung des Themas Geschichte in der SPD gewachsen. So beschloss der Vorstand der SPD im Oktober 1982, eine „Historische Kommission“ zu gründen (Miller 1985: S.12). Der erste größere Konflikt auf dem Feld der Geschichtspolitik in der Regierungszeit von Helmut Kohl war der Streit um den Besuch von Helmut Kohl und Ronald Reagan auf dem Friedhof in Bitburg. Zahlreiche linksdemokratische Intellektuelle, allen voran Jürgen Habermas, erzürnten sich 1985 über das Ereignis.⁹ Eine weitere Kontroverse gab es unter Historikern um die – noch zu Zeiten der sozialliberalen Regierung angestoßenen – Pläne der CDU/CSU-FDP-Koalition für Geschichtsmuseen in Bonn und Berlin. Die aufgeheizte Stimmung unter den „Sinnproduzenten“ eskalierte schließlich im über mehrere Jahre ausgetragenen „Historikerstreit“.

Im nächsten Untersuchungsschritt möchte ich nun zeigen, dass es sich beim „Historikerstreit“ um einen politischen Deutungskonflikt handelte, der in mancher Hinsicht einem Wahlkampf glich. Dazu beleuchte ich das Streitverhalten der Teilnehmer. Paul-Hermann Gruner (1990) hat in seinen Untersuchungen der Wahlkämpfe der Bundesrepublik Deutschland fünf typische Merkmale herausgefiltert: 1. eine Unterfütterung der Auseinandersetzung mit weltanschaulichen Differenzen, auch dann, wenn es um Sachfragen geht (Ideologisierung); 2. eine Vermengung von Sachfragen mit Personalfragen (Personalisierung); 3. eine Anwendung von vorstrukturierten Diffamierungsmustern (Ritualisierung); 4. eine –zum Teil verfälschende – Vergrößerung eigener und gegnerischer Deutun-

⁶ Vgl. u.a. Herrmann 1983. Ein Teil der rechtsdemokratischen „Sinnproduzenten“ beklagte indes bald das Ausbleiben einer „Wende“. Vgl. u.a. Hornung 1985, Rohrmoser 1985.

⁷ Bereits in seiner ersten Regierungserklärung steckte Bundeskanzler Helmut Kohl, ein studierter Historiker, am 13. Oktober 1982 das Terrain ab, auf dem die Auseinandersetzung zwischen links- und rechtsdemokratischen „Sinnproduzenten“ stattfinden sollte, vgl. Kohl 1982.

⁸ Michael Stürmer gab sich in seiner Antwort auf den Fragebogen zu meiner Dissertation auf einer Skala, bei der 1 ein wenig rechts und 5 ganz weit rechts bedeutete, den Wert 2. Zur Zeit des „Historikerstreits“ neigte er der CDU/CSU zu, inzwischen der FDP. Vgl. Antwort von Michael Stürmer auf den Fragebogen. In den 1970er Jahren zählte Stürmer noch zur demokratischen Linken, seine politische Kurskorrektur verärgerte Vertreter dieser Richtung, vgl. Berghahn 1987.

⁹ Im „Historikerstreit“ erschien dann Hans Mommsen Ernst Noltes These, der Nationalsozialismus sei eine Reaktion auf den Bolschewismus, als eine Art Fortsetzung von Bitburg mit anderen Mitteln, vgl. Mommsen 1987: S. 163.

gen (Simplifizierung); 5. eine Konfrontation zwischen Positionen, diese kann auf tatsächlichen oder eingebildeten Deutungsunterschieden beruhen (Polarisierung).¹⁰ Diese Merkmale sollten sich in einem politischen Deutungskonflikt finden, nicht aber in einer wissenschaftlichen Kontroverse.

Im „Historikerstreit“ finden sich alle fünf Merkmale eines Wahlkampfes:

1. Die Ideologisierung des „Historikerstreits“ spiegelt sich in den meisten Streitbeiträgen, wenn auch keineswegs bei allen Streitteilnehmern in gleichem Maße. Bei linken Demokraten, linken und rechten Extremisten spielte es eine besonders große Rolle, die Argumentation mit weltanschaulichen Differenzen zu unterfüttern. So ist etwa der Auftaktartikel von Habermas ein weltanschauliches Plädoyer gegen die „Neokonservativen“. Ein nennenswerter Teil der rechten Demokraten neigte dagegen dazu, den Streit als wissenschaftlich verstanden wissen zu wollen (z.B. Thomas Nipperdey), ein Teil (z.B. Klaus Hildebrand) zog dagegen mit weltanschaulichen Argumenten gegen die „Verwalter der Aufklärung“ (Hildebrand 1987) zu Felde. Eine solche Ideologisierung hat Folgen für das Streitverhalten. Es geht in einem ideologisierten Konflikt nicht mehr um die Frage, welche Deutung richtig oder falsch ist, sondern ob sie aus dem eigenen oder dem „gegnerischen“ Lager kommt. Auch im ideologisierten „Historikerstreit“ neigten viele Streitteilnehmer dazu, Thesen je nach der politischen Herkunft und den vermuteten Zielen des Urhebers zu beurteilen. Misstrauisch beäugten sie, ob die Ausführungen mit den eigenen Deutungsmustern übereinstimmten. Die intellektuellen Teilnehmer des „Historikerstreits“ handelten dabei keineswegs nur aus dem Kalkül heraus, kulturelle (Deutungs-) Hegemonie zu erringen, sondern waren von ihren Deutungen auch überzeugt.¹¹ Allerdings handelten nicht alle Akteure im „Historikerstreit“ so, als ob sie sich an einer politisch-kulturellen Auseinandersetzung um die Deutungshegemonie für ein Lager beteiligten. Besonders ein Teil der rechten Demokraten argumentierte im „Historikerstreit“, als befände er sich in einem rein wissenschaftlichen Konflikt. Das gilt etwa für Thomas Nipperdey.

2. Die Personalisierung des Streits zeigte sich vor allem in der Konzentration auf die Person Ernst Noltes als Gegenbild der Argumentation linker Demokraten und auf Habermas als Vorbild. In dem Streit vermengte sich die Bewer-

¹⁰ Vgl. dazu die Ergebnisse von Gruner 1990. Mit Blick auf die Polarisierung geht Gruner grundsätzlich von einer inszenierten Polarisierung abseits realer inhaltlicher Frontstellungen aus. Dies dürfte aber nicht der Realität entsprechen.

¹¹ Das erklärt, warum sich die meisten der von mir befragten Teilnehmer des Streits diesen als politisch wahrnahmen, sich selbst aber als gleichermaßen politisch und wissenschaftlich motiviert bezeichneten. Jürgen Habermas, der sich als nur politisch motiviert bezeichnete, ist eine Ausnahme unter den Hauptkontrahenten. Vgl. zur Methodik der Befragung und zum Kreis der Befragten: Kailitz 2001: S. 26-30.

tung von Sachfragen mit der Bewertung von Personen. So erfolgte beispielsweise die Bewertung von Noltes Thesen in engem Zusammenhang mit der Einschätzung der Person Noltes und seiner (vermuteten) politischen Überzeugungen. Auch der Versuch einiger rechter Demokraten, Habermas die wissenschaftliche Qualifikation abzusprechen, fällt in diese Kategorie.

3. Im „Historikerstreit“ verwendeten die Kontrahenten altbekannte Diffamierungsmuster, die in vorherigen Kontroversen lange erprobt waren. Linke warfen Rechten vor, den Nationalsozialismus zu verharmlosen. Die Linken bekamen wiederum von den Rechten zu hören, sie würden den Kommunismus verharmlosen. Die Streitteilnehmer durften erwarten, dass solche „bewährten“ Anklagen auf Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit stoßen würden, während sie die Bereitschaft des Publikums nicht voraussetzen konnten, ihre komplizierteren Sachargumente zur Kenntnis zu nehmen.

4. Die verfälschende Verkürzung gegnerischer Deutungen wurde beispielsweise deutlich bei der stark verkürzten Darstellungsweise von Noltes These, es gebe einen kausalen Zusammenhang zwischen den sowjetischen und den nationalsozialistischen Verbrechen. Zahlreiche linke Demokraten spitzten etwa die Aussagen Noltes dahingehend zu, dass sie aus ihr die Behauptung ableiteten, der nationalsozialistische Mord an den europäischen Juden werde von Nolte als eine präventive Abwehrmaßnahme gegen zu erwartende kommunistische Verbrechen gedeutet (vgl. statt vieler Jäckel 1986: S. 121 f.).

5. Die Polarisierung im „Historikerstreit“ wirkt in zentralen Punkten inszeniert. Berief sich Habermas bei seiner Abgrenzung von „Neokonservativen“ auf die Werte Westbindung und Verfassungspatriotismus, so zeigte die Analyse dieser Deutungsfelder: Die Mehrheit rechter und linker Demokraten hing gleichermaßen dem Wert Westbindung an. Eine Opposition dagegen gab es unter Demokraten fast ausschließlich im grün-alternativen Spektrum, und zwar sowohl von Seiten des antinationalen als auch des nationalen Flügels. Der Verfassungspatriotismus war demgegenüber im links- wie rechtsdemokratischen Lager umstritten. Von einer klaren Frontstellung konnte keine Rede sein. Für eine Auseinandersetzung zwischen linken und rechten Demokraten taugten diese Deutungsfelder kaum. Allerdings zeigten sich auch reale Konflikte zwischen linken und rechten Demokraten, etwa auf den Deutungsfeldern „deutsche Einheit“ und „Totalitarismus und Antitotalitarismus“. Im „Historikerstreit“ überlagerte die Rechts-Links-Polarisierung die Konfliktlinie zwischen Demokraten und Extremisten.

3 Grundstrukturen der Deutungskultur der Bundesrepublik

Die Untersuchung des „Historikerstreits“ zeigt – wenig überraschend, aber im Vergleich mit der Weimarer Republik durchaus hervorhebenswert –, dass demokratische Intellektuellen die Deutungskultur der Bundesrepublik Deutschland beherrschen. Die Front verlief zwischen sozialdemokratischen und christdemokratischen Intellektuellen (zur Frontstellung siehe auch die Einleitung dieses Bandes). Ausnahmen wie Helmut Fleischer und Imanuel Geiss einerseits, Dolf Sternberger – partiell auch Christian Meier – andererseits, die gegen das Vorgehen des eigenen Lagers argumentierten, blieben die Ausnahme. Zudem wurden Teilnehmer des „Historikerstreits“ wie Imanuel Geiss und Christian Meier, die zwischen dem rechts- und linksdemokratischen Lager vermitteln wollten, von Anhängern des Lagers, dem sie sich politisch zugehörig fühlten, zum Teil heftig angegriffen. Auch dies belegt das hohe Maß an Polarisierung, das dem „Historikerstreit“ innewohnt. Wer vermitteln wollte, stieß auf Granit. Dies verhärtete die vermittelnden Positionen. Geiss polemisierte zunehmend schärfer gegen Habermas und Wehler, während Meier mit Nolte abrechnete (vgl. Geiss 1992, Meier 1994).

Links- und Rechtsextremisten traten im „Historikerstreit“ nur in unbedeutenden Nebenrollen auf. In den überregionalen Zeitungen und Zeitschriften „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Frankfurter Rundschau“, „Süddeutsche Zeitung“, „Welt“, „Rheinischer Merkur“, „Spiegel“ und „Zeit“ finden sich keine extremistischen Streitbeiträge. Das intellektuelle Renommee der Extremisten von links (z.B. Reinhard Kühnl) und rechts (z.B. Adolf von Thadden) reichte nicht annähernd an jenes linker Demokraten wie Jürgen Habermas, Hans Mommsen, Heinrich August Winkler oder an jenes rechter Demokraten wie Andreas Hillgruber, Michael Stürmer und Ernst Nolte heran. Auch daher blieb der Einfluss auf den Verlauf des „Historikerstreits“ marginal. Dies ist keineswegs eine Selbstverständlichkeit, wie ein vergleichender Blick auf die Deutungskultur der Weimarer Republik enthüllt.

Linke Demokraten ließen die Streitbeiträge von linken Extremisten links liegen, rechte Demokraten jene rechter Extremisten rechts. Auf dieser Grundlage erscheint es in einem etwas anderen Licht, dass die Hauptkonfliktlinie im „Historikerstreit“ zwischen sozialdemokratischen und christdemokratischen Position, nicht zwischen demokratischen und extremistischen Positionen verlief. Die Antwort auf die Frage, warum Habermas rechte Demokraten und nicht rechte Extremisten wegen einer Nationalapologie angriff, dürfte lauten: Rechtsextremistische Veröffentlichungen gerieten im Unterschied zu den Beiträgen rechter Demokraten nicht in sein Blickfeld. Führten linken und rechte Demokraten einen – wenn auch teilweise sehr unsachlichen – Dialog, so war die Kommunikation

zwischen Demokraten und Extremisten eine Einbahnstraße. Vertreter kommunistischer Positionen, u.a. Reinhard Kühnl (1987) und Robert Steigerwald (1987a, 1987b), knüpften in ihrer Argumentation an linke Demokraten an, rechte Extremisten, u.a. Armin Mohler (1987) und Adolf von Thadden (1986, 1987), an rechte Demokraten. Von beiden Enden des politischen Spektrums her war der Versuch erkennbar, Demokraten für das eigene Lager zu vereinnahmen. So sollte die Grenze zwischen Demokratie und Extremismus zugunsten jener zwischen links und rechts verwischt werden. Die Demokraten gingen darauf aber nicht ein.¹²

Wie ist nun die politische Deutungskultur Deutschlands einzuschätzen? Ich gehe davon aus, dass sich vier Grundtypen politischer Kultur unterscheiden lassen: 1) eine einheitliche politische Kultur; 2) eine dominante politische Kultur, die mit politischen Subkulturen koexistiert; 3) eine dichotomische politische Kultur; 4) eine fragmentierte politische Kultur, in der es keiner Subkultur gelingt, die kulturelle Hegemonie zu erringen. Während die Deutungskultur der Weimarer Republik dem Typ 4 entsprach (vgl. u.a. Lehnert/Megerle 1990), lässt sich mit dieser Typologie die politische Deutungskultur der Bundesrepublik Deutschland als Typus einer dominanten politischen Kultur zuordnen, die mit politischen Subkulturen koexistiert (die Kategorisierung politischer Kulturen stammt von Brown 1974: S. 174-184). Die dominante politische Kultur ist die demokratische Deutungskultur. Die politischen Subkulturen sind das rechts- und linksextreme Spektrum. Die demokratische Hegemonialkultur bilden die linken und rechten Demokraten – trotz aller Deutungsunterschiede – gemeinsam. Zugleich gibt es an den Rändern des demokratischen Spektrums fließende Übergänge zwischen rechtsdemokratischen und rechtsextremistischen Positionen sowie zwischen linksdemokratischen und linksextremen Positionen. Das demokratische Spektrum ist also keineswegs vollständig homogen. Im linksdemokratischen Spektrum zeigten sich zudem zur Zeit des „Historikerstreits“ klare Deutungsunterschiede zwischen sozialdemokratischen und grün-alternativen Positionen unter den Intellektuellen. Diese Differenzen sind auf einigen Deutungsfel-

¹² Eine partielle Ausnahme ist Ernst Nolte. Er bezog sich im „Historikerstreit“ in einem Punkt seiner Argumentation auf eine rechtsextreme Interpretation einer Äußerung Chaim Weizmanns im September 1939 als „Kriegserklärung“ an die Deutschen. Während damals aber keinerlei Kontakte zur extremen Rechten bestanden, hat sich dies wohl auch als Folge einer Isolierung im Zuge des „Historikerstreits“ geändert. So steuerte Ernst Nolte (2001) etwa ein Vorwort zu einem Buch (über den Totalitarismus) von Alain de Benoist, einem der Hauptvertreter der Neuen Rechten in Frankreich bei. Zudem veröffentlicht Nolte inzwischen Bücher in der Edition Antaios, einem Verlag der Neuen Rechten (u.a. Nolte/Gerlich 2005). Die Veröffentlichungen dürften nicht vorrangig mit inzwischen mangelnden anderen Publikationsmöglichkeiten Noltens erklärbar sein, sie zeugen auch – und dies ist an den Ausführungen Noltens etwa zu Benoist klar ablesbar – von einer inhaltlichen Sympathie für die Positionen der Neuen Rechten.

dem (z.B. Westbindung) deutlich größer als die zwischen Sozial- und Christdemokraten. Bei dem rechtsdemokratischen Spektrum zeigt sich keine ähnliche Binnenunterteilung. Während sich analog der Parteipolitik christdemokratische, grün-alternative und sozialdemokratische Sichtweisen in der politischen Deutungskultur ausmachen lassen, finden sich keine originären FDP-Positionen. Die Grenze zwischen links und rechts scheint auf der Ebene der Deutungskultur vielmehr zwischen dem sozialliberalen und dem liberal-konservativen Anhängern der FDP unter den Intellektuellen zu verlaufen.

Linke Demokraten sind unter den Intellektuellen in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zur Bevölkerung (gemessen an den Wahlergebnissen) deutlich stärker repräsentiert. Die Kräfteverhältnisse im „Historikerstreit“ fielen daher zugunsten der linken Demokraten aus. Die Schwäche der rechten Demokraten im „Historikerstreit“ hat drei weitere Gründe. Erstens zeigten linksdemokratischen Intellektuelle eine weit größere Bereitschaft sich am „Historikerstreit“ zu beteiligen als rechtsdemokratische. So äußerten sich renommierte rechtsdemokratische Intellektuelle wie Hermann Lübke, Günter Rohrmoser, Hans-Peter Schwarz und Werner Weidenfeld, deren Parteinahme zu erwarten gewesen wäre, nicht. Karl Dietrich Brachers Teilnahme an der Kontroverse beschränkte sich auf einen Leserbrief (vgl. Bracher 1987: S. 113 f.). Selbst Michael Stürmer, der im Kreuzfeuer der Kritik linker Demokraten stand, verfiel schnell in Schweigen. Zweitens verfügte das rechtsdemokratische Lager nicht über eine ähnlich unumstrittene intellektuelle Führungsfigur wie Jürgen Habermas.¹³ Drittens waren rechtsdemokratische „Sinnproduzenten“ in einer unvorteilhaften Defensivposition. Dies dürfte wiederum dazu beigetragen haben, dass vergleichsweise wenige rechtsdemokratische Intellektuelle Stellung bezogen. Mancher fürchtete wohl, im Sog der Angriffe Schaden für seine Karriere zu erleiden.

Im Laufe des „Historikerstreits“ wurde auf dieser Grundlage immer deutlicher, dass die rechtsdemokratischen Intellektuellen keine einheitliche Front aufbauen konnten oder wollten und nur zurückhaltende Schützenhilfe von christdemokratischen Politikern bekamen. Während alle sozialdemokratischen Politiker, die sich zur Kontroverse äußerten, die Attacke von Habermas unterstützten, waren die Reaktionen christdemokratischer Politiker gespalten. Setzten sich Politiker der CSU wie Franz Josef Strauß und des rechten Flügels der CDU wie Dregger (1986) in der einen oder anderen Weise für die Angegriffenen ein, so stellten sich Vertreter des linken Flügels der CDU wie Rita Süßmuth (1986) gegen sie. Helmut Kohl hielt sein Schutzschild nur über seinen ehemaligen Berater Michael Stürmer. Der Versuch Hildebrands (1987), eine Front rechter Demo-

¹³ Jürgen Habermas gelang es durch sein Engagement im „Historikerstreit“, diese Rolle zu festigen. Siehe zu Jürgen Habermas den Beitrag von Uffa Jensen in diesem Band.

kraten aufzubauen, erwies sich daher bald als gescheitert. Stürmer entzog sich weitgehend der Auseinandersetzung.¹⁴

4 Elemente der Deutungskultur

Der „Historikerstreit“ offenbart jene Deutungsfelder, an deren Prägung die intellektuellen Kontrahenten Mitte der 1980er Jahre besonderes Interesse hatten und die damit als die wichtigsten Bereiche der politischen Deutungskultur der Bundesrepublik in jener Zeit anzusehen sind. Die Auswertung von weit mehr als 1.000 – mehr oder weniger bedeutsamen – Beiträgen zum und über den „Historikerstreit“ zeigte, dass die folgenden Bereiche als zentrale Deutungsfelder angesehen werden können: Dies sind die politisch-programmatischen Deutungsangebote 1. zum Verfassungspatriotismus, 2. zur Westbindung; 3. zur Kontroverse Antitotalitarismus versus Antifaschismus; 4. zur deutschen Einheit. Weiterhin sind es die geschichtlichen Deutungsmuster; 5. zur Sonderwegthese; 6. zur Frage der „Historisierung“ des Nationalsozialismus; 7. zur These der Einzigartigkeit des nationalsozialistischen Genozids an den europäischen Juden und 8. zur Behauptung eines kausalen Zusammenhangs zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus.¹⁵

Bei der Verlaufsanalyse der Kontroverse zeigte sich, dass gerade die geschichtlichen Deutungsmuster in den Kontroversen um den Bundestagspräsidenten Philipp Jenninger und Steffen Heitmann, den zeitweiligen Kandidaten der CDU/CSU für das Amt des Bundespräsidenten, tagespolitische Bedeutung erlangten. Das gilt auch mit Blick auf die außenpolitische Wirkung des „Historikerstreits“. Von Interesse, vor allem für Israel, war besonders, wie die Frage der Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Verbrechen an den Juden in Deutschland beantwortet wurde. Die Auseinandersetzungen um Verfassungspatriotismus, Westbindung und Antifaschismus versus Antitotalitarismus zeitigten dagegen keine politischen Konsequenzen.

Entstehung und Entwicklung des „Historikerstreits“ zeigen, dass die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus *der* zentrale Bereich der politischen

¹⁴ Er hatte nach eigenen Aussagen die Anklage, die deutsche Geschichte entsorgen zu wollen und den Nationalsozialismus kleinreden oder rechtfertigen zu wollen, für so absurd gehalten, dass er es weder für sinnvoll noch für notwendig angesehen hatte, auf Habermas zu antworten. Im Rückblick hält er sein Streitverhalten für einen schweren Fehler und glaubt, die Kontroverse würde einen anderen Verlauf genommen haben, wenn er reagiert hätte. Vgl. Interview des Verfassers mit Michael Stürmer vom 5. März 1999.

¹⁵ Die Nennung der acht Deutungsfelder bedeutet keineswegs eine Gleichgewichtigkeit. So spielte im Verlauf der Kontroverse der Komplex der deutschen Einheit etwa eine weit geringere Rolle als die Frage des Zusammenhangs zwischen nationalsozialistischen und kommunistischen Verbrechen.

Deutungskultur der Bundesrepublik Deutschland ist (so auch das Urteil folgender Untersuchungen: König 1992: S. 379; Lepsius 1993: S. 229-245). Die Beschäftigung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit nahm in den 1980er und 1990er Jahren mehr Aufmerksamkeit der „Sinnproduzenten“ in Anspruch als die Frage, wie den die nationale Identität der Deutschen aussehen solle. Die intellektuelle Auseinandersetzung um den Nationalsozialismus, speziell um die „Schuldfrage“ (zur Übersicht siehe Eberan 1985, einer der bedeutendsten Beiträge zu dieser Debatte war Jaspers 1987), hatte bereits nach 1945 eingesetzt, in den 1950er und 1960er Jahren ließ das Interesse der Deutungseliten an der Thematik aber deutlich nach. Erst nach 1968 setzte sich vor allem durch die großen Prozesse gegen die NS-Verbrecher mit Blick auf die NS-Vergangenheit ein „kategorischer Erinnerungsimperativ“ (Reichel 1995: S. 75)¹⁶ durch.¹⁷ Der zunehmende zeitliche Abstand führte nicht zu einem abnehmenden Interesse. Je länger die Zeit des Nationalsozialismus zurücklag, umso häufiger und heftiger wurden vielmehr die Debatten über ihn (Lübbe 1989). Diese Beobachtung war unter den Teilnehmern des „Historikerstreits“ nicht umstritten, sondern einzig ihre Bewertung. Für Ernst Nolte schien das Dritte Reich „immer noch lebendiger und kraftvoller zu werden“ (Nolte 1987: S. 39) und nach Auffassung von Habermas (1987a) dehnten sich „jene zwölf Jahre unter dem Druck immer erneuter Aktualisierungen“ aus, statt in der Retrospektive „zu schrumpfen“ (S. 11). Der Unterschied lag darin, wie beide das Beobachtete bewerteten: Beklagte Nolte, die nationalsozialistische Vergangenheit sei als „Richtschild über der Gegenwart aufgehängt“ (Nolte 1987: S. 39), so wollte Habermas Auschwitz zur Messlatte machen, um die deutschen Traditionen zu bewerten (Habermas 1987b: S. 248). Die Position von Habermas setzte sich in dem Deutungskonflikt weitgehend durch. Der „Historikerstreit“ stellt den Gipfel einer Welle dar, die den Nationalsozialismus und vor allem die nationalsozialistischen Verbrechen in den Mittelpunkt der intellektuellen Auseinandersetzungen in Deutschland trug.

Ein wesentlicher Grund, Deutungskonflikte zu untersuchen, ist, dass sie enthüllen können, welche Deutungen hegemonial und welche tabuisiert werden. Als hegemonial können dabei angesichts der Mehrheitsverhältnisse auf der Deutungsebene zur Zeit des „Historikerstreits“ Deutungen gelten, die linke wie rech-

¹⁶ Wolfgang Fritz Haug (1993) goss den Imperativ in folgende Formel: „Das ‘tausendjährige Reich’ hat zwölf Jahre gedauert, aber diese zwölf Jahre müssen tausend Jahre lang erinnert werden“ (S. 337).

¹⁷ Für Clemens Albrecht (1999) begann der Prozess, in dem die Vergangenheitsbewältigung zur Legitimationsquelle der Bundesrepublik wurde, nicht 1968, sondern 1959. Er argumentiert, die protestierende Generation habe nur universalisiert, was ihr in den Schulen und Medien in den 1960er Jahren vermittelt worden wäre. Diese Ansicht von Albrecht überzeugt mich allerdings nicht. Entscheidend scheint mir nicht, ab wann eine Idee in intellektuellen Zirkeln kreist, sondern ab wann sie politische Wirkung entfaltet.

te Demokraten befürworteten. Als hegemonial ist auf dieser Basis die Bindung an die Werte des Westens und die politische Anbindung an den Westen anzusehen. Der Verfassungspatriotismus erlangte, trotz der präsidentialen Weihen durch Richard von Weizsäcker (1987), keine Hegemonialposition. In der Zeit vor der deutschen Einheit konnten grün-alternativ orientierte wie sozialdemokratisch orientierte Intellektuelle sowie ein bedeutender Teil der rechtsdemokratischen Intellektuellen aus unterschiedlichen Gründen wenig mit dem Verfassungspatriotismus anfangen. Nach der Vereinigung freundeten sich dann zwar intellektuelle Vertreter des grün-alternativen Spektrums mit dem Verfassungspatriotismus an, zugleich gab es aber immer mehr Stimmen rechtsdemokratischer Intellektueller, die gegen das Konzept Stellung bezogen.

Als hegemonial ist die These einer Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Verbrechen anzusehen. Vor dem „Historikerstreit“ war die von Nolte vertretene Ansicht, der Nationalsozialismus sei eine Reaktion auf den Bolschewismus, kaum umstritten. Da diese These aber im „Historikerstreit“ immer mehr mit Noltens von linksdemokratischen Intellektuellen verfemter, von rechtsdemokratischen skeptisch bewerteter These, es bestehe ein kausaler Zusammenhang zwischen den nationalsozialistischen und den kommunistischen Verbrechen, identifiziert wurde, geriet diese Ansicht an den Rand der Tabuisierung. Der Grund, dass auch die Kernthese Noltens ins Kreuzfeuer geriet, dürfte der Anti-Antikommunismus eines großen Teils der sozialdemokratischen und grün-alternativen Intellektuellen gewesen sein. Sie störten sich nicht an der Kernthese Noltens, die seit langem bekannt war, sondern dass Nolte den Antikommunismus positiv bewertete. Harsche Kritik erntete Nolte aber vor allem dafür, dass er – ohne stichhaltige Belege – aus seiner Kernthese ableitete, dass ein kausaler Nexus zwischen den nationalsozialistischen und kommunistischen Verbrechen bestehe. Für diese These setzten sich auch nur wenige rechtsdemokratischen Intellektuelle ein.

Im „Historikerstreit“ wurden drei Gebote etabliert, die seither alle beachten sollten, die als Demokraten gelten wollen: 1. Du darfst nicht die Westbindung Deutschlands ablehnen; 2. Du darfst nicht die These der Einzigartigkeit des Genozids an den europäischen Juden in Frage stellen; 3. Du darfst nicht die Ansicht vertreten, dass die nationalsozialistischen Verbrechen eine Reaktion auf die sowjetischen seien. Nur linksdemokratische Intellektuelle waren, weil sie die politische Deutungsebene zahlenmäßig dominierten, in der Lage, die Durchsetzung von Tabus zu initiieren. Allerdings konnten sie dies immer nur dann erreichen, wenn zumindest ein Teil der rechtsdemokratischen Intellektuellen mitzog. Das linksdemokratische Spektrum besaß in der Bundesrepublik Deutschland der 1980er und 1990er Jahre eine – allerdings eher wacklige und nicht sehr ausgebaute – politisch-kulturelle Deutungshegemonie. Linksdemokratische „Sinnpro-

duzenten“ konnten dabei keineswegs beliebig durchsetzen, dass bestimmte Positionen als politisch erwünscht oder politisch gefährlich galten. So scheiterte etwa der Versuch eines bedeutenden Teils der linksdemokratischen Intellektuellen (z.B. Sontheimer 1981: S. 802; W. Mommsen 1981: S. 151), die Kritik an der These von einem deutschen Sonderweg zu tabuisieren, einerseits am Widerstand rechter Demokraten, andererseits an zunehmenden Relativierungen der Sonderwegthese durch einen Teil der linksdemokratischen Intellektuellen angesichts neuer Forschungsergebnisse (vgl. u.a. Kocka 1988). Den Totalitarismusansatz versuchten zahlreiche linksdemokratische Intellektuelle mit verschiedenen Argumenten zu tabuisieren. Obwohl rechte Demokraten wie Karl Dietrich Bracher den Totalitarismusansatz als tabuisiert ansahen, lässt sich aber auch in diesem Fall von einer misslungenen Tabuisierung sprechen. So scheute sich keiner der rechtsdemokratischen Teilnehmer des „Historikerstreits“ davor, für den Totalitarismusansatz einzutreten. Ähnliches ließ sich beim Thema deutsche Einheit beobachten. Linksdemokratische Intellektuelle strebten danach, den Wunsch nach einer deutschen Vereinigung als politisch gefährlich zu brandmarken. Rechte Demokraten hielten demgegenüber die Befürwortung der deutschen Einheit für dringend geboten, weil eine Konkurrenzsituation mit der DDR bestehe. Sie versuchten sogar ihrerseits, die Aufgabe des Strebens nach der deutschen Einheit als politisch gefährlich zu tabuisieren. Das rechtsdemokratische Pochen auf die deutsche Einheit und den Antitotalitarismus war allerdings in den 1980er Jahren seltener zu vernehmen als die Kritik linksdemokratischer Intellektueller daran.

Es hat anscheinend im „Historikerstreit“ zu einer Veränderung der Themenliste beigetragen, dass sich Mitte der 1980er Jahre ein Scheitern des Versuchs linksdemokratischer Intellektueller ankündigte, den Totalitarismusansatz und Kritik an der Sonderwegthese zu tabuisieren.¹⁸ An die Stelle dieses Versuchs trat im „Historikerstreit“ die Verfemung der Thesen Noltes als einer bestimmten Variante des Totalitarismusansatzes. Zugleich verlagerte sich die moralisierende und politisierende Form der Abwehr von Kritik an der These vom deutschen Sonderweg auf die These der Einzigartigkeit des Genozids an den europäischen Juden. Die Gründe dürften ähnlicher Natur sein. Ebenso wie die linksdemokratische Unterstützung des Sonderwegtheorems zunehmend durch Zweifel geschwächt wurde, begann die linksdemokratische Gegnerschaft zum Totalitarismusansatz zu bröckeln. Zugleich versuchten rechte Demokraten eine Renaissance der Totalitarismusforschung einzuläuten. Dabei ging es im „Historikerstreit“ ohnehin kaum um die Frage, ob der Totalitarismusansatz oder der Fa-

¹⁸ Der Versuch, unerwünschte Deutungen zu „tabuisieren“ und die eigene zu „hegemonisieren“, ist dabei in politischen Auseinandersetzungen von rechter wie linker Seite als normal anzusehen. Mit diesen Formulierungen werfe ich also linksdemokratischen Intellektuellen im „Historikerstreit“ kein Fehlverhalten vor.

schismusansatz besser geeignet ist, um den Nationalsozialismus zu analysieren. Der zentrale Streitpunkt zwischen linken und rechten Demokraten war vielmehr die politische Frage, ob Deutschland einen antifaschistischen oder einen antitotalitären Grundkonsens braucht (vgl. ausführlich Kailitz 2001: S. 156-176).

Da linksdemokratische Intellektuelle die Themenfelder verlagerten, gelang es ihnen auf der politischen Deutungsebene in die Offensive überzugehen. Diese beiden Themenfelder eigneten sich, weil es um die nationalsozialistischen Verbrechen ging, weit besser zu einer emotionalen Mobilisierung von Anhängerschaft als die Sonderwegthese und die Gegnerschaft zum Totalitarismusansatz. Der Preis war, dass die bereits mit Blick auf die Debatten um die These eines deutschen Sonderweges und den Totalitarismusansatz beobachtbare Politisierung der Wissenschaft fortgesetzt wurde. Warum ist dies überhaupt ein Problem? Politische Deutungskonflikte sind, unabhängig von der politischen Positionierung der Teilnehmer, vollkommen legitim. Wissenschaft und Politik sind zwei getrennte Systeme mit unterschiedlichen Regeln. Die wissenschaftliche Frage, ob eine Deutung richtig oder falsch ist, wird auf politischem Parkett der Frage nachgeordnet, ob sie aus politischen Gründen befürwortet oder abgelehnt wird. Wenn nun politische Konflikte auf den Bereich der Wissenschaft übergreifen, kann dies dazu führen, dass bestimmte Forschungsgebiete aus politischen Gründen nicht mehr oder nur noch in einer Weise bearbeitet werden, bei denen kein Widerspruch zur vorherrschenden politischen Deutung zu erwarten ist. Die Wissenschaft ist also nicht mehr unabhängig vom politischen Bereich. Fragen wie jene nach einem deutschen Sonderweg, der Tragfähigkeit des Totalitarismusbegriffs, der Einzigartigkeit des Nationalsozialismus und des Zusammenhangs zwischen nationalsozialistischen und kommunistischen Verbrechen lassen sich aber nur durch eine sachliche Prüfung der Quellen beantworten und nicht durch moralische und politische Wertungen ersetzen.

Sicher sind die Folgen von Deutungskonflikten, an denen sich Wissenschaftler beteiligen, für die Wissenschaft problematisch, allerdings ist nachdrücklich gegen eine moralisierende Sichtweise Stellung zu beziehen, die etwa das Verhalten von Jürgen Habermas oder Michael Stürmer verfehlt. Deutungskonflikte unter „Sinnproduzenten“ wie der „Historikerstreit“ sind in einer Demokratie etwas Normales. Es ist nicht verwerflich, wenn intellektuelle „Sinnproduzenten“ versuchen, politische Deutungen durchzusetzen. Ebenso nachvollziehbar ist es, dass versucht wird, Deutungen, die man für politisch gefährlich hält, zu tabuisieren. Eine Demokratie ist letztlich ohne – auch scharf geführte Kontroversen – undenkbar.

5 Schlussbetrachtung: Die politisch-kulturelle Bedeutung des „Historikerstreits“

Der „Historikerstreit“ ist der für die Ausgestaltung der politischen Deutungskultur bedeutendste Konflikt unter Intellektuellen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Drei Gründe sprechen für die politisch-kulturelle Bedeutung dieser Debatte: Für die einen markierte der „Historikerstreit“ einen Einschnitt in die politische Kultur, weil ihrer Ansicht nach erstmals bedeutende Wissenschaftler versuchten, die Verbrechen des Nationalsozialismus zu relativieren und zu bagatellisieren (vgl. u.a. Brumlik 1987: S. 77, Habermas 1987b: S. 253, Köhler 1986), für die anderen deshalb, weil nach ihrer Auffassung erstmals demokratische Wissenschaftler in die geistige Nähe zum Nationalsozialismus gerückt wurden. Aus Sicht der politischen Kulturforschung erscheint jedoch ein anderer Punkt entscheidend. Der „Historikerstreit“ ist die bislang umfangreichste Debatte über Grundwerte wie Westbindung, Antitotalitarismus und Verfassungspatriotismus. Im Mittelpunkt der Kontroverse stand die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Aus den vielen Mosaiksteinchen der Veröffentlichungen ergibt sich daher ein Bild, das aufzeigt, was auf der Ebene der Deutungskultur in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren vor der deutschen Einheit als falsch und was als richtig angesehen wurde. Ein bedeutender Teil der Kontrahenten versuchte bewusst oder unbewusst, seine Deutungen in den Einstellungen der Bevölkerung zu verankern (dies betonte auch Habermas 1992).

Politik nehmen die meisten Menschen kaum im Alltag wahr. Politische Prozesse dringen erst ins Bewusstsein der Gemeinschaftsmitglieder, wenn die Massenmedien sie vermitteln. Der „Historikerstreit“ erfüllt durchaus die Voraussetzungen, um – wenn auch auf Umwegen – die politischen Einstellungen in der Bevölkerung zu den behandelten Fragen, verändert haben zu können. Vor allem in den Jahren 1986/87 war er ein Konflikt in den Massenmedien und vor allem die politische Elite verfolgte ihn aufmerksam.

Der „Historikerstreit“ hat dabei die politische Deutungskultur der Bundesrepublik Deutschland weit stärker geprägt als vergleichbare Auseinandersetzungen im Grenzbereich zwischen Politik und Wissenschaft wie die Debatte um Daniel Jonah Goldhagens „Hitlers willige Vollstrecker“ (Goldhagen 1996; zur Diskussion vgl. Schoeps 1996) oder die Auseinandersetzung um das „Schwarzbuch des Kommunismus“ (Courtois 1998; zur Diskussion vgl. Möller 1999, Rigoulout/Yannakakis 1998) weit hinaus. Der „Historikerstreit“ ist im Unterschied zur Kontroverse um das „Schwarzbuch des Kommunismus“, die in Frankreich begann, und der Goldhagen-Debatte, die sich von den USA aus verbreitete, eine genuin deutsche Debatte. Weder die Goldhagen-Kontroverse noch die De-

batte um das „Schwarzbuch“ stellte in der Bundesrepublik einen politischen „Stellvertreterkrieg für die Bruchlinien in der westdeutschen politischen Kultur“ (Mommsen 1987a: S. 87) dar wie der „Historikerstreit“.¹⁹

Die politisch-kulturelle Bedeutung des „Historikerstreits“ reicht in mancher Hinsicht über originär politische Auseinandersetzungen wie die Wiederbewaffnungsdebatte der 1950er Jahre und die Diskussionen um den Nato-Doppelbeschluss Anfang der 1980er Jahre hinaus (so auch Maier 1992: S. 8). Das gilt vor allem hinsichtlich des Umfangs seiner Themenpalette. Allerdings sind gewichtige Einschränkungen zu machen. Der „Historikerstreit“ spielte sich im Unterschied zur Wiederbewaffnungsdebatte (vgl. Schubert 1972) und den Diskussionen um den Nato-Doppelbeschluss im Wesentlichen nur vor dem Publikum des „Bildungsbürgertums“ ab. Er füllte unzählige Zeilen in den überregionalen Zeitungen, aber keine in dem Boulevardblatt „Bild“. Im Fernsehen war er keine Nachricht in der „Tagesschau“ oder in „heute“ wert. Er fand nur einen Platz in Kultursendungen mit vergleichsweise geringer Sehbeteiligung. Bewegten die Auseinandersetzungen um Wiederbewaffnung und Nato-Doppelbeschluss Millionen, so war das Interesse am „Historikerstreit“ deutlich geringer.

Im „Historikerstreit“ spiegeln sich die vorherrschenden Deutungen der Intellektuellen, nicht die Einstellungen der Bevölkerung. Dies gilt etwa mit Blick auf die Frage der deutschen Einheit, die von den Intellektuellen mehrheitlich abgelehnt, von der Mehrheit der Bevölkerung dagegen befürwortet wurde. Der Wert der Westbindung war auf der Ebene der Deutungskultur dagegen stärker verankert als in den Einstellungen der Bevölkerung.²⁰ Die Unterschiede zwischen Deutungskultur und Einstellungskultur liegen nicht darin begründet, dass entweder der „Durchschnittsintellektuelle“ oder der viel beschworene „Durchschnittsbürger“ ein besseres politisches Urteilsvermögen hätten. Die Differenzen wurzeln vielmehr in den empirisch nachweisbar unterschiedlich ausgeprägten politischen Mehrheitsverhältnissen unter den Intellektuellen und in der Bevölkerung. Dominiert das linksdemokratische Lager unter den Intellektuellen, so haben auf der Ebene der Einstellungskultur linksdemokratische Einstellungen keine hegemoniale Stellung inne. Dadurch steht die vorherrschende Haltung auf der

¹⁹ Mit Blick auf Frankreich wäre die Debatte um das „Schwarzbuch des Kommunismus“ wegen der politischen Frontstellung zwischen linken und rechten Demokraten eher geeignet, Schlüsse über die politische Kultur zu ziehen. Auch hinsichtlich des Nachbarlands reicht die Bedeutung der Debatte aber wegen der engen thematischen Ausrichtung bei weitem nicht an die Bedeutung des „Historikerstreits“ für die Bundesrepublik Deutschland heran.

²⁰ In repräsentativen Bevölkerungsumfragen der Forschungsgruppe Wahlen bevorzugten 1985 und 1986 jeweils etwas über 40 Prozent die Neutralität eines vereinten Deutschlands, während ca. 56 Prozent ein vereintes Deutschland nur mit Westbindung wollten. Vgl. Glaab 1999: S. 166. Das Urteil gilt ungeachtet der Versuche einiger Intellektueller – rechts wie links – Anfang der 1980er Jahre, einen „dritten Weg“ zwischen den Blöcken zu propagieren, vgl. Jesse 1993: S. 215-241.

Ebene der politischen Deutungskultur fast immer links von dem mittels repräsentativer Befragungen ermittelten Durchschnitt der Einstellungen in der Bevölkerung.

Die Deutungsebene politischer Kultur, auf der „Sinnproduzenten“ versuchen, Deutungen zu hegemonisieren oder zu tabuisieren, und die Bevölkerungseinstellungen sind nicht unabhängig voneinander, aber das Maß der Wechselwirkungen zwischen den beiden Ebenen sollte nicht überschätzt werden. Die Intellektuellen haben einen eher begrenzten Einfluss auf die Einstellungen des Durchschnittsbürgers. Umgekehrt hat die Bevölkerungsmeynung wenig Einfluss auf die Haltung der Deutungseliten. Intellektuelle wollen die Bevölkerung beeinflussen, ohne sich von ihr beeinflussen zu lassen.

Bei den meisten Deutschen, zumal den Ostdeutschen, dürfte das Stichwort „Historikerstreit“ mehr als 20 Jahre nach dem Beginn der Kontroverse nur fragende Mienen ernten. Dennoch ist die Bedeutung der politischen Deutungskultur und damit auch des „Historikerstreits“ als des bedeutendsten Deutungskonflikts unter „Sinnproduzenten“ in den 1980er und 1990er Jahren nicht zu unterschätzen. Politiker und ihre Mitarbeiter nehmen Intellektuelle und ihre Deutungskonflikte wahr, beteiligen sich nicht selten in der einen oder anderen Form sogar daran. Politische Vordenker wie Jürgen Habermas beeinflussen die politischen Einstellungen von Politikern ihres Lagers direkt. Verlauf und Ergebnisse von Deutungskonflikten wie dem „Historikerstreit“ haben somit auch Folgen für Politiker. In solchen politisch-kulturellen Debatten können intellektuelle „Sinnproduzenten“ Pflöcke einrammen, innerhalb derer über bestimmte Themenfelder geredet werden kann. So findet sich die These von der Einzigartigkeit nationalsozialistischer Verbrechen seit dem „Historikerstreit“ in fast jeder Gedenkrede eines Politikers. Auch der Fall Jenninger(s) und der Fall Heitmann(s) illustrieren den Zusammenhang. Die Medien skandalisierten Äußerungen beider CDU-Politiker nicht zuletzt deswegen, weil sie die Grenzlinie überschritten sahen, die linksdemokratische Intellektuelle im „Historikerstreit“ gezogen hatten. Jenninger und Heitmann galten mithin als Anhänger der „falschen“ Seite im „Historikerstreit“ (vgl. mit Blick auf Jenninger Sommer 1988; mit Blick auf Heitmann Pflüger 1993). Deutungsmacht ist also nicht nur eine symbolische Macht. Die Regierungsmacht ihres Lagers schützte diese Politiker nicht. Eine wesentliche Rolle spielte dabei mit Blick auf Heitmann nicht zuletzt die Gespaltenheit von rechten Demokraten mit Blick auf die Bewertung von Ernst Nolte und seiner Thesen, die nach und nach in eine vorherrschende Distanzierung auf politischer Ebene mündete. Von dieser Gespaltenheit des christdemokratischen Lagers in Sachen Nolte zeugt etwa, dass ihm einerseits die Deutschland-Stiftung im Jahr 2000 den Konrad-Adenauer-Preis verlieh, sich aber Angela Merkel demonstrativ weigerte, die Laudatio auf ihn zu halten.

Mit Blick auf die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland gilt: Die Eigendynamik der politischen Deutungskultur, das Wechselspiel zwischen Aktion und Reaktion der politischen Lager unter den Deutungseliten kann deren Ausgestaltung keineswegs allein erklären, sondern sie wird durch die politische Entwicklung stark beeinflusst. So führte der Zusammenbruch des Kommunismus im linken Spektrum zu deutlichen Veränderungen der Deutungsmuster. Die Ablehnung der deutschen Einheit durch linke Demokraten herrschte nur bis zu dem Zeitpunkt vor, als diese durch die internationale Entwicklung in den Bereich des Möglichen gerückt war. Besonders deutlich fiel in dieser Frage der Positionswechsel Heinrich August Winklers aus.²¹ Auch die veränderte Haltung der demokratischen Linken zum Totalitarismusansatz und zum Antitotalitarismus ist auf den Untergang der kommunistischen Regime Osteuropas zurückzuführen.



Literatur:

- Albrecht, Clemens u.a., 1999: Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt a.M./New York.
- Backes, Uwe, 2006 : Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart, Göttingen.
- Berghahn, Volker, 1987: Geschichtswissenschaft und Große Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11, S. 25-37.
- Bracher, Karl Dietrich, 1987: Leserbrief in der FAZ vom 6. September 1986, in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München/Zürich, S. 113f.
- Brown, Archie, 1974: Soviet Politics and Political Science, London.
- Brumlik, Micha, 1987: Neuer Staatsmythos Ostfront. Die neueste Entwicklung der Geschichtswissenschaft der Bundesrepublik Deutschland (1986), in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München/Zürich, S. 77-83.
- Brunkhorst, Hauke, 1987: Der Intellektuelle im Land der Mandarine, Frankfurt a.M..
- Courtois, Stéphane u.a., 1998: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. Mit dem Kapitel „Die Aufarbeitung des Sozialismus in der DDR“ von Joachim Gauck und Ehrhart Neubert, München.
- Dictionnaire Politique, 1842 : Enciclopédie du Language et de la Science Politique, rédigé par une réunion de députés, de publicistes et de journalistes, avec une introduction par Louis Antoine Garnier-Pagés, publié par E. Duclerc et Pagnerre, Paris.

²¹ Heinrich August Winkler (1996) blickte kritisch und auch selbstkritisch auf Deutungen der demokratischen Linken im „Historikerstreit“ und spätere Positionsveränderungen zurück.

- Dregger, Alfred, 1986: Alle Toten des Krieges verdienen die gleiche Ehrfurcht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. November.
- Dryzek, John S./Holmes, Leslie T., 2002: Post-Communist Democratization. Political Discourses Across Thirteen Countries, Cambridge.
- Dudek, Peter/Jaschke, Hans-Gerd, 1984: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur, 2. Bände, Opladen.
- Eberan, Barbro, 1985: Luther? Friedrich „der Große“? Wagner? Nietzsche? ...? ...? Wer war an Hitler schuld? Die Debatte um die Schuldfrage 1945-1949, 2. erw. Aufl., München.
- Geiss, Imanuel, 1992: Der Hysterikerstreit. Ein unpolemischer Essay, Bonn/Berlin.
- Glaab, Manuela, 1999: Deutschlandpolitik in der öffentlichen Meinung. Einstellungen und Regierungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, Opladen.
- Glötz, Peter, 1985: Manifest für eine neue europäische Linke, Berlin.
- Goldhagen, Daniel Jonah, 1996: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin.
- Gruner, Paul-Hermann, 1990: Die inszenierte Polarisierung. Die Wahlkampfsprache der Parteien in den Bundestagswahlkämpfen 1957 und 1987, Frankfurt a.M..
- Habermas, Jürgen, 1979: Einleitung, in: Ders. (Hrsg.), Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit“ (1. Band: Nation und Republik), Frankfurt a.M., S. 7-36.
- Habermas, Jürgen, 1987a: Keine Normalisierung der Vergangenheit, in: Ders., Eine Art Schadensabwicklung, Frankfurt a.M., S. 11-17.
- Habermas, Jürgen, 1987b: Vom öffentlichen Gebrauch der Historie. Das offizielle Selbstverständnis der Bundesrepublik bricht auf (Erstabdruck: Die Zeit vom 7. November 1986), in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München/Zürich, S. 243-255.
- Habermas, Jürgen, 1992: Bemerkungen zu einer verworrenen Diskussion. Was bedeutet „Aufarbeitung der Vergangenheit“ heute?, in: Die Zeit vom 12. April.
- Haug, Wolfgang Fritz, 1993: Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt, 2. erw. Aufl., Hamburg.
- Herrmann, Ludolf, 1983: Hitler, Bonn und die Wende. Wie die Bundesrepublik ihre Lebenskraft zurückgewinnen kann, in: Politische Meinung 28, Nr. 209, S. 13-28.
- Hildebrand, Klaus, 1987: Das Zeitalter der Tyrannen. Geschichte und Politik: Die Verwalter der Aufklärung, das Risiko der Wissenschaft und die Geborgenheit der Weltanschauung (Erstabdruck: FAZ vom 31. Juli 1986), in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München/Zürich, S. 84-92.
- Hornung, Klaus (Hrsg.), 1985: Mut zur Wende. Grundlagen und Auftrag einer Politik der Erneuerung, Krefeld.
- Infratest Wirtschaftsforschung GmbH, 1980: Politischer Protest in der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zur sozial empirischen Untersuchung des Extremismus, Stuttgart.
- Inglehart, Roland/Klingemann, Hans, 1976: Party Identification, Ideological Preference and the Left-Right Dimension among Western Mass Publics, in: Budge, Ian/Crewe,

- Ivor/Farlie, Dennis (Hrsg.), *Party Identification and Beyond. Representation of Voting and Party Competition*, London, S. 243-276.
- Jäckel, Eberhard, 1987: Die elende Praxis der Untersteller. Das Einmalige der nationalsozialistischen Verbrechen läßt sich nicht leugnen (zuerst veröffentlicht 1986), in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München/Zürich, S. 115-122.
- Jagodzinski, Wolfgang/Kühnel, Steffen, 1994: Bedeutungsvarianz und Bedeutungswandel der politischen Richtungsbegriffe „links“ und „rechts“, in: Rattinger, Hans/Gabriel, Oscar/Ders. (Hrsg.), *Wahlen und politische Einstellungen im vereinigten Deutschland*, Frankfurt a.M. u.a, S. 317-367.
- Jaspers, Karl, 1987: *Die Schuldfrage* (Erstausgabe 1946), München.
- Jesse, Eckhard, 1993: Der „dritte Weg“ vor und nach der Wiedervereinigung, in: Zitelmann, Rainer/Weißmann, Karlheinz/Großheim, Michael (Hrsg.), *Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland*, Berlin/Frankfurt a.M., S. 215-241.
- Kaase, Max, 1983: Sinn oder Unsinn des Konzepts „politische Kultur“ für die Vergleichende Politikforschung, oder auch: Der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln, in: Ders./Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.), *Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1980*, Opladen, S. 144-171.
- Kailitz, Steffen, 2001: *Die politische Deutungskultur im Spiegel des „Historikerstreits“*. What’s right? What’s left, Wiesbaden.
- Kailitz, Steffen, 2004: *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*, Wiesbaden.
- Klingemann, Hans/Pappi, Franz, 1972: *Politischer Radikalismus. Theoretische und methodische Probleme der Radikalismusforschung, dargestellt am Beispiel einer Studie anlässlich der Landtagswahl 1970 in Hessen*, München/Wien, S. 29-32.
- Kocka, Jürgen, 1988: Deutsche Identität und historischer Vergleich, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 40-41, S. 15-28.
- Kohl, Helmut, 1982: „Zur Erneuerung gehört die Besinnung auf die deutsche Geschichte.“ Regierungserklärung vom 13. Oktober, auf der CD-ROM: Schäfer, Jörg (Bearb.): *Deutsche Geschichte von 1949 bis zur Gegenwart*, München/Landsberg am Lech 1997.
- Köhler, Henning, 1986: Abenteuerlicher Dreischritt, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 26. Juni.
- König, Helmut, 1992: Deutsche Einheit im Schatten der NS-Vergangenheit, in: *Leviathan* 20, S. 359-379.
- Krippendorff, Klaus, 2004: *Content Analysis: An Introduction to Its Methodology*, 2. Aufl., Thousand Oaks.
- Kühnl, Reinhard, 1987: Ein Kampf um das Geschichtsbild: Voraussetzungen – Verlauf – Bilanz, in: Ders. (Hrsg.), *Vergangenheit, die nicht vergeht. Die „Historiker-Debatte“*. Dokumentation, Darstellung und Kritik, Köln, S. 200-291.
- Leggewie, Claus/Meyer, Erik 2005: „Ein Ort, an den man gerne geht“. Das Holocaust-Mahnmal und die deutsche Geschichtspolitik nach 1989, München/Wien.
- Lehnert, Detlef/Megerle, Klaus (Hrsg.), 1990: *Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik*, Opladen.

- Lepsius, Rainer M., 1993: Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des „Großdeutschen Reiches“, in: Ders., Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen, Göttingen, S. 229-245.
- Lübbe, Hermann, 1989: Der Nationalsozialismus im Bewusstsein der deutschen Gegenwart (1983), in: Ders., Die Aufdringlichkeit der Geschichte. Herausforderungen der Moderne vom Historismus bis zum Nationalsozialismus, Graz u.a., S. 334-350.
- Maier, Charles S., 1992: Die Gegenwart der Vergangenheit. Geschichte und nationale Identität der Deutschen, Frankfurt a.M..
- Meier, Christian, 1994: Totales Verwirrspiel. Ernst Nolte verwischt die Grenzen zwischen Wissenschaft und Agitation, in: Die Zeit vom 4. November.
- Miller, Susanne, 1985: Zum Selbstverständnis der Historischen Kommission der SPD, in: Dies. unter Mitarbeit von Wilhelm van Kampen und Horst Schmidt: Geschichte in der demokratischen Gesellschaft: eine Dokumentation, Düsseldorf 1985, S. 11-15.
- Mohler, Armin, 1987: Missverständnisse um Ernst Nolte. Über sein Buch „Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945“, in: Criticón 17, S. 267-270.
- Möller, Horst (Hrsg.), 1999: Der rote Holocaust und die Deutschen. Die Debatte um das „Schwarzbuch des Kommunismus“, München.
- Mommsen, Hans, 1987a: Aufarbeitung und Verdrängung. Das Dritte Reich im westdeutschen Geschichtsbewusstsein, in: Diner, Dan (Hrsg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt a.M., S. 74-88.
- Mommsen, Hans, 1987b: Suche nach der „verlorenen Geschichte“? Bemerkungen zum historischen Selbstverständnis der Bundesrepublik (Erstabdruck: Merkur 40 (1986), S. 864-874), in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München/Zürich, S. 156-173.
- Mommsen, Wolfgang, 1981: Gegenwärtige Tendenzen in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik, in: Geschichte und Gesellschaft 7, S. 149-188.
- Noelle-Neumann, Elisabeth, 1996: Die linken und die rechten Werte. Ein Ringen um das Meinungsklima, in: Ballestrem, Karl Graf/Ottmann, Henning (Hrsg.), Theorie und Praxis. Festschrift für Nikolaus Lobkowitz zum 65. Geburtstag, Berlin, S. 243-267.
- Nolte, Ernst, 1987: Vergangenheit, die nicht vergehen will. Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte (1986), in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München/Zürich, S. 39-47.
- Nolte, Ernst, 2001: Vorwort, in: Alain de Benoist, Totalitarismus – Kommunismus und Nationalismus, die andere Moderne 1917-1989, Berlin.
- Nolte, Ernst/Gerlich, Siegfried, 2005: Einblick in ein Gesamtwerk. Siegfried Gerlich im Gespräch mit Ernst Nolte, Schnellroda.
- Pflüger, Friedbert, 1993: Der falsche Mann, das falsche Signal. Steffen Heitmann soll nicht Bundespräsident werden, in: Die Zeit vom 8. Oktober.
- Pickel, Susanne/Pickel, Gert, 2006: Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung, Wiesbaden.
- Puhle, Hans-Jürgen, 1987: Die neue Ruhelosigkeit: Michael Stürmers nationalpolitischer Revisionismus, in: Geschichte und Gesellschaft 13, S. 382-399.

- Reichel, Peter, 1995: Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, München/Wien.
- Rigoulout, Pierre/Yannakakis, Ilios (Hrsg.), 1998: Un pavé dans l'Histoire. Le débat français sur Le Livre noir du communisme, Paris.
- Rohe, Karl, 1987: Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kultur-Forschung, in: Berg-Schlosser, Dirk/Schissler, Jakob (Hrsg.), Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Opladen, S. 39-48.
- Rohe, Karl, 1994: Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts, in: Niedermayer, Oskar/Beyme, Klaus von (Hrsg.), Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Berlin, S. 1-21.
- Rohrmoser, Günter, 1985: Das Debakel. Wo bleibt die Wende? Fragen an die CDU. Mit Beiträgen von U. Besser, H. Burnleit, M. Abelein, U. Greve, E. Schlee, Krefeld.
- Scheuch, Erwin, 1974: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik, in: Löwenthal, Richard/Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, Stuttgart, S. 433-469.
- Schoeps, Julius H. (Hrsg.), 1996: Ein Volk von Mördern? Die Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust, Hamburg.
- Schubert, Klaus von, 1972: Wiederbewaffnung und Westintegration. Die innere Auseinandersetzung um die militärische und außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik 1950-1952, 2. Aufl., Stuttgart.
- Sommer, Theo, 1988: Von der Last Deutscher zu sein. Die braune Vergangenheit lässt uns noch lange nicht los, in: Die Zeit vom 18. November.
- Sontheimer, Kurt, 1983: Ein deutscher Sonderweg?, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.), Die Identität der Deutschen, München/Wien, S. 324-335.
- Steigerwald, Robert, 1987a: Die Hauptthesen der „Geschichtsrevisionisten“, in: Marxistische Blätter 25, Heft 3, S. 64 f.
- Steigerwald, Robert, 1987b: Worum geht es, wenn es um Geschichte geht?, in: Marxistische Blätter 25, Heft 3, S. 2 f.
- Stürmer, Michael, 1986: Weder verdrängen noch bewältigen. Geschichte und Gegenwartsbewusstsein der Deutschen, in: Schweizer Monatshefte, S. 689-694.
- Süssmuth, Rita, 1986: Ansprache anlässlich der Eröffnung der Jugendbegegnungsstätte in Auschwitz, in: Pressedienst des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit vom 6. Dezember..
- Thadden, Adolf von, 1986: Der Fall Habermas und die „Neokonservativen Historiker“, in: Nation Europa 36, Heft 9, S. 73-76.
- Thadden, Adolf von, 1987: Heuchelei in der Geschichtsschreibung? Hintergründe des „Historikerstreits“, in: Deutsche Wochen-Zeitung vom 11. Dezember.
- Weizsäcker, Richard von, 1987: Nachdenken über Patriotismus. Ansprache des Bundespräsidenten in der Universität Heidelberg, in: Bulletin vom 11. November, S. 1021-1024.
- Winkler, Heinrich August, 1981: Der deutsche Sonderweg: Eine Nachlese, in: Merkur 35, S. 793-804.

Winkler, Heinrich August, 1996: Kehrseitenbesichtigung. Zehn Jahre danach: Ein Rückblick auf den deutschen Historikerstreit, in: Frankfurter Rundschau vom 29. Oktober.

Hans-Christian Crueger

Geschichte als politische Wissenschaft – Der Historikerstreit

1 Einführung

„Glauben Sie an Geschichte?

Nein.

Warum nicht?

Weil ich nicht einmal daran glaube, dass man von Stockholm bis nach Berlin restlos übertragen kann, was sich da ereignet hat.

[...]

Glauben Sie an Geschichte?

Ja.

Sie glauben daran? Warum?

[...]

Ich glaube an Geschichte, weil die Variationen, die mit der Menschheit spielen, nicht so zahlreich sind. Alles kommt einmal wieder – immer wieder.“

(Tucholsky 1993: S. 263 f.)

Wie Tucholskys Glosse hätte auch der Historikerstreit an dieser Stelle enden können, genauer gesagt, es hätte ihn nie gegeben. *Contra principia negantem non est disputandum* – die alte Regel der Logik markiert normalerweise die Grenzen einer Diskussion, sei sie wissenschaftlicher oder politischer Natur. Der Historikerstreit des Jahres 1986 begann jedoch eigentlich erst, als die beiden Streitparteien ihren prinzipiellen Widerspruch gegen die jeweils andere Seite festgeschrieben hatten.¹ Ob dies eine Eigentümlichkeit des Historikerstreits war oder nicht eher einen gängigen Charakterzug großer geschichtswissenschaftlicher Kontroversen darstellt, ist eine der Fragen, die im Folgenden beantwortet werden sollen. In vier Schritten wird eine Einordnung der Auseinandersetzung

¹ Habermas (1991a: S. 62) verbat sich die „apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung“ im Grundsätzlichen, während beispielsweise Joachim Fest (1991: S. 100) zugunsten der Angegriffenen die „Freiheit des Fragens“ ins Feld führte. Im Folgenden verlief der Historikerstreit zu großen Teilen im Sinne dieser unversöhnlichen Dichotomie von Verbotsmahnung und Freiheitsforderung.

unternommen. Zuerst erfolgt eine Darstellung des Historikerstreits als politischer Streit, da er weitaus mehr war als nur ein fachlicher Austausch von Experten, um spezielle Fragen zu klären. Anschließend wird darauf hingewiesen, dass immer schon eine politische Grundierung die großen historiographischen Debatten ausgezeichnet hat. Danach steht die Frage im Mittelpunkt, inwiefern solche Großkontroversen innerhalb der Sozial- und Geisteswissenschaften diesen und der Öffentlichkeit nützen oder schaden. Dies geschieht anhand einiger kursorischer Bemerkungen zur Methodik dieser Wissenschaften und der Betonung der besonderen Rolle, die die Kontroverse hier spielen kann. Ein Resümee des Historikerstreits anhand der angestellten Überlegungen schließt den Aufsatz ab.

Ziel ist es, aus politikwissenschaftlicher Perspektive am Beispiel des Historikerstreits eine Diskussionsgrundlage hinsichtlich des kontroversen Umgangs mit der Geschichte zu schaffen.²

2 Der politische Rahmen

Sucht man nach geschichtswissenschaftlichen Beurteilungen des Historikerstreits, stößt man in aller Regel auf das Verdikt „wissenschaftlich unergiebig“ (Wehler 2006a).³ Vom Erscheinen des Artikels „Vergangenheit, die nicht vergehen will“ (Nolte 1991) im Jahr 1986 bis zur Publikation der Dokumentation des Streits ein Jahr später soll also eine Auseinandersetzung führender Wissenschaftler um Geschichte getobt haben, die wissenschaftlich nichts einbrachte? Selbst wenn man hier zustimmt, bleibt zu fragen, warum dieselben Wissenschaftler, die 20 Jahre später den Erkenntnisgewinn des Historikerstreits als kaum vorhanden einstufen, sich damals mit solcher Verve an der Kontroverse beteiligten. In der Regel ist es der „politische Kontext“ (Herbert 2003: S. 95-98), der in einschlägigen Arbeiten als Erklärung dafür herhalten muss, dass trotz aller Intensität des Historikerstreits dieser angeblich ergebnislos geblieben ist (vgl. ebd.; vgl. auch Maier 1992: S. 15-25, Große Kracht 2005: S. 92-98).

Konnte die politische Linke der Bundesrepublik Deutschland den Anfang der 1970er Jahre noch uneingeschränkt als ihre Hochphase betrachten – der visionäre Bundeskanzler wollte „mehr Demokratie wagen“, die Planungseuphorie litt noch an keiner Ölkrise –, galt dies keinesfalls mehr für das Ende der Dekade, geschweige denn für den Auftakt des darauf folgenden Jahrzehnts. Linken und

² Dabei wird nicht der Anspruch erhoben, die außerordentlich umfangreiche Literatur zum Themenkomplex sowie die Fülle der Quellen aufzuarbeiten. Eine ältere Bibliographie, die auch Quellen zum Historikerstreit ausweist, führt bereits über 1200 Titel auf, vgl. Donat/Koch/Rohkrämer 1991.

³ Klaus Hildebrand (2003: S. XIII, 141) misst als Mitglied der anderen Streitpartei dem Ganzen auch keine sonderlich erkenntnisfördernde Wirkung bei.

linksliberalen Betrachtern erschien die Abfolge Brandt-Schmidt-Kohl als gleichsam negative Evolution, so dass Kohls Ausspruch von der „geistig-moralischen Wende“ nicht als übliches Schlagwort einer um Profil bemühten Regierungserklärung angesehen, sondern als vermeintliches Fanal gewertet wurde. Mit insofern geschärftem Misstrauen erkannten fortan Jürgen Habermas und andere in diversen Handlungen der Regierung Kohl eine tendenziöse Politik versuchter „Normalisierung“, mithin den Versuch, auf Aussöhnung, sei es mit ehemaligen Feinden oder mit der deutschen Identität, nationalstaatliche Konventionalität folgen zu lassen.

Hier ist ein Einschub geboten: Für den Ausbruch des Historikerstreits, seinen Fortgang und seine Analyse ist die Frage danach, ob die jeweiligen Annahmen der Streitenden hinsichtlich der untergründigen Motive des Gegenübers nun eigentlich mit der Wirklichkeit übereinstimmen sekundär. Nicht unwichtig, aber insofern zweitrangig ist dies, als in einer analytischen Annäherung keine nachmalige Entscheidung der Kontroverse, sofern überhaupt möglich, notwendig ist. Es reicht in diesem Zusammenhang die Annahme, niemand habe die eigene Position entgegen der eigenen Überzeugung vertreten.

Die Diskussion um den NATO-Doppelbeschluss des Jahres 1979 und die sich seit 1982 daran anschließende Frontstellung Regierung versus Friedensbewegung heizten das politische Klima auf. Das Bild der an den Gräbern Verduns einander bei den Händen haltenden François Mitterrand und Helmut Kohl, und dessen Israel-Besuch im Jahre 1984, wo das Wort von der „Gnade der späten Geburt“ fiel, wirkten auf ohnehin Missgestimmte keinesfalls besänftigend. Als Klimax dieser Entwicklung lässt sich dann der Besuch des Soldatenfriedhofs in Bitburg ansehen. Vierzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, inmitten der heftigen Diskussion um Befreiung oder Niederlage, sollte ähnliches an der Seite Reagans stattfinden, was ein Jahr zuvor an der Seite Mitterrands großen Eindruck gemacht hatte. Allein die Nachricht, dass auch Angehörige der Waffen-SS unter den Toten in Bitburg waren, ließ den Gedanken der Aussöhnung in den Hintergrund treten. Der Besuch fand schließlich statt, die bittere Debatte auch. Fortan vernachlässigten Kohl-kritische Beobachter eine Trennung zwischen der Regierung, den ihr zugeneigten Wissenschaftlern und der NATO.⁴

Im Kleineren stritt man sich um ein weiteres Thema, die Einrichtung eines Museums der deutschen Geschichte in großem Stil, die Helmut Kohl 1984 angekündigt hatte. Insbesondere die gewichtige Rolle Michael Stürmers, der sich in mehreren Feuilletons entgegen linksliberalen Geschichtsvorstellungen geäußert hatte, stieß dabei übel auf (Große Kracht 2005: S. 98). Die verschiedenen Stränge der politischen und geschichtspolitischen Diskussion mussten dann durch das

⁴ So sprach Jürgen Habermas (1991a) dann in seinem Anstoßartikel zum Historikerstreit von einer „deutsch-national eingefärbten Natophilosophie“ (S. 75).

Nadelöhr der Frankfurter Römerberggespräche des Juni 1986 hindurch und verbanden sich zum Leitfaden des Historikerstreits, der hier seinen Ausgang nahm.

3 Geschichtswissenschaft und Tagespolitik

Der Historikerstreit lässt sich also als Verlängerung politischer Auseinandersetzungen lesen.⁵ Damit aber weist er Merkmale auf, die die große geschichtswissenschaftliche Kontroverse an sich auszeichnet: Die wirklich großen Debatten um die Vergangenheit sind immer auch tagespolitisch grundiert. Der vordergründige Streitgegenstand dient dabei in aller Regel als geschichtspolitischer Stellvertreter, hinter dessen Auftritt wesentliche Antriebe einer Kontroverse im Verborgenen bleiben. Mithin, „dass also die strittigen Sachfragen lediglich die sichtbaren Spitzen tiefer gehender Sachverhalte sind“ (Elvert 2003: S. 9).

Dies lässt sich leicht an weiter zurückliegenden Kontroversen zeigen. Betrachtet man die neben dem „Historikerstreit“ berühmteste Geschichtsdebatte der Bundesrepublik Deutschland, die Fischer-Kontroverse der 1960er Jahre, so zeigt sich dasselbe Muster. Der dringenden Warnung vor einer „Selbstverdunkelung des deutschen Geschichtsbewusstseins“ (Ritter 1962: S. 668) lässt Gerhard Ritter in seinem Beitrag zum Auftakt der Kontroverse „Traurigkeit und Sorge im Blick auf die kommende Generation“ (Ebd.) folgen.⁶ Nicht, wie es vordergründig erschien, die Kriegsziele des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg, denen Fischers Buch „Griff nach der Weltmacht“ eigentlich galt, entzündeten und verschärfen die damalige Kontroverse, sondern die Frage nach der Existenz des „deutschen Sonderwegs“ zwischen Zweitem und Drittem Reich. Dessen Vorhandensein oder Fehlen nämlich warf lange Schatten auf die nationale Identität der Gründergeneration der Bundesrepublik Deutschland, für die es noch ganz persönlich entscheidend war, ob man glauben sollte – oder besser, musste –, „die deutsche Katastrophe“ (Friedrich Meinecke) habe noch ältere Geburtshelfer als Hitler gehabt. Obschon die Fischer-Kontroverse anders als der Historikerstreit weitgehend, zumindest institutionell, fachlich blieb,⁷ zeichnete auch sie sich deutlich durch die spezifische Gemengelage einer jeden historischen Großkontroverse aus Geschichtswissenschaft, Politik und Öffentlichkeit aus, bis hin zu Einlassungen im Bundestag (vgl. Geiss 2003b: S. 46).

⁵ Eben als politische, gegenwartsbezogene Auseinandersetzung um historische Deutungen, umfassend hierzu vgl. Kailitz 2001.

⁶ Interessant ist, wie sehr ein knappes Vierteljahrhundert später die Position Michael Stürmers (1991: S. 36-38) derjenigen Gerhard Ritters gleicht.

⁷ Alle wichtigen Teilnehmer der Kontroverse, seien es Fischer, Ritter, Zechlin oder Erdmann, publizierten vornehmlich in fachwissenschaftlichen Periodika.

Nun ließe sich einwenden, dies sei eine deutsche Nachkriegseigentümlichkeit, die mit dem nationalsozialistischen Menetekel zusammenhinge. Die Nachwirkung des Totalitarismus der Deutschen sei zu groß, jede historische Fragestellung in ihren Dunstkreis hinein würde gleichsam automatisch politisches und öffentliches Interesse evozieren. Dagegen spricht eine genaue Beachtung der Typologierungsversuche (vgl. exemplarisch Repgen 1979, Niethammer 1989, Lehmann 2000, Elvert 2003), die die Geschichtswissenschaft hinsichtlich ihrer eigenen Kontroversen anbietet. Dabei taucht regelmäßig der Bezug zur Öffentlichkeit, üblicherweise in einer politischen Konnotation als Merkmal der Historikerkontroverse, auf, bisweilen sogar als konstitutives. In diesem Sinne kann es also durchaus sein, dass sich die Öffentlichkeit ihre fachwissenschaftlichen Auseinandersetzungen sucht, und nicht umgekehrt. Demnach wären die Fragen an ein Thema entscheidend, weniger das Thema selbst.

Aber auch ohne diese Sichtweise lässt sich der Historikerstreit als politischer Streit viel eher als Normalität, denn als Ausnahme unter den Debatten um Geschichte, begreifen. Lange bevor das Thema Drittes Reich irgendeinen Einfluss auf Geschichtsdiskurse zu nehmen vermocht hätte, war die sich am Gestern vollziehende und auf das Heute und Morgen bezogene Auseinandersetzung bestens bekannt. Dies zeigen die großen Geschichtswerke des Abendlandes. Der aristokratische Thukydides dechiffriert mit kaum verhohlener Lust den demokratischen Geschichts-Mythos um die athenischen Tyrannenmörder Harmodios und Aristogeiton (vgl. Thukydides 2002: S. 501-505). Machiavellis Republikanismus wiederum treibt ihn im Vorwort der „Geschichte von Florenz“ zu deutlichen Attacken gegen Leonardo Bruni und Poggio Bracciolini, die in ihren historischen Schriften viel zu wenig bürgerlich-freiheitliches Erziehungsmaterial anböten (vgl. Machiavelli 1987: S. 11-14). Schließlich erscheinen berühmte historische Gestalten zu einem Gutteil in dem Licht, das ein Autor aus seiner Gegenwart heraus auf sie richtet. Mit folglich nicht überraschender Selbstverständlichkeit erläutert ein aktuelles Lehrbuch zu Friedrich dem Großen, dessen Historiographie sei „immer auch ein politisches Sujet gewesen“ (Duchhardt 1998: S. 197). Welcher zeitliche Abstand verhindert tagespolitisch beeinflusste Deutungen, Vereinnahmungen und Kritiken einer Geschichtsschreibung?

Neben der politischen Dimension ist im Schrifttum zum Historikerstreit immer wieder das Gewicht von persönlicher Disposition, also die biographische Dimension, betont worden (vgl. exemplarisch Bergen 2000: S. 146-154, Herbert 2003: S. 105-109). Eine im Kindes- oder Jugendalter dem Zweiten Weltkrieg entwachsene Generation habe den Streit vornehmlich unter sich ausgemacht. Die Studentenbewegung der 1960er Jahre sei es gewesen, an der sich die Geister dieser Intellektuellengeneration geschieden hätten. Hieraus schließlich sei die manifeste politische Differenzierung gefolgt, die dann die Lagerbildung im His-

torikerstreit bestimmt habe. Die passende Formulierung hat Doris L. Bergen gefunden: „In a very immediate way, the past those scholars debated was their own“ (Bergen 2000: S. 150). Die politische Identität der einzelnen Diskutanten, wie sie sich aus der individuellen Biographie herleitete und auf die bundesrepublikanische Politik des Jahres 1986 projiziert wurde, bildete also den Nährboden des Historikerstreits. Noch einmal, dies nimmt dem Historikerstreit, der „wohl am intensivsten und auch emotionalsten geführten“ (Elvert 2003: S. 10) Geschichtsdebatte der Bundesrepublik, einiges an Exklusivität. Ohne diese Tatsache wüsste niemand um die Kontroverse, würde sie sich nicht einreihen in die Liste großer historischer Kontroversen. Deswegen aber sind Historikerkontroversen lohnenswerte Forschungsobjekte der Politikwissenschaft.

4 Forscher-Ich und Neutralitätsgebot

Im Lichte der beschriebenen Verwobenheit des Historikerstreits mit politischen Gesichtspunkten stellt sich die Frage, ob Imanuel Geiss in seinem Urteil zuzustimmen ist, diesen „als das schlimmste Desaster, das sich die deutsche Geschichtsschreibung selbst und den Deutschen zufügte“ (Geiss 2003a: S. 119), anzusehen. Entsteht der Geschichtswissenschaft dadurch ein Schaden, dass ihre großen Debatten auch von Interessen bestimmt, gefühlsbeladen und öffentlich, eben auch politisch sind?

Die Frage knüpft an die Subjektivitätsproblematik an, die der Methodik der Historiographie ebenso wie derjenigen der anderen hermeneutischen Wissenschaften zu eigen ist. Hermeneutik als Kunst des verstehenden Erklärens und Auslegens zielt darauf ab, einen Sinnzusammenhang aus einer anderen Welt in die eigene zu übertragen. Problematisch wird dieses Bemühen erst, wenn man die Rolle des hermeneutischen Übersetzers mitdenkt, also die Einsicht, „dass in der Geschichtswissenschaft der Mensch Erkennender und Erkanntes zugleich ist“ (Junker/Reisinger 1974: S. 46). Hier herrscht Unverträglichkeit mit dem gängigen Objektivitätspostulat an die wissenschaftliche Erkenntnis: *sine ira et studio*. Denn diese Selbstreferentialität des Betrachters verzerrt den wissenschaftlichen Blick durchaus zwischen den Polen des Neutralitätsgebots einerseits und des Urteilens andererseits, das nun einmal eine individuelle, mithin subjektive, Verstandesleistung ist. Hier bedingen sich Verständnis und Selbstverständnis. Was bleibt, ist schließlich nur die Möglichkeit, Gedanken in objektiver Absicht gegen die Mängel der eigenen Subjektivität zu formen. Nun wussten dies auch die Teilnehmer des Historikerstreits. Fraglich ist hingegen, ab wann die methodische Problematik derart zum Tragen kommt, dass sie die im Geissischen Sinne desaströsen Folgen zeitigt. Auf den hier vorliegenden Fall bezogen muss also die

Frage lauten, ab wann das Erkenntnisinteresse der Wissenschaft vollkommen zum Raub des Herrschaftsinteresses der Politik wird. Als denkbare Antwort hierauf soll Folgendes dienen: Wenn kein Vermittlungsspielraum mehr zwischen Objektivität und Subjektivität übrig bleibt, ist die Grenze überschritten. Dient der Hinweis auf die ohnehin nie auszuschließende Subjektivität nur als entschuldigender Kniff, um in politische Zonen jenseits aller wissenschaftlichen Rechtfertigungsmöglichkeiten vorzustoßen, lässt sich in der Tat von Desaster sprechen. Rudolf Augsteins Etikettierung Andreas Hillgrubers als „konstitutionellen Nazi“ (Augstein 1991: S. 198) könnte in diesem Kontext als anschauliches Beispiel aus dem Historikerstreit genannt werden.

Kontroversen an sich können aber als Regulativ gegenüber dieser Gefahr wirken. „History as reality is agonistic, driven by the struggles that change involves. History as a form of thought, as science, shares in this attribute, with its own forms of *agon* as both its concerns and its procedures change“ (Schorske 2000: S. 187). Dieser Hinweis auf die Parallelität von immanenter historischer und historiographischer Gegensätzlichkeit, öffnet eine Perspektive auf einen Ausweg aus der oben angesprochenen Subjektivitätsfalle. Das Gegeneinander weist hier mitunter neuen Spielraum zugunsten der Wissenschaftlichkeit aus, ganz im Sinne des französischen Sprichwortes, wonach *du chocque des opinions jaillit la vérité*. Ob es gleich die Wahrheit sein muss, die aus dem Zusammenprall der Meinungen folgt, sei dahingestellt. Streithafte Auseinandersetzungen können aber sicherlich dazu beitragen, das Verhältnis zwischen Empirie und Normativität immer wieder neu einzupendeln. Aus den in der Öffentlichkeit ausgetragenen Großkontroversen der hermeneutischen Wissenschaften kann diesen also trotz aller Selbstschädigungen immer wieder Vorteil erwachsen. Denn der „Konfliktstoff“ ist derjenige, „aus dem wissenschaftliche Erkenntnis gewonnen wird“ (Elvert 2003: S. 12).

Hiergegen ließe sich einwenden, dass der Wissenschaft keinesfalls geholfen ist, wenn die agonalen Instinkte ihrer Protagonisten mit diesen durchgehen. Erschöpfte sich die Behandlung des Konfliktstoffs des Jahres 1986 nicht in Vorwurf und Retourkutsche? Lässt sich überhaupt von einem Zusammenprall der Meinungen sprechen oder standen sich diese nicht einfach feindlich gegenüber? In der Tat, die Fronten im Historikerstreit waren eben so klar wie festgefahren. Ob hieraus aber nur Schaden folgen muss, ist vermutlich eine Frage der Perspektive. Während die eigentlichen Teilnehmer einer Debatte vielleicht nur Recht und Unrecht erkennen mögen, öffnet sich unbeteiligten Dritten ein Blickwinkel, aus dem ein Streit als Meinungsaustausch fruchtbar werden kann. Imanuel Geiss mit seinem „Renegatentum“ (so Wehler in einem privaten Brief an Geiss, vgl. Geiss 2003a: S. 119) wirkt folglich entgegen seiner eigenen Ansicht von der Schädlichkeit des Historikerstreits. Gleiches gilt für Heinrich August Winkler,

der inzwischen zu folgender Einschätzung gelangt: „Doch der Sieg der Aufklärer hatte seinen Preis“ (Winkler 2002: S. 446), wonach im Historikerstreit die Kritik an den Einseitigkeiten der unterlegenen Streitpartei gleich neue Verzerrungen mit sich brachte. Je mehr Stimmen und Gegenstimmen, desto mehr muss der Historikerstreit als große Kontroverse begriffen, muss im Nachhinein erst einmal zwischen Thesen und Antithesen Orientierung geschaffen werden. Somit tragen Debatten auf lange Sicht zur Versachlichung bei. Mittelbar kann so sogar ein unsachlicher Disput neue Erkenntnisse befördern, wenn sich das Agonale eines intellektuellen Konfliktstoffs an sich selbst und an veränderten Umständen erschöpft.⁸ Freilich bedeutet dies keine Entschuldigung für die vielen Ungerechtigkeiten und Ungebührlichkeiten im Verlauf des „Historikerstreits“.

5 Schlussbetrachtung

Wie bei allen wichtigen Geschichtskontroversen spiegelte sich also im Historikerstreit die politische Gegenwart der Debattierenden. Beiden Streitparteien erschien es so, als hätte sich die Gegenseite den Versuch zu schulden kommen lassen, die Geschichte für aktuelle Zwecke in Dienst zu nehmen. Die Wissenschaft würde, so lautete die allgemeine Unterstellung, zum Instrument der Politik gemacht (vgl. Peacock 2001: S. 96-101). Durch bewusste Aufgabe ihrer erkenntnisfördernden Qualität missbrauche man sie als weltanschauliches Werkzeug. Dieser Vorwurf hat den Historikerstreit intensiviert und ausgeweitet, denn angesichts der methodischen Subjektivitätsproblematik lässt sich eine solche Verdächtigung leicht erheben, nicht beweisen und somit auch nicht widerlegen. Die strenge Lagerbildung ergab sich dann aus der Intention von Jürgen Habermas, einen politischen Streit um „politische Moral“ (Habermas 1991b: S. 254) auszulösen. Nuancierend lässt sich festhalten, dass daher die Auseinandersetzung um die „kulturelle Hegemonie“ (Wehler 1988)⁹ in Teilen etwas Nötigendes an sich hatte: Etwa Andreas Hillgruber als strategischen Meinungskämpfer im politischen Tagesgeschäft einzuordnen, war und ist nicht plausibel.

Aber war dieser politisierte Streit von Wissenschaftlern wissenschaftlich nun tatsächlich so fruchtlos? Vor dem Historikerstreit jedenfalls waren die nennenswerten geschichtswissenschaftlichen Beiträge zum nationalsozialistischen Judenmord dünn gesät. Nach dem Historikerstreit geriet die Frage nach Einlei-

⁸ Um dies zu verdeutlichen mag man die Frage stellen, wie etwa die Goldhagen-Kontroverse in den Jahren nach 1996 oder die Walser-Bubis-Debatte, die 1998 ihren Ausgang nahm, verlaufen wären, hätte es nie den Historikerstreit oder das Ende des Kalten Krieges gegeben.

⁹ Die Ansicht, dass es sich beim Historikerstreit um einen solchen Ausscheidungskampf gehandelt hat, hat Hans-Ulrich Wehler (2006b) denn auch nicht aufgegeben.

tung und tatsächlicher Ausführung des Massenmords immer mehr in den Fokus der historischen Forschung, ebenso dessen eigentliches, empirisch messbares Ausmaß (vgl. Herbert 2003: S. 98-104). In der angelsächsischen Forschung wiederum, die den Historikerstreit lebhaft rezipiert hatte, tauchten in den 1990er Jahren ganz explizite Vergleichsstudien des sowjetischen und nationalsozialistischen Totalitarismus auf (vgl. Bullock 1991, Kershaw/Lewin 1997), während etwa Zygmunt Bauman die grundsätzliche Problematik der wissenschaftlichen Annäherung an den Holocaust als historischen Teil einer eben wissenschaftlich geprägten Moderne thematisierte (vgl. Bauman 1989).

Im Mittelpunkt der Fischer-Kontroverse standen unterschiedliche Interpretationen eines wichtigen Quellenfundes, Bethmann Hollwegs „Septemberprogramm“. Alleine schon diesem Umstand hat die Erforschung des Ersten Weltkrieges wichtige Fortschritte zu verdanken. Etwas ähnlich Greifbares fehlt dem Historikerstreit. Die Tatsache fehlender wissenschaftlicher Ergebnisse spricht aber nicht das letzte Wort zur wissenschaftlichen Bedeutung jener Kontroverse, in deren Folgezeit, und auf diese Weise mit ihr verbunden, beispielsweise die oben genannten Forschungswege beschritten wurden. Den Historikerstreit kennzeichnet also nicht unbedingt der immer wieder diagnostizierte Mangel an genuin historischer Erkenntnis. Mittelbar jedenfalls scheint diese These unhaltbar.

Verlässt man die Binnenperspektive von Kontroversen, eröffnen diese in aller Regel neue Ansichten, die vor der jeweiligen Kontroverse verschlossen waren: „Great controversies will awaken us from all kinds of slumber, and the great challenge of reconstructing past periods and past events, will always find men and women heeding the ethos of ‘Wissenschaft als Beruf’, knowing that even our best efforts are but approximations of truth, invitations to controversy and revision” (Stern 2000: S. 181-182). Dass die Geschichtswissenschaft ihre großen, in der Öffentlichkeit und unter deren Anteilnahme ausgetragenen Kontroversen kennt, liegt hingegen an der immer gegenwärtigen politischen Bedeutung der Historiographie. Denn den Wissenschaften vom Menschen und seiner Entfaltung wird von der Öffentlichkeit traditionell – und mit Recht – weniger Exklusivität hinsichtlich der Wahrheitsfindung zugestanden als den klassischen Naturwissenschaften. Deren empirisch-analytisches Erkenntnisinteresse richtet sich allein auf die äußere Welt, ihre gedankliche oder technische Beherrschung. Das hermeneutische oder gar emanzipatorische Erkenntnisinteresse von Geistes- und Sozialwissenschaften richtet sich eben auch auf das einzelne menschliche Individuum und seine Vergemeinschaftung, mit allen pragmatischen Implikationen! Schließlich ist also Geschichte eine politisch bedeutsame Wissenschaft – woraus im Übrigen ausdrücklich nicht folgt, sie sei als solche zu betreiben. Aus dieser politischen Bedeutsamkeit speisen sich Licht und Schatten dieser Disziplinen. Hieraus folgert ihre gesteigerte Bedeutung für das bürgerliche Leben. Schließlich

beruht auf alledem bereits das alte Argument von Aristoteles, wonach die Politische Wissenschaft die Königin der praktischen Wissenschaften sei (vgl. Aristoteles 1995: S. 2). In diesem Sinne erfährt der Historikerstreit seine eigene spezifische Bedeutung, als „die letzte wichtige Debatte der alten Bundesrepublik [...], die einen aufschlussreichen Einblick in das National- und Geschichtsbewusstsein der Westdeutschen gewährt“ (Maier 1992: S. 10). Über die Moral des Dritten Reiches war 1986 schon längst und dauerhaft entschieden.



Literatur:

- Aristoteles, 1995: Nikomachische Ethik (Erstausgabe ca. 330 v. Chr.), Hamburg.
- Augstein, Rudolf, 1991: Die neue Auschwitz-Lüge, in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, 8. Aufl., München, S. 196-203.
- Bauman, Zygmunt, 1989: *Modernity and The Holocaust*, Cambridge.
- Bergen, Doris L., 2000: Controversies about the Holocaust: Goldhagen, Arendt, and the Historians' Conflict, in: Lehmann, Hartmut (Hrsg.), *Historikerkontroversen*, Göttingen, S. 141-174.
- Bullock, Alan, 1991: *Hitler and Stalin. Parallel Lives*, London.
- Donat, Helmut/Koch, Dieter/Rohkrämer, Martin, 1991: Bibliographie zum „Historikerstreit“, in: Donat, Helmut/Wieland, Lothar, „Auschwitz erst möglich gemacht?“. Überlegungen zur jüngsten konservativen Geschichtsbewältigung, Bremen, S. 150-214.
- Duchhardt, Heinz, 1998: *Das Zeitalter des Absolutismus*, 3. Aufl., München.
- Elvert, Jürgen, 2003: Zur Einführung, in: Ders./Krauß, Susanne (Hrsg.), *Historische Debatten und Kontroversen im 19. und 20. Jahrhundert. Jubiläumstagung der Ranke-Gesellschaft in Essen 2001*, Stuttgart, S. 9-22.
- Fest, Joachim, 1991: Die geschuldete Erinnerung. Zur Kontroverse über die Unvergleichbarkeit der nationalsozialistischen Massenverbrechen, in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, 8. Aufl., München, S. 100-112.
- Geiss, Imanuel, 2003a: Nationalsozialismus als Problem deutscher Geschichtswissenschaft nach 1945, in: Elvert, Jürgen/Krauß, Susanne (Hrsg.), *Historische Debatten und Kontroversen im 19. und 20. Jahrhundert. Jubiläumstagung der Ranke-Gesellschaft in Essen 2001*, Stuttgart, S. 110-123.
- Geiss, Imanuel, 2003b: Zur Fischer-Kontroverse – 40 Jahre danach, in: Sabrow, Martin/Jessen, Ralph/Große Kracht, Klaus (Hrsg.), *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Grosse Kontroversen seit 1945*, München, S. 41-57.

- Große Kracht, Klaus, 2005: Die zankende Zunft. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945, Göttingen.
- Habermas, Jürgen, 1991a: Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung, in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, 8. Aufl., München, S. 62-76.
- Habermas, Jürgen, 1991b: Vom öffentlichen Gebrauch der Geschichte. Das offizielle Selbstverständnis der Bundesrepublik bricht auf, in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, 8. Aufl., München, S. 243-255.
- Herbert, Ulrich, 2003: Der Historikerstreit. Politische, wissenschaftliche, biographische Aspekte, in: Sabrow, Martin/Jessen, Ralph/Große Kracht, Klaus (Hrsg.), Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Grosse Kontroversen seit 1945, München, S. 94-113.
- Hildebrand, Klaus, 2003: Das Dritte Reich, 6. neu bearbeitete Aufl., München.
- „Historikerstreit“, 1987: Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München.
- Junker, Detlef/Reisinger, Peter, 1974: Was kann Objektivität in der Geschichtswissenschaft heißen, und wie ist sie möglich?, in: Schieder, Theodor (Hrsg.), Methodenprobleme der Geschichtswissenschaft. Historische Zeitschrift. Beiheft 3, München, S. 1-46.
- Kailitz, Steffen, 2001: Die politische Deutungskultur im Spiegel des „Historikerstreits“. What’s right? What’s left?, Wiesbaden.
- Kershaw, Ian/Lewin, Moshe (Hrsg.), 1997: Stalinism and Nazism. Dictatorships in Comparison, Cambridge.
- Lehmann, Hartmut, 2000: Clios streitbare Priester: Zur Einführung, in: Ders. (Hrsg.), Historikerkontroversen, Göttingen, S. 7-14.
- Machiavelli, 1987: Geschichte von Florenz (Erstausgabe 1525), 2. Aufl., Zürich.
- Maier, Charles S., 1992: Die Gegenwart der Vergangenheit. Geschichte und die nationale Identität der Deutschen, Frankfurt a. M./New York.
- Niethammer, Lutz, 1989: Über Kontroversen in der Geschichtswissenschaft, in: Merkur 41, S. 73-81.
- Nolte, Ernst, 1991: Vergangenheit, die nicht vergehen will. Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte, in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, 8. Aufl., München, S. 39-47.
- Peacock, Mark S., 2001: The desire to understand and the politics of *Wissenschaft*: an analysis of the *Historikerstreit*, in: History of the Human Sciences 14, S. 87-110.
- Reppen, Konrad, 1979: Methoden- oder Richtungskämpfe in der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 30, S. 591-610.
- Ritter, Gerhard, 1962: Eine neue Kriegsschuldthese? Zu Fritz Fischers Buch „Griff nach der Weltmacht“, in: Historische Zeitschrift 194, S. 646-668.
- Schorske, Carl E., 2000: Historical Conflict – Historical Controversy. An Afterword, in: Lehmann, Hartmut (Hrsg.), Historikerkontroversen, Göttingen, S. 183-189.

- Stern, Fritz, 2000: Comment on the Place of Historical Controversy, in: Lehmann, Hartmut (Hrsg.), *Historikerkontroversen*, Göttingen, S. 175-182.
- Stürmer, Michael, 1991: Geschichte in geschichtslosem Land, in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, 8. Aufl., München, S. 36-38.
- Thukydides, 2002: *Der Peloponnesische Krieg* (Erstausgabe ca. 400 v. Chr.), Stuttgart.
- Tucholsky, Kurt, 1993: Geschichtswissenschaft, in: Gerold-Tucholsky, Mary/Raddatz, Fritz J. (Hrsg.), Kurt Tucholsky. *Gesammelte Werke* (Nachdruck der Originalausgabe von 1975), Band 5, Reinbek, S. 263-264.
- Wehler, Hans-Ulrich, 1988: Kampf um die kulturelle Hegemonie? Hans-Ulrich Wehler im Gespräch mit Rainer Erd über Ziel und Folgen des Historikerstreits, in: *Frankfurter Rundschau* vom 11. Februar.
- Wehler, Hans-Ulrich, 2006a: „Historische Allüren“ (Interview), in: *taz* vom 12. Juli.
- Wehler, Hans-Ulrich, 2006b: Eine lebhaftige Kampfsituation. Ein Gespräch mit Manfred Hettling und Cornelius Torp, München.
- Winkler, Heinrich August, 2002: *Der lange Weg nach Westen*, Band 2, 5. Aufl., München.

Claus Leggewie

Historikerstreit – transnational

1 Einleitung

Der Historikerstreit ist als Mutter aller Debattenfeuilletons in die jüngere Kulturgeschichte eingegangen und wurde als eine im Kern intellektuelle und symbolische Auseinandersetzung begriffen, deren realpolitische Wirkungen auf die deutsche Innen- und Außenpolitik mehr unterstellt als empirisch nachgewiesen wurden. Sollte es die Intention Ernst Noltes gewesen sein, der deutschen Nation größeren Handlungsspielraum zu verschaffen (so die sympathetische Geburtstagsadresse bei Jäger 2006), indem sie vom Odium der „Vergangenheit, die nicht vergeht“ loskommt und kollektive Schuld als „Tätervolk“ abwirft, kann dies kurzfristig als gescheitert angesehen werden. Wie die markante Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa 1985 lenkte Jürgen Habermas' Nolte-Replik mit der Warnung vor der „Entsorgung der Vergangenheit“ (Habermas 1986) die Aufmerksamkeit in eine entgegengesetzte Richtung. Er wollte die Verantwortung auf nachgeborene Deutsche prolongieren. Dieser erklärte Anti-Revisionismus nahm in der Initiative für das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ symbolische Gestalt an (Leggewie/Meyer 2005) und wurde von Martin Walser der „Monumentalisierung unserer Schande“ (Walser 1999: S. 13) bezichtigt. Zugleich festigte sich der 1949 ausgesprochene Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf militärische Strategien und Operationen, die über die strikte Landesverteidigung hinausgingen. Zwanzig Jahre nach dem Historikerstreit hat sich die geschichtspolitische Landschaft geändert. Ohne dass man dies Ernst Nolte oder einem anderen kausal zuweisen könnte, hat sich deutsches Nationalbewusstsein weitgehend normalisiert. Es ist auch das Tabu der *out of area*-Einsätze gefallen und es steht, worauf hier besonders einzugehen ist, das Sonderverhältnis zu Israel in Frage. Waren das nicht die (jedenfalls impliziten) Ambitionen der „Revisionisten“?

Der Terminus Geschichtspolitik, der in der Publizistik häufig eine verschwörungstheoretische Konnotation hat, ist hier nüchtern politikwissenschaftlich definiert als Politikfeld kollektiver Entscheidungen über die öffentliche Erinnerung an historische Ereignisse. Diese Entscheidungen werden meist, aber

nicht ausschließlich im Rahmen nationaler politischer Kulturen und durch staatliche Akteure veranlasst, begleitet und ausgeführt (Meyer/Leggewie 2005, Meyer 2003). Geschichtspolitik ist ein „normales“ Politikfeld (policy) im Bereich symbolischer Praktiken, das ähnliche Strukturmerkmale aufweist wie andere Bindestrich-Politiken, etwa die Kulturpolitik des Bundes und der Länder. Seine Ressourcen sind zwar überwiegend symbolischer Art (Reden, Einweihungs- und Gedenkrituale, Ausstellungen, künstlerische Gestaltung öffentlicher Plätze etc.). Eingesetzt werden aber sämtliche Ressourcen öffentlicher Politik: Gesetze (bzw. Verwaltungsverordnungen) und Geldzuweisungen und im Notfall der Einsatz staatlicher Gewalt (etwa zum Schutz öffentlich finanzierten Gedenkstätten).

Geschichtspolitische Akteure verstehen sich meist weniger als Repräsentanten von Partei- oder Gruppeninteressen, sie akklamieren in der Regel eher den Konsens einer (nationalen) Erinnerungsgemeinschaft und universalistische Werte. Doch genau diese Akklamation provoziert in der Regel eine strittige Auseinandersetzung um die Faktizität historischer Ereignisse und besonders deren Würdigung bzw. Geltung. Geschichtspolitik kann damit als ein politisches Konfliktfeld definiert werden, auf dem um die wesentlichen Markierungen des „kollektiven Gedächtnisses“ einer Gesellschaft gerungen wird. Im Sinne der Soziologie moderner Konflikte kann man sagen (und den Historikerstreit exemplarisch anführen), dass in pluralistischen Gesellschaften eben dieser Streit kollektive Identität (im Weberschen Sinne: Gemeinsamkeitsgefühle, Weber 1972: S. 225f.) formiert und problematisiert.

In Erweiterung früherer Arbeiten, die vornehmlich die innenpolitische Dimension der in Reaktion auf den Vorstoß Ernst Noltes und anderer formulierten „Singularitätsthese“ in den Blick genommen haben, sollen hier anhand der aktuellen Debatte um einen Militäreinsatz der Bundeswehr im Nahen Osten die außenpolitischen Implikationen der im Historikerstreit angeschnittenen Standort- und Kursbestimmung der Bundesrepublik thematisiert werden. Zu beginnen ist dabei mit einer Rekapitulation der geistigen Lage um 1985 (nach Leggewie/Meyer 2005).

2 Der Historikerstreit: Das Scheitern einer Revision

Ernst Nolte hatte vor allem die Auffassung vertreten, der Nationalsozialismus habe aus einem Ideen- und Praxisrepertoire des Bolschewismus geschöpft, dieser sei also ein „historisches Prius“ und jener eine im Ursprung „asiatische Tat“ und somit keineswegs einzigartig, wie es sich damals zur herrschenden Meinung verfestigt hatte (Nolte 1986). Wenn Nationalsozialismus und Judenmord derart eingeklammert und zurechtgestutzt werden, eignen sie sich nicht als „Vergan-

genheit, die nicht vergehen will“ und müssen die politische Handlungsfähigkeit der Deutschen nicht so lenken oder beschränken, wie es Mitte der 1980er Jahre der Fall war. Andreas Hillgruber (1986) nahm parallel die Opfer-Perspektive deutscher Soldaten an der Ostfront zur Beurteilung des Holocaust ein und bekräftigte den von Michael Stürmer (1988) und anderen formulierten Anspruch, die deutsche Geschichte nicht auf zwölf Jahre „Drittes Reich“ einzudampfen, und die Verbrechen während der NS-Diktatur in die Verbrechen-Geschichte des 20. Jahrhunderts (vom Genozid an den Armeniern bis zu Pol Pot) einzuordnen (so jüngst wieder dezidiert Arnulf Baring vor der hessischen CDU, Baring 2006).

Diese Vorstöße bewirkten seinerzeit das genaue Gegenteil: Öffentlichkeit, Publizistik und Wissenschaft beschäftigten sich verstärkt mit dem Holocaust als dem für die deutsche und Weltgeschichte zentralen Geschichtsereignis. Alle Versuche, die NS-Verbrechen in tausend Jahren deutscher Geschichte einzuklammern, waren mit einem Odium der versuchten „Entsorgung“ (Habermas) belegt. Das hätte nämlich Nicht-Befassung vorausgesetzt, also einen echten diskursiven Schlussstrich.

Der erhoffte Paradigmenwechsel blieb also aus. Heute kann man aber sagen, dass *sowohl* das „negative Gründungsereignis“ des Holocaust *als auch* eine wieder gewonnene Normal-Perspektive auf die deutsche Geschichte Kernelemente der Erinnerungskultur des 1990 vereinten Deutschland sind. Überspitzt formuliert: Man skandalisierte im Historikerstreit den dicken Schlussstrich – um ihn danach umso feiner ziehen zu können. Logisch oder historiographisch mag das eine Unmöglichkeit sein, aber faktisch koexistiert das besondere Augenmerk auf dem Mord an den europäischen Juden heute mit der Hervorhebung deutscher Leiden und Opfer in einer Gesamtperspektive. Symbolisch wird – wiederum paradox – ein deutscher Sonderweg beteuert, während er aber faktisch für beendet erklärt wird. Der gordische Knoten, der sich im Historikerstreit verschlungen hat, wurde durchgehauen, und zwar nicht durch Exkulpation (oder eine Revision der Revision), sondern wesentlich durch die Zeitläufe – die historische Dynamik nach 1990, die Deutschlands Stellung in der Welt erheblich veränderte.

„Wegen“ Auschwitz wird heute keine Innen- und Außenpolitik mehr unterlassen (wie 1991ff.) oder ausgeführt (wie 1998) (Leggewie 2001). Niemand hat diese Normalisierung so vorangetrieben wie die rot-grüne Bundesregierung seit 1998. Absagen an den vermeintlichen „negativen Nationalismus“ (Reese-Schäfer 1990) wurden in der Ära Schröder nicht minder Gemeingut. Die Globalisierung des Holocaust zur Metapher hat dazu geführt, dass ständig Vergleiche zu anderen Völkermorden (und auch weniger schwer wiegenden Ereignissen) gezogen werden, ohne dass dies noch einen Sturm der Entrüstung auslöste. Sogar die skandalumwitterte Wehrmachtsausstellung, gegen Geschichtsrevision und Täterverharmlosung auf Tour geschickt, hat das Verständnis für die Deutschen als Opfer

erleichtert. Die aktuellen Ausstellungs-Initiativen im Blick auf die Vertreibung der Deutschen aus den ehemaligen Ostgebieten, die literarischen Erinnerungen an den Bombenkrieg und eine bestimmte Sorte von Familienromanen taten ein Übriges.

Das Holocaust-Mahnmal war ein herausragender Meilenstein auf dem dialektischen Weg von Bonn nach Berlin: Es wurde nach dem Historikerstreit ange-regt, um die von Nolte, Stürmer und vor allem Helmut Kohl erwartete Relativie-rung und Normalisierung abzuwehren, ist nun aber der in den 1950er wie in den 1980er Jahren noch unmögliche Ort geworden, an welchem die „Staatsräson“ (siehe dazu den Leitartikel in der Neuen Zürcher Zeitung vom 2. Juli 1999) des vereinten Deutschland in Stein gehauen ist. Zur paradoxen Entstehung dieses Nationaldenkmals trug bei, dass Bundeskanzler Kohl, dessen „geistig-moralische Wende“ den Initiatoren des Mahnmals suspekt war, einer seiner wichtigsten Förderer wurde. Auch sein Nachfolger Schröder, der anfängliche Aversionen und anhaltendes Desinteresse nicht verheimlichte, verhalf ihm zur Realisierung in seiner heutigen, allseits respektierten Form.¹

Aus heutiger Sicht ist interessant, dass Kohl von der „Gnade der späten Ge-burt“ im Januar 1984 während einer Israel-Reise sprach und damit den Publizis-ten Günter Gaus zitierte. Gemeint war, in aller Harmlosigkeit ohne Zweifel zu-treffend, Angehörige des Jahrgangs 1930 und später dürften dankbar sein, ob ihres Geburtsdatums nicht mehr in die unsäglichen Taten „im Namen Deutsch-lands“ verwickelt worden zu sein. Kohl unterstrich hier nur eine Jahrgangsgren-ze, die der Staat Israel beim Verlangen von Visa für Deutsche zieht, die vor 1928 geboren und damit schuld-fähig sind. Die Unschuldsumutung für Minderjährige sollte in Demokratien gelten, aber Argwohn erregte, dass sie vom amtierenden Bundeskanzler in Israel artikuliert und durch unangebrachte Randbemerkungen aus seiner weit nach rechts ausholenden Delegation unterlegt wurde. Kritiker fragten, ob der deutsche Bundeskanzler ausgerechnet in Israel die dauerhafte Verantwortlichkeit für Auschwitz in Frage stellte und einer Normalisierung der Innen- und Außenpolitik das Wort redete?

Helmut Kohls diverse geschichtspolitische Aktivitäten verstärkten das Misstrauen. Suspekt waren vielen seine museumspolitischen Initiativen wie das 1983 per Regierungserklärung angekündigte Deutsche Historische Museum in West-Berlin und das 1988 beschlossene Haus der Geschichte der Bundesrepublik in Bonn. Letzteres zeigt eine mit dem Unrechtsstaat DDR kontrastierte Erfolgs-geschichte, ersteres widmet sich auch den glücklicheren und identifikationsfähi-geren Perioden deutscher Geschichte. Beides ist per se weder anstößig, noch läuft es gar automatisch auf eine Geschichtsklitterung hinaus, allerdings erregten

¹ Die im Folgenden nur angerissenen geschichtspolitischen Kontroversen werden systematisch unter-sucht bei Fischer/Lorenz 2007.

wiederum Kontexte und Begleitumstände Verdacht. Unionspolitiker wollten ein Strafgesetz gegen das schriftliche Leugnen des NS-Völkermords („Auschwitz-Lüge“) im Juni 1985 nur akzeptieren, wenn auch das Leugnen von Vertreibungsverbrechen strafbar wurde, ein Vorgang, der im Rückblick unter zweierlei Gesichtspunkten verwundert: wegen des in der Tat geschmacklosen Kuhhandels und wegen der rechtspolitischen Konstruktion eines solchen Gesetzes, das die Diskriminierung bestimmter Gruppen gesondert hervorhebt, während es ein generelles Diskriminierungsverbot bis heute nicht gibt.

„Flapsige Bemerkungen“ und rhetorische Ausfälle kamen seinerzeit aber nicht nur von Unionsmitgliedern. Auch eine Delegation der Grünen hatte 1984 bei einer Nahostreise (unter anderem nach Israel) zu erkennen gegeben, dass man die Politik Israels gegenüber den Palästinensern nicht mehr hinzunehmen bereit sei, nachdem schon die durch Proteste vereitelte Aufführung des Theaterstücks von Rainer Werner Fassbinder „Der Müll, die Stadt und der Tod“ am Frankfurter Schauspielhaus auch im linken Milieu Protestmotive gegen „Plutokraten“ mit deutlich antisemitischen Anklängen freigesetzt hatte. Was das damals proklamierte „Ende der Schonzeit“ (Lichtenstein 1986) für in Deutschland lebende Juden und den Staat Israel bedeuten kann, vermag man heute besser zu beurteilen, wo sich Antisemitismus regelmäßig in das Mäntelchen des Antizionismus kleidet.

Bundeskanzler Kohl kann man antisemitische und xenophobe Tendenzen nicht vorwerfen, höchstens, dass er gegen solche Tendenzen nicht seine ganze Autorität in die Wagschale warf. „Die Rede“, wie die Bundestagsansprache Richard von Weizsäckers verkürzt genannt wurde, galt vielen Beobachtern als bewusste Reaktion auf den am 5. Mai 1985 nach langer Debatte realisierten Versuch Helmut Kohls, mit dem US-Präsidenten Reagan gemeinsam einen Kranz auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg niederzulegen. Ein Jahr zuvor war der deutsche Bundeskanzler von der Teilnahme an der Zeremonie des 40. Jahrestags der alliierten Landung (D-Day) in der Normandie ausgeschlossen gewesen. Offenbar versuchte er die vergebene Möglichkeit der „Aussöhnung über den Gräbern“ mit den ehemaligen Feinden des Deutschen Reiches bilateral nachzuholen. Im September 1984 hatte er Francois Mitterrand symbolträchtig die Hand auf dem Schlachtfeld von Verdun gereicht. Der von Kohl angeregte Bitburg-Besuch sollte dieses Ritual mit dem Hauptverbündeten USA wiederholen. Massive Proteste in den USA und Europa waren die Folge, da auf dem vorgesehenen Friedhof Kolmeshöhe nicht nur deutsche Landser und amerikanische GI's begraben lagen, sondern auch Angehörige der Waffen-SS. Darunter nach einem Bericht der „New York Times“ Mitglieder eben jener SS-Panzerdivision, die für das Massaker im französischen Oradour-sur-Glane verantwortlich war. Überdies sollte der Reagan-Besuch – aufgrund der massiven Proteste der Friedensbewe-

gung ohnehin ein Politikum – ohne parallelen Besuch einer NS-Gedenkstätte verlaufen. Immerhin das wurde nach Protesten des US-Kongresses korrigiert. Am 5. Mai 1985 legten Reagan und Kohl Kränze an der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen nieder.

Man kann in dieser unbeirrt verfolgten Aktion ein wesentliches Moment der Kohlschen Außenpolitik erkennen: das in der Tradition Konrad Adenauers stehende Bemühen, durch die politische, kulturelle und militärische Westbindung politische Souveränität zurück zu gewinnen und allmählich mit den Verbündeten „auf Augenhöhe“ zu verkehren. Die deutsche Vergangenheit war das wesentliche Hindernis. Sie zu leugnen, war zwecklos und lag auch nicht in der Absicht des christdemokratischen Bundeskanzlers; deshalb musste er symbolisch-ikonische Gesten finden, die mit der fraglosen Anerkennung der NS-Vergangenheit zugleich ihre Entdramatisierung für den aktuellen Politikbetrieb bewirkten und Deutschland nicht mehr in der Demuts- oder Büßerpose (wie Willy Brandts Kniefall in Warschau im Jahr 1970), sondern in Versöhnungssymmetrie den gleichen Rang bestätigte.

Kohls Bemühungen nahmen den Warschauer Kniefall Brandts nicht zurück. Die kaum noch hinterfragte Teilnahme Gerhard Schröders an den D-Day-Feierlichkeiten im Jahr 2004, zeigt, dass auch sozialdemokratischer Kanzler (Brandt als ein Vertreter des antifaschistischen Exils, Schröder, als ein Repräsentant der antifaschistischen Generation von 1967/68) letztlich um eine Restitution Deutschlands als politische Macht und damit um „gleiche Augenhöhe“, vor allem mit Frankreich und den USA, bemüht waren. Auch hier hat die Geschichtspolitik Kohls, der Sozialdemokraten und Grün-Alternative entschieden widersprochen, die Geschichtspolitik der Berliner Republik wenigstens teilweise vorweggenommen. Das Holocaust-Mahnmal ist Ausdruck dieser erst durch den Fall der Mauer sichtbar gewordenen Kontinuität. Zugleich hat es mit seiner vorgesehenen Platzierung im damals noch geteilten Berlin die Überwindung der Teilung symbolisch vorweggenommen.

3 Die These von der Singularität des Mordes an den europäischen Juden

Mit dem Begriff der Singularität wurde in den 1980er Jahren der Versuch bezeichnet, „Auschwitz“ intellektuell erklärbar und begreiflich zu machen. Es gibt kein einzelnes Werk, in dem die Singularitätsthese als solche ausgeführt worden ist, eher handelt es sich um eine emergente Begrifflichkeit in Abwehr revisionistischer und relativierender Thesen, die etwa im Untertitel des Sammelbands mit den Beiträgen zum Historikerstreit (Historikerstreit 1987) auftaucht. Die Schwierigkeit des Unterfanges bestand und besteht darin, einen Völkermord zu erklären,

der in der Gesamtsicht unerklärlich monströs, in der Nahsicht jedoch eher (im Arendtschen Sinne) banal wirkt und von daher zur Erklärung der Shoah wenig beizutragen hat (Rosenbaum 1996). Dazu gehörte die Kontroverse zwischen „intentionalistisch“ und „funktionalistisch“ argumentierenden Historikern (exemplarisch Mommsen 1983, Jäckel 1983, Diner 1987b). Die einen stellten einen direkten, kausalen Zusammenhang zwischen der rassistischen Weltanschauung des Antisemitismus – hier womöglich *des* Antisemiten Adolf Hitler als Befehlsgeber und/oder des antisemitisch geprägten deutschen Volkes als Kollektivakteur – und dem Mord an den Juden her. Die anderen erklärten diesen als Resultat eines arbeitsteiligen und insofern anonymen, sich wechselseitig radikalierenden Zusammenhangs vieler und am Ende selbstläufiger Teilentscheidungen, bei denen ständig bisher gültige Grenzen und Tabus überschritten wurden (Browning 2003). Jedes einzelne Glied der Kette – z.B. die Anordnung eines bestimmten Eisenbahntransports – ist banal, aber auch die individuelle Erfahrung der Opfer, die in Berichten von Deportationen oder aus den Vernichtungslagern überliefert ist, kann den gerade für die Betroffenen unfassbaren Gesamtzusammenhang auch rückblickend schwer begreiflich machen. Diner (1988) hat die Singularität des Holocaust aus der Opferperspektive, also vom absoluten Extremfall aus rekonstruiert. Kern dieser Erfahrung ist die – vor dem Hintergrund westlicher (i.e. technisch-wissenschaftlicher und bürokratisch rationaler) Zivilisation – Sinn- und Zwecklosigkeit des millionenfachen Mordes. „Auschwitz“ war Vernichtung um ihrer selbst willen, also nicht zu einem bestimmten Zweck (Gewinnung von Lebensraum, militärische Gründe o.ä.), sie diente auch nicht der Befriedigung von Mordlust und Sadismus Einzelner – und sie geschah sogar ohne Rücksicht auf die Selbsterhaltung der Täter, denen dadurch im zunehmend aussichtslosen Kampf an mehreren Fronten Ressourcen für die Vernichtungsmaschinerie fehlten. Diner (1987) hat dies als „Zivilisationsbruch“ gekennzeichnet: „Jedes Denken, das auf ein interessegeleitetes, zumindest auf Selbsterhaltungsmotive des anderen gerichtetes Handeln spekuliert und sie im eigenen Handeln aufnimmt, wird durch die Sinnlosigkeit der Vernichtung dementiert“ (S. 72). Diese am ehesten aus der Perspektive der Opfer erfahrbare Gegenrationalität der Vernichtungspolitik ist eine Zumutung für alle Erklärungsversuche, die den Holocaust als Ausdruck systemischer Logiken (Kapitalismus, Moderne etc.) oder individueller Motive (Hitler, Eichmann etc.) darstellen und dabei, wie Diner zu recht behauptet hat, entweder in Aporie oder in Apologie münden. Doch wird die Auffassung von der Einzigartigkeit des Mordes an den Juden in der Regel weit trivialer begründet: mit der großen Zahl der Opfer, mit der Brutalität oder Gefühlskälte der Schreibtischtäter und Lagerschergen, mit der Auflösung der angeblichen deutsch-jüdischen Kultursymbiose.

Keine dieser Alltagshypothesen hält einer kritischen Überprüfung stand, noch können sie eine Alleinstellung des Gedenkens an jüdische Opfer durch andere, speziell durch die Nachkommen der Täter, rechtfertigen. Je stärker mit anderen Worten der explizit außerhistorische Deutungsversuch, der mit dem Terminus Zivilisationsbruch angezeigt wird, historisiert und emotionalisiert wird, desto weniger überzeugend wird er. Die unstrittig besondere Dimension der Ausrottung des gesamten jüdischen Volkes und ihre Ausführung in bürokratischer Planung und mit industriellen Methoden in einer modernen und durchzivilisierten Gesellschaft rechtfertigt kein Vergleichstabu und auch kein Verbot der „Historisierung“, wie sie im Umfeld des Historikerstreits etwa durch Martin Broszat (dazu Frei 2007) gefordert wurde. Denn „Einzigartigkeit“ ist eben nur durch Vergleich ermittelbar, während rhetorische Monumentalisierung, die Stilisierung zum außerhistorischen Sachverhalt jenseits von Verstehen und Erklären und auch eine forcierte Aktualisierung im „Kampf gegen rechts“ Singularität ungewollt dementieren. Im Umschlag wird der Vergleich dann allgegenwärtig: von Kambodscha und Ruanda zurück zum Armenier-Genozid, den Herero und Kolonialismus und Sklavenhandel im Allgemeinen bis hin zum Genozid an Ureinwohnern in Amerika und Australien. Die Nachgeborenen lehnen sich auch gegen kollektive Verantwortung auf, sie ritualisieren das Gedenke. Die „antifaschistische“ Präventionsabsicht banalisiert die abominable Tat. So begründete die „Singularitätsthese“ eine kommunikationstheoretische Paradoxie: Die Alleinstellung plus eine Enthistorisierung bewirkte eine Banalisierung. Die unangebrachte Aktualisierung bewirkte triviale Vergleiche und fehlgeleitete Maßnahmen der Prävention.

Das Schaubild fasst die unaufgelöste Problematik zusammen und stellt die kommunikative Paradoxie des Berliner Holocaust-Mahnmals heraus: So wie die Alleinstellung der jüdischen Opfer begründet wurde, implizierte sie eine fatale „Hierarchie der Opfer“. Fatal ist sie vor allem deswegen, weil sie in bestimmter Hinsicht sogar die Selektion nachvollzieht, die die Nazis durchgeführt haben. Davor hatten viele Beiträge der Mahnmal-Debatte vergeblich gewarnt (Leggewie/Meyer 2005).

Die Singularitätsthese				
Merkmale	Konsequenzen	Problematik	Paradox	Aktualisierung
Dimension (Ausrottung des gesamten jüdischen Volkes)	Vergleichstabu	Einzigartigkeit ist nur im Vergleich zu ermitteln	Relativierung, Trivialisierung	Kritik des Eurozentrismus, retroaktiver Vergleich
Ausführung (bürokratische Planung, industrielle Methoden)	Lange Verantwortungskette, „Schuldstolz“	Rhetorische Monumentalisierung	Ablehnung kollektiver Haftung oder forcierte Prävention	Universalisierung von Strafrecht und globale Menschenrechtspolitik
Kontext (moderne, zweckrationale Gesellschaft)	Scheu vor Historisierung, Holocaust als Metapher	Außerhistorischer Sachverhalt jenseits von Verstehen und Erklären	Ritualisierung/ Sakralisierung des Gedankens	Transnationale Geschichtsschreibung

3 Agenda 2005: Geschichtspolitik von Kohl zu Schröder

Bundeskanzler Schröder hat das Holocaust-Mahnmal von seinem Vorgänger „geerbt“ wie das Kanzleramt und andere Gebäude im Regierungsviertel. Vor 1998 hielt er sich mit Äußerungen zum Mahnmal zurück und ließ den designierten Kulturminister Michael Naumann gewähren. Naumann tat seine Abneigung deutlich kund, und nach dem Regierungswechsel gehörte es nicht zu Schröders berühmten „Chefsachen“. Geschichtspolitik war nie Sache Schröders. Er wollte als Zukunftsmacher agieren, nicht wie Helmut Kohl in die Geschichte eingehen. Da von ihm niemand rhetorische Großtaten erwartete, registrierte die Öffentlichkeit umso erstaunter, wie er in den letzten beiden Amtsjahren auf diesem Gebiet Talent entwickelte. Es begann mit seinem als souverän bewerteten Auftritt bei der 60. Wiederkehr des D-Day, der alliierten Landung im Juni 1944 in der Normandie, und setzte sich fort mit einer ebenso beachtlichen Ansprache zum 20. Juli. Schröders Rede war *state of the art*, und mit Bezügen zum polnischen, holländischen und französischen Widerstand eröffnete er eine europäische Perspektive ohne die Grenzen und Ambivalenzen der Verschwörer des 20. Juli zu leug-

nen und auszulassen, wie isoliert sie im deutschen Volk waren, das den Nazis bis zum Ende die Treue hielt.

Vom Versuch einer „Entsorgung“ der deutschen Geschichte kann auch bei Schröder keine Rede sein, wohl aber war sein Anspruch unverblümter, Deutschland als politische Macht aufzuwerten. In diesem Sinne besprach er weitere Stationen der Geschichtspolitik, die alliierten Bombenangriffe ebenso wie die „deutsche Schande“, die mit dem Namen Auschwitz verbunden ist und mit dem Vernichtungskrieg im Osten. Der fast selbstverständliche Auftritt eines deutschen Kanzlers unter den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges bezeugt die Zeitenwende, die mit dem Fall der Mauer und dem Ende des Kalten Krieges eingetreten war. Weder für die Russen noch für die westliche Allianz ist es sinnvoll, Deutschland weiter in die Tradition des „Dritten Reiches“ zu stellen. Vielmehr wollten Bush, Chirac und auch der britische Premier Blair den Deutschen historisch bedingte Hemmungen nehmen, sich der „Allianz gegen den Terror“ anzuschließen, und somit an Aufgaben beteiligen, die der Welt nach dem Ost-West-Konflikt zugewachsen sind.

Dabei *muss* Deutschland „auf Augenhöhe“ (Gerhard Schröder) agieren, was sich in den wild entschlossenen Bestrebungen von Kanzler und Außenminister spiegelte, einen permanenten Sitz im UN-Sicherheitsrat zu ergattern. Die Vereinten Nationen hatten Deutschlands Paria-Rolle seinerzeit mit der Feindstaatenklausel festgeschrieben, eben dort agierte der gründlich gewendete Nachfolgestaat des Dritten Reiches als Musterschüler eines pragmatischen Multilateralismus. Die kollegiale Zelebrierung des D-Day schloss diese Rehabilitierung nur symbolisch ab, genau wie der am 9. Mai 2005 absolvierte Auftritt Schröders zur Feier des Kriegsendes in Moskau. Schröder war eingereiht ins Protokoll der Neuen Weltordnung, die andere Feinde und Feindbilder kennt als Hitlerdeutschland.

Die Generallinie der rot-grünen und gleichgerichteter EU-Regierungen stand schon seit dem Jahr 2000 fest, als eine supranationale „Task Force“ zur Bekämpfung und Prävention rechtsradikaler und fremdenfeindlicher Tendenzen in der Gegenwart eingerichtet wurde (Kroh 2007). Dabei gab das deutsche Muster der Aufarbeitung der Vergangenheit das unerreichte Vorbild ab. Diese Aktualisierung und Globalisierung des Holocaust streicht die Singularität von Auschwitz zwar noch rhetorisch heraus, sie wird den Mord an den Juden aber zwangsläufig relationieren und begründet – das ist die außenpolitische Konklusion – zum Staat Israel kein Sonderverhältnis mehr. Auch damit betrat Schröder heikles Terrain, doch weniger als frühere Regierungschefs, die in den deutsch-israelischen Beziehungen wie auf Eiern gingen.

Schröder vermied auch nicht den Dissens mit prominenten jüdischen Repräsentanten. Diese machten die Semi-Offizialisierung der Flick Collection in Ber-

lin zum Skandal, weil dieser Flick-Erbe (anders als seine Schwester) nie in den Entschädigungstopf für Zwangsarbeiter eingezahlt hatte und das Projekt im Verdacht der Reinwaschung des Großvaters Friedrich wie des Enkels Friedrich Christian stand. Dennoch wurde die Ausstellung im Hamburger Bahnhof im September 2004 durch den Bundeskanzler persönlich miteröffnet. „Kunst lässt sich nicht als Geisel nehmen. Kunst spricht für sich“, beantwortete Kulturstaatsministerin Weiss den Protest Salomon Korn als stellvertretender Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland. Das Projekt wurde als Anstrengung gefeiert, „einen Teil der Wunde (zu) schließen, die die Nazizeit gerissen hat“ (Weiss) und man behauptete vorsorglich, gerade die Installation dieser prominenten Sammlung erlaube, über die Geschichte des Flick-Konzerns und die Verbrechen der Zwangsarbeit zu reden (Hanno Rauterberg in der „Zeit“ vom 23.9.2004).

Schlusspunkt der geschichtspolitischen Kanzlerkampagne war die auf den 10. Mai 2005 angesetzte Einweihung des Holocaust-Mahnmals, zu dem sich Schröder bisher nur beiläufig mit dem hier ausführlich thematisierten Kommentar geäußert hat, dorthin solle man gerne gehen können. Die Übernahme historischer Verantwortung wurde eine Art Blankovollmacht für eine neue Rolle in der Weltpolitik, zu der ausgerechnet die rot-grüne Bundesregierung Militäreinsätze für unabdingbar zu halten schien. Dass man 1999 – so hieß es: nicht trotz, sondern wegen Auschwitz – an der Seite der NATO im Kosovo intervenieren musste und dass Deutschland nach 2001 auch am Hindukusch verteidigt wird, zu diesem Kurswechsel wäre eine liberal-konservative Regierung kaum in der Lage gewesen, weil ihr die Schatten der Vergangenheit stärker angehangen hätten. Links-liberale Realpolitik verwirklichte ein Programm, vor dem Joschka Fischer 1994 als Außenminister in spe noch inständig gewarnt hatte.

Thomas Schmid, dem rot-grünen Milieu entsprungen und zugleich erwachsen, begrüßte den Paradigmenwechsel der deutschen Außen- und Innenpolitik und damit den Einbruch eines geschichtspolitischen Dogmas: „Die deutsche Erinnerungspolitik [...] pflegte den mentalen Ausnahmezustand, sie hatte das Leben nicht auf der Rechnung. Im Historikerstreit vor zwanzig Jahren verwandten große Geister viel Kraft darauf, sich der Wirklichkeit entgegenzustemmen. Auf keinen Fall dürfe der Nationalsozialismus historisiert, auf keinen Fall dürften die in seinem Namen begangenen Verbrechen mit anderen Verbrechen verglichen werden.“ Für Schmid handelte es sich nur um „ein Ritual, eine Inszenierung, um Theater – um eine verregelte Bußübung, die dem Gesetz einer auf äußerliche Wirkung angelegten Religiosität“ folge. Es zähle die Korrektheit, in der die Übung vollzogen wurde – nicht die Anteilnahme. Schmid fährt (wohl mit Arnold Gehlen und Hermann Lübke im Kopf) fort, „dass Vergleichen, Historisieren, ja sogar Relativieren“ eine allgemein akzeptierte Übung geworden sei

und dies auch gut so sei. Doch er wird den Verdacht nicht los, dass diese „nötige Normalisierung keiner fortentwickelten Einsicht zu verdanken ist.“ Sie könne vielmehr die pure Folge des Umstands sein, dass ein hybrider Spannungsbogen, der nur moral-politisch gewollt war, ganz schlicht zerbrochen sei (Thomas Schmid in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 26.9. 2004).

4 Gerechtigkeit für Deutsche

Der „Fall Hohmann“ soll aufgegriffen werden, weil ihm ein seltener tagespolitischer Beitrag Ernst Noltes gewidmet war (Nolte 2004), der dem osthessischen Volksvertreter zur Seite sprang. Obwohl Hohmann mit dem viertbesten Ergebnis per Direktmandat gewählt war, führte er als Hinterbänkler im Innenausschuss des Bundestages eine unauffällige Existenz. Bis November 2003 war er als Berichterstatter über Entschädigungsfragen für NS-Zwangsarbeiter tätig. Dabei mögen ihm Gedanken eingeschossen sein, die er bei einer Rede zum Nationalfeiertag am 3. Oktober 2003 in verklausulierter, aber doch eindeutiger Form zum Besten gab: Die Juden erschienen in dieser Rede als Tätervolk. Hohmann hielt die Rede in seiner Heimatstadt Neuhof, in der er als hauptamtlicher Bürgermeister großes Ansehen gewonnen hatte und beliebt war (und ist), vor relativ wenigen Zuhörern, die wohl überwiegend einen Pflichttermin wahrnahmen.

Sorgen bereiten müssten in Deutschland laut Hohmann nicht rechtsextreme „Dumpfbacken“, sondern „eine allgegenwärtige Mutzerstörung im nationalen Selbstbewusstsein, die durch Hitlers Nachwirkungen ausgelöst wurde“. Damit war der Redner bei seinem Thema: Er wehre sich gegen den Vorwurf, die Deutschen seien „das Tätervolk“, und zwar in (gespielter) Sorge um die Instrumentalisierung dieser Kollektivschuldthese und Trotzreaktionen, die sie auslöst. Das ist in der Tat der Fall, auch wenn die Kollektivschuldthese ein Mythos konservativer und populistischer Kreise ist und meist mit dem Bonmot gewürzt wird, in Deutschland dürfe man eben nicht seine Meinung sagen.²

Hätte Hohmann nur diesem zählebigen Ressentiment seine Stimme verliehen, es wäre eine der vielen unbeachteten Reden an die Provinz geblieben. Doch sah er sich getrieben, eine „provozierende Frage“ zu stellen: „Gibt es auch beim jüdischen Volk, das wir ausschließlich in der Opferrolle wahrnehmen, eine dunkle Seite in der neueren Geschichte, oder waren Juden ausschließlich die Opfer, die Leidtragenden?“ Antisemitisch ist an dieser rhetorischen Frage der suggestive Gebrauch des Kollektivpronomens „die Juden“, die Rückverweisung von

² Ähnlich behauptete auch der FDP-Abgeordnete Jürgen Möllemann, es sei verboten, die Politik Israels zu kritisieren, obwohl die deutsche und europäische Presse voll von solchen Kritiken an Israel war. Siehe dazu Leggewie 2002.

Schuld an die Opfer des Judenmords und die ausdrückliche Separierung von Juden und Deutschen als getrennten Völkern. Ob statt der Deutschen die Juden ein „Tätervolk“ seien, sollte Hohmann am Ende einer mäandernden, mit Statistiken gespickten Rede verneinen, doch unterwegs im langen Besinnungsaufsatz, rekurierte er unglücklicherweise auf Henry Ford und die These vom jüdischen Bolschewismus. Er zitierte „unschuldig“ jüdische Quellen, die das Urheberrecht auf die Idee des Sozialismus reklamieren und die Liquidierung der Klassenfeinde verlangen und er fuhr schließlich Belege auf, dass sie dies als KP-Parteiführer und Tschekisten auch durchgeführt hätten. Zahlenspiele und Argumentationsweisen schöpfen eindeutig aus dem Phantasma der jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung. Hohmanns Quelle war ein Buch des Bielefelder Uni-Bibliothekars Johannes Rogalla von Bieberstein unter dem Titel „Jüdischer Bolschewismus. Mythos und Realität“, das 2002 im einschlägigen Dresdner Antaios Verlag erschienen war – mit einem Vorwort von Ernst Nolte, dessen zentrale These vom historischen Prius des Bolschewismus aufgegriffen wird.

Die selbst konstruierte These von den Juden als Tätervolk wies Hohmann zurück, aber nur, um die analoge Bezeichnung für die Deutschen ad absurdum zu führen und zum Kernthema zu kommen. „Daher sind weder ‚die Deutschen‘ noch ‚die Juden‘ ein Tätervolk. Mit vollem Recht aber kann man sagen. Die Gottlosen mit ihren gottlosen Ideologien, sie waren das Tätervolk des letzten, blutigen Jahrhunderts. Diese gottlosen Ideologien gaben den ‚Vollstreckern des Bösen‘ die Rechtfertigung, ja das gute Gewissen bei ihren Verbrechen. So konnten sie sich souverän über das göttliche Gebot ‚Du sollst nicht morden‘ hinwegsetzen. Ein geschichtlich bisher einmaliges millionenfaches Morden war das Ergebnis. Daher, meine Damen und Herren, plädiere ich entschieden für eine Rückbesinnung auf unsere religiösen Wurzeln und Bindungen. Nur sie werden ähnliche Katastrophen verhindern, wie sie uns Gottlose bereitet haben.“ (FAZ vom 12.11.2003). Hier geißelte Hohmann die „antikirchliche und antichristliche Ausrichtung“ des Sowjetkommunismus, die ihn mit dem Nationalsozialismus verbunden habe. Abgeschlossen wurde die Rede mit einer Bitte um eine „gnädige Neubetrachtung und Umdeutung der Geschichte“ und „Gerechtigkeit für Deutsche“.

Ähnlich wie beim Paulskirchenredner Martin Walser hatte kein Zuhörer daran Anstoß genommen, erst ein Rundfunk-Bericht löste öffentliche Empörung aus, die nach der Logik des politischen Skandals Kreise zog bis zum israelischen Botschafter und zu den Sprechern der christlichen Kirchen. Man studierte nun ältere Reden des Hinterbänklers, in denen er gegen Homosexuelle, Einwanderer und „Schmarotzer“ gestichelt hatte. Man entdeckte die Kooperation mit einem obskuren „Arbeitskreis Konservativer Christen“, dessen Webseite ähnliches Gedankengut offerierte. Nicht zu Hohmanns Vorteil war auch die Zustimmung,

die er erhielt, am prominentesten und spontan durch den Bundeswehrgeneral Reinhard Günzel, in Reaktion auf die spätere, zum Ausschluss führende Entwicklung auch in den Niederungen der CDU. Die Vorsitzende Angela Merkel monierte „völlig inakzeptable und unerträgliche Äußerungen, von denen wir uns auf schärfste distanzieren“ (FAZ 4.9. 2003), die Hessen-Union klassifizierte die Rede, nach langem Zögern, als im „Gegensatz zu den Grundwerten der Union“ stehend (ebd.), Edmund Stoiber platzierte Hohmann „außerhalb der Verfassung“ (Netzzeitung vom 8.11.2003)

Zunächst gab es aber keine Ausschlussabsichten, sondern die Vorstellung, man könne den Störenfried „abmahnen“ und eine medientaugliche Selbstdistanzierung von ihm bekommen. Diese blieb aus, und unter dem Druck der parlamentarischen und außerparlamentarischen Angriffe auf die Union gab es am 11. November 2003 eine Kehrtwendung Merkels. Der Ausschluss aus der Bundestagsfraktion erfolgte mit 28 Gegenstimmen und 16 Enthaltungen. Laut FAZ war vernehmliches „Grollen“ im hessischen Landesverband die Folge, der einmal von dem streng nationalkonservativen Alfred Dregger geführt wurde. Einige klagten, dass dem als aufrecht geltenden Hohmann keine „zweite Chance“ gegeben worden sei, andere fragten sich nach der Freiheit des Abgeordnetenmandats. Später folgte der Ausschluss auch aus der Union. Am rechten Rand hatte Hohmann nun eine Märtyrer-Rolle und wurde zum Dauerthema der „Jungen Freiheit“ und anderer rechtsradikaler Zirkel (Schenk 2005, Hoffmann 2005).

Bedeutsam war die Affäre weniger als Beleg für die Persistenz und Stärke des Antisemitismus in Deutschland, sondern für die Sklerose des nationalkonservativen Flügels in der Union nach Franz Josef Strauß und Alfred Dregger. Der „Stahlhelmflügel“ ist verwaist, jedenfalls solange Rechtsradikale nicht wieder in Parlamente einziehen. Da auch der christlich-soziale Flügel nur noch eine Randexistenz führt, herrscht in der Union ein neoliberaler Kurs, während die von Hohmann eingeklagten Werte (Nation, Vaterland, Christentum, Gemeinschaft etc.) nur noch gelegentlich rhetorisch belebt werden. Angela Merkel baute den zwei bis drei Dutzend Hohmann-Sympathisanten eine goldene Brücke: „Nur wer eine klare Trennlinie zu extremen Positionen zieht, der kann, ohne falschen Verdächtigungen ausgesetzt zu sein, sich zu Patriotismus und Vaterland bekennen“ (zit. n. taz vom 14.11.2003) Das hieß im Klartext: Der Freidenker Hohmann störte bei der Ablehnung des EU-Beitritts der Türkei und dem damals gefahrenen Obstruktionskurs in der Ausländer- und Einwanderungspolitik. In Wahrheit war damit ein bleibender Schlag gegen die Nationalkonservativen ausgeführt, wie ein Leitartikel der FAZ nicht ohne Sorge registrierte (12.11.2003). Hohmanns Rauschmiss kam der vorläufigen Verabschiedung der Union von ihrem rechten Rand gleich und vollzog, stärker als je zuvor, die Anerkennung des „Kanons historisch korrekten Bewusstseins“ (Stefan Reinecke, taz vom 15./16.11. 2003.

Interessant ist hier der Kommentar Ernst Noltes, der Hohmanns Rede einer langen Würdigung und Detailkritik unterzogen hat: „Der Deutsche Bundestag hat die angeblich antisemitische Rede zum Anlass genommen, um nachdrücklich zu verlangen, ‚jede Form des Antisemitismus‘ müsse bekämpft werden. Die Feststellung lässt sich jedoch nicht umgehen, dass es sich um eine verfassungswidrige Forderung handelt, sofern nicht deutlich gemacht wird, dass damit *nicht* jede Kritik an einzelnen Juden, an jüdischen Gremien und Gruppen sowie an dem jüdischen Staat unterbunden werden soll. Auf die tatsächlich vorgebrachten Sorgen dieses Volksvertreters hätte die politische Antwort lauten müssen: die von Hohmann in den Mittelpunkt gestellte und beklagte ‚Ungleichbehandlung der Deutschen im gegenwärtigen Deutschland‘ gebe es nicht – oder aber: Sie sei berechtigt und notwendig. In der Tat gingen die meisten Reaktionen, soweit sie die Ausgangsbefürchtung Hohmanns überhaupt zur Kenntnis nahmen, in die zweite Richtung, und in einer Demokratie muss es als Verdienst gelten, wenn dem ‚Souverän‘ die eigene Lage möglichst unverhüllt vor Augen gestellt wird, sodass er imstande ist, sich ein Urteil zu bilden und daraus Konsequenzen zu ziehen. Noch wichtiger ist, dass eine durch Verdrängungen und künstliche Isolierungen gekennzeichnete, einseitige und nur im innersten Kern nach einem Verzicht auf den ‚Absolutismus‘ richtige Geschichtsauffassung nicht ohne Kritik und Herausforderung bleiben darf, wenn ihre Verwandlung in einen nicht mehr diskutierbaren und daher antiwissenschaftlichen Mythos verhindert werden soll.“

Ernst Nolte kam dann zur Sache bzw. Person: „In diesem Sinne hat sich Martin Hohmann, wie ich meine, um die freiheitliche Demokratie verdient gemacht, deren einzigartiges Kennzeichen nicht allgemeine Wohlfahrt oder eine Allerweltstoleranz ist, sondern die verfassungsmäßig gesicherte Möglichkeit, dass radikale Kritik auch an der Regierung, am Parlament und an den vorherrschenden Tendenzen der öffentlichen Meinung geübt werden kann. Einer solchen Kritik sollte mit Respekt begegnet werden, wenn sie auf Argumenten und der (vielleicht irrtümlichen) Feststellung von Tatsachen beruht. Dieser Respekt ist Martin Hohmann nicht erwiesen worden. Aber seine Tapferkeit inmitten einer fessellosen Kampagne und seine Weigerung, über das Recht auf Meinungsfreiheit hinaus auf seine Gewissensfreiheit zu verzichten, verdienen Anerkennung, ja Bewunderung.“ (Nolte 2004).

5 Israel-Kritik oder Neuer Antisemitismus?

Nolte kommt hier auf, wie er Hohmann bescheinigt, „vertikale Weise“ zum Punkt: Wenn die Juden, trotz ihrer aktiven Rolle in der bolschewistischen Revolution, kein „Tätervolk“ seien, dann seien die Deutschen trotz des millionenfa-

chen Mordes an Juden auch keines. Daher dürften sie mit Opposition rechnen, wo sie als Täter auftreten. Ob man dies als antisemitisch deklarieren kann, sei dahingestellt, aber die Argumentation fügt sich in ein transnationales Schema ein, das nach Beginn der „zweiten Intifada“ und als paradoxe Folge des 11. September 2001 massiv in Erscheinung getreten ist. Animiert durch den Nahost-Konflikt und verkleidet als Antizionismus, radikalisiert durch Übergriffe muslimischer Einwanderer gegen Juden und jüdische Einrichtungen in Europa, ist diese Variante des Antisemitismus nach einer (lange zurückgehaltenen) Studie der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Wien ein gesamteuropäisches Phänomen geworden (EUMC 2006). Es führt zur Delegitimierung Israels und lässt die Juden dann tatsächlich rein als „Tätervolk“ erscheinen (Rabinovici u.a. 2004, Leggewie 2005).

Diese jedenfalls von Hohmann und Nolte nicht explizit ausgesprochene Titulatur übergeht die differenzierte und zum Teil strikt ablehnende Haltung vieler Juden in und außerhalb Israels zur Politik der Regierung Sharon, verbreitet sich aber über die arabisch-islamische Welt in einer „fortschrittlich“ gemeinten Kritik an der ökonomischen und kulturellen Globalisierung und vor allem im Widerstand gegen die amerikanische Kriegsführung in Afghanistan und im Irak. In diesen Kreisen entwickelte sich seit 2002 eine keineswegs dominante oder repräsentative, gleichwohl meinungsbildende Strömung, die sich „Busharon“ als Feindbild konstruiert. So wird die uralte These von der jüdischen Weltverschwörung aktualisiert. In seinem „Brief an das amerikanische Volk“ vom Oktober 2002 hat Osama bin Laden davon eine Version formuliert: „Die Juden beherrschen eure Wirtschaft. Daraus folgt, dass die Juden in all ihren unterschiedlichen Formen und Verkleidungen die Macht über eure Medien gewonnen haben und nun alle Aspekte eures Lebens beherrschen. Sie machen Euch zu ihren Dienern und verfolgen ihre Ziele auf eure Kosten.“

Die UN-Resolution vom August 2006 hat unterdessen einen Ernstfall akut werden lassen, der bis dato höchstens als Gedankenexperiment durchgespielt werden musste: Soll Deutschland sich im Nahen Osten militärisch engagieren? Dass es zum Staat Israel besondere Beziehungen geben müsse, war und ist ein politisches Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Der Nachfolgestaat des „Dritten Reiches“ übernahm die juristische und moralische Verantwortung für die nationalsozialistische Vernichtungspolitik, aber die beschwörende Parole, dass Auschwitz sich nicht wiederholen dürfe, bekam den Zusatz: „Nie wieder Krieg!“. Dies führte zu einem dezidierten Verzicht auf Militäreinsätze außerhalb der Landesgrenzen. Dass Israels Premier Ehud Olmert den robusten Einsatz der Bundeswehr zum Schutz Israels und der Juden erbeten hat, stellt die *special relationship* auf die Probe. Denn sie besagt womöglich: „Nie wieder Auschwitz, deswegen Krieg!“

Die Regierung Merkel ging diesbezüglich weiter als die deutsche Gesellschaft. Für Jerusalem sterben wollen die Deutschen so wenig wie Franzosen und Engländer 1938 für Prag oder Danzig. Dass deutsches Militär auch zwischen Israel und seinen Todfeinden zum Einsatz kommen könnte, hielt man bisher für ausgeschlossen. Seit Olmerts Anfrage gilt das nicht mehr. Unpopulär wäre eine solche Intervention sicher, denn die öffentliche Meinung steht heute nicht mehr auf Seiten Israels wie noch im Nahostkrieg 1967. Das Meinungsklima wandelte sich mit der Dauer der Besetzung palästinensischer Gebiete, interessanterweise parallel zur wachsenden Anerkennung deutscher Verantwortung für den Holocaust. Heute, da Israel tödlicher bedroht ist als jemals seit der Gründung, möchte es die Mehrheit der Deutschen in die Schranken weisen. Die lebensgefährliche Bedrohung, der Israel ausgesetzt ist, ist weniger Folge eigener Aktionen als eines Antizionismus, der das „Krebsgeschwür von der Weltkarte tilgen“ will. So hat Irans Präsident Ahmadineschad die Leugnung des Holocaust und des Existenzrechts Israels auf eine neue, transnationale Stufe gehoben. In einem Spiegel-Interview führte er aus: „Wir stellen zwei klare Fragen. Die erste lautet: Hat sich der Holocaust wirklich ereignet? Sie bejahen diese Frage. Also lautet die zweite Frage: Wer trägt die Schuld daran? Die Antwort darauf muss in Europa gefunden werden und nicht in Palästina. [...] Wenn der Holocaust in Europa passiert ist, dann muss man die Antwort darauf ebenfalls in Europa finden. Andererseits: Wenn der Holocaust nicht passiert ist, warum ist dann dieses Besatzerregime... SPIEGEL: ... Sie meinen den Staat Israel ...Ahmadinedschad: ... zustande gekommen? Warum verpflichten sich die europäischen Länder, dieses Regime zu verteidigen? [...] Wir wollen den Holocaust weder bestätigen noch leugnen. Wir sind gegen jede Art von Verbrechen an jedwedem Volk, aber wir wollen wissen, ob dieses Verbrechen wirklich geschehen ist oder nicht. Wenn ja, dann müssen diejenigen bestraft werden, die dafür die Verantwortung tragen, und nicht die Palästinenser.“ Zur Aufarbeitung des Holocausts in Deutschland bemerkte Ahmadineschad u.a.: „Das deutsche Volk trägt heute keine Schuld [...] Wie lange, glauben Sie, muss das deutsche Volk die Geisel der Zionisten sein? Wann ist das zu Ende – in 20, 50, in 1000 Jahren?“ (Spiegel vom 31. Mai 2006)

Psychologisch hatte Israel den Libanon-Krieg im Sommer 2006 laut Meinungsumfragen in der deutschen Öffentlichkeit von Beginn an verloren. Natürlich sind die extremen Positionen, die Israelis als „Nazis“ und ihre Politik in Palästina als „Holocaust“ einstufen, nicht repräsentativ. Aber die „Spezialbeziehung“ verfällt. Israel hat keine Lobby, nicht im Deutschen Bundestag, nicht in der Massen- und Qualitätspresse, nicht unter Intellektuellen und schon lange nicht mehr in der deutschen Jugend. Eine Nagelprobe der deutsch-israelischen Beziehungen steht bevor, zumal die Entsendung der Bundeswehr zum Kampfeinsatz Wirklichkeit wurde. Die Beziehung zu Israel wird sich auf jeden

Fall wandeln: Denn ein Einsatz deutscher Soldaten dürfte weniger von moralischen Fragen bestimmt sein, die die Vergangenheit stellt, als davon, was zukünftig im europäischen und deutschen Interesse liegt. Und auch wenn im Blick auf die unbestreitbar totalitäre Qualität des islamistischen, nach Nuklearwaffen strebenden Terrorismus ein deutsches Engagement nicht rhetorisch bleiben kann, wird es im Zweifel um Kritik an Jerusalem nicht herumkommen.

6 Schlussbetrachtung

Die Einlassungen des iranischen Präsidenten und ein weltweit unter dem Etikett des Antizionismus grassierender Antisemitismus zeigen, wie sich die provinziellen Frontstellungen des deutschen Historikerstreits transnational generalisiert und modifiziert haben. Aus einem solitären, aber im Klima und Milieu der „geistig-moralischen Wende“ (Helmut Kohl) wohl platzierten Widerspruch gegen den vermeintlich antifaschistischen Konsens der Vergangenheitsbewältigung, das antisemitische Bezüge „trotz Auschwitz“ beinhaltete, wurde im Zuge der Universalisierung der Holocaust-Metapher eine offen revisionistische Pointe und eine offen antisemitische Kampagne „wegen Auschwitz“, der sich auch Ernst Nolte, einer der deutschen Initiatoren, zugeschlagen hat. Ungeachtet dessen hat sich auch die Metapher der Singularität verbraucht, wenn sie den Mord an den europäischen Juden als außerhistorisches Ereignis konstruiert und damit dem Vergleich entzieht. Dagegen hat jüngst noch einmal der Althistoriker Egon Flaig (2007) Stellung genommen, allerdings in einer Sprache, die den Missbrauch seiner Kritik durch revisionistische Holocaust-Leugner und Rechtsradikale fast nahelegte. Man muss sich über die Sensibilität bestimmter Semantiken klar sein, ohne dass dies zu einem „Vergleichsverbot“ führt.

Es besteht nun kein umgekehrtes „Vergleichsgebot“, aber schon eine durch die Osterweiterung der Europäischen Union angestoßene Metareflexion. Anders als es seine Nationen früher getan haben, kann das heutige Europa nicht Heldentaten ausstellen, es muss sich den großen Katastrophen des vergangenen Jahrhunderts stellen. Dabei trachtet es nicht mehr danach, Rivalen und Feinde zu blamieren, sondern setzt seine Bürger schmerzlicher Scham und anstrengender Selbstreflexion aus. So wird der 27. Januar, der Tag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz, mittlerweile in ganz Europa als *Holocaust Memorial Day* begangen und *Mémorial de la Shoah* ist in Paris eine Selbstverständlichkeit. Auch Polen steht, nach der Debatte um das Pogrom in Jedwabne, vor einem ähnlichen Erkenntnis- und Läuterungsprozess, der angesichts eines virulenten Antisemitismus noch Jahre dauern kann.

Eine politische Handlungsanleitung für das heutige Europa, wie es das im Januar 2000 ins Leben gerufene *Stockholm International Forum* nahegelegt hat (Kroh 2007), kann der Holocaust aber nicht sein. Man versuchte es in diesem Jahr, indem die Leugnung des Holocaust in der gesamten EU unter Strafe gestellt wurde. Der Antrag Litauens, die Leugnung der sowjetkommunistischen Verbrechen ebenso unter Strafe zu stellen, stieß dagegen unter westlichen Geschichtspolitikern auf taube Ohren. Sicher kann man auf die schiefe Ebene wechselseitiger Relativierung und Aufrechnung geraten, die nach 1990 auch die doppelte Erinnerung der Deutschen beherrschte. Man darf aber das Singuläre am Zivilisationsbruch der industriell-bürokratischen Vernichtung der europäischen Juden auch nicht dem historischen Vergleich entziehen und im Verhältnis dazu die systematische Ausrottung der „Klassen- und Volksfeinde“ im sowjetischen Machtbereich herunterspielen.

Für die Opfer in den von der Roten Armee eroberten Staaten bleibt der Mai 1945 Auftakt eines anderen Okkupationsregimes, das sie als „gleichermaßen verbrecherisch“ (Kalniete 2005) einstufen. Keinesfalls können sie den 9. Mai als kollektives Befreiungsdatum akzeptieren, wie es die russische Geschichtspolitik wieder zunehmend aggressiv bekräftigt. Dass autoritäre Repression in den post-sowjetischen Herrschaftsstrukturen weiterhin so lebendig ist, unterstreicht die Brisanz einer unaufgearbeiteten Verbrechensgeschichte: Sie unterminiert den Weg in die Demokratie. Der Selbstausschluss Russlands aus Europa findet in einer affirmativen Geschichtspolitik nicht nur ihren Ausdruck, sie hat dort womöglich ihre tieferen Ursachen. Und das verweist dann doch ein wenig auf die deutsche „Vergangenheitsbewältigung“... (Gabowitsch 2008).



Literatur:

- „Historikerstreit“, 1987: Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München/Zürich.
- Baring, Arnulf, 2006: Eröffnungsvortrag „Es lebe die Republik – Es lebe Deutschland“ zur Veranstaltungsreihe der CDU-Fraktion im hessischen Landtag „Was uns leitet – Eckpfeiler einer bürgerlichen Kultur“, 7. September.
- Browning, Christopher, 2003: Die Entfesselung der „Endlösung“. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939-1942, München.
- Diner, Dan, 1987: Zwischen Aporie und Apologie. Über die Grenzen der Historisierbarkeit des Nationalsozialismus, in: Ders., Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt a. M., S. 62-73

- Diner, Dan (Hrsg.), 1987b: Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung u. Historikerstreit, Frankfurt a. M.
- Diner, Dan (Hrsg.), 1988: Zivilisationsbruch: Denken nach Auschwitz, Frankfurt a. M.
- Diner, Dan, 2004: Der Sarkophag zeigt Risse. Über Israel, Palästina und die Frage eines „neuen Antisemitismus“, in: Rabinovici, Doron/Speck, Ulrich/Sznaider, Natan (Hrsg.), 2004: Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Frankfurt a.M., S. 310-329.
- EUMC (Hrsg.), 2006: Antisemitism Summary overview of the situation in the European Union 2001-2005 (updated version December 2006), Wien.
- Fischer, Torben/Matthias N. Lorenz (Hrsg.), 2007: Lexikon der ‚Vergangenheitsbewältigung‘ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945, Bielefeld.
- Flaig, Egon, 2007: Das Unvergleichliche, hier wird's Ereignis. Reflexion über die moralisch erzwungene Verdummung, in: Merkur 61, S. 978-981.
- Frei, Norbert (Hrsg.), 2007: Martin Broszat, der „Staat Hitlers“ und die Historisierung des Nationalsozialismus, Göttingen.
- Furet, François/Nolte, Ernst, 1998: „Feindliche Nähe“. Kommunismus und Faschismus im 20. Jahrhundert. Ein Briefwechsel, München.
- Gabowitsch, Mischa, 2008: Exportschlager Vergangenheitsbewältigung? Russland und der deutsche Umgang mit der NS-Vergangenheit, Vortrag Einstein Forum, Januar 2008.
- Gessler, Philipp, 2004: Der neue Antisemitismus. Hinter den Kulissen der Normalität, Freiburg im Breisgau.
- Habermas, Jürgen, 1986: Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung, in: „Historikerstreit“, 1987: Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München/Zürich, S. 62-76.
- Hillgruber, Andreas, 1986: Zweierlei Untergang: Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums, Berlin.
- Hoffmann, Arne, 2005: Warum Hohmann geht und Friedman bleibt. Antisemitismusdebatten von Möllemann bis Walser, Albersroda.
- Jäckel, Eberhard, 1983: Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, Stuttgart.
- Jäger, Lorenz, 2006: Verändertes Geschichtsverständnis. Anmerkungen zum Historikerstreit, Politisches Feuilleton Deutschlandradio, 22.5.2006.
- Kalniete, Sandra, 2005: Mit Ballschuhen im sibirischen Schnee, München.
- Kroh, Jens, 2007: Die Transnationalisierung der Holocaust-Erinnerung: Vom Medienereignis zur Geschichtspolitik, Diss. Gießen.
- Leggewie, Claus, 2001: Paradoxe Intervention: Pazifisten im Krieg, in: Ebrecht, Angelika/Modena, Emilio (Hrsg.), Zeitgemäßes über Krieg und Tod, Psychosozial 24, Nr. 84, S. 83-96.
- Leggewie, Claus, 2002: Die Möllemann-Debatte und Der europäische Nationalpopulismus, in: archplus, H. 162, S. 36-41.
- Leggewie, Claus, 2005: Hässliche Feindbilder gesucht. Antisemitismus, Antiamerikanismus und Antikapitalismus in der Globalisierungskritik, in: Internationale Politik 7, S. 96-107.

- Leggewie, Claus/Erik Meyer, 2005: „Ein Ort, an den man gerne geht“. Das Holocaust-Mahnmal und die deutsche Geschichtspolitik nach 1989. München/Wien.
- Lichtenstein, Heiner (Hrsg.), 1986: Die Fassbinder-Kontroverse oder das Ende der Schonzeit, Frankfurt a.M.
- Meyer, Erik, 2003: Erinnerungskultur als Politikfeld. Geschichtspolitische Deliberation und Dezision in der Berliner Republik, in: Bergem, Wolfgang (Hrsg.), Die NS-Diktatur im deutschen Erinnerungsdiskurs, Opladen, S. 121-136.
- Meyer, Erik, 2007: Gedenken als Sinnstiftung der Berliner Republik? Das Beispiel des Holocaust-Mahnmals, in: Düringer, Hermann/Mannitz, Sabine/Starzacher, Karl (Hrsg.): Möglichkeiten und Grenzen kollektiver Erinnerung: Ambivalenz und Bedeutung des Kriegsoffer-Gedenkens. Frankfurt a.M., S. 61-67.
- Meyer, Erik /Leggewie, Claus, 2005: Geschichtspolitik in der Mediengesellschaft. In: Günter Oesterle, Erinnerung, Gedächtnis, Wissen. Studien zur kulturwissenschaftlichen Gedächtnisforschung, Göttingen, S. 663-676.
- Mommsen, Hans, 1983: Die Realisierung des Utopischen. Die „Endlösung der Judenfrage“ im „Dritten Reich“ in: Geschichte und Gesellschaft 9, S. 381-420.
- Nolte, Ernst, 1963: Der Faschismus in seiner Epoche. Action française - italienischer Faschismus – Nationalsozialismus, München.
- Nolte, Ernst, 1986: Vergangenheit, die nicht vergehen will. Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Juni.
- Nolte, Ernst, 1987: Das Vergehen der Vergangenheit. Antwort an meine Kritiker im sogenannten Historikerstreit, Berlin.
- Nolte, Ernst, 1987a: Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus, Berlin/Frankfurt a.M.
- Nolte, Ernst, 1993: Streitpunkte. Heutige und künftige Kontroversen um den Nationalsozialismus. Berlin.
- Nolte, Ernst, 1995: Die Deutschen und ihre Vergangenheiten. Erinnerung und Vergessen von der Reichsgründung Bismarcks bis heute, Berlin.
- Nolte, Ernst, 1998: Historische Existenz. Zwischen Anfang und Ende der Geschichte? München.
- Nolte, Ernst, 2002: Der kausale Nexus. Über Revisionen und Revisionismen in der Geschichtswissenschaft. Studien, Artikel und Vorträge 1990-2000, München.
- Nolte, Ernst, 2004: Der „Fall Hohmann“ im Kontext (Vortrag, Berlin, 31.08.2004), http://www.ernst-nolte.de/Vortraege/Vortraege_Hohmann/vortrage_hohmann.html.
- Rabinovici, Doron/Speck, Ulrich/Sznaider, Natan (Hrsg.), 2004: Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Frankfurt a.M.
- Reese-Schäfer, Walter, 1990: Universalismus, negativer Nationalismus und die neue Einheit der Deutschen, in: Perspektiven DS 7, Heft 2, S. 95-102.
- Rosenbaum, Alan S. (Hrsg.), 1996: Is the Holocaust Unique? Perspectives on Comparative Genocide, Boulder.
- Schenk, Fritz, 2005: Der Fall Hohmann und kein Ende – Mit dem Text des Sondervotums des Bundesparteigerichts der CDU, München.
- Stürmer, Michael, 1988: Deutsche Fragen oder die Suche nach der Staatsräson, München.
- Walser, Martin, 1999: Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede, in: Schirmmayer, Frank (Hrsg.), Die Walser-Bubis Debatte. Eine Dokumentation, Frankfurt a.M.

Weber, Max, 1972: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie* (1922), 5. Aufl., Tübingen.

Uffa Jensen

Wie die Historie öffentlich gebraucht wird: Jürgen Habermas und der Historikerstreit

1 Einführung

Der Frankfurter Philosoph Jürgen Habermas verstand den Historikerstreit von 1986 als eine politische Auseinandersetzung um die Frage, „*auf welche Weise* die NS-Periode im öffentlichen Bewusstsein historisch verarbeitet wird“ (Habermas 1987c: S. 137).¹ Er repräsentierte damit ein gemäßigt linkes bzw. linksliberales Milieu in dem Versuch, die Erinnerung an das NS-Regime, die deutsche Vernichtungspolitik und besonders an den Holocaust als grundlegend für die bundesrepublikanische Identität zu etablieren. Dem standen Bemühungen aus dem konservativen Milieu gegenüber, die politische Erinnerungskultur der Bundesrepublik anders auszurichten und die Zentralität dieser historischen Ereignisse zu hinterfragen. Wenn man sich die Entwicklung der deutschen Erinnerungskultur seit den 1980er Jahren vergegenwärtigt, scheint Habermas diese politische Auseinandersetzung gewonnen zu haben (dieses positive Fazit zog damals Wehler 1988; für die Geschichte der Erinnerungskultur seit den 1980er Jahren vgl. Knigge/Frei 2002, Leggewie/Meyer 2005). Wie sich in vielfältiger Weise im politischen Selbstverständnis, in den öffentlichen Diskursen, aber auch im materiellen Raum überall in Deutschland manifestiert, sind die NS-Periode und insbesondere die nationalsozialistische Vernichtungspolitik und der Holocaust sehr präsent. Der Historikerstreit trug dazu bei, den Holocaust ins Zentrum des öffentlichen Interesses zu rücken. Zudem wurde durch diese Kontroverse die Vernichtung der europäischen Juden in der Forschungsagenda der deutschen Geschichtswissenschaft herausgehoben (zur Entwicklung der Holocaustforschung vgl. u.a. Stone 2004, Herbert 1992).

¹ Habermas trug unmittelbar mit zwei Texten und einem Leserbrief zu der Debatte bei. Der erste Text erschien unter dem Titel „Eine Art Schadensabwicklung“, dessen ursprünglich von Habermas vorgesehene Textversion sich in der obigen Ausgabe (allerdings unter dem Titel „Apologetische Tendenzen“) befindet. In ihr wird der politische Kontext – insbesondere der Bitburg-Debatte – noch deutlicher. Der Text erschien dann in einer gekürzten Version in „Die Zeit“. Er ist in dieser Fassung enthalten in: „Historikerstreit“ 1991: S. 62-76.

Der Historikerstreit ist als prägendes Ereignis der bundesrepublikanischen Erinnerungskultur zu verstehen, mit dem sich in Öffentlichkeit und Politik ein bestimmter Umgang mit der NS-Vergangenheit durchsetzte, der bis in die Gegenwart wirksam ist. Dieser basiert vor allem auf den Annahmen, dass der Holocaust das zentrale Ereignis der NS-Periode darstellt, dass die Ermordung der europäischen Juden ein einzigartiges Verbrechen verkörpert und dass es die Pflicht des deutschen Staates ist, daran angemessen zu erinnern. Man kann dieses Vergangenheitsnarrativ mit guten Gründen für historisch richtig und moralisch geboten halten; dass es sich im politischen Mainstream der Bundesrepublik etablierte, was keineswegs selbstverständlich war oder zwangsläufig geschah, muss zunächst einmal festgestellt werden und bedarf zugleich einer historischen Erklärung. Es wäre jedoch problematisch, den Historikerstreit vorschnell als Teil einer Erfolgsgeschichte zu verbuchen, in der eine einzigartige Erinnerungskultur der Bundesrepublik begründet wurde. Vielmehr geht es darum, die Strukturen im öffentlichen Gebrauch der Historie nüchtern zu betrachten, um darin Problemlagen identifizieren zu können, die im Historikerstreit und speziell in Habermas' Position bereits angelegt waren.

Jürgen Habermas löste den Streit mit seinem Beitrag in „Die Zeit“ vom 11. Juli 1986 insofern aus, als er in sich leicht unterschiedliche Positionen verschiedener Historiker – vor allem Michael Stürmer, Ernst Nolte und Andreas Hillgruber – zu einer kohärenten und koordinierten Aktion verdichtete, diese dem politischen Kontext der „geistig-moralischen Wende“ der frühen Kohl-Regierung zuordnete und eine prononcierte Gegenposition dazu präsentierte. Erst mit seiner Intervention konnte es zu einem Streit kommen. Dies bedeutete auch, dass sein Einspruch den weiteren Verlauf besonders prägte. Jede nachfolgende Positionierung seiner Gegner wie seiner Befürworter musste sich nunmehr mit Habermas' Überlegungen auseinandersetzen.² Zugleich artikulierte der Sozialphilosoph die Alternative besonders prägnant, stattete seine Polemik mit einem theoretischen Unterbau aus und entsprach so seinem – zeitgleich erneut formulierten³ – Selbstverständnis eines öffentlichen Intellektuellen. Es kann im Folgenden jedoch nicht ein weiteres Mal darum gehen, Habermas' Position und Funktion in der Debatte detailliert zu rekonstruieren (dies ist schon sehr früh geschehen, vgl. Evans 1989, Maier 1988: S. 34-65, Torpey 1988; für den historiographischen Kontext vgl. auch Große Kracht 2005). Vielmehr sollen anhand seiner Erörterungen im Historikerstreit einige grundlegende Entwicklungslinien in der bun-

² Der Streitverlauf lässt sich nachvollziehen in: „Historikerstreit“ 1991. Für einen Versuch, anhand eines anderen Beispiels Streitkommunikation als solche historisch dicht zu beschreiben, vgl. Jensen 2004.

³ Siehe dazu Habermas' historische Rekonstruktion der Funktion von Intellektuellen in der Figur Heinrich Heines, die kurz vor dem Historikerstreit veröffentlicht wurde, Habermas 1987b.

desrepublikanischen Erinnerungskultur – in der nötigen thesenartigen Zuspitzung – rekonstruiert werden, die in ihrem problematischen Charakter zum Teil erst heute sichtbar geworden sind, aber in Habermas' Position bereits angelegt waren. Hier ist dabei davon auszugehen, dass der Frankfurter Philosoph für ein gemäßigt linkes bis linksliberales Milieu nicht nur als ein wichtiger intellektueller Stichwortgeber fungierte, sondern viele der dort vorhandenen Haltungen in seiner politischen Publizistik besonders prägnant repräsentierte – und dass dies z.T. bis heute der Fall ist.⁴ Während der Auseinandersetzungen 1986 argumentierte Habermas grundsätzlich im Sinne des oben erwähnten Vergangenheitsnarrativs. Er profilierte hauptsächlich vier verschiedene Thesen: Es ging ihm um den öffentlichen, nicht den wissenschaftlichen Gebrauch von Geschichte. Er konstatierte eine tief greifende Verunsicherung der deutschen Kulturtradition durch „Auschwitz“. Sein Plädoyer galt einer postkonventionellen Identitätsgewinnung in der Form eines Verfassungspatriotismus. Er sah schließlich die deutsche Geschichte durch einen Sonderweg geprägt, aus dem nur eine konsequente Westbindung und die universalistische Tradition der Aufklärung heraus führen könnten. Wie im Folgenden zu zeigen sein wird, waren gerade diese Vorstellung in ihrer Folgewirkung nicht unproblematisch.

2 Die schleichende Entmachtung der Historiker

Zentral für Habermas war die Trennung zwischen öffentlichem und wissenschaftlichem Gebrauch der Historie. Auch weil er als Nichthistoriker argumentierte und zum großen Teil wissenschaftlich ausgewiesene Historiker attackierte, wollte er historische Arbeiten nur dann beurteilen, wenn sie offenkundig an eine breite Leserschaft gerichtet waren. „Erst wenn eine Tageszeitung einen entsprechenden Artikel veröffentlicht, kann die Frage der Singularität der Naziverbrechen für uns, die wir uns aus der Perspektive von Beteiligten Traditionen aneignen, die Bedeutung annehmen, die sie im gegebenen Kontext so brisant macht“ (Habermas 1987c: S. 145). Historiker/innen müssten in der öffentlichen Debatte die „Beobachterperspektive einer dritten Person“ aufgeben, welche die Diskussionshaltung in den Wissenschaften charakterisiere. Diese Unterscheidung ist an sich bereits problematisch: Sie ignoriert das Eingebundensein der historischen Forschung in die sie umgebenden öffentlichen Diskurse, die im vorliegenden

⁴ Sicherlich wäre eine solche These zu überprüfen, aber es scheinen doch einige Anzeichen dafür zu sprechen. So kann etwa der Einfluss Habermas' auf die so genannte „Bielefelder Schule“ von Historikern, deren wichtigste Exponenten Hans-Ulrich Wehler und Jürgen Kocka selber am Historikerstreit teilnahmen, als Beispiel dienen.

Fall der Erinnerungskultur besonders augenfällig ist. Zugleich ließe sich anhand seiner Texte problemlos nachweisen, wie sehr er mit historischen Fakten argumentierte und sich an fachwissenschaftliche Interpretationen anlehnte, um die Vorgehensweisen seiner Gegner zu entlarven und zu kritisieren. Manche Aspekte wollte er durchaus aus Beobachter- und nicht aus Beteiligtenperspektive beurteilt wissen. Dies war jedoch auch aus anderem Grund signifikant: Mit der Trennung von öffentlicher Debatte über Geschichte aus einer Beteiligtenperspektive einerseits und einer Debatte unter spezialisierten Historikern aus Beobachterperspektive andererseits wurde ein Dilemma der NS- und Holocaust-Forschung bereits sichtbar, das im weiteren Verlauf der öffentlichen Vergangenheitsdebatten immer markanter werden sollte. Der Historikerstreit erweist sich als erstes Beispiel einer schleichenden Entmachtung der Historie auf ihrem ureigensten Gebiet: der (öffentlichen) Diskussion über Vergangenheit. In diesem Streit trat zuerst das bemerkenswerte Phänomen auf, dass die Beteiligten der öffentlichen Debatte den Eindruck besaßen, über das NS-Regime und insbesondere den Holocaust schon genug zu wissen, um moralische Fragen mit ausreichend historischem Wissen beurteilen zu können. Angesichts des damaligen Kenntnisstandes gerade über die nationalsozialistische Vernichtungspolitik ist dies kaum verständlich (polemisch zum Umgang mit dem Holocaust in der deutschen Geschichtswissenschaft: Berg 2003). Die Texte des Nichthistorikers Habermas legten diese Limitierungen umso schonungsloser offen: Mit dem Chiffre Auschwitz – den „Bilder[n] von jener Rampe“ (Habermas 1987c: S. 137) – beschrieb er den Holocaust, der, wie vor allem spätere Forschung demonstrierte, eben nicht nur auf die industrielle Vernichtungsmaschinerie in den Lagern reduziert werden kann, sondern zugleich durch Mordaktionen im freien Feld unter Beteiligung von wesentlich mehr Tätern gekennzeichnet war (vgl. Browning 1993; für detaillierte deutsche Forschung vgl. Herbert 1998). Seit dem Historikerstreit öffnete sich die Kluft immer weiter zwischen dem, was in der Öffentlichkeit als gesichertes Wissen über den Nationalsozialismus und den Holocaust galt, und dem, was in Deutschland faktisch an Detailforschung betrieben wurde.⁵

Eine derartige Virtualisierung der NS-Debatte hat Habermas anno 1986 vielleicht nicht vorhersehen können, aber schon in der Goldhagen-Debatte zehn Jahre später entschied er sich, den amerikanischen Historiker für dessen Beitrag zur öffentlichen Debattenkultur zu loben, trotz der gewichtigen Einwände von Fachhistorikern/innen (vgl. Jensen 1998). Spätestens zu diesem Zeitpunkt war es ihm also wichtiger, Historie auf die moralisch und nicht faktisch richtige Weise

⁵ Ulrich Herbert wies vor kurzem auf diese noch heute bestehende Diskrepanz zwischen geglaubten und tatsächlichen Wissen hin. Ungeachtet der öffentlichen Aufmerksamkeit für das Thema gebe es in Deutschland nur vier oder fünf Lehrstühle, die mit NS-Spezialisten besetzt seien. Viele andere profilierte Forscher/innen seien in den letzten Jahren ins Ausland abgewandert, vgl. Später 2007.

öffentlich zu gebrauchen. Aus einer solchen Perspektive lässt sich nicht mehr beklagen, dass sich die öffentliche Debatte verselbständigt, die Historiker zu „Talking Heads“ in zweifelhaften Doku-Dramen instrumentalisiert und als analytische Instanz zunehmend ausgeschaltet werden, so dass der Nationalsozialismus und der Holocaust in der Populärkultur und Teilen der öffentlichen Debatte eine mediale Omnipräsenz ohne kritischen Impetus erlangten. Soll hingegen die Historie nicht nur einfach öffentlich, sondern auch aufklärerisch-kritisch gebraucht werden, ist eine enge Bindung an die Geschichtswissenschaft unabdingbar.

3 Ein Anflug von Erinnerungstolz

Habermas gründete seine Intervention im Historikerstreit auf ein bestimmtes Verständnis des Bezugs von Geschichte und Identität. Aus seiner Sicht besaßen seine konservativen Gegner einen funktionalistischen Begriff von Geschichte. In einer Art innerweltlichen Sinnstiftung sollte Nationalgeschichte den kollektiven Zusammenhalt stärken und somit die Bundesrepublik im Zeitalter des Kalten Krieges nach innen ausreichend festigen. Problematische und verunsichernde Bestandteile der eigenen Geschichte drohten dabei nur zu stören. Nationalsozialismus wie Holocaust müssten somit in ihrer Bedeutung für das Verständnis der deutschen Geschichte und für die Gegenwart relativiert werden. Habermas stellte dem seine eigene Position eines, wie er es versteht, reflexiven Umgangs mit Geschichte gegenüber, der eine Pluralität der Lesarten zuließ, wodurch die „eigenen identitätsbildenden Überlieferungen in ihren Ambivalenzen“ (Habermas 1987a: S. 134) hervortreten sollten.

Dieser Aspekt der Traditionsverunsicherung war Habermas sehr wichtig und er widmete ihm einen Großteil seines zweiten Artikels, der am 7. November 1986 in „Die Zeit“ erschien. Aus seiner Sicht stellte Auschwitz die deutsche Geschichte und Kultur ganz fundamental in Frage. Niemand könne sich aus diesem Traditionszusammenhang heraus stehlen, „weil mit ihm unsere Identität, sowohl als Individuen wie als Deutsche, unauflöslich verwoben ist“ (Habermas 1987c: S. 140). Auch für den Philosophen hatte die Historie somit eine Funktion zu erfüllen: Die Geschichte des NS-Regimes fungiere als eine Art Filter, „durch den die kulturelle Substanz [...] hindurch muß“ (ebd., S. 143). Eine so verstandene, kritische Geschichtsschreibung diene in letzter Konsequenz der Ausbildung einer postkonventionellen Identität:

„Wenn unter den Jüngeren die nationalen Symbole ihre Prägekraft verloren haben, wenn die naiven Identifikationen mit der eigenen Herkunft einem eher tentativen Umgang mit Geschichte gewichen sind, wenn Diskontinuitä-

ten stärker empfunden werden, wenn nationaler Stolz und kollektives Selbstwertgefühl durch den Filter universalistischer Wertorientierungen hindurchgetrieben werden – in dem Maße, wie das zutrifft, mehren sich die Anzeichen für die Ausbildung einer postkonventionellen Identität“ (Habermas 1987a: S. 134-135; dazu umfassender und theoretischer angelegt ders. 1998).

Eine derartige postkonventionelle Identität erscheint Habermas geradezu als notwendige Reaktion auf die moralische Katastrophe des Nationalsozialismus und des Holocaust. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit diesem historischen Geschehen muss jede konventionelle Identitätsvorstellung unterminieren, weshalb aus Habermas' Sicht die Position seiner Gegner unmöglich geworden war. Bundesrepublikanische Identitäts- und Vergangenheitspolitik folgte in der Tat eher Habermas' Vorstellungen als denen von Stürmer, Nolte und anderen: Die (nicht selten ritualisierte) Distanzierung vom Nationalsozialismus und die moralische Verurteilung des Holocaust wurden ein zentraler Bestandteil der öffentlichen und politischen Auseinandersetzung spätestens im wiedervereinigten Deutschland. Mehr noch: Wie sich an der Debatte über und an der Realisierung des „Denkmals für die ermordeten Juden Europas“ zeigen lässt, wurde die Erinnerung an die (jüdischen) Opfer des Holocaust Teil des offiziellen Selbstverständnisses der Berliner Republik (vgl. Leggewie/Meyer 2005, Kirsch 2003). Das ist ein Novum in der modernen Gedächtnisgeschichte: Nationale Identität soll sich auf ein Schuldbekenntnis gründen und erhält dadurch einen ganz neuen moralischen Status. Eine derartig ausgerichtete Erinnerungskultur entfaltet eine eigentümlich performative Wirkung: Der deutsche Staat erklärt im Namen seiner Bürger/innen, dass man nicht mehr auf seine Vergangenheit stolz sei, aber dafür um so mehr auf die angemessene Erinnerung an dieselbe (vgl. dazu Jensen 2005). Habermas Konzept mag kritisch gemeint gewesen sein, aber an der späteren Entwicklung ist ablesbar, wie bereits im Historikerstreit eine neue Art von Sendungsbewusstsein aus Erinnerungsstolz angelegt war: Andere Nationen sollen sich die Postkonventionalität der Deutschen ruhig zum Vorbild nehmen und ihre Vergangenheit ebenso in Frage stellen, um dann ihre Gegenwart in Absehung nationaler Konventionalität deuten zu können.

4 Der ethnische Vorbehalt der postkonventionellen Identität

Die Konzepte von Identität und Geschichte, um die und mit deren Hilfe sich die Beteiligten während des Historikerstreits stritten, waren gleichwohl nicht so gegensätzlich, wie der Frankfurter Philosoph annahm. Nationale Identität wurde

von beiden Seiten vornehmlich, wenn nicht ausschließlich an Geschichte gebunden. Ein kultureller Traditionszusammenhang wurde zwar bei Habermas von „Auschwitz“ in Frage gestellt, existierte aber für ihn genauso offenkundig wie für seine konservativen Gegner. Deutschsein bedeutete, sich in diesem Zusammenhang zu verorten, ob nun kritisch oder affirmativ. Hier offenbarte sich eine lange historische Kontinuität, den deutschen Nationsbegriff angesichts der stets problematischen staatlichen Einheit an eine Vorstellung von kulturellem Zusammenhalt rückzubinden (vgl. Geyer/Jaraus 2003). Mit Bezug auf Habermas' Konzeption ließe sich fragen, wie die „imagined community“ der nun postkonventionellen Deutschen beschaffen wäre. Welche Kosten hatte zudem diese Verknüpfung von Identität, Kultur und schuldhafter Geschichte? Lief sie nicht Gefahr, die Krux des deutschen Nationsbegriffs zu reproduzieren, wonach die angenommene kulturelle Homogenität Exklusionsbemühungen nahe legte, wie sie gerade an der deutsch-jüdischen Geschichte augenfällig werden? Brachte nicht auch der vermeintlich kritische Umgang mit Geschichte Identitätsvorstellungen hervor, die einen konkreten „Anderen“ voraussetzten und zugleich mit schufen?

Die postkonventionelle Identität, wie Habermas sie propagierte, scheint immer noch an die Teilhabe an der deutschen Kultur und Geschichte gebunden: Sie bezieht nationale Identität jedenfalls implizit auf die Mitgliedschaft in einem Schuld- oder Verantwortungskollektiv. Auch wenn Habermas die These der kollektiven Schuld ablehnte und stattdessen von individualisierter Schuld ausgehen wollte, so postulierte er doch eine grundlegende Gemeinschaft der Deutschen, inklusive der Nachgeborenen, in ihrer Verantwortung für diese Geschichte. Wo ist aber der Platz derer, die wie Juden, Sinti und Roma, Homosexuellen etc. zu Opfern der NS-Vernichtungspolitik wurden, in diesem Kollektivkonstrukt? Bereits in den 1980er Jahren war die Bundesrepublik zudem weithin sichtbar ein multiethnisches und multireligiöses Land, auch wenn dies von Regierungsseite nicht anerkannt wurde. Worauf sollten sich in Deutschland lebende Türken, Araber, Griechen, Italiener oder andere Gruppen beziehen, wenn sie sich aus offensichtlichen Gründen nicht für die Kulturverunsicherung durch Auschwitz verantwortlich fühlen (vgl. dazu Georgi 2003)? Zwanzig Jahre nach dem Historikerstreit wirkt die bundesrepublikanische Erinnerungskultur denn auch oft wie ein letzter Hort ethnisch „deutscher“ Selbstverständigung, die mit den Realitäten einer Einwanderungsgesellschaft immer weniger zu tun hat. In einer absurden Wendung – sicher auch gegen die ursprüngliche Intention Habermas' – hilft hier „Auschwitz“ das „Deutsche“ an der nationalen Identität zu retten.

5 Entpolitisierung durch Politisierung der Vergangenheit

Der politische Streit zwischen den Lagern erschien im Historikerstreit immens und unüberbrückbar. Gleichwohl bestand in wichtigen Fragen der bundesrepublikanischen Politik erstaunlich wenig Dissens. Die Westorientierung der BRD wurde von Habermas wie von seinen Gegnern gutgeheißen, wenn auch mit leicht unterschiedlichen Begründungen. Während für die konservativen Historiker eher machtpolitische Erwägungen eine Rolle spielten, argumentierte Habermas mit dem deutschen Sonderweg, der Deutschland in den Abgrund geführt habe und aus dem erst ein westlich und aufklärerisch orientierter Verfassungspatriotismus einen Ausweg bieten könne: „Die vorbehaltlose Öffnung der Bundesrepublik gegenüber der politischen Kultur des Westens ist die große intellektuelle Leistung unserer Nachkriegszeit, auf die gerade meine Generation stolz sein könnte [...]. Der einzige Patriotismus, der uns dem Westen nicht entfremdet, ist ein Verfassungspatriotismus“ (Habermas 1987a). Angesichts der schwierigen Auseinandersetzung, die im linken und linksliberalen Milieu seit den 1960er Jahren über genau diese Westorientierung geführt wurde, überrascht Habermas' Position. Sie stand letztlich für die schleichende und erst in den 1990er Jahren vollends sichtbare Versöhnung dieses Milieus mit der alten Bundesrepublik. Gerade die Sonderwegsvorstellung implizierte ja nicht nur eine oft ahistorische und unkritische Überhöhung des „normalen“ Weges in die Moderne, für den die westeuropäischen Nationen standen, sondern auch eine positive und ebenso unkritische Bewertung der Bundesrepublik (besonders deutlich bei Winkler 2000; zur Kritik an der Sonderwegsvorstellung vgl. Blackbourn/Eley 1984).

Es bleibt jedoch zu fragen: Wieso kam es dann zum Historikerstreit? Worum ging es im Kern? Und: Was war der Preis der Versöhnlichkeit? Im Historikerstreit rangen mit wenigen Ausnahmen Angehörige einer Generation – die in den 1920er Jahren Geborenen – miteinander und über ihre unterschiedliche Geschichte (vgl. dazu Herbert 2003).⁶ Die Heftigkeit der Auseinandersetzung hatte somit mindestens so viele biographische wie erinnerungspolitische Gründe. In gewisser Hinsicht handelte es sich sogar um Versuche, die eigenen biographischen Bewältigungsstrategien erinnerungskulturell absichern und konsensfähig machen zu wollen. An Habermas' Intervention offenbart sich aber ein bemerkenswerter Wandel im gemäßigt linken bzw. linksliberalen Milieu. Mit dem

⁶ Gerade die persönlichen Zerwürfnisse, die der Historikerstreit hervorrief und die bis in die Gegenwart Bestand zu haben scheinen, zeigen, dass die biographische Dimension äußerst wichtig ist. Auch hier wiederholt sich Geschichte als Farce, wenn man sich die absurden Vorwürfe vergegenwärtigt, die Joachim Fest, der damalige Herausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, in seiner Biographie an die Adresse von Habermas richtet (Fest 2006, S. 342f.; vgl. zu der folgenden Debatte „Cicero“, Ausgabe November 2006 sowie „Süddeutsche Zeitung“ vom 27. Oktober 2006).

Historikerstreit wurde, was problematisch an der Bundesrepublik war, in ihre Vergangenheit verlegt und nicht mehr in ihrer Gegenwart gesehen. Der Streit mit dem konservativen Geschichtsbild beinhaltet in gewisser Hinsicht eben auch einen Sieg der Konservativen, indem die Vertreter einer kritischen Gesellschaftstheorie ihre Angriffe auf die Strukturen der Erinnerungskultur ausrichteten und sich implizit auf die Verteidigung des Status Quo – Westbindung, soziale Marktwirtschaft, gemäßigte Reformpolitik – zurückzogen. Klassische und nach wie vor drängende Fragen der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gleichstellung und -berechtigung konnten so ausgeblendet werden, während man mit den Konservativen über das Erbe des NS-Regimes stritt. Als sich die Bundesrepublik dem Vergangenheitsnarrativ, für das Habermas stellvertretend einstand, in ihrer Gedenkpraxis, dem politischen Selbstverständnis und in den öffentlichen Debatten annäherte, blieb dem linksliberalen Milieu nur ein zufriedener Blick auf das Geleistete.

6 Schluss

Zwanzig Jahre nach dem Historikerstreit erscheinen viele Aspekte der damaligen Auseinandersetzung notwendigerweise in einem anderen Licht: Manche Fronten würden sich heute nicht mehr in der gleichen Weise eröffnen. Ein guter Teil der Aufregung und der persönlichen Zuspitzung ist nur noch schwer nachvollziehbar. Die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands, der Zusammenbruch des Sowjetimperiums in Osteuropa ebenso wie die weit vorgeschrittene Einigung Europas wirken heute wie schwer überbrückbare Verständnisbarrieren und lassen gerade den Streitcharakter der damaligen Auseinandersetzung unverständlich erscheinen. Eine derartige Perspektive des Bruches, so einleuchtend sie ist, würde aber wichtige Kontinuitätslinien in der bundesrepublikanischen Verständigung über die NS-Vergangenheit und den Holocaust übersehen. Viele Protagonisten des Historikerstreits – und insbesondere Habermas – haben in den folgenden Jahren immer wieder in die entsprechenden Debatten eingegriffen. Was von den Zeitgenossen in den 1980er Jahren sicher nicht geahnt werden konnte, ist die erstaunliche Konstanz, mit der diese Vergangenheitsdiskussionen bis in die Gegenwart anhalten. Insofern hat sich Noltes Diktum von der Vergangenheit, die nicht vergehen will, in den folgenden Jahrzehnten bestätigt, obwohl seine Problematisierung dieses Sachverhaltes heute immer seltener geteilt wird (Nolte 1991). Zu dieser Beständigkeit hat der Historikerstreit sicherlich beigetragen, nicht zuletzt indem er das mediale Modell für derartige Debatten lieferte, die seitdem am liebsten als Streit geführt werden, obwohl sich auch das Ausrufen immer neuer Historikerstreits irgendwann medial abschleift.

Es sind jedoch nicht nur mediale oder persönlich-biographische Muster, die trotz aller Veränderungen noch lange nach dem Streit – und z.T. bis in die Gegenwart – weiterwirkten. Wenn man die Position, die Jürgen Habermas in den Auseinandersetzungen einnahm, mit Blick auf die folgenden Entwicklungen liest, kann man Strukturen erkennen, entlang derer sich die bundesrepublikanische Erinnerungskultur entwickelte. Weil die Debatten über die „deutsche Vergangenheit“ auf einen vornehmlich öffentlichen Gebrauch der Historie ausgerichtet wurden, der zugleich per se eine aufklärerische und damit wertvolle Funktion erfüllen sollte, konnten die Auseinandersetzungen sukzessive enthistorisiert und tendenziell zu luftleeren Selbstverständigungsdebatten werden. Da die richtige Form der Konfrontation mit Geschichte die Ausbildung einer postkonventionellen Identität versprach, ließ sich die kritisch gemeinte Verwendung der Historie nationalpädagogisch wenden: Nicht der Stolz auf Deutschland, aber ein Stolz auf die nationale Erinnerungskultur wurde zu einem tragenden Stützpfeiler der neuen Bundesrepublik. Eben weil in dieser Weise auch die postkonventionelle Identität an Geschichte und deren unmittelbare oder familiär vermittelte Erfahrung gekoppelt blieb, ließ sie sich in einer ethnisch ansonsten kaum zu begründenden Reinheit absichern. Derart strukturiert konnte sich das Vergangenheitsnarrativ, mit dem Habermas im Historikerstreit wesentliche Aspekte der NS-Geschichte auf eine zuvor kaum mehrheitsfähige Weise interpretieren half, durchsetzen und sogar hegemonial werden. Ein neuer Konsens zeichnete sich in den folgenden Jahren ab, der bis weit ins Lager der konservativen Eliten reichte und der schließlich auch einen versöhnenden Blick des politisch linken Lagers auf die Geschichte ihrer Bundesrepublik ermöglichte. Sicherlich verkörperten diese verschiedenen Aspekte wohl kaum die eigentlichen Intentionen, die Jürgen Habermas mit seiner Intervention im Historikerstreit ursprünglich verband. Allerdings erscheinen sie in seinen Standpunkt wie blinde Flecken eingeschrieben zu sein. Nicht zuletzt wegen der prominenten Rolle des Frankfurter Sozialphilosophen in dem Streit und danach konnten sie an Einfluss gewinnen und in diesem Sinne in den toten Winkel der bundesrepublikanischen Erinnerungskultur geraten.



Literatur:

„Historikerstreit“, 1991: Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, 8. Aufl., München/Zürich.

- Berg, Nicolas, 2003: Der Holocaust und die westdeutschen Historiker: Erforschung und Erinnerung, *Moderne Zeiten*, Band 3, Göttingen.
- Blackbourn, David/Eley, Geoff, 1984: *The Peculiarities of German History: Bourgeois Society and Politics in 19th Century Germany*, Oxford.
- Browning, Christopher R., 1993: *Ordinary Men. Reserve Police Battalion 101 and the Final Solution in Poland*, London.
- Evans, Richard J., 1989: *In Hitler's Shadow. West German Historians and the Attempt to Escape From the Nazi Past*, London.
- Fest, Joachim, 2006: *Ich nicht. Erinnerungen an eine Kindheit und Jugend*, Reinbek bei Hamburg.
- Georgi, Viola B., 2003: *Entliehene Erinnerung. Geschichtsbilder junger Migranten in Deutschland*, Hamburg.
- Geyer, Michael/Jaraus, Konrad R., 2003: *A Struggle For Unity: Redefining National Identities*, in: Dies. (Hrsg.), *Shattered Past: Reconstructing German Histories*, Princeton/Oxford, S. 221-244.
- Große Kracht, Klaus, 2005: *Die zankende Zunft. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945*, Göttingen.
- Habermas, Jürgen, 1987a: *Eine Art Schadensabwicklung*, in: Ders., *Kleine politische Schriften*, Band VI, Frankfurt a.M., S. 120-136.
- Habermas, Jürgen, 1987b: *Heinrich Heine und die Rolle des Intellektuellen in Deutschland*, in: Ders., *Kleine politische Schriften*, Band VI, Frankfurt a.M., S. 25-54.
- Habermas, Jürgen, 1987c: *Vom öffentlichen Gebrauch der Historie*, in: Ders., *Kleine politische Schriften*, Band VI, Frankfurt a.M., S. 137-148.
- Habermas, Jürgen, 1998: *Die postnationale Konstellation: Politische Essays*, Frankfurt a.M..
- Herbert, Ulrich (Hrsg.), 1998: *Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939-1945: Neue Forschungen und Kontroversen*, Frankfurt a.M..
- Herbert, Ulrich, 1992: *Der Holocaust in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik Deutschland*, in: Ders./Groehler, Olaf (Hrsg.), *Zweierlei Bewältigung: Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten*, Hamburg, S. 7-27.
- Herbert, Ulrich, 2003: *Der Historikerstreit. Politische, wissenschaftliche, biographische Aspekte*, in: Sabrow, Martin/Jessen, Ralph/Große Kracht, Klaus (Hrsg.), *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Grosse Kontroversen seit 1945*, München, S. 94-113.
- Jensen, Uffa, 1998: *Ein Ritterschlag zum Lehrmeister? Die Apotheose des Daniel J. Goldhagen in der Laudatio von Jürgen Habermas*, in: Heil, Johannes/Erb, Rainer (Hrsg.), *Geschichtswissenschaft und Öffentlichkeit. Der Streit um Daniel J. Goldhagen*, Frankfurt a.M., S. 148-163.
- Jensen, Uffa, 2004: *Getrennt streiten – getrennt leben? Der doppelte Streit um Heinrich von Treitschkes Antisemitismus unter gebildeten Bürgern (1879-1881)*, in: *WerkstattGeschichte* 38, S. 3-25.
- Jensen, Uffa, 2005: *Nationale Phantomschmerzen. Zum öffentlichen Gebrauch von Erinnerung in der neuen Bundesrepublik*, in: Ruge, Undine/Morat, Daniel (Hrsg.), *Deutschland denken. Beiträge für die reflektierte Republik*, Wiesbaden, S. 111-122.

- Kirsch, Jan-Holger, 2003: Nationaler Mythos oder historische Trauer? Der Streit um ein zentrales „Holocaust-Mahnmal“ für die Berliner Republik, Köln.
- Knigge, Volkhard/Frei, Norbert (Hrsg.), 2002: Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord, München.
- Leggewie, Claus/Meyer, Erik, 2005: „Ein Ort, an den man gerne geht“: Das Holocaust-Mahnmal und die deutsche Geschichtspolitik nach 1989, München.
- Maier, Charles S., 1988: The Unmasterable Past. History, Holocaust, and German National Identity, Cambridge.
- Nolte, Ernst, 1991: Vergangenheit, die nicht vergehen will, in: „Historikerstreit“: Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, 8. Aufl., München/Zürich, S. 39-47.
- Später, Jörg, 2007: Warum kommen die erfolgreichsten NS-Forscher aus dem angelsächsischen Raum?, in: Süddeutsche Zeitung vom 29. Juni.
- Stone, Dan (Hrsg.), 2004: The Historiography of the Holocaust, Basingstoke.
- Torpey, John, 1988: Habermas and the Historians, in: New German Critique 44, S. 5-24.
- Wehler, Hans-Ulrich, 1988: Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum „Historikerstreit“, München.
- Winkler, Heinrich August, 2000: Der lange Weg nach Westen, München.

Armin Pfahl-Traugber

Die wissenschaftliche Dimension des „Historikerstreits“ auf dem Prüfstand. Eine Auseinandersetzung mit Ernst Nolte und Jürgen Habermas

1 Einleitung und Fragestellung

Der „Historikerstreit“¹ gehörte nicht zu den Sternstunden intellektueller und wissenschaftlicher Debatten in der Bundesrepublik Deutschland (vgl. „Historikerstreit“ 1987). Ihm waren differenzierte Analysen und nüchterner Tonfall, sachliche Darstellungen und abgewogene Erörterungen kaum eigen. Dafür prägten aggressive Wortwahl und notorische Diskussionsverweigerung, persönliche Verunglimpfungen und politische Unterstellungen die Kontroverse. Häufig genug prallten Gesinnungen aufeinander, welche die Richtigkeit der eigenen Auffassung beschworen und die Verwerflichkeit der anderen Meinung postulierten. So kann es auch kaum verwundern, dass eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Positionen der jeweils anderen Seiten kaum stattfand. Selbst zur Manipulation und Verfälschung von Aussagen und Zitaten der Gegner griffen manche Protagonisten. Angesichts dieser Gegebenheiten soll hier aus der persönlichen wie zeitlichen Distanz der kritische Blick auf die mangelnde wissenschaftliche Dimension des „Historikerstreits“ geworfen werden.

Die damit gewählte Perspektive will keineswegs die bedeutsame politische Dimension (vgl. Kailitz 2001) der Auseinandersetzung ignorieren, betonten doch Vertreter beider Seiten sowohl während als auch nach der Kontroverse den hohen Stellenwert dieses Gesichtspunktes: Die Frage nach der Deutung des Nationalsozialismus bildete für die meisten Diskutanten den thematischen Bezugsfaktor, um über das politische Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland zu streiten. Während in diesem Kontext die eine Seite gegen eine behauptete Abso-

¹ Die Bezeichnung wird hier aus mehreren Gründen in Anführungszeichen gesetzt: Erstens gab es zuvor und danach noch andere Auseinandersetzungen zwischen Historikern und mit dieser Formulierung. Zweitens wird damit eben diese besondere Kontroverse angesprochen. Drittens beteiligten sich an der Auseinandersetzung nicht nur Historiker, sondern auch Journalisten und Sozialwissenschaftler. Und viertens verdient die Bezeichnung aufgrund der im Folgenden geschilderten Art und Weise die entsprechenden Anführungszeichen.

lutsetzung des „Dritten Reiches“ als alleinige Verkörperung des Bösen plädierte (vgl. Nolte 2006), sah die andere Seite darin eine konservative Kampagne zur Relativierung des Nationalsozialismus (vgl. Wehler 2006). So erklärt sich auch, dass die Auseinandersetzung stärker von politisch-polemischen, denn sachlich-wissenschaftlichen Argumenten geprägt war. Obwohl somit Aufwand und Intensität des „Historikerstreits“ für die Forschung als unergiebig gelten können, soll die wissenschaftliche Dimension der Kontroverse im Zentrum dieses Beitrags stehen.

Dabei unterzieht diese Erörterung, mit Ernst Nolte und Jürgen Habermas die Hauptprotagonisten der Auseinandersetzung einer kritischen Prüfung.² In ihren Artikeln und Büchern formulierten sie eine Reihe von Positionen, die es bezüglich ihrer historischen Belegbarkeit und inhaltlichen Schlüssigkeit zu analysieren gilt. Hierbei besteht allerdings ein Ungleichgewicht angesichts des zu beachtenden Materials: Während Habermas lediglich einige wenige Aufsätze vorlegte (vgl. neben den Texten in „Historikerstreit“ 1991 auch Habermas 1987a: S. 115-158), ging Nolte auf die Thematik weitaus intensiver ein. Er veröffentlichte neben zahlreichen Stellungnahmen zur Debatte (vgl. Nolte 1988) auch ein umfangreiches Werk zu deren Thematik (vgl. Nolte 1987a). Insbesondere letzteres ermöglichte es Nolte, seine Auffassungen genauer zu begründen und zu belegen als dies in einem Feuilleton-Artikel möglich war. Trotz dieses unterschiedlichen Anteils von Texten sollen beide Protagonisten Beachtung finden, könnte doch die Kritik an dem Einen den falschen Eindruck einer Positionierung zugunsten des Anderen vermitteln.

In diesem Sinne geht die Erörterung wie folgt vor: Zunächst widmet sie sich Noltens Auffassungen und Vorgehensweise, wobei dessen Darstellungsform von Ansichten und Erklärungen, Deutung des Nationalsozialismus als Reaktion auf den Bolschewismus, Erklärung von Auschwitz aus dem Bestehen des Gulag und Kommentierung des rechtsextremistischen Revisionismus im Zentrum stehen. Dem folgt die Auseinandersetzung mit Habermas, die sich auf dessen Umgang mit Aussagen und Zitaten der kritisierten Historiker, die Auseinandersetzung mit der Singularität des Holocaust, die Deutung einer Historisierung als Relativierung und die Interpretation von Vergleichen als Verharmlosung bezieht. Entsprechend der oben formulierten Fragestellung und Perspektive geht es dabei nicht um die politischen Motive beider Seiten. Es soll hier selbst angesichts des potentiellen Vorwurfs einer gewissen „Weltfremdheit“ ausschließlich die inhaltliche und wissenschaftliche Dimension der Auseinandersetzung thematisiert werden.

² Diese Formulierung wird hier in bewusster Anlehnung an die Auffassungen des Erkenntnistheoretikers Hans Albert (1963, 1991) benutzt.

2 Auseinandersetzung mit Ernst Nolte

Als erster der beiden Hauptprotagonisten soll hier der lange Jahre an der Freien Universität Berlin als Historiker lehrende Ernst Nolte (vgl. Jesse 1993, Kronenberg 1999, Zitelmann 1993) hinsichtlich seiner Auffassungen und Argumentationsweise im „Historikerstreit“ einer kritischen Prüfung unterzogen werden. Seine im Zusammenhang mit der Kontroverse geäußerten Positionen wurden von ihm nicht erstmals in der Kontroverse vorgebracht. Bereits in Noltens Büchern „Der Faschismus in seiner Epoche“ von 1963, „Deutschland und der Kalte Krieg“ von 1974 und „Marxismus und Industrielle Revolution“ von 1983 fanden sich verbal etwas abgeschwächt jene Auffassungen, die ab 1986 durch die Reaktionen seiner Kritiker zu der Auseinandersetzung führten (vgl. Evans 1991, Wehler 1988). Die folgenden Ausführungen beschränken sich allerdings auf die Aussagen Noltens während und unmittelbar nach dem „Historikerstreit“. Eine Auseinandersetzung mit seinen Ausführungen zur früheren Faschismus- bzw. späteren Totalitarismustheorie würden Kontext und Rahmen sprengen.

2.1 Die Darstellungsform von Ansichten und Erklärungen

Für einen Wissenschaftler sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, seine Auffassungen eindeutig und klar, unmissverständlich und widerspruchsfrei vorzutragen. Dafür, dass dies leider nicht immer der Fall ist, gibt es unterschiedliche Gründe: Man kann mit besonders abgehobenen Formulierungen den Eindruck von ausgeprägter Intellektualität vermitteln wollen. Man kann mit vieldeutiger Wortwahl eine präventive Kritikimmunität bezwecken. Man kann mit unklaren Formulierungen Rückzüge gegen mögliche Einwände offen lassen. Und man kann mit einer unverständlichen Darstellungsform die Diffusität der eigenen Gedankenführung überdecken wollen. Für Ernst Nolte dürfte wohl weniger der erste Grund, aber möglicherweise eines der anderen Motive bzw. eine Kombination von diesen in Frage kommen. Denn viele seiner Aussagen lassen unterschiedliche Deutungen zu, bleiben hinsichtlich der gemeinten Dimensionen unklar oder enthalten bei genauer Betrachtung auch grundlegende Widersprüche. Bereits in dem Artikel „Vergangenheit, die nicht vergehen will“, der am Beginn des „Historikerstreits“ stand, zeigte sich diese Problematik. Darin heißt es: „Aber gleichwohl muss die folgende Frage als zulässig, ja unvermeidbar erscheinen: Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine 'asiatische' Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer 'asiatischen' Tat betrachteten? [...] War nicht der 'Klassenmord' der Bolschewiki das logische und faktische Prius des 'Rassenmords' der Nationalso-

zialisten?“ (Nolte 1987b: S. 45). Offenbar ging es Nolte hier nicht um eine Frage um der Frage willen. In den Formulierungen sollten wohl Hypothesen stecken, welche einer näheren Untersuchung bedurften. Dies deutete er jedenfalls in einer späteren Stellungnahme an, sprach er doch in diesem Zusammenhang von einer „Aufforderung zur Wissenschaft“ (Nolte 1988: S. 16). Nur ging das damit verbundene Erkenntnisinteresse nicht in sein eigenes Forschungsprogramm ein.

Dies veranschaulicht Noltens Buch „Der europäische Bürgerkrieg“, das als ausführliche Begründung seiner Thesen aus dem Artikel gelten sollte. Darin liefert er eine umfangreiche Darstellung des Spannungsverhältnisses von Kommunisten und Nationalsozialisten während der Weimarer Republik und von Drittem Reich und Sowjetunion nach 1933. Man findet dort auch eine beachtenswerte Strukturanalyse der beiden Einparteistaaten, aber keine systematische Begründung und Erörterung des postulierten Wirkungszusammenhangs. Die im Buch angesprochene „historisch-genetische Dimension“ (Nolte 1987a: S. 18) belegte er über den Nachweis kausaler Wirkungen und den Ausschluss anderer Faktoren nicht. Gleichwohl wurde für ihn aus der schlichten Forschungshypothese nun eine historische Tatsache. Mit der Deutung des Holocaust als „Präventivmord“ aus Angst vor den Untaten der Bolschewisten ignorierte Nolte den damaligen Forschungsstand nahezu völlig (vgl. Kershaw 1988).

Hinzu kamen Bewertungen der behaupteten Befürchtungen, die nach Nolte „nicht nur verstehbar, sondern auch größtenteils verständlich und bis zu einem bestimmten Punkte sogar gerechtfertigt waren“ (Nolte 1987a: S. 16). Auch mit diesen Formulierungen lässt Nolte seine Leser im Unklaren über das Gemeinte: Geht es lediglich um das Nachvollziehen von Handlungen der Nationalsozialisten ohne eigene Bewertung oder um eine zumindest teilweise Rechtfertigung der Untaten angesichts angeblicher bolschewistischer Bedrohungen. Eine Seite weiter fragte Nolte dann, warum die „gerechtfertigte Reaktion einen so überschießenden Charakter angenommen hat, dass sie nicht nur zu dem größten Krieg der Weltgeschichte, sondern auch zu singulären Massenverbrechen führte“ (ebd., S. 17). Offenbar muss man daher seine vorherigen Ausführungen als persönliche Rechtfertigung, allerdings ohne Einschluss von Holocaust und Weltkrieg ansehen. Ob diese Aussage eine Legitimation der Handlungen vor 1939 bedeutet, bleibt wieder unklar.³

³ Auch spätere Veröffentlichungen Noltens sind mitunter von zumindest merkwürdig anmutenden Reflexionen geprägt. In „Streitpunkte“ erörterte er etwa die eventuelle Humanität von bestimmten Vernichtungspraktiken, ohne sie aber zu leugnen oder als nicht-singulär zu deuten. Vgl. Nolte 1993: S. 398 f.

2.2 Die Deutung des Nationalsozialismus als Reaktion auf den Bolschewismus

Nolte deutete den Nationalsozialismus primär als Reaktion auf den Bolschewismus. Dies kommt in den erwähnten Zeitungsartikeln im „Historikerstreit“ sowie im Buch „Der europäische Bürgerkrieg“ zum Ausdruck: „Das vorliegende Buch geht von der Annahme aus, dass die von Furcht und Hass erfüllte Beziehung zum Kommunismus tatsächlich die bewegende Mitte von Hitlers Empfindungen und von Hitlers Ideologie war, dass er damit nur auf besonders intensive Weise dasjenige artikulierte, was zahlreiche deutsche und nichtdeutsche Zeitgenossen empfanden und dass alle diese Empfindungen und Befürchtungen nicht nur verstehbar, sondern auch größtenteils verständlich und bis zu einem bestimmten Punkte sogar gerechtfertigt waren“ (Nolte 1987a: S. 16). Für Nolte war der Bolschewismus „für den Nationalsozialismus Schreckbild und Vorbild zugleich“ und die europäischen faschistischen Organisationen jener Zeit in erster Linie „Widerstandsbewegungen“ gegen den Kommunismus (ebd., S. 21 f.).

Diese Deutung darf man allerdings nicht so verstehen, dass der Nationalsozialismus allein eine Reaktion auf den Bolschewismus gewesen sei (vgl. Nolte 1987c: S. 29, mit der Benennung von allerdings merkwürdig anmutenden anderen historischen Bedingungsfaktoren). Diesem Gesichtspunkt kam für Nolte aber nicht nur eine herausragende, sondern zentrale Bedeutung zu. Mit der Gegenüberstellung wies seine Deutung auch Gemeinsamkeiten mit der marxistisch-leninistischen Faschismustheorie auf, die im Antikommunismus das konstitutive Wesensmerkmal der nationalsozialistischen Ideologie sah (vgl. Zitelmann 1990). Nolte unterschied sich von dieser Interpretation aber dadurch, dass er die angesprochene Frontstellung nicht negativ, sondern positiv bewertete. Angesichts der ideologischen, innen- und außenpolitischen Differenzen kann dieser Gegensatz auch nicht gelehnet werden. Kritikwürdig an beiden Auffassungen ist allerdings die bei allen Verweisen auf andere Aspekte letztendlich doch monokausale Perspektive, die Nolte dogmatisch andere Auffassungen als „grob verzerrtes Bild“ (Nolte 1993: S. 427) vom 20. Jahrhundert bezeichnen lies.

Kurzum, Nolte verabsolutierte seine Interpretation in einem nicht überzeugenden Sinne: Zum einen verstanden sich auch andere politische Strömungen sowohl der politischen Rechten als auch der Liberalen und teilweise auch der Linken als Gegner des Bolschewismus. Zum anderen ignorierte die Konzentration auf den Antibolschewismus der Nationalsozialisten indirekt viele andere Ideologiemuster und Motivationsfaktoren der Hitler-Bewegung. So wird etwa den Nationalsozialismus ideologisch Prägendes aus der Zeit vor 1917 in seiner Bedeutung weitgehend ignoriert: der Antisemitismus, der Imperialismus, der Nationalismus, der Rassismus und der Sozialdarwinismus. Auch der gesellschaftliche Boden und die politische Kultur in Deutschland waren auf eine Art

ausgerichtet, die den Nationalsozialisten den Weg ebnen konnten.⁴ All diese von Nolte ignorierten Faktoren haben weder chronologisch noch inhaltlich etwas mit der Angst vor dem Bolschewismus zu tun.

Um dies zu veranschaulichen, seien zwei Beispiele angeführt: Betrachtet man sich Hitlers ideologische Aussagen hinsichtlich der Benennung eines Hauptfeindes, so wird immer der „Jude“ als hinter dem Bolschewisten wie dem Republikaner stehende Figur genannt (vgl. Hitler 1943: S. 751). In einer späteren Veröffentlichung betonte Nolte selbst, dass „'der Jude' tatsächlich im Zentrum von Hitlers 'Weltanschauung' stand“ (Nolte 1993: S. 16). Diese Einsicht bildet allerdings einen Widerspruch zu seiner eigenen Kernthese. Die Figur des „Juden“ verkörperte darüber hinaus die kulturelle Moderne, die Nolte ebenfalls im Gegensatz zu seiner eigentlichen Auffassung als von Hitler primär zu beseitigende Entwicklung deutete (vgl. ebd., S. 401). Neben dem ideologischen spricht auch ein realpolitischer Aspekt gegen Noltens Gewichtung (vgl. Koenen 2005⁵): Der nationalsozialistische Expansionismus richtete sich 1939 nicht zuerst gegen die Sowjetunion und 1941 sah man in militärischer wie politischer Führung noch nicht einmal eine Angriffsgefahr aus dem Osten (vgl. als ältere Darstellung Hillgruber 1970: S. 208 f.; als neuere Darstellung Ueberschär 1998: S. 13 f.).

2.3 Die Erklärung von Auschwitz aus dem Bestehen des GULag

Aus seiner allgemeinen Kernthese, der Nationalsozialismus sei primär eine Reaktion auf den Bolschewismus gewesen, leitete Nolte auch Aussagen zu konkreten Sachverhalten und Zusammenhängen ab. Sie lassen sich einer direkten Überprüfung anhand des historischen Materials unterziehen. Eine solche These steckt in der Frage seines Artikels „Vergangenheit, die nicht vergeht“: „War nicht der 'Archipel Gulag' ursprünglicher als Auschwitz?“ (Nolte 1987b: S. 45). In dieser Formulierung verbirgt sich entsprechend der zentralen Position Noltens die Behauptung, das Konzentrationslager Auschwitz sei primär durch die GULag-Lager bedingt gewesen. Insbesondere diese Aussage löste bei seinen Gegnern große Empörung aus, sie unterließen aber Rückfragen nach Belegen für den postulierten Wirkungszusammenhang. Genau darum soll es in den nun folgenden Ausführungen gehen. Dabei fällt zunächst auf, dass Nolte weder in seinem Arti-

⁴ Noltens Interpretation kann denn auch nicht erklären, warum es in Ländern mit ähnlich großer Furcht vor einer bolschewistischen Bedrohung nicht ebenfalls zu einer Etablierung faschistischer bzw. nationalsozialistischer Diktaturen kam.

⁵ Der Autor weist hier nach, dass das konservative und völkische Bürgertum in der Weimarer Republik keineswegs von Angst, sondern Faszination gegenüber der Sowjetunion geprägt war. Auch hierbei handelt es sich um eine indirekte Widerlegung der Nolte-These.

kel noch in dem darauf folgenden Buch für diese Aussage auch nur Anhaltspunkte nannte.

Zumindest hätte er in diesem Zusammenhang auf ein seinerzeit bereits relativ bekanntes historisches Dokument verweisen können: die autobiographischen Aufzeichnungen des ehemaligen Lagerkommandanten von Auschwitz Rudolf Höss. Darin heißt es: „Die Konzentrationslager wurden so bewusst, z. Zt. auch unbewusst, zu Vernichtungsstätten größten Ausmaßes gewandelt. Vom RSHA wurde dem Kommandanten eine umfangreiche Berichtzusammenstellung über die russischen Konzentrationslager überreicht. [...] Besonders hervorgehoben wurde darin, dass die Russen durch die großen Zwangsarbeitsmaßnahmen ganze Völkerschaften vernichteten“ (Broszat 1963: S. 139). Gleichwohl könnte dieses Zitat allein Noltes These nicht belegen: Erstens handelt es sich um den einzigen diesbezüglichen Hinweis ohne weitere Quellen, zweitens ergibt sich daraus kein direkter Beweis für die Motivation zur Errichtung deutscher Konzentrationslager. Gerade dies behauptete Nolte, der nicht nur strukturelle Gemeinsamkeiten ausmachte, sondern eine kausale Wirkung postulierte.

Lange Zeit nach dem „Historikerstreit“ thematisierte der junge Historiker Ralf Stettner noch einmal solche Zusammenhänge. In einer Studie, die den Doppelcharakter des „Archipel GULag“ als Terrorinstrument und Wirtschaftsfaktor untersuchte, wies er auf verschiedene Aussagen der Sekundärliteratur hin, wonach sich im August 1939 hochrangige deutsche NS-Funktionäre auf einer Inspektionsreise zur Besichtigung des GULag-Systems in der Sowjetunion befunden hätten. Und noch im Sommer 1941 sollte sich eine Kommission des NKWD in Deutschland aufgehalten haben, um das dortige Strafvollzugssystem zu studieren. Auch hierüber liegen keine näheren Angaben und Belege vor. So sehr sich aber Organisationsstruktur und Zielsetzung des GULag und der Konzentrationslager ähnelten, hätten sich beide Lagersysteme, so Stettner, hinsichtlich des wesentlichen Punktes der direkten Vernichtung unterschieden. Gaskammern und Massenerschießungen habe es im GULag trotz hoher Opferzahlen nicht gegeben (vgl. Stettner 1996: S. 363).

Auch auf diese Zusammenhänge ging Nolte nicht ein. Darüber hinaus nahm er nie einen strukturellen und systematischen Vergleich der beiden Lagersysteme vor und begründete an keiner Stelle die behauptete kausale Wirkung der GULag-Systeme auf das Vernichtungslager Auschwitz. So etwas wäre auch gar nicht möglich gewesen, verkennt der unterstellte Zusammenhang doch die Besonderheit der angesprochenen Einrichtungen: In dem einen Fall ging es um Lager zur Zwangsarbeit mit hoher Todesrate, in dem anderen Fall um die systematische Vernichtung von Menschen aufgrund bestimmter Zugehörigkeiten. Gerade die mangelnde Bereitschaft, eine so zentrale Aussage wie die zum Einfluss der GULag-Lager auf Auschwitz nur ansatzweise zu belegen, veranschaulicht, wie we-

nig dem Historiker offenbar hier an Analyse und Quellennachweisen gelegen war.⁶ Mehr assoziativ und unbelegt behauptete er einfach einen Wirkungszusammenhang.

2.4 Die Kommentierung des rechtsextremistischen Revisionismus

Mitunter wurde Nolte im Kontext des „Historikerstreits“ mit dem rechtsextremistischen Revisionismus in Verbindung gebracht. Zwar erhielt er aus diesem Lager teilweise Zustimmung (vgl. Kosiek 1987; ablehnend zu Nolte verhielt sich Germar Rudolf unter Pseudonym, vgl. Köhler 1994), er bewegte sich aber weder als Person selbst noch mit seinen Auffassungen in diesem Bereich. Gleichwohl fällt eine nicht unbedenkliche Kommentierung der Behauptungen und Vertreter des rechtsextremistischen Revisionismus auf. Dieser Gesichtspunkt gehört mit in eine kritische Prüfung von Noltens wissenschaftlichen Arbeiten, da es sich bei dieser Strömung nicht um eine konkurrierende und nonkonformistische Form der Geschichtsdeutung handelt. Vielmehr arbeitet der rechtsextremistische Revisionismus, um den historischen Nationalsozialismus moralisch zu entlasten, mit einseitigen, manipulativen und verfälschenden Behauptungen (vgl. Pfahl-Traugber 1994, 1996). Die Verkennung dieses Tatbestandes soll hier nicht bezüglich der politischen Ausrichtung Noltens, sondern nur hinsichtlich seiner wissenschaftlichen Dimension thematisiert werden.

Bereits in einem Vortrag von 1980, der gekürzt in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ erschien, hatte Nolte zwar den rechtsextremistischen Revisionisten David Irving eindeutig kritisiert, aber auch davon gesprochen, „dass Hitler gute Gründe hatte, von dem Vernichtungswillen seiner Gegner“ (Nolte 1987c: S. 24) überzeugt zu sein. Als Belege nannte er die Broschüre „Germany must perish“ von Theodore N. Kaufman, ein unbedeutendes Werk, das von der nationalsozialistischen und rechtsextremistischen Propaganda als wichtiger Beleg für den Vernichtungswillen gegen Deutschland hingestellt wurde (vgl. Benz 1994). Darüber hinaus deutete Nolte direkt danach eine offizielle Äußerung Chaim Weizmanns zu Beginn des Zweiten Weltkriegs, wonach „die Juden in aller Welt in diesem Krieg auf der Seite Englands kämpfen würden“ (Nolte 1987c: S. 24), als Beleg für einen solchen Vernichtungswillen. Davon kann aber bei einer genaueren Betrachtung der Loyalitätserklärung des nicht für alle Juden sprechenden Weizmann keine Rede sein (vgl. Auerbach 1992).

⁶ Gleiches gilt für das von Nolte ebenfalls ausdrücklich als Beleg für den genetisch-historischen Zusammenhang als „erhellendes Schlüsselwort“ genannte „Rattenkäfig“-Beispiel, vgl. Nolte 1987b: S. 147-154.

Gleichwohl wiederholte Nolte damit verbundene Behauptungen einige Zeit später in seinem Buch „Der europäische Bürgerkrieg“, worin er die „Kriegserklärung“ aber als völlig berechtigte Antwort deutete (vgl. Nolte 1987a: S. 317). Darüber hinaus fanden sich eine Reihe von Hervorhebungen, die ansonsten nur in der rechtsextremistischen Literatur auftauchen: der Verweis auf die Autoren Harry Elmer Barnes und Charles C. Tansill, auf Jakow Trachtenbergs Schrift gegen „Greuelpropaganda“, auf Kurt Tucholskys Gas-Zitat (mit dem Verweis auf eine rechtsextremistische Quelle, vgl. ebd., S. 9, 42 f., 185, 570). All dies deutet darauf hin, dass Nolte weit stärker revisionistische Literatur zum Thema rezipierte, als er selbst mit der Nennung dieser zugab. In einem weiteren Buch „Streitpunkte“ über Kontroversen zum Nationalsozialismus findet sich sogar ein ganzes Kapitel über die Holocaust-Leugner, die sich nach Nolte (1993) „in der Thematik gut auskennen und Untersuchungen vorgelegt haben, die nach Beherrschung des Quellenmaterials [...] diejenigen der etablierten Historiker [...] übertreffen“ (S. 304).

Gerade diese Annahmen Noltens lassen sich angesichts der angesprochenen manipulativen Schriften der Revisionisten, die den Holocaust als naturwissenschaftlich unmöglich hinstellen, nicht halten. In einem Interview mit dem „Spiegel“ bezeichnete Nolte derartige Texte indessen als „wichtig“. Es sei ein „Ansatz, und zwar unter Berücksichtigung des allem Anschein nach unbezweifelbaren Tatbestandes, dass diese Cyanidspuren fast unzerstörbar sind“. Nolte (2004) „möchte erfahren, ob auch in unorthodoxen Auffassungen vielleicht ein Körnchen Wahrheit steckt“ (S. 85). Wie der Historiker dazu kommt, angesichts der selbst für naturwissenschaftliche Laien feststellbaren methodischen Fehler (vgl. Auerbach 1994, Pfahl-Traugber 1996), den Revisionisten eine bessere Beherrschung des Quellenmaterials als den etablierten Historikern zuzubilligen, ist nicht nachvollziehbar. Dies verwundert umso mehr, als Nolte sich selbst nicht auf Seiten der rechtsextremistischen Revisionisten geschlagen hat und er die Massenvernichtung von Juden in Konzentrationslagern auch nicht leugnete.

3 Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas

Der weltbekannte Philosoph Jürgen Habermas (vgl. Horster 1982, Reese-Schäfer 1994, Wiggershaus 2004) lehrte lange Jahre an der Universität Frankfurt am Main und war zuvor nicht durch Publikationen zu geschichtlichen Fragen aufgefallen. Er äußerte in der Debatte offen: „Ich bin kein Historiker, und ich bin dafür bekannt, dass ich starke Urteile und vielleicht auch Vorurteile habe“ (Habermas 1987c: S. 119). Letzteres wird durch einige im Folgenden näher darzustellenden Deutungen und Positionierungen von Habermas deutlich. Eine Kritik an ihm mit

dem Verweis darauf, dass er nicht aus der entsprechenden Fachdisziplin stammt, ist allerdings nicht angemessen. Entscheidend ist die argumentative und sachliche Tragfähigkeit der Auffassungen. Wenn daher in dieser Erörterung von Habermas als einem Philosophen gesprochen wird, verdankt sich diese Formulierung nur einer Vermeidung der Wiederholung im Ausdruck, nicht der Unterstellung mangelnder Qualifikation als Diskussionsteilnehmer.

3.1 Der Umgang mit Aussagen und Zitaten der kritisierten Historiker

In einer Kontroverse zwischen verschiedenen Personen gehört zu den Grundregeln der fairen und vernünftigen Argumentation, dass die Auffassungen des jeweiligen Anderen oder Gegners richtig wiedergegeben werden. Habermas verletzte diesen in weit höherem Maße für wissenschaftliche Auseinandersetzungen geltenden Grundsatz in mehrfacher Weise. Exemplarisch dafür steht die Manipulation eines Zitates des Historikers Andreas Hillgruber, der sich in seinem Buch „Zweierlei Untergang“ wie folgt geäußert hatte: „Von den Hoheitsträgern der NSDAP bewährten sich manche in der Not von letzter verzweifelter Verteidigung, von Zusammenbruch und Flucht, andere versagten, zum Teil in erbärmlicher Weise“ (Hillgruber 1986: S. 37). Habermas machte daraus in seinem Artikel „Eine Art Schadensabwicklung“: „Hillgruber geht es um eine Darstellung des Geschehens aus der Sicht des tapferen Soldaten, der verzweifelte Zivilbevölkerung, auch der 'bewährten' Hoheitsträger der NSDAP“ (Habermas 1987b: S. 64).

Neben einer solchen bewussten Verdrehung des Gemeinten, die Formulierung „bewährt“ wurde hier in zwei ganz unterschiedlichen Bedeutungen genutzt, ignorierte Habermas eindeutig gegenteilige Formulierungen der von ihm kritisierten Historiker. In einem Leserbrief an die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schrieb er, dass „Nolte die Singularität der NS-Verbrechen leugnet“ (Habermas 1987c: S. 97). Bereits in seinem oben erwähnten Artikel von 1980 hatte Nolte allerdings geschrieben: „Die Gewalttaten des Dritten Reiches sind singulär.“ und „Gründliche Bestandsaufnahmen und eindringliche Vergleiche werden die Singularität des Dritten Reiches nicht beseitigen“ (Nolte 1987c: S. 15, 34). Man könnte die Auffassung vertreten, dass dies Nolte nicht so meine oder seinen anderen Positionen widerspreche. Aber dann hätte es einer gesonderten Begründung dafür bedurft, die Habermas weder hier noch an anderer Stelle vorbrachte. Er behauptete schlicht das Gegenteil von dem, was Nolte eindeutig erklärt hatte.

Selbst an den Stellen, die Habermas eine relativ einfache und überzeugende sachliche Kritik an Nolte erlauben hätten, neigte er zur Manipulation der Aussagen des Historikers. Beispielhaft dafür stehen die oben im Zusammenhang mit der

Rezeption des Weizmann-Briefes bereits erwähnten Kommentierungen und Sachverhalte. Habermas referierte Noltes Auffassungen mit den Worten, er habe in diesem Zusammenhang zum einen von einer ‚Kriegserklärung‘, gesprochen und zum anderen als Akteur das ‚Weltjudentum‘ (Habermas 1987b: S. 69, 1987d: S. 97) erwähnt. Wie der Philosoph zu Recht konstatiert, wäre die letztgenannte Formulierung eine antisemitische Projektion. Sie findet sich an der bewussten Stelle allerdings nicht, spricht Nolte dort doch von den ‚Juden in aller Welt‘. Darüber hinaus nutzte er die Formulierung ‚Kriegserklärung‘ nur, um die Auffassungen des von ihm kritisierten David Irving zu referieren (Nolte 1987c: S. 24 f.). Dies geschah zwar in der für ihn typisch diffusen Art und Weise, gestattet aber inhaltlich nicht Deutungen im Sinne von Habermas.⁷

Während und nach dem ‚Historikerstreit‘ wurde dessen Umgang mit den Aussagen und Zitaten der Kritisierten deutlich beanstandet (vgl. Geiss 1988, Hillgruber 1987). Gleichwohl gab es auch Entschuldigungen und Relativierungen von Historikern, die in der Kontroverse Habermas⁸ unterstützten. Exemplarisch dafür stehen die Aussagen von Hans-Ulrich Wehler in seinem Buch ‚Entsorgung der deutschen Vergangenheit?‘: Darin kommentierte er ironisierend, ‚das Historische Proseminar, dieser Paukboden zur ersten Einübung der handwerklichen, methodischen und theoretischen Kenntnisse des Historikers‘ habe eine ‚verblüffende Rangerhöhung‘ (Wehler 1988: S. 95) erfahren. Solche Bemerkungen sind im vorliegenden Fall sicherlich nicht angebracht: Was bei einem studentischen Erstsemester ein Fehler ist, darf für einen weltberühmten Philosophen kein Kavaliersdelikt sein. Es gilt aber auch zu berücksichtigen, dass Habermas' manipulativer Umgang mit Aussagen und Zitaten, nicht für die Richtigkeit und Wissenschaftlichkeit der von ihm Kritisierten spricht.

3.2 *Die Auseinandersetzung um die Singularität des Holocaust*

Habermas' Stellungnahmen im ‚Historikerstreit‘ waren nicht durch einen geschichtswissenschaftlichen Ansatz, sondern durch eine politische Warnung motiviert. Er ging in seiner ersten öffentlichen Erklärung 1986 davon aus, dass man seit zehn Jahren von einer publizistisch wirksamen Gruppe von Historikern den Versuch erlebe, ‚die Geschichtsschreibung noch einmal in Anspruch zu nehmen

⁷ Der Philosoph bemerkte an anderer Stelle in absonderlicher Weise allgemein zu seiner Rezeptions- und Zitiermethode: ‚Ich glaube, dass ich mir die fremden Zungen, hermeneutisch gesehen, auf brutale Art und Weise zu eigen mache. Auch wenn ich viel zitiere und andere Terminologien übernehme, weiß ich genau, dass mein Gebrauch mit dem, was die Autoren gemeint haben, manchmal wenig zu tun hat‘ (Habermas 1985: S. 206).

⁸ Habermas selbst räumte nur einen Fehler beim Zitieren ein.

für funktional definierte Aufgaben – sagen wir: für die Schaffung von positiven, 'zustimmungsfähigen' Vergangenheiten.“ Was mit Letzterem genau gemeint war, lies Habermas offen. Er sah für dieses Vorhaben allerdings zwei Hindernisse: „Das eine Hindernis ist das, was [...] wir distanziert unter Fremdwörtern wie ‚Holocaust‘ und ‚Shoah‘ zu benennen uns angewöhnt haben [...] Die zweite Schwierigkeit sehe ich darin, dass in der gegenwärtigen [...] Situation eine Großmacht-Polarisierung oder sagen wir die Aktualisierung der antikommunistischen Feindbilder auch nicht gerade unserer Interessenlage entspricht“ (Habermas 1987c: S. 118 f.).

Weil sich Habermas auf die politische Dimension fixierte,⁹ ignorierte er mitunter die analytischen und erkenntnisfördernden Bestandteile der Positionen seiner Gegner schlicht oder verdamnte sie pauschal. Dabei unterschied er nicht genügend zwischen möglicherweise angemessenen Methoden und kritikwürdiger instrumenteller Verwendung, was anhand der nachfolgenden drei Aspekte verdeutlicht werden soll. Zunächst geht es dabei um die Auseinandersetzung um die Singularität der nationalsozialistischen Verbrechen, die wie bereits erwähnt von den Kritisierten nicht dezidiert in Abrede gestellt wurde. Lediglich Nolte spitzte seine Auffassungen dahingehend zu, dass er hinsichtlich aller Untaten der Nationalsozialisten bereits gleiche Handlungen bei den Bolschewisten Anfang der 1920er Jahre „mit alleiniger Ausnahme des technischen Vorgangs der Vergasung“ (Nolte 1987b: S. 45) behauptete. In derartigen Aussagen sah Habermas das Ergebnis einer Ideologieplanung zur Wiederbelebung des Nationalbewusstseins.

Er bemerkte bezogen auf das vorstehende Zitat von Nolte: „Die Nazi-Verbrechen verlieren ihre Singularität dadurch, dass sie als Antwort auf (heute fortdauernde) bolschewistische Vernichtungsdrohungen mindestens verständlich gemacht werden. Auschwitz schrumpft auf das Format einer technischen Innovation und erklärt sich aus der 'asiatischen' Bedrohung durch eine Feind, der immer noch vor unseren Toren steht“ (Habermas 1987b: S. 71). Genau so wollte es der damit Kritisierte ausweislich seiner weiter oben zitierten Auffassungen in der Tat verstanden wissen. Habermas widmete sich in diesem Kontext aber nicht der eigentlichen Problematik des Singularitätsverständnisses: Konstatiert man die Einzigartigkeit von Auschwitz und meint damit mehr als die Singularität eines jeden historischen Ereignisses, so muss diese Auffassung das Resultat einer vergleichenden Betrachtung sein. Eine solche behauptete Nolte vorgenommen zu

⁹ So lautete auch der Untertitel seines bedeutendsten Aufsatzes in der Kontroverse „Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung“ (vgl. Habermas 1987b), wobei unklar blieb, worauf sich die Apologie beziehen sollte. Unterstellte Habermas den Kritisierten die Verteidigung einer nationalen Identität oder des nationalsozialistischen Systems?

haben, bezog diese aber nur auf einige Repressionstechniken ohne Beachtung des historischen Kontextes.

Habermas griff dieses Defizit aber nicht argumentativ auf, sondern beklagte nur Noltes Einschränkung des Singularitätsverständnisses. Daher lieferte er auch keine Begründung für die Deutung des Holocaust als so zu verortendem Ereignis. Dies übernahmen Historiker vor und nach dem „Historikerstreit“. So bemerkte etwa Eberhard Jäckel gegen die von Habermas kritisierten Autoren zu treffend: „Ich behaupte dagegen [...], dass der nationalsozialistische Mord an den Juden deswegen einzigartig war, weil noch nie zuvor ein Staat mit der Autorität seines verantwortlichen Führers beschlossen und angekündigt hatte, eine bestimmte Menschengruppe einschließlich der Alten, der Frauen, der Kinder und der Säuglinge möglichst restlos zu töten, und diesen Beschluss mit allen nur möglichen staatlichen Machtmitteln in die Tat umsetzte“ (Jäckel 1987: S. 118). Gerade eine solche Begründung auf Basis einer vorherigen vergleichenden Betrachtung hätte Habermas' Einwänden ein argumentatives und wissenschaftliches Gewicht gegeben.

3.3 Die Deutung einer Historisierung als Relativierung

Der Philosoph wandte sich im „Historikerstreit“ auch gegen eine seinerzeit verstärkt geforderte Historisierung bei der Darstellung und Einschätzung des Nationalsozialismus, wobei er hier allerdings eine wichtige Differenzierung machte. Um des besseren Verständnisses willen muss zunächst kurz die Einforderung einer solchen Herangehensweise erläutert werden. Sie ging von dem seinerzeitigen Leiter des Instituts für Zeitgeschichte in München Martin Broszat aus, formulierte er doch im Titel eines 1985 veröffentlichten Aufsatzes ein „Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus“: Danach sollte von einer primär politisch-moralischen Aufarbeitung des Nationalsozialismus abgesehen werden, gelte es doch die Hitler-Zeit mit den gleichen wissenschaftlichen Methoden wie alle anderen Geschichtsepochen zu untersuchen. Broszat versprach sich davon ein klareres und vielschichtigeres Bild jener Zeit, das erst moralische Sensibilität möglich mache (Broszat 1986).

Zwar löste diese Forderung auch eine Kontroverse unter Historikern aus, sie verlief aber nicht nur weitaus stärker im Rahmen der gebotenen Sachlichkeit, sondern auch ohne Vorwürfe der Verharmlosung gegenüber den Anhängern Broszats (vgl. Kershaw 1988: S. 289-320). Habermas nahm daher auch die Historisierungsforderung differenziert zur Kenntnis, bemerkte er doch: „Es gibt ein einfaches Kriterium, an dem sich die Geister scheiden: Die einen gehen davon aus, dass die Arbeit des distanzierenden Verstehens die Kraft eine reflexiven

Erinnerung freisetzt und damit den Spielraum für einen autonomen Umgang mit ambivalenten Überlieferungen erweitert; die anderen möchten eine revisionistische Historie in Dienst nehmen für die nationalgeschichtliche Aufmöbelung einer konventionellen Identität“ (Habermas 1987b: S. 73). Kurzum, er unterschied ein politisches von einem wissenschaftlichen Historisierungsverständnis. Bei seiner Auseinandersetzung mit den Kritisierten unterließ Habermas allerdings eine solche Differenzierung bei den Kommentaren.

So setzte er sich etwa nicht mit den drei Postulaten Noltes für die Geschichtsschreibung über den Nationalsozialismus auseinander: Der Historiker wandte sich gegen eine isolierte Betrachtung und plädierte für dessen historische Einbettung in die Entwicklung nach der Industriellen Revolution. Darüber hinaus kritisierte er die Instrumentalisierung des Dritten Reiches zur Diffamierung des politischen und wirtschaftlichen Systems der Bundesrepublik, die man innerhalb der politischen Linken der damaligen Zeit teilweise ausmachen könne. Und schließlich sprach sich Nolte auch gegen die Dämonisierung des Dritten Reiches aus, die einer Analyse als Gegenstand der Wissenschaft im Wege stehe (vgl. Nolte 1987c: S. 33 f.). Insbesondere der letztgenannte Gesichtspunkt wurde im Kontext der Auseinandersetzung um die „Historisierung“ angesprochen, erlaubt doch eine Sichtweise des Hitler-Staates als Inkarnation des „Bösen“ keine Fragen und Antworten mehr nach den politischen Bedingungsfaktoren und gesellschaftlichen Ursachen.

Wie seine oben zitierte Auffassung veranschaulicht sah Habermas dies zumindest teilweise ähnlich, unterließ es aber, die Vermischung von Noltes nachvollziehbaren Postulaten mit problematischen Aussagen einer genaueren Kritik zu unterziehen. Der Historiker verknüpfte etwa den erstgenannten Aspekt mit einer inhaltlichen Vorgabe: „es muss insbesondere auf die Russische Revolution als seine wichtigste Vorbedingung bezogen werden; und sein zukunftsorientiertes Gesicht sollte immer von neuem aus der Analyse jener 'Befreiungsbewegungen' eruiert werden, denen es in gewisser Weise selbst zugehörte und die ihrerseits mit den eigentümlichen 'Verstaatlichungen' der kommunistischen Weltbewegung in Zusammenhang gebracht werden müssen“ (ebd., S. 33). Hier geht die eingeforderte Forschungsperspektive mit einer dogmatischen Vorgabe einher. Habermas hielt diese beiden Ebenen aber nicht stärker auseinander und sah in der Historisierung pauschal eine Relativierung des Nationalsozialismus (Habermas 1987d: S. 96).¹⁰

¹⁰ Habermas sprach sich aber auch für eine „historisierende Distanzierung“ (1987b: S. 72) aus oder hielt eine „Historisierung“ (1987e: S. 243) für nötig. Insofern benutzte er den Terminus nicht trennscharf.

3.4 *Die Interpretation von Vergleichen als Verharmlosung*

Ähnlich vorschnell deutete Habermas vergleichende Betrachtungen der von ihm Kritisierten in Richtung einer Verharmlosung. So fragte er: „Sollen wir mit Hilfe historischer Vergleiche makabre Aufrechnungen vornehmen, um uns aus der Haftung für die Risikogemeinschaft der Deutschen herauszustecken?“ Unmittelbar vor dieser Äußerung sprach der Philosoph von einem die konservativen Eliten entlastenden Revisionismus und kommentierte weiter: „Dasselbe gilt für den Vergleich der NS-Verbrechen mit den bolschewistischen Vernichtungsaktionen, sogar für die abstruse These, der Archipel Gulag sei 'ursprünglicher' als Auschwitz“ (Habermas 1987e: S. 252). Der erste zitierte Gesichtspunkt stellt ein gängiges Muster der Agitation von rechtsextremistischen Revisionisten dar, und insofern kann auf diese Akteure bezogen der Bewertung eindeutig zugestimmt werden. Doch stellt sich die Frage, ob man in solcher Pauschalität gleiches auch den von Habermas kritisierten Historikern unterstellen kann.

Zumindest vermischt der Philosoph im Inhalt des zweiten Zitates Aussagen und Bewertungen auf unterschiedlichen Ebenen miteinander. Einem Vergleich der Verbrechen von bolschewistischer und nationalsozialistischer Seite kann derartiges nicht unterstellt werden, handelt es sich doch um ein ergebnisoffenes methodisches Verfahren, das nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden fragt. Selbst wenn Habermas hier unsauber formulierte und eigentlich Gleichsetzung meinte, muss mit einer solchen Bewertung keine Verharmlosung des „Dritten Reichs“ verbunden sein. Bestimmte Legitimationsmuster und Strukturen, aber auch Verbrechen von beiden Seiten lassen sich formal sehr wohl auch gleichsetzen. Darauf machten die Ergebnisse der vergleichenden Diktaturforschung vor und nach dem „Historikerstreit“ aufmerksam (vgl. als Übersicht Schmiechen-Ackermann 2002 sowie als Vergleich Overy 2005). Anders verhält es sich mit dem zweiten Gesichtspunkt des letzten Habermas-Zitates, das einen von Nolte nicht belegten Wirkungszusammenhang für Auschwitz zu Recht kritisiert.

Die pauschale Kommentierung des Philosophen hängt offenbar mit seinen seinerzeitigen Aversionen gegen Antikommunismus und Totalitarismustheorie zusammen. Bereits zu Beginn des „Historikerstreits“ beklagte er, dass „unter dem Stichwort 'Freiheit oder Totalitarismus' an einer „Reaktualisierung des Antikommunismus“ (Habermas 1987c: S. 118) gearbeitet werde. Nachvollziehbar an dieser Position ist, dass von konservativer Seite Kommunismuskritik und Totalitarismuskonzept zur Legitimation eigener politischer Auffassungen genutzt wurden. Aber auch hier pauschalisierte Habermas in inhaltlich nicht nachvollziehbarer Weise: Ein Antikommunismus, der auf die Diktatur und Menschenrechtsverletzungen im „real existierenden Sozialismus“ hinwies, hatte nichts mit der Relativierung des Nationalsozialismus zu tun. Gleiches gilt für die Betonung

des Gegensatzes von Freiheit und Totalitarismus. Habermas ignorierte in seinem hier zum Ausdruck kommenden politischen Selbstverständnis auch die Existenz einer antikommunistischen und antitotalitären Linken.

Nach 1990 revidierte der Philosoph seine diesbezüglichen Positionen: „Die Linken dürfen sich über die spezifischen Gemeinsamkeiten totalitärer Regime nicht hinwegtäuschen und müssen auf beiden Seiten denselben Maßstab anlegen; die Rechten dürfen wiederum Unterscheide nicht nivellieren oder herunterspielen.“ Und weiter in der Stellungnahme aus dem Jahr 1994: „Heute kann sich zum ersten Mal ein antitotalitärer Konsens bilden, der diesen Namen verdient, weil er nicht selektiv ist“ (Habermas 1995: S. 52). Die Begründung für seine späte Hinwendung zu dieser Position kann allerdings nicht überzeugen. So richtig es ist, dass Antikommunismus und Totalitarismustheorie vor 1990 auch von konservativer Seite politisch instrumentalisiert wurden, so falsch ist es, für den gleichen Zeitraum die Möglichkeit zu einer solchen Position für eine demokratische Linke zu leugnen (vgl. Kraushaar 2001). Der Philosoph machte hier seine wissenschaftliche Positionierung all zu sehr vom politischen Tagesgeschehen abhängig.

4 Schlusswort und Zusammenfassung

Der britische Historiker Ian Kershaw bemerkte in einer Rückschau: „Der 'Historikerstreit' hat, so kann man sagen, keine neuen und nachhaltigen Einsichten gebracht, die zu einem tieferen Verständnis des Dritten Reiches hätten führen können“ (Kershaw 1988: S. 322). Dieser Auffassung kann angesichts der oben geführten Auseinandersetzung mit den Positionen der beiden Hauptprotagonisten Ernst Nolte und Jürgen Habermas nur zugestimmt werden. Sie lieferten nicht nur keine Beiträge zu einer neuen Analyse des Nationalsozialismus, sondern bedienten sich in der Auseinandersetzung wissenschaftlich zweifelhafter Methoden. Diese reichten von der Manipulation von Zitaten der Kritisierten auf der einen Seite bis zur Behauptung historischer Zusammenhänge ohne Beleg auf der anderen Seite. Derartige Praktiken von eigentlich als renommiert geltenden Wissenschaftlern würden bei einer studentischen Examensarbeit zu einer rigorosen Abwertung der Benotung führen und sind auch nicht durch die emotionale und politische Dimension der Debatte entschuldbar.

Das fehlende Ausmaß von Deutungen des Nationalsozialismus lässt sich bei Habermas noch entschuldigen, ging es ihm doch primär um die politische Warnung vor den Folgen einer bedenklich erscheinenden Sichtweise. Insofern beabsichtigte der Philosoph, lediglich eine kritische Perspektive einzunehmen. Aber auch dabei bediente er sich einer höchst problematischen Vorgehensweise. Sie bestand zum einen in der manipulativen und selektiven Darstellung und Zitier-

rung von Äußerungen der kritisierten Historiker und zum anderen in der pauschalen Abwertung von nahezu allen Positionen seiner Gegner. Dies gilt insbesondere für die Auseinandersetzung mit der Singularität des Holocaust, der Deutung einer Historisierung als Relativierung und der Interpretation von Vergleichen als Verharmlosung. Gerade die undifferenzierte Bewertung von kritikwürdigen Aussagen der von ihm gemeinten Historiker stellt die entscheidende Schwäche seiner, wie er selbst bekannte, von Vorurteilen geprägten Argumentation dar.

Anders verhält es sich bei Nolte, der bezüglich seiner Auffassung von der zentralen Determiniertheit des Nationalsozialismus durch den Bolschewismus von „schlichten Wahrheiten“ (Nolte 1987b: S. 45) sprach. Dabei unterließ er es aber, diese selbst für die von ihm gewählten Beispiele genauer zu belegen. Auch in der voluminösen Arbeit „Der europäische Bürgerkrieg“ arbeitete Nolte kein darauf bezogenes hypothetisch ausgerichtetes Forschungsprogramm ab. Dabei hätte der zentrale Einflussfaktor „Bolschewismus“ auf Gesellschaftsbild und Handlungen, Ideologie und Struktur des Nationalsozialismus belegt werden müssen. Außerdem wäre dafür die Auseinandersetzung mit anderen Bedingungsfaktoren mit dem Nachweis von deren geringerer Bedeutung notwendig gewesen. Derartiges findet man bei Nolte allenfalls in kursorischen Ansätzen, aber nicht in der notwendigen Systematik. Gleichzeitig beanspruchte er mit seiner monokausalen Deutung die zentrale Erklärung für einen der bedeutendsten Komplexe des 20. Jahrhunderts vorzulegen.

Nolte behauptete immerhin: „Auschwitz resultiert nicht in erster Linie aus dem überlieferten Antisemitismus und war im Kern nicht ein bloßer 'Völkermord', sondern es handelte sich vor allem um die aus Angst geborene Reaktion auf die Vernichtungsvorgänge der Russischen Revolution“ (Nolte 1987c: S. 32). Man mag von der Absicht und Position des Historikers angesichts einer solchen Aussage halten, was man will. Aber eine solche Deutung erfordert im wissenschaftlichen Diskurs nicht an erster Stelle emotionale Empörung, sondern kritische Nachfrage. Zumindest im Selbstverständnis führender Nationalsozialisten müsste nach Nolte bei der Politik der Judenverfolgung und -vernichtung dieser Gesichtspunkt im Zentrum ihres Denkens gestanden haben. Hierfür hätte man nach Argumenten und Quellen fragen und damit die Auseinandersetzung schnell beenden können. Stattdessen wurde die Debatte zu einem Politikum, das als solches, aber inhaltlich nicht von wissenschaftlichem Interesse war und ist.



Literatur:

- „Historikerstreit“, 1987: Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München.
- Albert, Hans, 1963: Die Idee der kritischen Vernunft, in: Szczesny, Gerhard (Hrsg.), Club Voltaire. Jahrbuch für kritische Aufklärung I, München, S. 17-30.
- Albert, Hans, 1991: Traktat über kritische Vernunft (Erstausgabe 1968), Tübingen.
- Auerbach, Hellmuth, 1992: „Kriegserklärungen“ der Juden an Deutschland, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.), Legenden, Lügen, Vorurteile. Ein Wörterbuch zur Zeitgeschichte, München, S. 122-126.
- Auerbach, Hellmuth, 1994: Die Authentizität des „Leuchter Reports“, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Aktuelle Aspekte des Rechtsextremismus, Bonn, S. 101-104.
- Bailer-Galanda, Brigitte/Benz, Wolfgang/Neugebauer, Wolfgang (Hrsg.), Die Auschwitzleugner. „Revisionistische“ Geschichtslüge und historische Wahrheit, Berlin.
- Benz, Wolfgang, 1994: Judenvernichtung aus Notwehr? Vom langen Leben einer rechtsradikalen Legende, in: Ders. (Hrsg.), Rechtsextremismus in Deutschland. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen, Frankfurt/M., S. 179-202.
- Broszat, Martin (Hrsg.), 1963: Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen von Rudolf Höss, München.
- Broszat, Martin, 1986: Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus, in: Ders., Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte, München, S. 159-173.
- Evans, Richard J., 1991: Im Schatten Hitlers? Historikerstreit und Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik, Frankfurt a.M..
- Geiss, Imanuel, 1988: Die Habermas-Kontroverse. Ein deutscher Streit, Berlin.
- Habermas, Jürgen, 1985: Dialektik der Rationalisierung, in: Ders., Die Neue Unübersichtlichkeit. Kleine Politische Schriften V, Frankfurt a.M., S. 167-208.
- Habermas, Jürgen, 1987a: Eine Art Schadensabwicklung. Kleine Politische Schriften VI, Frankfurt a.M..
- Habermas, Jürgen, 1987b: Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung, in: „Historikerstreit“: Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München/Zürich, S. 63-76.
- Habermas, Jürgen, 1987c: Eine Diskussionsbemerkung, in: Ders., Eine Art Schadensabwicklung. Kleine Politische Schriften VI, Frankfurt a.M., S. 117-119.
- Habermas, Jürgen, 1987d: Leserbrief an die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. August 1986, in: „Historikerstreit“: Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München/Zürich, S. 95-97.
- Habermas, Jürgen, 1987e: Vom öffentlichen Gebrauch der Historie. Das offizielle Selbstverständnis der Bundesrepublik bricht auf, in „Historikerstreit“: Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München/Zürich, S. 243-255.

- Habermas, Jürgen, 1995: Antworten auf Fragen einer Enquete-Kommission des Bundestags, in: Ders., Die Normalität einer Berliner Republik, Frankfurt a.M., S. 46-61.
- Hillgruber, Andreas, 1970: Hitlers Strategie. Politik und Kriegsführung 1940-41, Stuttgart.
- Hillgruber, Andreas, 1986: Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums, Berlin.
- Hillgruber, Andreas, 1987: Jürgen Habermas, Karl-Heinz Janßen und die Aufklärung Anno 1986, in: Historikerstreit“: Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München, S. 331-351.
- Hitler, Adolf, 1943: Mein Kampf, 851. - 855. Aufl., München.
- Horster, Detlef, 1982: Habermas zur Einführung, Hannover.
- Jäckel, Eberhard, 1987: Die elende Praxis der Untersteller. Das Einmalige der nationalsozialistischen Verbrechen lässt sich nicht leugnen, in: Historikerstreit“: Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München/Zürich, S. 115-122.
- Jesse, Eckhard, 1993: Ernst Noltes Totalitarismusverständnis zwischen Kontinuität und Wandel, in: Nipperdey, Thomas/Doering-Manteuffel, Anselm/Thamer, Hans-Ulrich (Hrsg.), Weltbürgerkrieg der Ideologien. Antworten an Ernst Nolte. Festschrift zum 70. Geburtstag, Berlin, S. 216-232.
- Kailitz, Steffen, 2001: Die politische Deutungskultur im Spiegel des „Historikerstreits“. What's right` What's left?, Opladen.
- Kershaw, Ian, 1988: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Reinbek bei Hamburg, S. 165-208.
- Koenen, Gerd, 2005: Der Russland-Komplex. Die Deutschen und der Osten 1900-1945, München.
- Köhler, Manfred, 1994 (Germar Rudolf unter Pseudonym): Prof. Dr. Ernst Nolte: Auch Holocaust-Lügen haben kurze Beine. Eine Erwiderung, London.
- Kosiek, Rolf, 1997: Historikerstreit und Geschichtswissenschaft, Tübingen.
- Kraushaar, Wolfgang, 2001: Linke Geisterfahrer. Denkanstöße für eine antitotalitäre Linke, Frankfurt a.M..
- Kronenberg, Volker, 1999: Ernst Nolte und das totalitäre Zeitalter. Versuch einer Verständigung, Bonn.
- Nolte, Ernst, 1963: Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action Francaise. Der italienische Faschismus. Der Nationalsozialismus, München.
- Nolte, Ernst, 1974: Deutschland und der Kalte Krieg, München.
- Nolte, Ernst, 1983: Marxismus und Industrielle Revolution, Stuttgart.
- Nolte, Ernst, 1987a: Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus, Berlin/Frankfurt a.M.
- Nolte, Ernst, 1987b: Vergangenheit, die nicht vergehen will. Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte, in: „Historikerstreit“: Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München/Zürich, S. 39-61.
- Nolte, Ernst, 1987c: Zwischen Geschichtslegende und Revisionismus? Das dritte Reich im Blickwinkel des Jahres 1980, in: „Historikerstreit“: Die Dokumentation der Kon-

- troverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München/Zürich, S. 13-35.
- Nolte, Ernst, 1988: Das Vergehen der Vergangenheit. Antwort an meine Kritiker im sogenannten Historikerstreit, 2. Aufl., Berlin/Frankfurt a.M..
- Nolte, Ernst, 1988: Der sogenannte Historikerstreit: moralische Kampagne – politischer Feldzug – wissenschaftliche Debatte, in: Ders., Das Vergehen der Vergangenheit. Antwort an meine Kritiker im sogenannten Historikerstreit, 2. Aufl., Berlin/Frankfurt a.M., S. 13-67.
- Nolte, Ernst, 1993: Streitpunkte. Heutige und künftige Kontroversen um den Nationalsozialismus, Berlin/Frankfurt a.M..
- Nolte, Ernst, 1994: „Ein historisches Recht Hitlers“? Der Faschismus-Interpret Ernst Nolte über den Nationalsozialismus, Auschwitz und die Neue Rechte (Interview), in: Der Spiegel, Nr. 40 vom 3. Oktober, S. 83-103.
- Nolte, Ernst, 2006: „Religion vom absoluten Bösen“. Der Historiker Ernst Nolte über den „Historikerstreit“, Gott und den Islamismus (Interview), in: Die Welt vom 24. Juli.
- Overy, Richard, 2005: Die Diktatoren. Hitlers Deutschland, Stalins Rußland, München.
- Pfahl-Traughber, Armin, 1994: Rechtsextremistische Versuche zur Entlastung des Nationalsozialismus. Zu Entwicklungen und Tendenzen des „Revisionismus“ in der Bundesrepublik Deutschland, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Aktuelle Aspekte des Rechtsextremismus, Bonn, S. 51-82.
- Pfahl-Traughber, Armin, 1996: Die Apologeten der „Auschwitz-Lüge“. Bedeutung und Entwicklung der Holocaust-Leugnung im Rechtsextremismus, in: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie 8, Baden-Baden, S. 75-101.
- Reese-Schäfer, Walter, 1994: Jürgen Habermas, Frankfurt a.M..
- Schmiechen-Ackermann, Detlef, 2002: Diktaturen im Vergleich, Darmstadt.
- Stettner, Ralf, 1996: „Archipel GULag“: Stalins Zwangslager. Terrorinstrument und Wirtschaftsgigant, Paderborn.
- Ueberschär, Gerd R., 1998: Die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1939 bis 1941 und Hitlers Entschluss zum Überfall auf die Sowjetunion, in: Ders./Beyzmenkij, Lev A. (Hrsg.), Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941. Die Kontroverse um die Präventivkriegsthese, Darmstadt, S. 3-20.
- Wegner, Werner, 1990: Keine Massenvergasung in Auschwitz? Zur Kritik des Leuchter-Gutachtens, in: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard/Zitelmann, Rainer (Hrsg.), Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus, Berlin/Frankfurt a.M., S. 450-476.
- Wehler, Hans-Ulrich, 1988: Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum „Historikerstreit“, München.
- Wehler, Hans-Ulrich, 2006: „Historische Allüren“ (Interview), in: taz vom 12. Juli.
- Wiggershaus, Rolf, 2004: Jürgen Habermas, Reinbek bei Hamburg.
- Zitelmann, Rainer, 1990: Nationalsozialismus und Antikommunismus. Aus Anlass der Thesen von Ernst Nolte, in: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard/Zitelmann, Rainer (Hrsg.), Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus, Berlin/Frankfurt a.M., S. 218-242.

Zitelmann, Rainer, 1993: „Gerechtigkeit“ als Anliegen des Historikers. Zum Selbstverständnis Ernst Noltes, in: Nipperdey, Thomas/Doering-Manteuffel, Anselm/Thamer, Hans-Ulrich (Hrsg.), *Weltbürgerkrieg der Ideologien. Antworten an Ernst Nolte. Festschrift zum 70. Geburtstag*, Berlin, S. 513-525.

Barbara Zehnpfennig

Das Ende des ideologischen Zeitalters? Ideologisches Denken vor und nach dem Historikerstreit

1 Eine ideologische Debatte?

Schon öfter ist festgestellt worden, dass der Historikerstreit, der die Gemüter in den 1980er Jahren bewegte, weniger eine wissenschaftliche denn eine politische Debatte gewesen ist. Schließlich waren nicht so sehr die historischen Fakten strittig als vielmehr deren Bewertung. Und diese zwischen „konservativen“ und „progressiven“ Wissenschaftlern kontrovers behandelten Bewertungen wurden ihrerseits politisch instrumentalisiert – so jedenfalls die wechselseitig erhobenen Vorwürfe, die im einen Fall „die national-geschichtliche Aufmöbelung einer konventionellen Identität“ (Habermas 1995: S. 73) befürchteten – dann nämlich, wenn sich das „revisionistische“ Geschichtsbild durchsetzen würde –, und im anderen Fall die Zementierung einer bestimmten anti-nationalen Geschichtssicht, sofern „die Siegelbewahrer der neuen Aufklärung“, die „zugleich die 'Mandarine' der Mythen“ (Fest 1995: S. 112) seien, die Oberhand gewännen.

Angesichts der Heftigkeit der gegenseitigen Anschuldigungen, der geringen Bereitschaft zum Argumentieren und der großen Neigung zur Unterstellung ist allerdings im Nachhinein zu fragen, ob bei dieser Debatte der Begriff der „Politisierung“ überhaupt noch angemessen ist oder ob es sich dabei nicht bereits um ein ideologisches Scharmützel gehandelt hat. Das wäre dann als Ironie der Geschichte zu werten, ging es im Historikerstreit doch um die Einschätzung zweier Herrschaftssysteme, des Kommunismus und des Nationalsozialismus, die ihrerseits Ausdruck ideologischer Wirklichkeitsverweigerung waren und von der Wissenschaft eigentlich gerade in dieser Hinsicht zu sezieren gewesen wären. Doch das Thema „Ideologie“ blieb in der Debatte merkwürdig unterbelichtet, selbst als man sich der Frage der Vergleichbarkeit der beiden Systeme und der von ihnen begangenen Verbrechen zuwandte. Das ist schwer verständlich, weil das ideologische Motiv hinter der politischen Praxis gerade die Besonderheit von Kommunismus und Nationalsozialismus ausmachte, welche erst zum Vergleich anregte. Dass man sich hier nicht tiefer einließ, brachte den ohnehin oftmals ins

allzu Persönliche abdriftenden Streit¹ um eine entscheidende Dimension – und beließ Fragen wie die nach der Singularität der nationalsozialistischen Verbrechen oder nach einem möglichen kausalen Nexus beider Systeme im Grunde unbeantwortbar, da in einem wesentlichen Punkt unausgeleuchtet.

Zwanzig Jahre nach dem Streit hat sich die weltpolitische Lage gewandelt; so manches der damals behandelten Themen hat eine erstaunliche Wendung genommen. Der „Ruf nach der Wiedervereinigung Deutschlands“, von Heinrich August Winkler 1986 noch mit einiger Empörung vernommen und mit der „Wiederherstellung des Deutschen Reiches“ (Winkler 1995: S. 262) gleichgesetzt, wurde inzwischen erhört, ohne dass, wie befürchtet, die Geschichte hätte umgeschrieben werden müssen. Die kommunistischen Regime, denen Hans Mommsen im selben Jahr attestierte, dass sie, anders als der in sich maßlose Nationalsozialismus, „das Verhältnis zwischen Ressourcen und machtpolitischen Ambitionen in der Regel beachteten“ (Mommsen 1995: S. 185), was sie in seinen Augen offenbar vor der „Selbsterstörung“ feite, sind sang- und klanglos untergegangen; einer äußeren Nachhilfe bedurfte es nicht. Die Frage nach der nationalen Identität hat durch eine ungesteuerte Immigration, Versäumnisse in puncto Integration und auch durch die islamistische Herausforderung eine neue Brisanz erhalten; die von Jürgen Habermas in diesem Zusammenhang aufgestellte Alternative „Verfassungspatriotismus“ oder „deutsch-national eingefärbte Natophilosophie“ (Habermas 1995: S. 75) erscheint heute alles andere als zwingend. Und die Verbrechen des Kommunismus zeigen sich nach dem Öffnen mancher Archive und der Veröffentlichung des „Schwarzbuchs des Kommunismus“ (Courtois/Panné/Werth 1998) in anderem Licht – nicht nur, was ihren Umfang, sondern auch, was die Planmäßigkeit des Vorgehens angeht. Wie Jürgen Kocka auf den großen „qualitative(n) Unterschied zwischen der bürokratisierten, leidenschaftslosen, perfekten Systematik des Massenmords im durchindustrialisierten [...] Reiche Hitlers und der brutalen Mischung von Bürgerkriegsexzessen, Massen-, Liquidierungen, Sklavenarbeit und Verhungernlassen im rückständigen Reiche Stalins“ (Kocka 1995: S. 134) hinzuweisen, wirkt heute fast in umgekehrter Richtung exkulpatorisch²: so als diene der Vergleich der Verbrechen

¹ Habermas sprach z.B. von der „skurrilen Hintergrundphilosophie eines bedeutend-exzentrischen Geistes“, als er die Position Ernst Noltes kennzeichnete (1995, S. 70), und wurde später noch deutlicher: Er könne „die Unterstellung des Weltjudentums als eines völkerrechtlichen Subjekts“ bei Nolte „von üblichen antisemitischen Projektionen nicht unterscheiden“ (Leserbrief an die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. August 1986). Nolte replizierte, indem er auf die „informellen Machtpositionen“ hinwies, die Habermas „in Gremien und Verlagen“ innehatte und „mit Energie und Geschick zu benutzen“ wisse, „um ein Zensorenamt besonderer Art auszuüben“ (Leserbrief an Die Zeit vom 1. August 1986).

² In umgekehrter Richtung insofern, als der Vergleich der totalitären Systeme von „progressiver“ Seite stets als Verharmlosung der NS-Verbrechen gedeutet wurde. Vgl. etwa folgenden Titel von

beider Regime dazu, dem einen als eine Art Entgleisung zuzurechnen, was von dem anderen von Anfang an planmäßig und systematisch ins Werk gesetzt wurde.

Doch nicht nur die Fakten respektive deren Kenntnis haben sich zwischenzeitlich verändert. Auch im gesamtgesellschaftlichen Klima zeichnet sich ein Wandel ab, der die Aufgeregtheit der damaligen Debatte³ mit einiger Distanz betrachten lässt. Die Dominanz des ökonomischen Denkens hat, gerade bei der jüngeren Generation, einen Pragmatismus hervorgebracht, dem ideologisch begründete Positionen und entsprechend aufgeheizte Diskussionen zunehmend fremd zu sein scheinen. Da Ökonomismus in der Regel ebenfalls den Individualismus befördert, ist der Blick mehr auf das Eigene und Konkrete als auf das Gesellschaftliche und Abstrakte gerichtet. Die beiden Groß-Ideologien, die den Hintergrund der im Historikerstreit behandelten totalitären Systeme bildeten, haben offenbar abgewirtschaftet, und eine neue Ideologie scheint, zumindest für den Westen,⁴ nicht in Sicht – es sei denn, man fasste die Vorherrschaft des ökonomischen Kalküls unter dem entsprechend negativ besetzten Begriff des „Neoliberalismus“.

Ist so, mit dem offenkundigen Bedeutungsverlust strikter ideologischer Orientierungen, der Historikerstreit nunmehr Geschichte, da die ideologisch bedingte Emphase, die sowohl die Debatte als auch die in ihr behandelten Systeme trug, auf immer weniger Verständnis trifft? Leben wir inzwischen nicht nur in einem „postheroischen“⁵, sondern auch in einem postideologischen Zeitalter, dem die Verirrungen des 20. Jahrhunderts bloß noch befremdlich erscheinen? Um sich einer Antwort auf diese Fragen zu nähern, ist es wohl sinnvoll, sich zunächst dem Problem des ideologischen Denkens selbst zuzuwenden – was es allgemein auszeichnet und welche Konkretion es in den Ideologien nahm, die den totalitären Systemen des Kommunismus und des Nationalsozialismus zugrunde lagen. Vor diesem Hintergrund ist dann die Rolle des Historikerstreits noch einmal zu beleuchten, sein Umgang mit dem Problem der Ideologie. Natürlich kann eine Antwort auf die leitenden Fragen nur spekulativ erfolgen. Doch möglicherweise erlauben die genannten Schritte davor eine Einschätzung, der zumindest einige Plausibilität zukommt.

Kocka (1986): „Hitler sollte nicht durch Stalin und Pol Pot verdrängt werden. Über Versuche deutscher Historiker, die Ungeheuerlichkeit von NS-Verbrechen zu relativieren“.

³ Imanuel Geiss (1992) sprach von einem „Hysterikerstreit“.

⁴ Jenseits der westlichen Demokratien sieht das natürlich anders aus; die Bedeutung des Islamismus ist erkennbar in Zunahme begriffen.

⁵ Mit diesem bspw. von Herfried Münkler (Der Wandel des Krieges, 2006) verwendeten Begriff ist die Tendenz der modernen westlichen Gesellschaft gemeint, aufgrund zunehmend individualistischer und hedonistischer Orientierung jede Haltung, die in irgendeiner Weise Opfer für die Gemeinschaft erfordert, abzulehnen.

2 Die Kennzeichen ideologischen Denkens

Auch wenn der „Erfinder“ des Begriffs „Ideologie“ (vgl. Destutt de Tracy 1803-15) mit seiner begrifflichen Neuschöpfung einen positiven Sinn verband,⁶ hat sich geschichtlich doch die negative Konnotation durchgesetzt, die bereits in der Kombination der griechischen Termini „idios“ und „logos“ beschlossen liegt: Es handelt sich um eine Lehre, die nur die des Privatmannes ist. Sie ist nicht Ausdruck eines Allgemeinen, sondern die des Individuellen im schlechten Sinne – einer Subjektivität, die sich nicht nach objektiven Maßstäben ausrichten zu müssen meint.

Ideologisches Denken, so lässt sich vielleicht allgemein formulieren, ist in seinem Kern Zurechtmachung von Welt. Die Phänomene der Wirklichkeit werden auf eine Art interpretiert, die in keiner Weise zwingend ist, sehr wohl aber dem subjektiven Interesse entspricht. Das Faktische – als solches sicherlich schwer zu fassen –⁷ wird zum Spielball der Interessen.

Eben diesen Eindruck, dass das Interesse die Argumente diktiert, konnte man auch bei diversen Beiträgen zum Historikerstreit gewinnen. Denn wie zwingend ist die Lesart, die bspw. in den folgenden Thesen zum Ausdruck kommt? „Die Gewalttaten des Dritten Reiches sind singular“⁸. Denn der Judenmord „ist nach Motivation und Ausführung ohne Beispiel“ (Nolte 1995b: S. 15). Oder: Einen „kausalen Nexus“ zwischen Oktoberrevolution und Judenmord „im Gehirn Hitlers zu konstruieren, heißt faktisch [...], von der maßgeblichen Mitverantwortung der militärischen Führung und der bürokratischen Eliten abzulenken“ (Mommsen 1995: S. 184). Oder: „Der einzige Patriotismus, der uns dem Westen nicht entfremdet, ist ein Verfassungspatriotismus“ (Habermas 1995: S. 75).

Zur behaupteten Singularität des Judenmords ist zu sagen – und ist schon öfter gesagt worden (bspw. Mommsen 1995: S. 178) –, dass letztlich jedes historische Ereignis singular ist. Damit verböte sich jedweder Vergleich, aber auch jede kategoriale Erfassung, da Letztere immer die Subsumption des Singulären unter das Allgemeine bedeutet. Die Verschiedenheit der Argumente, die von beiden verfeindeten Seiten zur Unterstützung der Singularitätsthese aufgeföhren wurden,⁸ vermittelt den Eindruck, dass der Wille zur These das Primäre, die Argumente zu ihrer Untermauerung hingegen das Sekundäre waren.

⁶ Die Intention war die Begründung einer neuen, sensualistisch orientierten Wissenschaft.

⁷ Es ist hier nicht der Ort, eine umfassende erkenntnistheoretische Untersuchung über die Möglichkeit objektiver Welterfassung anzustellen. Dass eine solche mit wissenschaftlichem Denken aber immer beabsichtigt sein muss, kann zumindest festgehalten werden. Damit ist es als die geistige Haltung zu kennzeichnen, die dem ideologischen Denken entgegengerichtet ist.

⁸ Aufgeböten wurde z. B.: die industrielle Form der Vernichtung, die Größenordnung des Mordes, die Auswahl der Zielgruppe, die Motive für die Vernichtung etc. Eine systematische Erfassung der im

Die Behauptung, Hitler und seiner vermeintlichen Angst vor dem Ausgreifen des Bolschewismus die zentrale Rolle im Geschehen zuzusprechen, entlaste die gesellschaftlichen Eliten, respektive es verkenne die Eigendynamik bestimmter Prozesse in hierarchischen Gesellschaften, lässt sich genausogut umkehren: In den Strukturen und Prozessen die eigentlichen Agenten zu vermuten, wozu die funktionalistische Schule in der Geschichtswissenschaft tendiert, führt letztlich zur Entlastung der Täter und Mittäter, da den ideologischen Antrieben des Tuns so nur ein sehr geringes Gewicht beigemessen wird. Das „Gehirn Hitlers“ ist, als Brutstätte der nationalsozialistischen Ideologie, eben doch von Bedeutung. Zu fragen wäre, ob die Funktionalisten so weit gehen würden, die Meinung zu vertreten, dass es das historische Phänomen auch ohne jene Person in dieser Form gegeben hätte.

Den „Verfassungspatriotismus“ als einzig richtige Lehre, die man aus Auschwitz ziehen kann, übrig zu lassen, weil nur er die erwünschte universalistische Wertbindung ermögliche, widerspricht dem gleichzeitig geforderten historischen Deutungspluralismus (vgl. Habermas 1995: S. 74f). Darüberhinaus könnte in der Reduktion der patriotischen Gefühle auf die aktuelle Verfassung gerade jenes Absehen von der eigenen Geschichte liegen, das doch eigentlich verhindert werden sollte und auch den tieferen Bezug zum Westen versperrt. Denn Kommunismus und Faschismus waren genuin westliche Gewächse, deren Entwicklung nur auf dem Hintergrund jenes Ringens um universalistische Werte verstanden werden kann.

Dass man alles also auch ganz anders sehen kann, dass im Meinungskampf aber eine Eindeutigkeit und damit auch Stringenz behauptet wurde, die de facto nicht bestand, deutet darauf hin, dass bei vielen Beiträgen am Anfang die Dezision stand – die Dezision nämlich für eine Sicht, die der eigenen Voreinstellung gemäß war. Nun lässt sich einwenden, dass derlei bereits das ganz alltägliche Bewusstsein auszeichnet. Es ist schlicht das normale Denken, von den bereits vorhandenen Meinungen und Weltbildern her zu urteilen und das Neue so in das schon Vorhandene zu integrieren. Dazu ist zweierlei zu bemerken. Wenn es um Wissenschaft geht, sollten die problematischen Verfahren des alltäglichen Bewusstseins nicht zur Anwendung kommen. Desweiteren sind in der Tat auch dem normalen Denken Züge zueigen, die in die Richtung ideologischen Denkens verweisen. Deshalb muss noch einmal präziser gefasst werden, was diese Vorformen von der Reinform der Ideologie unterscheidet.

Nimmt man als Musterbild von Ideologie jene Denkgebäude, die dem nationalsozialistischen Regime und den kommunistischen Systemen zugrunde la-

gen,⁹ also Hitlers Weltanschauung und den Marxismus, so lassen sich als sehr allgemeine Kennzeichen beider wohl die folgenden ausmachen: Es handelt sich um holistische Denkmodelle, also Modelle, die das Ganze der Wirklichkeit zu erklären beanspruchen. Außerdem ist die Erklärung monistisch, sie wird auf ein Prinzip zurückgeführt – bei Marx ist die Ökonomie das Entscheidende, bei Hitler ist es der Kampf. Aus diesem einen Prinzip wird alles Weitere logisch deduziert.¹⁰ Es ergibt sich ein geschlossenes System, das seine Geschlossenheit nur dadurch bewahren kann, dass es die gesamte Wirklichkeit ausschließlich nach Maßgabe des einmal zugrundegelegten Prinzips wahrnimmt. Jede widersprechende Erfahrung wird ausgeblendet. Da das zugrundegelegte Prinzip aber bloßer Devisen entsprang, ist es nicht begründet, und, da es falsch ist, auch nicht begründbar.

Was das im strengen Sinn ideologische Denken vom alltäglichen „falschen Bewusstsein“ unterscheidet, ist also der Monismus, Holismus und die Systematik der logischen Deduktion. Sowohl der allumfassende Anspruch als auch die Kraft, das Ganze der Wirklichkeit in einem Punkt zu fokussieren und von dorthin stringent abzuleiten, ist etwas, das dem normalen Bewusstsein gemeinhin mangelt. Gemeinsam ist beiden Bewusstseinsformen jedoch die Willkür in der Wahl der Ausgangsperspektive, die Vermischung von „Erkenntnis“ und Interesse.

3 Marxsche Ideologie und Hitlersche Weltanschauung

Welche konkrete Gestalt nahm das ideologische Denken nun in Hitlers Weltanschauung und im Marxismus an, jenen beiden Denkgebäuden, denen im Historikerstreit so wenig Aufmerksamkeit gezollt wurde?¹¹ Als das historisch Frühere sollen zunächst noch einmal die Grundlinien des Marxismus kurz skizziert werden, bevor Hitlers Denkmodell zur Darstellung gelangt.

⁹ Die Einschätzung, dass auch die NS-Herrschaft von einer in sich geschlossenen Ideologie getragen war, mag verwundern – dazu weiter unten mehr.

¹⁰ Auf diese strenge Deduktion als Kennzeichen der Ideologie hat vor allem Hannah Arendt (1998) hingewiesen und darin insofern das Hauptproblem gesehen, als solches rigides Deduzieren keinen gedanklichen Neuanfang zulasse. Das Problem scheint aber weniger in der logischen Ableitung als in dem Prinzip zu liegen, von dem abgeleitet wird. Aus einer falschen Prämisse kann auch nur Falsches folgen.

¹¹ Eine rühmliche Ausnahme bildet hierbei der Beitrag von Joachim Fest (1995), der sich allerdings weniger mit dem Inhalt als mit dem Anspruch beider Ideologien befasst.

Die Heillosigkeit der Welt, die in Marx' Schriften aufscheint,¹² hat für den Autor eine Ursache: die Eigentumsverhältnisse. Durch das Privateigentum wird die menschliche Natur pervertiert. Statt Herrscher über die Sachenwelt zu sein, ist der Mensch ihr Knecht. Dabei hat er die Mächte, die sich gegen ihn kehren, selbst geschaffen, denn die Grundlage des Privateigentums, das jene menschenfeindlichen gesellschaftlichen Verhältnisse erzeugt, ist die Arbeit. Es handelt sich jedoch um entfremdete Arbeit: Der Arbeiter investiert all seine Kräfte in ein Produkt, das sich ein anderer aneignet. So werden ihm seine Wesenskräfte genommen, sie gerinnen zu einer Sachenwelt, die ihn beherrscht.

Dieser monistische Ansatz wird von Marx zu einem holistischen System ausgebaut, das sowohl das Ganze der aktuellen Wirklichkeit als auch die gesamte geschichtliche Entwicklung umfasst. Alle Deduktionen erfolgen mit logischer Stringenz. Obwohl die Arbeiter, die um das Produkt ihrer Arbeit betrogen werden, die Opfer des Systems sind, sind auch die anderen beiden Klassen, die Kapitalisten und die Grundeigentümer, in der Systemlogik gefangen. Das Privateigentum, das in der Gegenwart die Form des Kapitals angenommen hat, kann sich aufgrund des Konkurrenzkampfes, der um es entbrennt, nur bei gesteigerter Akkumulation erhalten. Das nötigt die Kapitalisten geradezu zur Ausbeutung und Profitsteigerung, und es lässt die Grundeigentümer als eigene Klasse verschwinden. Alles, was jenseits des Produktionsprozesses liegt, hat kein eigenständiges Sein, sondern ist nur Widerspiegelung der ökonomischen Basis. Recht, Staat, Moral, Wissenschaft, Religion etc. sind Reflex der Eigentumsverhältnisse und dienen deren Legimitation und Verfestigung.

Die Eigentumsverhältnisse begründen auch die Geschichtsdynamik.¹³ Immer wenn die ökonomische Basis weiter fortgeschritten ist als der Überbau, wird Letzterer revolutioniert. Träger dieser Prozesse sind die Klassen, deren Kämpfe die Geschichte strukturieren. Am Ende der Geschichte kommt es zur Entscheidungsschlacht: Das Proletariat wird letztlich obsiegen und das Privateigentum abschaffen. In der ersten Phase des Kommunismus wird das falsche Bewusstsein, das in jener Zeit der Klassenkämpfe herrschte, noch nachwirken, und die Habsucht wird jetzt von jenen ausgelebt, die sie aufgrund ihrer sozialen Lage nie

¹² Ob diese Heillosigkeit, i. e. die Ausbeutungsverhältnisse im Kapitalismus, bei Marx tatsächlich den Anstoß für die Theoriebildung geliefert haben, ist allerdings fraglich. Sehr viel wahrscheinlicher war es der eigene, schon früh dokumentierte Ehrgeiz, historisch zu wirken, welcher Marx antrieb. Vgl. dazu die Einleitung der Verfasserin zu Karl Marx, Die ökonomisch-philosophischen Manuskripte, Hamburg 2005.

¹³ Die geschichtliche Dynamik wird sowohl in den „Manuskripten“ (Marx 2005) als auch im „Manifest der kommunistischen Partei“ geschildert. Während das Ende der Geschichte, nämlich der Kommunismus, im „Manifest“ jedoch nur recht formal und nicht zuletzt unter dem Aspekt der Rolle der Partei abgehandelt wird, findet sich in den „Manuskripten“ eine sehr weit reichende und aufschlussreiche Darstellung.

befriedigen konnten. Doch nach jener Phase der Bilderstürmerei und Barbarei, in der alles zerstört wird, was nicht von allen besessen werden kann,¹⁴ ist mit dem Wegfall des Privateigentums auch die Habsucht gegenstandslos geworden. Sie hat sich sozusagen selbst besiegt. Aus den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen erwächst der neue Mensch, der nur noch soziales Wesen ist und alle Entfremdung hinter sich gelassen hat.

Jenen paradiesischen Endzustand schildert Marx mit der größten Emphase – jetzt erst verwirklicht der Mensch sein Wesen. Dieses besteht darin, dass der Mensch sich als Schöpfer der gegenständlichen Welt, ja sogar der Natur erkennt. Einen Gott kann und darf es nun nicht mehr geben (vgl. Marx 2005: S. 95-99). Voraussetzung dafür, sich in seiner gottähnlichen Schöpferkraft zu erfahren, ist ein Leben, das keinen Kampf mehr kennt. Weil alle gleich sind und nicht mehr um Besitz konkurrieren, hat das Verhältnis zur gegenständlichen Welt sich fundamental gewandelt. Es wird nicht mehr um des Habens willen produziert, sondern um sich am Produzierten selbst zu vergegenständlichen und in der eigenen Größe zu bestätigen. Und da das Individuum völlig in der Gemeinschaft aufgeht, ist jeder gemeinschaftliche Schöpfungsakt zugleich der eigene. Selbst der Tod ist überwunden, denn die Gattung ist unsterblich und mit ihr jeder, der ihr angehört.

In dieser Wirklichkeitsdeutung bleibt kein unerklärbarer Rest. Selbst die Frage nach der Bestimmung des Menschen ist ein für allemal beantwortet. Sollten sich Fakten finden, die sich dem einfachen Erklärungsschema nicht fügen, lässt sich auch dies erklären: Sie als solche wahrzunehmen, ist Ausdruck jenes falschen Bewusstseins, das sich in der Klassengesellschaft mit Notwendigkeit einstellen muss.¹⁵

Ähnlich hermetisch – Kennzeichen jeder Ideologie – verfährt auch die Hitlersche Weltanschauung. Wichtig zu sehen ist, gerade im Hinblick auf die im „Historikerstreit“ debattierte Frage nach dem kausalen Nexus beider Totalitarismen, welche Intention Hitler mit seiner Ideologie verfolgte: Es ging ihm um eine „grundsätzliche [...], dem Marxismus entgegengesetzte neue Weltanschauung von stürmischem Eroberungswillen“,¹⁶ mit deren Hilfe er die Massen von ihrem marxistischen Glauben lösen konnte. Hitler entwickelte also bewusst die Konkurrenzideologie: gerichtet an denselben Adressaten, aber komplementär in der Anlage.

Die Unheilserfahrung, von der Hitler ausgeht, ist sehr viel partikularer als die von Marx. Im untergehenden Habsburgerreich sieht er die eigentlich kultur-

¹⁴ Das ist die Phase des „rohen Kommunismus“, wie sie Marx im dritten seiner „Manuskripte“ (Marx 2005) beschreibt.

¹⁵ Wieso Marx selbst sich diesem Verblendungszusammenhang entziehen konnte, hat er nie erklärt.

¹⁶ Grundlage der weiteren Darstellung ist Hitlers „Mein Kampf“. Eine detaillierte Nachzeichnung der dort entwickelten Weltanschauung bei Barbara Zehnpfennig (2006).

schöpferische Kraft, die Deutschösterreicher, von allen Seiten bedroht. Dennoch ist der Anspruch universalistisch, denn die Deutschen haben eine weltgeschichtliche Mission. Ihnen obliegt es, die natürliche Ordnung, die von den verschiedenen, noch näher zu bezeichnenden Kräften fundamental in Frage gestellt wird, wiederherzustellen. Daran aber hängt das Überleben der Menschheit. Siegt die Widernatur, wird die Erde „wieder wie einst vor Jahrmillionen menschenleer durch den Äther ziehen“ (Hitler 1942: S. 70).

Was die Wirklichkeit bestimmt – dies die ursprüngliche Deziision Hitlers – sind nicht, wie Marx glaubte, die materiellen Verhältnisse, sondern es ist die Einstellung zum Kampf. Denn der Kampf ist das Prinzip, mittels dessen die Natur das Leben organisiert. Der Kampf hat zwei förderliche Wirkungen: Ordnungsstiftung und Steigerung. Durch das Ringen der Kräfte ergibt sich Über- und Unterordnung, Sonderung des Besseren vom Schlechteren, Hierarchie. Eine derartige Ordnungsstruktur ist aber unabdingbar für das Überleben, weil die Welt im Chaos zugrunde geht. Außerdem muss sich anstrengen, wer im Kampf siegen will, er muss über den status quo hinauswachsen. So ist der Kampf immer auch das Prinzip des Fortschritts. Der ewige Frieden, das Endziel des Marxismus, führt erst zum Nieder-, dann zum Untergang.

Schon im Ansatz nimmt Hitler also eine Umkehrung der Marxschen Perspektive vor. Nicht der Mensch herrscht über die Natur, sondern die Natur herrscht über den Menschen. Deshalb muss sich der Mensch in die natürliche Ordnung einfügen, die ihm den Kampf gebietet. Im Zusammenhang mit diesem Sich-Einfügen kommt die Rassenfrage ins Spiel. Kampfesstärke und Kampfeswillen sind dort am stärksten, wo die kämpfende Gruppe seelisch homogen ist. Nur so ist die Bereitschaft gegeben, für die anderen zu sterben. Den Weg zur seelischen Homogenität sieht Hitler in der Herstellung rassischer Reinheit. Im anderen seinesgleichen zu sehen, Ergebnis der rassischen Übereinstimmung, erhöht die Bereitschaft zum Selbstopfer. Die Rasse ist sozusagen die physische Grundlage für die richtige Einstellung zum Kampf.

Wie bei Marx weitet sich nun dieser Ansatz zur holistischen Wirklichkeitsdeutung: zur Interpretation von Gegenwart und Gesamtgeschichte. In der Gegenwart ist die natürliche Kampfesordnung gestört. Die aufgrund ihrer kulturschöpferischen Leistung eigentlich zur Herrschaft berufenen Arier, respektive die Deutschen, werden von minderwertigen Rassen, bspw. den Slawen, mental und politisch in die Enge getrieben. Dass es den Deutschen an Selbstbehauptungswillen mangelt, liegt nicht zuletzt an geistiger Infiltration. Es ist der Marxismus mit seiner ökonomistischen Reduktion des Lebens und seiner Gleichheitsideologie, der den Kampfeswillen erlahmen lässt und den Klassenhass schürt; aufgrund dessen kann es nicht zur Einheit in der Kampfgemeinschaft kommen. Doch der Marxismus hat einen rassischen Hintergrund. Er ist das poli-

tische Instrument des Judentums, das die natürliche Herrschaftsordnung dadurch zu unterlaufen versucht, dass es den Kampfeswillen der anderen Völker und Rassen schwächt, um so selbst kampflos an die Macht zu gelangen.

Auf die Geschichte angewandt, lässt dies Schema die vergangenen Epochen als Epochen des Rassenkampfes erscheinen. So lange die Rassen miteinander um die Herrschaft ringen, stellt sich die natürliche Ordnung stets wieder her. Doch die jüdische Rasse trat geschichtlich immer als Störfaktor dazwischen, indem sie mit ihrer ökonomischen und ihrer intellektuellen Potenz die gerade geschichtsmächtige Kraft dominierte, sich also dem Kampf entzog und dennoch obsiegte. Die Lage hat sich zugespitzt, die Entscheidungsschlacht steht bevor. Sollte sich der Marxismus weltweit durchsetzen, ist das Ende der Menschheit besiegelt. Die nivellierten Massen werden Opfer der jüdischen Herrschaft, die allerdings auch untergehen muss, weil der Kommunismus Stagnation und Destruktion bedeutet. Es ist an der arischen Rasse, den Endkampf zu führen und zum guten Ende zu bringen. Anders als bei Marx ist der Ausgang jedoch nicht geschichtlich determiniert. Da nicht die materiellen Bedingungen, sondern die Einstellungen der Menschen entscheiden, ist das Ende offen.

4 Der Zusammenhang

Im Historikerstreit war von der „asiatischen Tat“ (Nolte 1995a: S. 45) die Rede, den bolschewistischen Morden, die denen des NS-Regimes vorausgegangen waren und letztere, so die These Ernst Noltes, möglicherweise als Reaktion erklärbar machten. Die Annahme eines solchen „kausalen Nexus“ war ein Skandalon, obwohl es genügend Zeugnisse gab, dass die Furcht vor einem Ausgreifen der russischen Revolution nicht einfach nur einem „hybriden Antibolschewismus“ entsprang, wie Hans Mommsen urteilte (Mommsen 1995: S. 181). Man wusste um die Massenmorde in Russland und wie die Zukunft aus bolschewistischer Perspektive aussehen sollte. Dies wird z.B. in einem Zitat Grigori Sinowjews aus dem Jahr 1919 deutlich: „Zur Stunde, da wir diese Zeilen niederschreiben, zählt die III. Kommunistische Internationale drei Sowjetrepubliken: Russland, Ungarn und Bayern. Doch es würde niemanden verwundern, wenn es zu dem Zeitpunkt, da diese Zeilen veröffentlicht werden, bereits sechs Sowjetrepubliken oder mehr gäbe. Das alte Europa geht in rasender Geschwindigkeit der proletarischen Revolution entgegen“ (zit. nach Furet 1996: S. 43). Und Hitler schrieb 1925: „Deutschland ist heute das nächste große Kampfziel des Bolschewismus“ (Hitler 1942: S. 751), eine Einschätzung, die durchaus der Leninschen Vorstellung entsprach, Europa von Deutschland aus zu erobern.

Doch bedurfte es wirklich erst der Morde, um zum erbitterten Gegner des Kommunismus zu werden? Wird nicht bereits in Hitlers Weltanschauung der Gegensatz überdeutlich? Dass der Historikerstreit der Frage der Ideologie so wenig Bedeutung beimaß, brachte die Diskussion in eine Schiefelage. Natürlich lassen sich historische Phänomene nicht allein aus dem Denken der Akteure erklären. Gerade bei dem Phänomen, um das es in diesem Streit ging, hatten die ideologischen Antriebe aber ein Gewicht, wie es im Raum des Politischen bis dahin kaum je vorgekommen war. Schon deshalb erscheint es sinnvoll, noch einmal den Zusammenhang der beiden soeben skizzierten Denkgebäude zu analysieren.

Hitler wollte dem Marxismus eine Weltanschauung entgegensetzen, die die Massen ebenso begeisterte wie dieser, ohne jene unheilvolle Wirkung zu entfalten, die er als seine Folge vermutete und dann in praxi auch sah. Der Marxismus machte den Menschen zum Objekt der Umstände. Zwar waren auch diese menschengeschaffen, doch einmal geschaffen, nicht mehr beherrschbar. Sogar die Erlösung, die Befreiung von der Klassengesellschaft, war weniger selbstbestimmte Tat als Vollzug einer menschlichem Willen unzugänglichen Geschichtsdynamik. Dem entsprach die Vorstellung des Endziels. Der einzelne sollte sich nicht länger als einzelner verstehen, weil er sich sonst in Gegensatz zur Gemeinschaft bringen würde und sich damit jene Entfremdung, jene Trennung vom anderen, wieder einstellte, die doch überwunden werden sollte. Trennend wirkt auch der Vergleich, der sozialer Ungleichheit entspringt und sie vorantreibt. Deshalb visierte der Marxismus die Etablierung einer Gesellschaft der Gleichen an, in welcher der Konkurrenzkampf ein für alle Mal ausgeschaltet sein sollte.

Dieser als Nivellierung empfundenen Gleichheit setzt Hitler das „aristokratische Prinzip“ entgegen, dem Kollektivismus den Wert der Einzelpersönlichkeit, dem ewigen Frieden immerwährenden Kampf. Nicht erst die Morde, derer es zur Durchsetzung der „klassenlosen“ Gesellschaft bedurfte, desavouierten die Idee; bereits in der Idee selbst erkannte Hitler das Programm des Niedergangs des Menschen.¹⁷ Nicht mehr kämpfen zu wollen, bedeutete für ihn die Auflösung von Struktur, die sich durch die Feststellung von Hierarchien ergibt, sowie Stagnation, gefolgt von Verfall. Dass der Marxismus in der Ökonomie den Schlüssel zur Erklärung der Wirklichkeit fand, war in den Augen Hitlers ein Indiz für die niedrige Gesinnung, die sich in ihm ausdrückte. Denn das Denken in Besitzkategorien ist das anti-idealistische Prinzip schlechthin. „Man stirbt nicht für Geschäfte, sondern nur für Ideale“ (Hitler 1942: S. 168).

¹⁷ Deshalb betrachtete er auch die ideologische Ebene als seine primäre Kampffront. So schrieb er z. B. im Zusammenhang mit der Gewerkschaftsfrage, die NS-Gewerkschaft habe „ihren Kampf der marxistischen Gewerkschaft nicht nur als Organisation, sondern vor allem als Idee anzusagen“ (Hitler 1942: S. 681).

Und auch wenn am Ende der Geschichte, im Kommunismus, das Privateigentum aufgehoben werden soll, sind es doch nach wie vor die Eigentumsverhältnisse, die über das Sein des Menschen bestimmen. Hitler allerdings glaubte nicht an die Ernsthaftigkeit der kommunistischen Utopie. Denn da er hinter der marxistischen Ideologie eine perfide Strategie des Judentums vermutete, sich die Weltherrschaft anzueignen, schien ihm bei einem Sieg des Marxismus nur eine gesichtslose, verknechtete Masse und eine ausbeuterische jüdische Herrscherkaste übrig zu bleiben – bis die Strukturlosigkeit und Unfruchtbarkeit dieses Gebildes seinen eigenen Untergang heraufbeschwören würde und mit ihm das der Menschheit.

5 Vergangenheit ohne Wiederkehr?

Sieht man, wie eben angedeutet, den „kausalen Nexus“ bereits im Denken angelegt, so ist das Tun nur noch als Folge zu verstehen. Das impliziert zweierlei nicht. Es bedeutet erstens in keiner Weise eine Rechtfertigung dieses Tuns. Denn das eine System der Verblendung mit dem entgegen gerichteten zu beantworten und dieses dann zur Grundlage einer mörderischen Praxis zu machen, kann nicht mehr Legitimität für sich in Anspruch nehmen, als gleich mit dem Morden zu beginnen. Zweitens ist damit keineswegs das komplexe Geflecht an historischen Konstellationen ignoriert, die zusammenkommen mussten, um jene Praxis zu ermöglichen – u.a. der Umstand, dass für viele der Täter die Ideologie keine Rolle spielte. Für den Urheber dieser Ideologie spielte sie allerdings eine Rolle, wohl die entscheidende – von daher hätte dem Thema „Ideologie“ ein ganz anderes Gewicht in der Debatte zukommen müssen als es tatsächlich der Fall war.

Dann nämlich hätte sich die Perspektive ins Gesamteuropäische weiten und die im Historikerstreit neben der Frage nach dem kausalen Nexus aufgeworfenen Probleme der Singularität des Judenmordes und der Notwendigkeit einer Revision des Geschichtsbildes vor dem Hintergrund der abendländischen Geistesgeschichte behandelt werden können, der die beiden systembegründenden Gedankengebäude entstammten. Denn natürlich kehrt in Hitlers Weltanschauung Nietzsches Aufstand gegen den abendländischen Prozess einer zunehmenden Verflachung des Lebens durch eine kleinlich rechnende Rationalität wieder, welche die Erfahrung der dionysischen Tiefen des Daseins durch utilitaristische und hedonistische Kalküle versperrt. So wie Marx gegen den Klassenegoismus einer bürgerlichen Welt antrat, die den Universalismus auf ihre Fahnen geschrieben hatte und Staat und Recht doch nur dazu nutzte, den eigenen Besitzstand zu sichern, trat Nietzsche gegen Demokratie und Sozialismus an, die in seinen Augen jene krämerische Attitüde nur verallgemeinerten und den „letzten Menschen“, das lammfromme, gleichgeschaltete Herdentier zum Ideal erkoren, an

dem die Welt einmal zu Grunde gehen würde. Kommunismus und Faschismus sind ohne diesen Hintergrund nicht verstehbar, und auch wenn er als Erklärungsgrundlage alleine nicht ausreicht, reißt seine Nichtbeachtung die zu erklärenden Phänomene doch aus einem geschichtlichen Zusammenhang, der helfen kann, die Frage nach dem Warum zu beantworten.

Im Historikerstreit wurde die Chance vertan, die geistigen Antriebe hinter den historischen Phänomenen zu analysieren. Auch zwanzig Jahre danach findet eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Ideologien kaum, ein Vergleich beider so gut wie gar nicht statt. Diese Reduktion der Aufmerksamkeit auf die Außenseite der totalitären Systeme birgt Gefahren. Denn es mag wohl den Anschein haben, als sei die Empfänglichkeit für ideologisches Denken allgemein, für die beiden einander feindlichen Ideologien speziell nicht mehr sehr groß. Ist die Gefahr aber wirklich endgültig gebannt?

Zwei Argumente sprechen dagegen. Das erste liefert François Furet in dem furiosen ersten Kapitel seines Buches „Das Ende der Illusion“ (Furet 1996: S. 13-51). Dort analysiert er die Entstehung der beiden feindlichen Bewegungen, und es zeigt sich, dass sie beide genuine Kinder der bürgerlichen Gesellschaft sind: Deren uneingelöste Versprechen universeller Gleichheit und demokratischer Teilhabe provozieren die Gegenbewegung von links. Ihr hemmungsloser Ökonomismus und anti-aristokratischer Hedonismus die Gegenreaktion von rechts. Diese richtet sich dann auch gegen den Sozialismus, weil sie in ihm nur die Vollendung der bürgerlichen Herabwürdigung des Lebens zu einer habsüchtigen, transzendenzlosen, egoistischen Daseinsweise erkennt (vgl. Hitler 1942: S. 420). Doch beide Bewegungen exekutieren im Grunde nur, was in den Tiefenschichten der bürgerlichen Gesellschaft schon angelegt war. In den Gegnern von links und rechts manifestiert sich in Wahrheit der bürgerliche Selbsthass – das Wissen, dass sich die verheißene Freiheit und Gleichheit faktisch nie wirklich realisieren lässt, und die Ahnung, dass die Reduktion des Lebens auf die Ökonomie eine entscheidende Dimension des Daseins verdrängt. So weit Furet.

Die bürgerliche Gesellschaft lebt in der modernen liberalen Demokratie fort. Die Widersprüche haben sich nicht verringert. Als Heilmittel gegen die Krankheit der Totalitarismen wurde jenes System reetabliert, das seine geistigen Defizite nie wirklich aufgearbeitet hat und so den Nährboden für seine unerbittlichsten Gegner lieferte. Im linken Terrorismus und in den neonazistischen Übergriffen formierte sich die Gegnerschaft aufs Neue. Zu diesen inneren Feinden gesellt sich ein sehr ernst zu nehmender äußerer: Der Islamismus speist sich aus denselben anti-westlichen Stereotypen, die schon Kommunismus und Faschismus antrieben. Von daher erscheint die Macht ideologischen Denkens ungebrochen, wenn auch die äußere Bedrohung des westlichen Systems zur Zeit stärker erscheint als die innere.

Der zweite Grund, hinsichtlich einer endgültigen Überwindung des ideologischen Zeitalters skeptisch zu sein, ist die Tatsache, dass die grundlegenden Denkmuster, denen Kommunismus und Faschismus folgten, das menschliche Denken seit Anbeginn der Zeiten bewegen. Gerechtigkeit als völlige Gleichheit oder als Vorrecht des Stärkeren, das richtige Leben als immerwährender Frieden oder als die Herausforderung durch den Kampf, die Ökonomie als Weg zum Glück oder als schlechtes Palliativ gegenüber den Abgründen des Lebens – hierin sind Grundmöglichkeiten des Denkens bezeichnet, die in einseitiger Verabsolutierung jene schrecklichen Folgen zeitigen können, die die Menschen im 20. Jahrhundert erfahren mussten. Nur eine fortwährende geistige Auseinandersetzung mit ihnen kann die Gefahr ihrer Radikalisierung mindern. In dieser Hinsicht ist der Historikerstreit das Zeugnis eines Versagens.



Literatur:

- Arendt, Hannah , 1998: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 6. Aufl., München/Zürich.
- Courtois, Stéphane/Panné, Jean-Louis/Werth, Nicolas u.a., 1998: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München.
- Destutt de Tracy, Antoine-Louis-Claude, 1803-1815: Éléments d'ideologie, Paris.
- Fest, Joachim, 1995: Die geschuldete Erinnerung. Zur Kontroverse über die Unvergleichbarkeit der nationalsozialistischen Massenverbrechen, in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, 9. Aufl., München/Zürich, S. 100-112.
- Furet, François, 1996: Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München/Zürich.
- Geiss, Imanuel, 1992: Der Hysterikerstreit. Ein unpolemischer Essay, Bonn/Berlin.
- Habermas, Jürgen, 1995: Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung, in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, 9. Aufl., München/Zürich, S. 62-76.
- Hitler, Adolf, 1942: Mein Kampf, 11. Aufl., München.
- Kailitz, Steffen, 2001: Die politische Deutungskultur im Spiegel des „Historikerstreits“, Wiesbaden.
- Kocka, Jürgen, 1995: Hitler sollte nicht durch Stalin und Pol Pot verdrängt werden. Über Versuche deutscher Historiker, die Ungeheuerlichkeit von NS-Verbrechen zu relativieren, in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, 9. Aufl., München/Zürich, S. 132-142.

- Marx, Karl Die ökonomisch-philosophischen Manuskripte, Hamburg 2005.
- Mommsen, Hans, 1995: Neues Geschichtsbewusstsein mit Relativierung des Nationalsozialismus, in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, 9. Aufl., München/Zürich, S. 174-188.
- Münkler, Herfried, 2006: Der Wandel des Krieges, Weilerswist.
- Nolte, Ernst, 1995a: Vergangenheit, die nicht vergehen will. Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte, in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, 9. Aufl., München/Zürich, S. 39-47.
- Nolte, Ernst, 1995b: Zwischen Geschichtslegende und Revisionismus? Das Dritte Reich im Blickwinkel des Jahres 1980, in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, 9. Aufl., München/Zürich, S. 13-35.
- Winkler: Heinrich August, 1995: Auf ewig in Hitlers Schatten? Zum Streit über das Geschichtsbild der Deutschen, in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, 9. Aufl., München/Zürich S. 256-263.
- Zehnpfennig, Barbara (Hrsg.), 2005: Karl Marx. Die ökonomisch-philosophischen Manuskripte, Hamburg.
- Zehnpfennig, Barbara, 2006: Hitlers Mein Kampf. Eine Interpretation, 3. Aufl., München.

Enrico Syring

Der „Historikerstreit“ und die Frage der Historisierung des Nationalsozialismus

1 Das Historisierungspostulat von Martin Broszat

Im Mai 1985 jährte sich das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa zum 40. Mal. Aus Anlass dieses vielbeachteten Jahrestages veröffentlichte die Zeitschrift *Merkur* ein „Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus“ (wiederabgedruckt in Graml/Henke 1987: S. 159-173) aus der Feder des eher sozialdemokratisch zu verortenden Historikers Martin Broszat, von 1972 bis zu seinem Tode 1989 angesehener Direktor des Münchener Instituts für Zeitgeschichte.

Schon seit Beginn der 1980er Jahre hatte Broszat wiederholt bei verschiedenen Gelegenheiten seinem Missbehagen gegenüber bestimmten Eigenheiten der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Dritten Reich sowie dem öffentlichen Gebrauch dieser Forschungsergebnisse in den Medien Ausdruck verliehen. Moniert wurde von ihm vor allem die „Suggestivität einer nur emotional-moralischen Vermittlung der Hitler-Zeit“ welche eine „fatale Entsprechung in den Bedingungen mediengerechter Aufmachung“ (Broszat 1987a: S. 114) finde. Dies führe dazu, dass man es sich mit der Geschichte jener Jahre „intellektuell und moralisch“ (ebd., S. 118) zu leicht mache. Man handhabe die Nazi-Zeit vorrangig als „Arsenal für politisch-pädagogische Nutzenanwendung und Legitimation in der Gegenwart“ (ebd., S. 116). Das Handeln der Zeitgenossen im nationalsozialistischen Deutschland werde von der Warte des besseren Wissens in Nachhinein an der Messlatte eines unpolitischen moralischen Rigorismus gemessen, der jegliche realhistorische menschliche Existenz, die ja stets eine vielfach in sich gebrochene sei, überfordern müsse (vgl. Broszat 1987b: S. 112). Im Kontrast dazu sei eine ebenso unhistorische Idealisierung der Angehörigen des deutschen Widerstandes zu beobachten (vgl. Broszat 1987a: S. 117).

Positiv hatte sich Broszat in diesem Zusammenhang dafür ausgesprochen, „diesen zwölf Jahren nicht länger eine falsche negative Zentralstellung in der deutschen Geschichte einzuräumen, von der her sich vorangegangene oder nachfolgende Perioden nur als präfaschistisch oder postfaschistisch darstellen.“ Diese „Verinselung der Hitler-Zeit“ müsse durch eine Betrachtungsweise abgelöst

werden, die den langfristigen Trends und Kontinuitäten aus der früheren deutschen Geschichte, welche durch das Dritte Reich hindurch- und über es hinaus weiterliefen, stärkere Beachtung schenke. Und die „lautstarke Distanzierung“ sei durch eine – auch erzählerische und einfühlende Elemente stärker als bisher einbringende – Darstellungsweise zu ersetzen, „die kritisches und verstehendes Vermögen verbindet“ (ebd., S. 119 f.).

Im Grunde wurden all diese schon vorher bei ihm nachzuweisenden Überlegungen von Broszat in seinem „Plädoyer“ aus dem Mai 1985 nur pointiert zusammengefasst: Er beklagte, in der Historiographie werde das katastrophale Ende des NS-Regimes aus dem Nachhinein noch immer viel zu sehr „als roter Faden zur Erklärung der Motive, Instrumente und Etappen des Nationalsozialismus, seiner Entwicklung und Herrschaft eingesetzt“ (Broszat 1987c: S. 167). Die prinzipielle Offenheit auch der damaligen historischen Entwicklung erfahre demgegenüber viel zu wenig darstellerische Berücksichtigung. Klarer als zuvor sprach sich Broszat in seinem Plädoyer dafür aus, „den vielen sozialen, wirtschaftlichen, zivilisatorischen Wirkungskräften, den zahlreichen Modernisierungsbestrebungen“ innerhalb NS-Deutschlands ein stärkeres Eigengewicht zuzubilligen und ihnen nicht durch die Verknüpfung mit der Schändlichkeit des Nationalsozialismus ihre „geschichtliche Bedeutung“ zu rauben. Broszat schloss seine Ausführungen mit dem Appell: „Die ‚Normalisierung‘ unseres Geschichtsbewusstseins kann auf die Dauer die NS-Zeit nicht aussparen, kann nicht nur um sie herum erfolgen. Auch die Pauschal дистанzierung von der NS-Vergangenheit ist noch eine Form der Verdrängung und Tabuisierung. Sie kann, je länger desto mehr, gar den Eindruck eines kompensatorischen Alibis für den restaurierten Historismus auf den wieder ‚heilen‘ Gebieten machen, die vor oder hinter der nationalsozialistischen Vergangenheit liegen. Auflösung dieser Blockade zugunsten einer moralischen Sensibilisierung der Historie überhaupt, gerade aufgrund der Erfahrung des Nationalsozialismus – das ist der Sinn dieses Plädoyers für seine Historisierung“ (ebd., S. 172 f.).

2 Historisierungspostulat und Historikerstreit

Mit seiner im „Plädoyer“ noch einmal gebündelten Kritik an den damals gängigen Darstellungsformen der Geschichte NS-Deutschlands hatte Broszat offenbar vielen Historikern und politischen Publizisten aus dem Herzen gesprochen. Denn im Verlauf des nur ein Jahr später ausbrechenden Historikerstreits bezogen sich fast alle Protagonisten entweder ausdrücklich zustimmend auf Broszats Historisierungspostulat, oder sprachen sich doch zumindest in Anlehnung an ihn für

eine weniger selbstgerecht-moralisierende und stärker objektivierend verstehende Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich aus.¹

Diese Übereinstimmung im Prinzipiellen geriet im Verlauf der Auseinandersetzung aber völlig in den Hintergrund. Bereits im Oktober 1986 machte der Journalist Hermann Rudolph das Problem der Historisierung (neben der Frage, inwieweit Geschichte Identität stiften könne oder solle) als den eigentlichen Kerngegenstand des Historikerstreits aus (vgl. Rudolph 1986). Die in den Medien im Vordergrund stehenden Thesen Ernst Noltes und Andreas Hillgrubers waren für ihn nur abgeleitete Folgeprobleme. Rudolph selbst wertete eine Historisierung im Sinne Broszats als ebenso unumgänglich wie „auch notwendig, will man begreifen, weshalb geschehen konnte, was, von heute aus gesehen, unbegreiflich ist, ja, wie es scheint, um so unbegreiflicher wird, je weiter es in die Vergangenheit zurücksinkt.“ Jürgen Habermas warf er eine in sich widersprüchliche Haltung vor: Einerseits beziehe dieser sich zustimmend auf Broszat, andererseits bewerte er eine Historisierung des Nationalsozialismus als geschichtspolitische Strategie mittels welcher das Dritte Reich durch vorsätzliche „Relativierung“ innerhalb der deutschen Geschichte gleichsam eingeebnet werden solle. Die entscheidende Frage sei dabei allerdings in der Tat, ob man einer Historisierung „Grenzen setzen“ könne, „an denen sie haltmacht, um das moralische Urteil nicht zu gefährden.“ Rudolph kam zu dem Schluss, dass man diesen Prozess der Differenzierung nicht vorantreiben und zugleich den Blick zurück im Abscheu unbefangen behalten könne.

Genau auf diesen Punkt kam unter Berufung auf Rudolphs Artikel auch der dem Historisierungspostulat ausgesprochen kritisch gegenüberstehende israelische Historiker Saul Friedländer in seinem Briefwechsel mit Martin Broszat (Broszat/Friedländer 1988) aus der zweiten Jahreshälfte 1987 wiederholt zu sprechen: Friedländer hielt dem darauf auffallend hilflos reagierenden Broszat vor, Habermas könne nicht gleichzeitig eine Historisierung befürworten, „und zur selben Zeit in vehementer Weise Andreas Hillgrubers Position in ‚Zweierlei Untergang‘ angreifen“ (ebd., S. 346, 355 f., 369). Broszat selbst hatte Hillgruber bereits während der heißen Phase des Historikerstreits ausdrücklich in Schutz genommen und statt seiner, die verlegerische Ungeschicklichkeit Wolf Jobst Siedlers bei der Zusammenstellung des skandalisierten Bandes kritisiert („Historikerstreit“ 1987: S. 190).

¹ Vgl. die einschlägigen Stellen in den Aufsätzen von Ernst Nolte (S. 13-35, 33, 224), Christian Meier (S. 52 f., 56 f., 61, 266 f.), Jürgen Habermas (S. 72 f., 95, 251 ff.), Klaus Hildebrand (S. 89, 281, 290), Joachim Fest (S. 112, 390), Helmut Fleischer (S. 126 f., 129 ff.), Hans Mommsen (S. 166, 178 f.), Thomas Nipperdey (S. 216 f., 216-219), Andreas Hillgruber (S. 345 f.), Imanuel Geiss (S. 222, 379 f.), alle in: „Historikerstreit“ 1987; vgl. auch Hans-Ulrich Wehler (1988: S. 26 ff.; 2005).

Als weitaus unangenehmer empfand Broszat aber die bereits bei Hermann Rudolph angedeutete Nähe der Thesen Ernst Noltes zu seinem Historisierungspostulat. So formulierte Joachim Fest: „Strenggenommen hat Nolte nichts anderes unternommen, als jenen Vorschlag zur Historisierung der NS-Zeit aufzugreifen, den Broszat und andere gemacht haben“ (ebd., S. 390). Dieser war sich der angesprochenen Affinitäten anscheinend bewusst. Denn einerseits nahm er im Verlauf des Historikerstreits sehr scharf gegen Nolte Stellung, dem er eine „hochmütige Verachtung empirisch-historischer Vorgehensweisen“ und „querulatorische Spitzfindigkeit“ (ebd., S. 191 f.) vorwarf. Andererseits versuchte er sich in seinem bezeichnender Weise „Wo sich die Geister scheiden“ betitelten Zeit-Artikel in Auseinandersetzung mit Michael Stürmer und Alfred Dregger auch grundsätzlich gegen eine von ihm als missbräuchlich empfundene Inanspruchnahme seines Historisierungskonzepts für geschichtspolitische Zwecke zu verwahren: Wer den Deutschen die „Schamröte“, den selbstkritischen Umgang mit der eigenen Geschichte austreiben wolle, rühre an einem der „besten Elemente politischer Gesittung“, das sich nach 1945 in der Bundesrepublik entwickelt habe. Dieses sei im Vergleich mit dem oft affirmativeren Umgang mit der eigenen Geschichte in anderen Nationen kein Nachteil, sondern eher ein zivilisatorischer Vorteil. Denn es habe zu einem nüchterneren Umgang mit der Politik und den politischen Realitäten geführt (ebd., S. 194 f.).

Trotz dieser Abgrenzungsbemühungen Broszats kam es im Umfeld des Historikerstreits zu einer teilweise scharfen Auseinandersetzung mit seinem Historisierungspostulat (vgl. vor allem Diner 1987b). Insbesondere Saul Friedländer und Dan Diner problematisierten die standortgebundene Vieldeutigkeit des Begriffs sowie dessen Missbräuchlichkeit für apologetische und sonstige geschichtspolitische Zwecke (vgl. Friedländer 1987, Diner 1987a). Zudem warfen beide immer wieder die zentrale Frage auf, wie sich denn die nationalsozialistischen Massenverbrechen, voran der „Holocaust“, in Broszats Historisierungskonzept einfügen lassen sollten (vgl. dazu auch Friedländer 1990, Diner 1990). Sei hier die Vorstellung, sie könnten jemals zum Gegenstand erzählend-einfühlenden „Verstehens“ (der Täter) gemacht werden, nicht von vornherein absolut unerträglich? Sei hier nicht die definitive Grenze einer Historisierbarkeit des Dritten Reiches erreicht?

Vor diesem Hintergrund wird auch das Zustandekommen eines Teils der heftigen Reaktionen auf den Kern der Thesen Ernst Noltes nachvollziehbarer. Schließlich zielte er ganz unverhüllt direkt auf das Zentrum dieses Problemkomplexes: „Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine ‚asiatische Tat‘ vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer ‚asiatischen Tat‘ betrachteten?“ („Historikerstreit“ 1987: S. 45).

Einführendes „Verstehen“ gegenüber Tätern und Initiatoren des „Holocaust“? Damit wurde genau jene letzte Grenze einer Historisierung des Nationalsozialismus überschritten, deren Überwindung Saul Friedländer und Dan als unvorstellbar erschien. Und fatalerweise hatte Nolte seine These nicht auf die auch von Andreas Hillgruber für legitim erklärte „Frage nach der Genesis des Vernichtungswillens Hitlers“ (ebd., S. 346) fokussiert. Hier wäre sie an und für sich durchaus diskussionswürdig gewesen (vgl. Syring 1994: S. 159 f.). Vielmehr nahm er unmissverständlich die Motive hinter dem realhistorischen, d.h. tatsächlich verübten millionenfachen Massenmord an den europäischen Juden während des Zweiten Weltkrieges ins Visier. Damit aber setzte er sich auch gegenüber dem damaligen Stand der historischen Forschung ins Abseits.

Die Frage der Vereinbarkeit von historiographischen Darstellungen nationalsozialistischer Massenverbrechen, des „Holocausts“, mit dem Historisierungspostulat war ebenfalls zentraler Gegenstand des Briefwechsels zwischen Martin Broszat und Saul Friedländer aus der zweiten Jahreshälfte 1987. Broszat räumte darin ein, zur Besonderheit auch der wissenschaftlichen Beschäftigung mit „dieser Vergangenheit gehört das Wissen darum, dass sie noch besetzt ist mit vielerlei Monumenten trauernder und auch anklagender Erinnerung, besetzt von den schmerzlichen Empfindungen vieler vor allem auch jüdischer Menschen, die auf einer mythischen Form dieses Erinnerns beharren“ (Broszat/Friedländer 1988: S. 342 f.). Gleichzeitig kritisierte er jedoch, diese Art der Holocaust-Erinnerung tendiere auch dazu „rückwirkend eine neue Hierarchie und Anordnung der geschichtsbestimmenden Faktoren zu schaffen, d.h. von Auschwitz her die ganze Geschichte des Dritten Reiches rückwärts aufzurollen, anstatt sie, wie es der historischen Methode entspricht, nach vorwärts zu entfalten“. Der „Stellenwert von Auschwitz im ursprünglichen geschichtlichen Handlungskontext“ sei jedoch „ein extrem anderer als seine Bedeutung in der nachträglich historischen Sicht“ (ebd., S. 352 f.).

Friedländer hielt dagegen, der Historiker arbeite nun einmal stets aus dem Nachhinein. Er kenne das Ergebnis der Entwicklung, die dem Zeitgenossen trotz aller offenkundigen Tatsachen vielleicht tatsächlich zumindest nicht gänzlich transparent gewesen sei. Er trage dazu bei, was als Auswahl aus dem Geschehenen im kollektiven Gedächtnis bewahrt werde. Folglich müsse er sorgfältig auswählen. Insgesamt sei zu befürchten, dass der „Holocaust“ angesichts der zu erwartenden Flut alltagsgeschichtlicher Arbeiten zum Nationalsozialismus in der Zukunft seinen Rang in der Erinnerung nach und nach verlieren werde (vgl. ebd., S. 356 ff., S. 371 f.).

Beide Diskussionspartner waren spürbar bemüht, aufeinander zuzugehen und die Differenzen zu minimieren. Gleichwohl offenbart der Briefwechsel zwischen Martin Broszat und seinem Hauptkritiker keine grundsätzliche Unverein-

barkeit beider Positionen. Zu Recht ist angemerkt worden, Broszats Streben nach „einer vertiefenden historischen Ansicht“ sei „stark verknüpft mit dem Anliegen, historische Gerechtigkeit für den irrenden Kleinbürger zu schaffen“ (Berlowitz 2002: S. 28). Broszat hatte eingestanden, seinerzeit alt genug gewesen zu sein, „um emotional und geistig hochgradig betroffen zu werden von der moral- und gefühlswirrenden Suggestivität, zu der das NS-Regime, zumal in Bereich der Jugenderziehung, fähig war“ (Broszat/Friedländer 1988: S. 361). Saul Friedländer hingegen forderte historische Gerechtigkeit für die Opfer nationalsozialistischer Massenverbrechen ein. Vielleicht ist diese Diskrepanz auch für jenes geschichtspolitische Auseinanderleben zwischen Deutschen und Juden beispielhaft, das Michael Wolffsohn damals allgemein beobachtete: Während die Erinnerung an den „Holocaust“ für das Wir-Gefühl (jüngerer) Deutscher zunehmend an Bedeutung verliere, werde er für dasjenige (jüngerer) Juden immer zentraler (vgl. Wolffsohn 1989: S. 53 f., 68 f., 81 f.).

3 Das Historisierungspostulat: Nur ein selbstentlastendes Projekt der HJ und Flakhelfergeneration?

Seit im Juli 2002 bekannt wurde, dass der 1989 verstorbene Martin Broszat 1944 einen Aufnahmeantrag in die NSDAP gestellt hatte (vgl. Berg 2002, 2003), ist ein heftiger Streit um sein wissenschaftliches Erbe entbrannt. Sein Historisierungspostulat wird fundamental in Frage gestellt. Ihm wird Kälte gegenüber der Perspektive der Opfer nationalsozialistischer Massenverbrechen und eine apologetische Tendenz vorgeworfen: „In der Re-Lektüre der ‚heiligen Nüchternheit‘ eines sachlichen Funktionalismus erweist sich dieser nicht so sehr als Rationalität, sondern als Rationalisierung einer Erfahrung, die nicht in der Erinnerung von ‚Tätern‘, sondern deren ‚Mitläufern‘ geronnen ist, die ihrer eigenen inneren Beteiligung einen zugleich verstehenden und entlastenden Rahmen zu verschaffen geeignet sein mag“ (Loewy 2004: S. 54).

Dieser Vorwurf müsste sich dann freilich auch an die meisten der am Historikerstreit beteiligten Historiker, Politologen und Philosophen richten. Denn, wie oben aufgezeigt, haben sich nahezu alle Protagonisten, ganz gleich welche Partei sie ergriffen, positiv auf Broszats Historisierungspostulat bezogen. Nach heutigem Kenntnisstand ist von keinem anderen namhaften Teilnehmer des „Historikerstreits“ ein Aufnahmeantrag in die NSDAP gestellt worden. Mit wenigen Ausnahmen (etwa dem erst 1941 geborenen Klaus Hildebrand) haben aber fast alle das Dritte Reich als Kinder, Jugendliche, Flakhelfer oder junge Soldaten noch bewusst miterlebt. Und die meisten lassen sich mehr oder weniger zutreffend als „jugendliche Mitläufer“ klassifizieren.

Ist das Historisierungspostulat mithin als ein selbstentlastendes Projekt der HJ- beziehungsweise Flakhelfergeneration zu verstehen? (vgl. Broszat/Friedländer 1988: S. 347). Dagegen spricht zum einen, dass sich auch Wissenschaftler zu diesem Ansatz bekannt haben, die nicht dieser Altersstufe zugeordnet werden können (vgl. etwa einige der versammelten Autoren bei Backes/Jesse/Zitelmann 1990). Zum anderen aber hatte ja schon Hermann Rudolph festgestellt, das Konzept der Historisierung sei der „eigentliche“ hinter der eher vordergründigen Auseinandersetzung um die Thesen Ernst Noltes und Andreas Hillgrubers stehende Streitgegenstand zwischen den Kombattanten des Historikerstreits. Alle beriefen sich auf dieses Prinzip, aber jeder schien – jedenfalls hinsichtlich der Konkretisierung im Detail – etwas anderes darunter zu verstehen. Broszat selbst hat viel zu dieser Verwirrung beigetragen. Denn schon früh bemerkte Saul Friedländer zutreffend, Broszat habe den von ihm so nachhaltig eingeführten Begriff nirgends klar definiert (vgl. Friedländer 1987: S. 36). Und auch von denjenigen, die sich im Verlauf des Historikerstreits auf ihn bezogen, ist dies nicht nachgeholt worden. Allenthalben wurde eine „Historisierung des Nationalsozialismus“ beschworen. Aber niemand sagte klipp und klar, was er damit meinte.

4 Die Historisierung als unvermeidlicher Prozess und die andauernde Suche nach dem historischen Ort des Nationalsozialismus

Eines der grundlegenden Merkmale der Historisierung ist folgender Punkt: Die Geschichtswertung eines Zeitabschnitts ist dann erfolgt, wenn es keine Zeitzeugen mehr gibt, die aus persönlichem Erleben über ihn Auskunft erteilen könnten. Deren Subjektivität, die unmittelbare Betroffenheit ihres Erlebens, zwingt sie Rücksichten zu nehmen und sich zu rechtfertigen. Sie sehen sich Anklagen und kritischen Fragen ausgesetzt oder erheben diese selbst. Sie werden von Gegnerschaften, Parteiungen, Hoffnungen und Ängsten beeinflusst. Eine Auseinandersetzung mit ihrem Leben und dessen Zeithintergrund *sine ira et studio* ist ihnen nahezu unmöglich.

Gleichwohl ist das Aussterben der Zeitzeugengeneration unvermeidlich. Von daher bedarf es im Grunde keines Historisierungspostulats: Die Geschichtswertung eines Zeitabschnitts vollzieht sich in einem natürlichen Prozess von selbst. Das meinten Hermann Rudolph, Joachim Fest und andere, wenn sie während des Historikerstreits formulierten, die Historisierung des Nationalsozialismus sei unumgänglich. Und Norbert Frei hat schon vor Jahren darauf hingewiesen, dass gegenwärtig der definitive Abschied von den Zeitzeugen der Jahre

zwischen 1933 und 1945 zu beobachten ist (vgl. Frei 1998). Damit wird die „Historisierung des Nationalsozialismus“ nun real.

Des Weiteren hatte Martin Broszat dafür plädiert, „die nationalsozialistische Periode der deutschen Geschichte“ zukünftig deutlicher in das „Kontinuum der deutschen und internationalen Geschichte“ (Broszat 1988: S. 4) einzuordnen. Diese Kontextualisierung, dieses In-Beziehung-Setzen, dieses Aufzeigen von übergreifenden Zusammenhängen kann als weiteres konstitutives Merkmal einer Historisierung verstanden werden. Die Frage, welcher Platz dem Dritten Reich der deutschen Geschichte zuzuweisen ist, wird seit Friedrich Meineckes Buch „Die deutsche Katastrophe“ aus dem Jahre 1946 auch unter deutschen Historikern immer wieder diskutiert: Führte „Hitler“ aus der deutschen Geschichte hinaus (vgl. etwa Hildebrand 1984: S. 392) oder war er der logische Endpunkt einer historischen Fehlentwicklung (so etwa Fischer 1993) – so mag man die Pole dieses Disputs markieren. Und die (auch personellen) Kontinuitäten über 1945 hinaus vermögen noch bis in die Gegenwart hinein ein erhebliches Medieninteresse auf sich zu ziehen.

Versuche einer Einordnung des Dritten Reiches in das Kontinuum der internationalen Geschichte sehen sich dagegen noch immer unweigerlich eindringlichen Warnungen vor einer „Relativierung“ deutscher Schuld ausgesetzt, die den Autoren auch politisch in ein überaus bedenkliches Licht rücken. Das Mittel einer Relativierung ist der Vergleich, das In-Beziehung-Setzen einer Aussage zu einer anderen. Ein Vergleich – und das ist nun wahrlich eine Binsenweisheit – hat immer Ähnlichkeiten, Entsprechungen und Unterschiede zugleich im Blick. Jeglicher Vergleich aber relativiert den Vergleichsgegenstand im Ergebnis unausweichlicher Weise immer, eben dadurch, dass er ihn mit einem anderen in Beziehung setzt. Damit allerdings gilt – anders gewendet – ebenso: Wer eine Relativierung vermeiden will, darf nicht nur offensichtlich Unsinniges nicht miteinander vergleichen. Er darf überhaupt nicht vergleichen.

Der einzige Ausweg aus diesem Dilemma wäre für die Geschichtswissenschaft eine Art von Geschichtsschreibung, die man vielleicht als eine „verabsolutierende“ kennzeichnen könnte: Diese hätte grundsätzlich darauf zu verzichten, ihren Gegenstand aus dem Kontinuum der nationalen wie der internationalen Geschichte heraus zu deuten. Sie wäre stattdessen gezwungen, ihn gleichsam „aus sich selbst heraus“ zu erklären. Und dafür gibt es durchaus aktuellere Beispiele.

Als erstes sei die weltweit Aufsehen erregende Dissertation „Hitlers willige Vollstrecker“ des amerikanischen Historikers Daniel Goldhagen zu nennen (vgl. dazu Goldhagen 1996, Schoeps 1996, Finkelstein/Birn 1998). Goldhagen beschreibt darin nach Christopher Browning im Kern noch einmal das massenmörderische Treiben des deutschen Polizeibataillons 101 gegenüber den Juden im

Hinterland der Ostfront. Er versucht von diesem konkreten Gegenstand ausgehend, die Haltung der deutschen Bevölkerung zum „Holocaust“ zu erklären. Da er dabei das Kontinuum der deutschen und das der internationalen Geschichte ausblendet, führt er als *deus ex machina* – ohne eine auch nur einigermaßen hinreichende empirische Fundamentierung – einen „eliminatorischen Antisemitismus“ ein, der dem deutschen Volk angeblich seit Jahrhunderten, (einem spezifischen genetischen Defekt ähnlich) eigen gewesen sei. Hans-Ulrich Wehler dazu: „Goldhagens ‚Erklärung‘ basiert auf der bedingungslosen intellektuellen Kapitulation vor jedem Bemühen um ein seriöses Erklärungsmodell, das durch schlichte Diabolisierung ersetzt wird“ (Wehler 1996: S. 199). Und Eberhard Jäckel referierte vor dem Hintergrund der Goldhagen-Kontroverse zustimmend eine These des amerikanischen Historikers George L. Mosse, die zugleich die Notwendigkeit einer auch internationalen Kontextualisierung unterstreicht: „Wenn man [...] Leuten im Jahre 1914 erklärt hätte, dass innerhalb einer Generation die meisten europäischen Juden ermordet sein würden, wäre ihre Antwort höchstwahrscheinlich gewesen: Die Franzosen sind zu jedem Verbrechen fähig. Man kann sich vorstellen, dass die Leute auch die Russen verdächtigt hätten; die Deutschen wären ihnen wohl zuletzt in den Sinn gekommen“ (Jäckel 1996: S. 23).

Als weiteres Beispiel für eine „verabsolutierende“ Geschichtsdarstellung wäre die erste Version der ebenfalls weltweites Aufsehen erregenden „Wehrmachtaustellung“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung zu nennen. Zu Recht monierte hier etwa der Potsdamer Militärgeschichtler Bernhard R. Kroener wiederholt die mangelhafte Kontextualisierung der einzelnen Bilder und Bilderserien (vgl. Kroener 1999). Es wurden Taten gezeigt, die abgesehen von den verbrecherischen Befehlen der Wehrmachtführung keine spezifische Vorgeschichte zu haben schienen. Und als Erklärung für die Motivation der Täter boten die Ausstellungsmacher unter diesen Umständen dann folgerichtig allein die nationalsozialistisch-weltanschaulich unterfütterte „Selbstfeier der Barbarei als neuer Normalität“ an – die man aus dem Gesichtsausdruck vieler der abgebildeten deutschen Soldaten glauben zu können (vgl. dazu Syring 2000, 2001).

Eine Geschichtsschreibung, die, um dem Relativierungsvorwurf zu entgehen, auf Kontextualisierung und Vergleiche, auf ein In-Beziehung-Setzen ihres Gegenstandes mithin, von vornherein verzichtet, führt in eine intellektuelle Sackgasse. Sie vermag nichts zu erklären. Damit aber ist der Relativierungsvorwurf aus wissenschaftlicher Sicht unsinnig. Vergegenwärtigt man sich seinen Gebrauch in den großen, öffentlich ausgetragenen Historikerkontroversen der letzten fünfzig Jahre, dann fällt auf, dass er in aller Regel von der Seite erhoben wurde, die argumentativ in die Defensive geraten war. Er erscheint als polemisch-

ches „Totschlagsargument“ das dem, der es ausspricht, das moralisch höhere Terrain gegenüber demjenigen sichern soll, der von ihm belegt wird.

Ferner darf für die Beurteilung eines historischen Vergleichs allein ausschlaggebend sein, ob er sinnvoll, methodisch sauber durchgeführt und tragfähig ist (zu den Kriterien vgl. Herbst 2004: S. 77-99). Keine Rolle sollte hingegen die Person des Vergleichenden spielen. Was man über dessen politisch-weltanschauliche Grundüberzeugungen weiß oder zu wissen glaubt, oder welche sonstigen Absichten und Beweggründe man bei ihm mutmaßt, ist uninteressant. Das Urteil hängt vom „Was“ und „Wie“ ab, nicht aber vom „Wer“. Dass dies von manchen Protagonisten des Historikerstreits anders gesehen und gehandhabt wurde (vgl. etwa Jäckel 1990: S. 16 f., Wehler 2006), hat nicht wenig zum eigen tümlichen Klima dieser Auseinandersetzung beigetragen.

Aber auch am „Was“ des Vergleichs entzündete sich der Historikerstreit. Seit Mitte der 1960er sah die politische Linke in Deutschland die Totalitarismustheorie vor allem als Kampfinstrument des Westens im Kalten Krieg. Man unterstellte auch deren wissenschaftlichen Verfechtern, diese wollten Links- und Rechtsdiktaturen aus gegenwartspolitischem Interesse gleichsetzen, um so die Linke zu delegitimieren (vgl. Kraushaar 1997). Dass dieser Sichtweise apologetische Tendenzen gegenüber Linksdiktaturen eigen waren und sie „Auschwitz“ in diesem Zusammenhang politisch instrumentalisierte, wird inzwischen auch von ehemaligen Mitstreitern Habermas scharf kritisiert (vgl. Winkler 2002: S. 654 f.). Jürgen Habermas selbst hat zu dieser Frage 1994 so Position bezogen: „Wo die Rechten zur Angleichung neigen, wollen die Linken vor allem Unterschiede sehen. Die Linken dürfen sich über die spezifischen Gemeinsamkeiten totalitärer Regime nicht hinwegtäuschen und müssen auf beiden Seiten denselben Maßstab anlegen. Die Rechten dürfen wiederum die Unterschiede nicht nivellieren oder herunterspielen“ (Deutscher Bundestag 1995: S. 689; zur überraschten Reaktion des Habermas-Kritikers Imanuel Geiss vgl. ebd., 760 f., 775 ff.).

Neben der Geschichtswertung im rein biologischen Sinne und der Einordnung in das Kontinuum der nationalen und internationalen Geschichte ist damit ex negativo ein weiteres konstitutives Merkmal der Historisierung angesprochen: Die Instrumentalisierung der Vergangenheit, um gegenwärtige politische Interessen zu fördern, sollte soweit wie möglich vermieden werden. Ihre gänzliche Unterlassung zu fordern, wäre wohl unrealistisch.

Ein letztes grundsätzliches Element umschrieb Martin Broszat 1988, als er formulierte, sein Historisierungspostulat richte sich „gegen die Abnutzung und Verflachung der Moralisierung der NS-Erfahrung, gegen ihre Verkümmern zu einem routinemäßigen Gesinnungsbekennnis ohne aufschließende moralische Kraft, gegen eine Moralisierung, die häufig Zuflucht nimmt zu einer Pauschalie-

rung und Vergrößerung der historischen Vorgänge der NS-Zeit, die reale Geschichte dieser Zeit streckenweise in Fiktivität verwandelt und Gefahr läuft, ihr ein wesentliches Stück ihres Authentizitäts- und Wahrheitsgehalts zu entziehen“ (Broszat 1988: S. 1 f.). Anders, als ihm gelegentlich unterstellt wurde, sprach sich Broszat also keineswegs für eine grundsätzliche Entmoralisierung der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit aus, wohl aber für eine präzise Differenzierung des moralischen Urteils.

Historisierungsdiskussion und Historikerstreit überschneiden und verwoben sich auf vielfältige Weise miteinander. Beschädigt wurde dabei das Historisierungsanliegen, das eine sachlichere Diskussion vor einem weniger aufgeladenen Hintergrund verdient gehabt hätte. Dennoch stimmt der aktuelle Befund hoffnungsfroh. Viele der Beobachtungen Broszats haben sich inzwischen bewahrheitet und viele seiner Anregungen sind umgesetzt worden. Zwar beruft sich kaum noch jemand ausdrücklich auf sein Historisierungspostulat. Seine Prinzipien wendet man aber stillschweigend an – sogar in den elektronischen Medien.



Literatur:

- „Historikerstreit“, 1987: Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München/Zürich.
- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard/Zitelmann, Rainer (Hrsg.), 1990: Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus, 2. Aufl., Frankfurt a.M./Berlin.
- Berg, Nicolas, 2003a: Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung, Göttingen.
- Berg, Nicolas, 2003b: Die Lebenslüge vom Pathos der Nüchternheit. Subjektive jüdische Erinnerung und objektive deutsche Zeitgeschichtsforschung in den sechziger Jahren, in: Süddeutsche Zeitung vom 17. Juli.
- Berlowitz, Shelley, 2002: Zwischen Geschichte und Gedächtnis. Zur Historisierung des Nationalsozialismus (Magisterarbeit im Hauptfach Geschichte, Universität Konstanz), in: <http://www.ub.uni-konstanz.de/kops/volltexte/2003/941>, S. 28.
- Broszat, Martin 1987b: Grenzen der Wertneutralität in der Zeitgeschichtsforschung: Der Historiker und der Nationalsozialismus, in: Graml, Herman/Henke, Klaus-Dietmar (Hrsg.), Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte. Beiträge von Martin Broszat, München S. 92-113.
- Broszat, Martin, 1987a: Eine Insel in der Geschichte? Der Historiker in der Spannung zwischen Verstehen und Bewerten der Hitler-Zeit, in: Graml, Herman/Henke,

- Klaus-Dietmar (Hrsg.), *Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte. Beiträge von Martin Broszat*, 2. Aufl., München, S. 114-120.
- Broszat, Martin, 1987c: Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus, in: Graml, Herman/Henke, Klaus-Dietmar (Hrsg.), *Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte. Beiträge von Martin Broszat*, 2. Aufl., München, S. 159-173.
- Broszat, Martin, 1988: Was heißt Historisierung des Nationalsozialismus?, in: *Historische Zeitschrift* 247, S. 1-14.
- Broszat, Martin/Friedländer, Saul, 1988: Um die „Historisierung des Nationalsozialismus“. Ein Briefwechsel, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 36, S. 339-372.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.), 1995: *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“* (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band IX., Baden-Baden/Frankfurt a.M..
- Diner, Dan (Hrsg.), 1987b: *Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit*, Frankfurt a.M.
- Diner, Dan, 1987a: Zwischen Aporie und Apologie. Über Grenzen der Historisierbarkeit des Nationalsozialismus, in: Ders. (Hrsg.), *Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit*, Frankfurt a.M., S. 62-73.
- Diner, Dan, 1990: Perspektivenwahl und Geschichtserfahrung. Bedarf es einer besonderen Historik des Nationalsozialismus?, in: Pehle, Walter H. (Hrsg.), *Der historische Ort des Nationalsozialismus. Annäherungen*, Frankfurt a.M., S. 94-113.
- Finkelstein, Norman G./Birn, Ruth (Hrsg.), 1998: *Eine Nation auf dem Prüfstand. Die Goldhagen-These und die historische Wahrheit. Mit einer Einleitung von Hans Mommsen*, Hildesheim.
- Fischer, Fritz, 1993: *Hitler war kein Betriebsunfall. Aufsätze*, 3. Aufl., München.
- Frei, Norbert, 1998: Abschied von der Zeitgenossenschaft. Der Nationalsozialismus und seine Erforschung auf dem Weg in die Geschichte, in: *Werkstattgeschichte* 20, S. 69-83.
- Friedländer, Saul, 1987: Überlegungen zur Historisierung des Nationalsozialismus, in: Diner, Dan (Hrsg.), *Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit*, Frankfurt a.M., S. 34-50.
- Friedländer, Saul, 1990: Die „Endlösung“. Über das Unbehagen in der Geschichtsdeutung, in: Pehle, Walter H. (Hrsg.), *Der historische Ort des Nationalsozialismus. Annäherungen*, Frankfurt a.M., S. 81-93.
- Goldhagen, Daniel Jonah, 1996: *Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust*, Berlin.
- Herbst, Ludolf, 2004: *Komplexität und Chaos. Grundzüge einer Theorie der Geschichte*, München.
- Hildebrand, Klaus, 1984: Deutscher Sonderweg und „Drittes Reich“. Betrachtungen über ein Grundproblem der deutschen und europäischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, in: Michalka, Wolfgang (Hrsg.), *Die nationalsozialistische Machtergreifung*, Paderborn u.a., S. 386-394.
- Jäckel, Eberhard, 1990: Vom Kampf des Urteils gegen das Vorurteil. Andreas Hillgruber zu Ehren, in: Dülffer, Jost/Martin, Bernd/Wollstein, Günter (Hrsg.), *Deutschland in*

- Europa. Kontinuität und Bruch. Gedenkschrift für Andreas Hillgruber, Frankfurt a.M./Berlin, S. 11-17.
- Jäckel, Eberhard, 1996: Das deutsche Jahrhundert. Eine historische Bilanz, Stuttgart.
- Kraushaar, Wolfgang, 1997: Von der Totalitarismustheorie zur Faschismustheorie – Zu einem Paradigmenwechsel in der bundesdeutschen Studentenbewegung, in: Söllner, Alfons/Walkenhaus, Ralf/Wieland, Karin (Hrsg.), Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin, S. 267-283.
- Kroener, Bernhard R., 1999: Die Deformation des Menschen im Krieg. In der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ wird häufig der Kontext der Taten übersehen, in: Die Welt vom 4. November.
- Loewy, Hanno, 2004: Die Geburt der „Sachlichkeit“ aus dem Geist des tragischen Heroismus. Zu Nicolas Bergs fulminanter Historisierung der Historisierer, in: Historisches Forum 2, S. 53-64.
- Rudolph, Hermann, 1986: Falsche Fronten? Zum Historikerstreit um die Frage, welche Rolle die Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich für unser Selbstverständnis spielen kann, in: Süddeutsche Zeitung vom 4./5. Oktober.
- Schoeps, Julius H. (Hrsg.), 1996: Ein Volk von Mördern? Die Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust, Hamburg.
- Syring, Enrico, 1994: Hitler. Seine politische Utopie, Berlin/Frankfurt a.M..
- Syring, Enrico, 2000: Cui bono? Über Sinn und Unsinn der Aufregung um die „Wehrmachtausstellung“, in: Mut Nr. 390, S. 32-43.
- Syring, Enrico, 2001: In aller Stille. Wehrmachtausstellung und der Umgang mit unserer Vergangenheit, in: Mut Nr. 402, S. 34-39.
- Wehler, Hans-Ulrich, 1988: Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum „Historikerstreit“, München.
- Wehler, Hans-Ulrich, 1996: Wie ein Stachel im Fleisch, in: Schoeps, Julius H. (Hrsg.), Ein Volk von Mördern? Die Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust, Hamburg, S. 193-209.
- Wehler, Hans-Ulrich, 2005: „Auschwitz taugt nicht als Gründungsmythos der Republik“ (Interview), in: Welt am Sonntag vom 16. Januar.
- Wehler, Hans-Ulrich, 2006: „Historische Allüren“ (Interview), in: taz vom 12. Juli.
- Winkler, Heinrich August, 2002: Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte, Band II., 5. Aufl., München.
- Wolffsohn, Michael, 1989: Ewige Schuld? 40 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen, 3. Aufl., München/Zürich.

Gerd Koenen

Hitlers Russland¹. Eine alternative Sicht auf den „kausalen Nexus“ zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus

1 Einleitung

Dem „Historiker-Streit“ der späten 1980er Jahre lag, bevor er sich auf eine „Kontroverse um die Einzigartigkeit des nationalsozialistischen Judenmordes“ („Historikerstreit“ 1987) verengte, die viel weitergehende These Ernst Noltes vom „kausalen Nexus“ zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus zugrunde (Nolte 1987). Der kurzschlüssige und apologetische Charakter dieser Formel hat mit dazu beigetragen, dass die sachliche Frage selbst unbeantwortet blieb: Ob nicht tatsächlich die terroristisch durchgesetzte Machteroberung der Bolschewiki in der Phase von Weltkrieg, Revolution und Nachkrieg (um in den Kategorien Noltes zu sprechen) die „Grundemotionen“ Hitlers und seiner Gefolgsleute entscheidend bestimmt, den „ursprünglichen“ oder „zentralen Impuls“ der NS-Bewegung gebildet und ihr zugleich als „Vorbild und Schreckbild“ gedient habe.

Diese Frage ist umso legitimer, als Noltes These den Auffassungen vieler seiner radikalsten Kritiker weitaus näher stand und steht, als diese wahrhaben möchten. Nicht zufällig war es gerade Ernst Nolte gewesen, der in der alten Bundesrepublik in den 1960er Jahren unter dem Applaus der Linken den Gattungsbegriff des „Faschismus“ wissenschaftlich rehabilitiert hat. Damit, so sagte er noch 1997 in seinem Briefwechsel mit François Furet, habe er „der marxistischen Auslegung ein gutes Stück näher“ gestanden als der „klassischen Totalitarismustheorie“. Und was hätten die Marxisten je anderes behauptet, „als dass die Faschismen verzweifelte und zum Scheitern verurteilte Reaktionen der Bourgeoisie gegen das siegreiche Vordringen der proletarischen und sozialistischen Bewegung gewesen seien“ (Furet/Nolte 1998: S. 40 f.). Was Nolte in seinen

¹ Der Beitrag ist ein mit freundlicher Genehmigung des Autors leicht gekürzter Nachdruck des folgenden Aufsatzes: Hitlers Russland. Ambivalenzen im deutschen „Drang nach Osten“, in: *Kommune. Forum für Politik, Ökonomie, Kultur* (2003), Heft 1, S. 65-78.

späteren Schriften getan hat, war im Grunde nur eine Verschiebung der Wertungen; das Erklärungsschema selbst blieb gegenüber seinen frühen Faschismusschriften mehr oder weniger gleich. Im Grunde ist die Vorstellung eines gegenseitigen Bedingungs Zusammenhangs von kommunistischer Revolution und faschistischer Gegenrevolution aber zur vorherrschenden Auffassung der Historiographie überhaupt geworden. Und gerade für Deutschland gilt es als feststehend, dass eine Trias von Antibolschewismus, Antisemitismus und Russophobie (oder Slawophobie) die Nazis mit einem weiten Spektrum der deutschen Öffentlichkeit verbunden und ihrem Aufstieg zur stärksten Partei und Machtübernahme 1933 erst den Boden bereitet habe.

2 Medium Hitler

Soviel ist sicher richtig: Als im September 1919 der anonyme Bewohner der Männerheime, Kasematten und Kasernen Adolf Hitler – wie ein „Schläfer“ ohne Auftrag, aus dem „es“ plötzlich zu sprechen beginnt – sein Talent als Demagoge entdeckte und „beschloss, Politiker zu werden“, da war dieser ewige Weltkriegsgefreite in der Tat „wie das synthetische Produkt aller Ängste, Pessimismen, Abschieds- und Abwehrgefühle“ (Joachim Fest), die seine Volks- und Zeitgenossen bewegten. Die Frage ist allerdings, wie diese Affekte genauer zu beschreiben wären.

Einen neuen, ungewohnten Zugang hat Wolfgang Schivelbusch (2001) mit seiner jüngsten Arbeit eröffnet, worin er die mentale Verfassung der Weimarer Republik als eine „Kultur der Niederlage“ beschrieben hat, die wegen des unheroischen und demütigenden Charakters des militärischen Zusammenbruchs 1918, der keine innere Kompensation fand, stärker als in anderen, historisch vergleichbaren Fällen (der amerikanische Süden 1865, Frankreich 1871) zur „Schaffung einer imaginären – klinisch gesprochen: einer neurotisch-halluzinatorischen Ersatzwelt“ (Nolte/Furet 1998: S. 38) drängte. Tatsächlich war diese Niederlage, die eher einem „Militärstreik“ glich als der Kapitulation eines geschlagenen Heeres, beispiellos und in mancher Hinsicht mysteriös. Noch „nie zuvor (hatte) eine Nation die Waffen gestreckt, deren Armeen so tief im Feindesland standen“ (ebd., S. 229). Auch Niall Ferguson (1999: S. 371) stellt am Ende seiner Geschichte des Ersten Weltkriegs fest: „Es gibt noch immer keine allgemeine Erklärung für die deutschen Massenkapitulationen am Ende des Jahres 1918.“

Der französische Oberkommandierende Marschall Foch war jedenfalls auch im Nachhinein davon überzeugt, dass die deutsche Armee „im November 1918 hinter dem Rhein hätte standhalten können“ (zit. nach Schivelbusch 2001: S. 227 f.). Das konvergiert in gewisser Weise mit dem Urteil Arthur Rosenbergs, des

kommunistischen Historikers der Weimarer Republik, der es für unbezweifelbar hielt, dass ein Sturz Ludendorffs und die Einsetzung einer demokratischen Regierung durch die Reichstagsmehrheit, ein Verzicht auf Brest-Litowsk und die Rückführung des Ostheeres, schließlich ein „fester politischer Block Deutschland-Russland-Österreich“ in der Lage gewesen wäre, „von der Entente einen billigen Frieden (zu) erhalten“ (zit. nach ebd., S. 228).

Stattdessen führte die Politik der letzten deutschen Reichsleitung zur totalen Überspannung aller militärischen und zivilen Kräfte des Reiches bei skrupelloser Nahrung des russischen Bürgerkriegs von beiden Enden der Lunte her, dem roten wie dem weißen; und in der Schlusspanik des Herbstes 1918 dann zum überraschenden Waffenstillstandsersuchen, das den Zusammenbruch einleitete. Die infame Legende vom „Dolchstoß“ in den Rücken der Front, die die Hauptverantwortlichen im Moment ihres Scheiterns ausgaben, wies bereits den Weg voraus zur „Flucht in den Hass“ (Anneliese Thimme zit. nach ebd., S. 242).

Hitlers „Grundemotion“ lässt sich auf diesem Hintergrund bereits vollkommen anders dechiffrieren. Es ging offenkundig um die Externalisierung der Scham der Kapitulation, die durch Friedrich Eberts Trostformel „Im Felde unbesiegt“ eben nicht mehr getröstet, sondern im Gegenteil angestachelt wurde. Hitlers späterer, stilisierter Lebensbericht in „Mein Kampf“ ist an keiner Stelle so authentisch und literarisch prägnant wie in der Schilderung des „Kriegserlebnisses“. Aber nicht erst mit der Revolution von 1918, sondern mit dem Burgfrieden von 1914 beginnt in seiner ideologisierten Rückinterpretation das Verhängnis.

Damals, als auch die Arbeiter treu zur Fahne eilten, habe der „Marxismus, dessen letztes Ziel die Vernichtung aller nichtjüdischen Nationalstaaten ist und bleibt“, sich „die Tarnkappe der Lüge über die Ohren“ gezogen und „frech die nationale Erhebung mit“ gemimt. Solcherlei Verrat aber hätte eine nationale Regierung (anders als die von jüdischem Gemauschel umgebene Regierung Bethmann Hollwegs und Wilhelms II.) niemals dulden dürfen: „Es wäre die Pflicht einer besorgten Staatsregierung gewesen, [...] die Verhetzer dieses Volkstums unbarmherzig auszurotten. Wenn an der Front die Besten starben, dann konnte man zu Hause wenigstens das Ungeziefer vertilgen“ (Hitler 1934: S. 185 f.).

Überdeutlich ist in diesen Passagen, dass Hitlers „ursprünglicher“, vernichtender Hass nicht den Organisatoren irgendeines revolutionären „Klassenmords“, sondern den vermeintlichen Vaterlandsverrätern und Zersetzern der Fronten im Weltkrieg galt, die als „Novemberverbrecher“ im Augenblick der ruhmlosen Niederlage eine demokratisch-parlamentarische Republik gründeten – ohne jeden „Klassenmord“, was dem Vernichtungsimpuls gegen dieses „Ungeziefer“ keinerlei Abbruch tat. Im Gegenteil: Der unbekannte Weltkriegsgefreite zeigte sich selbst zu jedem beliebigen Klassen- oder Rassenmord bereit, wenn das nur die Schmach hätte abwaschen können. Und allein die Metapher des „Ungezie-

fers“ deutete auf ein völlig anderes „Schreckbild“ als das bolschewistische Massenexekutionen: Es ist das Bild einer Infektion, einer Vergiftung und Verseuchung, die fataler ist als jeder Dolchstoß oder Mord.

Soweit Nachrichten aus dem Bürgerkrieg in Russland oder die Geiselmorde im Münchner Luitpold-Gymnasium während der Räterepublik im April 1919 für die Hitlerschen Grunddispositionen eine Rolle gespielt haben, dann allenfalls als Entblockierung eigener mörderischer Aggressionen. Was in Noltes Modell die treuherzige Vorstellung eines Impulses zur „Gegenvernichtung“ aus ehrlicher gutbürgerlicher Empörung annimmt, dürfte recht exakt den Tatbestand dessen erfüllt haben, was in der Psychologie als „Projektion“ bezeichnet wird.

3 Weltkrieg und totalitäre Massenbewegungen

Man kann diesen Sachverhalt auch sehr viel weiter fassen. Im Grunde – so meine schon früher entwickelte These – haben sich alle totalitären Massenbewegungen des Zeitalters aus der sozialen Grundenergie eines nach innen gerichteten Revanchismus gespeist, die kommunistischen ebenso wie die faschistischen Typs. Entstanden jeweils im Moment des politischen und militärischen Zusammenbruchs, könnte man sie als Projekte zur „Fortführung des Weltkriegs mit anderen Mitteln“ beschreiben – nämlich mit den Mitteln politischer Diktatur, ideologischer Mobilisierung, organisatorischer Erfassung, wirtschaftlicher Planung, allgemeiner Militarisierung und radikaler Homogenisierung des Sozialkörpers. Dieser Weg eines Wiederaufstiegs als Phönix aus der Asche des Weltkriegs setzte hier wie dort das Stahlbad eines Bürgerkriegs voraus, der sich der Soldaten als des entscheidenden „revolutionären Subjekts“ bediente und sich wesentlich aus den Erbitterungen und Fanatismen der Niederlage nährte (vgl. Koenen 1998, besonders das Kapitel „Weltkrieg und totalitäre Bewegungen“).

Dabei griffen diese neuen, totalitären Bewegungen auf ihre Weise die Versprechen und Erwartungen auf, die durch den Krieg geweckt worden waren. Diese hatten sich keineswegs nur auf imperiale Landnahmen und Machtzuwächse, sondern ebenso auf die Perspektiven eines inneren Ausgleichs, demokratischer Teilhabe und sozialer Anerkennung gerichtet. Begriffe wie „Volksgemeinschaft“ und „Kriegssozialismus“ transportierten (nicht nur in Deutschland) auch schwärmerische Aspirationen einer neuen Einfachheit, Sittlichkeit, Bindung und Sinngebung des Lebens, einer Aufhebung der Kontingenzen und Ambivalenzen der Moderne.

Diese Erwartungen hatten, je länger der Krieg dauerte, statt Abkühlung und Ernüchterung eine immer weitere Steigerung erfahren. Mit seinen auf alle Seiten des sozialen Lebens zugreifenden, „totalen“ Tendenzen bedeutete der Weltkrieg

im sozialen Gefüge und kulturellen Habitus der beteiligten Gesellschaften vielfach bereits eine tiefer greifende Umwälzung als die politischen Revolutionen, die an seinem Ende standen. Und jedenfalls war der Krieg selbst der Beginn und die Grundlage aller Revolutionen des Zeitalters.

Die Veränderungen in der „Heimat“ (die sich als Verbürgerlichung, Kommerzialisierung, Feminisierung, „Verjudung“ und Egalisierung sowie als Verfall hergebrachter Lebensformen und angestammter Autorität darstellten) wurden von denen „im Feld“ jedoch vielfach als Verrat empfunden, erst recht nach der Rückkehr, als sich die demobilisierten oder verwundeten Soldaten und Offiziere einer massiven sozialen Degradierung unterworfen sahen. Dieser latente Interessens- und Lebenskonflikt zwischen Militär und Zivil, der sich im Krieg bereits zu den giftigsten Aversionen gesteigert hatte, wurde nach Kriegsende noch überhöht durch die Erinnerung an den „Männerbund“ der Schützengräben (mit allen homophilen und halbreligiösen Komponenten; vgl. dazu Stephan 1998: S. 241 ff.), der in den Landschaften des Todes die letzte menschliche Zuflucht und Bindung geboten hatte und daher in einem keineswegs mystischen, sondern sehr elementaren Sinne sakrosankt war; und abermals durch Gefühle der Überlebensschuld gegenüber den an der Front „zurückgelassenen“ Toten, mit denen die rückkehrenden Frontkämpfer in „tragischer Identifikation“ lebten (Schivelbusch 2001: S. 279).

Zugleich erschienen die Mittel des Krieges – zentrale Organisation und Planung, einheitliches Kommando und kollektive Gesamtziele – den Kriegsteilnehmern im Chaos der Nachkriegsjahre als das einzige probate Mittel zur Bewältigung der sozialökonomischen Krisen und als Modell einer stabilen und gerechten Gesellschaft. Eine korporative Sozialordnung, in denen die Idee der Nation mit der des Sozialismus verschmolz, erschien ihnen unabweisbar und geradezu natürlich. Klar war auch, dass den demobilisierten Soldaten und Offizieren in einer solchen Sozialordnung das Primat zukommen musste.

Schließlich fehlte der Republik von Weimar von Beginn an ein „legitimierender Gründungsmythos“ in Form eines „heroischen oder wenigstens in der nationalen Mythologie heroisierbaren Aktes“, wie Detlev Peukert (1987: S. 15 f.) gesagt hat. Jedenfalls gab es nichts, was die Kränkung der Niederlage symbolisch und sozial hätte kompensieren und die frei flottierenden sozialen und psychischen Energien der Weltkriegsteilnehmer hätte binden können.

4 „Die große Angst“

Schon aus dieser Perspektive wird deutlich, dass das Bild einer beherrschenden bürgerlich-kleinbürgerlichen „Revolutions-“ oder „Bolschewismusfurcht“ für die

Situation von 1918/19 schwerlich zutreffen kann. Nicht bare Furcht vor Gewalt und Umsturz, sondern eher eine zurückgestaute Aggression, die kein Objekt fand, kennzeichnete die sozialpsychologische Grundsituation in Deutschland.

Die „Große Angst“, von der man – in Analogie oder direkter Fortsetzung der „grande peur“ des europäischen Adels und Bürgertums in den Jahrzehnten nach der französischen Revolution – gesprochen hat, war ohnehin weit vieldeutiger. Das große Thema, die „geschichtliche Aufgabe“ der Jahre 1918/19 war zunächst die staatliche Neuordnung Europas, d.h. die Bildung neuer National- oder Nationalitätenstaaten auf den Fundamenten der zusammengebrochenen östlichen Vielvölkerreiche. Die Losung des „Selbstbestimmungsrechts der Nationen“ dürfte denn auch größere Massen in Bewegung gesetzt haben als die Parolen des revolutionären Sozialismus oder Kommunismus.

Auch wo es zu radikalsozialistischen Umstürzen kam, wie in Russland oder (für kurze Zeit) in Ungarn, waren nationale und soziale Fragen unmittelbar miteinander verschränkt. Die ungarische Räterepublik war geradezu prototypisch eine Aktion nationaler Selbstverteidigung vermittelt sozialistischer Mobilisierung der Massen und Zentralisierung aller Ressourcen, was immer ihre (vielfach jüdischen) Führer und Ideologen sich sonst noch vorgestellt haben.

Nicht anders die Bolschewiki, die den Bürgerkrieg 1918/19 als einen nationalen Verteidigungskrieg gegen eine „imperialistische Intervention“ deklariert hatten und im Krieg mit Polen 1920 ganz offen an die Sache „Russlands“ appellierten, und zwar des großen Russland (Rossija), die mit der Sache des Sozialismus in eins gesetzt wurde. Die Losung eines „vaterländischen Krieges“, die Lenin bereits im Frühjahr 1918 erstmals erhob, sprach eine reale Motivlage an, die einen nicht geringen Teil der Offiziere der alten Zarenarmee in die Reihen der Roten Armee brachte. Und es war keineswegs bloße Demagogie, wenn gerade ein jüdischer Bolschewik wie Trotzki sich im Bürgerkrieg oder im polnischen Krieg 1920 nationaler Rhetoriken wie der „Sammlung der russischen Erde“ oder der „Freiheit und Unabhängigkeit Russlands“ bediente.

Eben diesen Geist einer kriegerischen Selbstbehauptung im Namen des Sozialismus wie der Nation gegenüber den westlichen Siegermächten versuchte Karl Radek den spartakistischen Schwarmgeistern auf dem Gründungsparteitag der KPD einzupauken. Er traf auf denselben Defaitismus wie sein Gegenspieler Eduard Stadtler, der Führer der „Antibolschewistischen Liga“, der eine militante antibolschewistische Massenmobilisierung in eine Demonstration nationaler Geschlossenheit gegenüber den Versailler Siegern und in einen Impuls für einen korporativen „deutschen Sozialismus“ hatte umwandeln wollen. Vom einen wie vom andern konnte keine Rede sein. Spartakisten und Antibolschewisten in Deutschland waren 1919/20 gleichermaßen schwach und desorientiert.

5 „Bolschewismus im Ballsaal“

Unterdessen machten sich im Alltagsleben der Republik „Subversionen“ ganz anderer Art geltend. „Wie der Walzer zur Revolution von 1989 und der Cancan [...] zur Julirevolution von 1830, so gehörten die sogenannten Jazztänze im Berlin der Jahreswende 1918/19 zum Novemberumsturz“ (Schivelbusch 2001: S. 23 f). Und als die Tanzwütigen erwiesen sich die jungen Frauen. In den zwanziger Jahren, und gerade in den Zeiten der Hyperinflation, wurde daraus ein Phänomen, das der Psychologe Fritz Giese (1925) als „Girllkultur“ bezeichnete² – die sichtbarste und emotional (weil erotisch) wahrscheinlich eingreifendste Form der Amerikanisierung, die das Weimarer Deutschland in sukzessiven Schüben geprägt hat.

Charakteristisch genug, sprachen zeitgenössische Beobachter – ironisch, angst- oder hasserfüllt – vom „Bolschewismus im Ballsaal“, obschon mit dem real existierenden Bolschewismus alles Mögliche, nur keine Jazztänze verbunden werden konnten. Aber es war längst zur Manie geworden, den Begriff des „Bolschewismus“ als universelle Metapher der Auflösung alter Ordnungen und Sitten, Kunst- und Lebensauffassungen zu verwenden. So findet man pädagogische Warnschriften gegen den „sexuellen Bolschewismus“ der Jugend ebenso wie Brandreden gegen den „Musikbolschewismus“ der Neutöner oder gegen den „Kunstbolschewismus“ der Expressionisten und Abstrakten, ohne dass die geringsten Bezüge zu Sowjetrußland und zur radikalen Linken vorlagen oder auch nur behauptet worden wären.³

Die „große Angst“ dieser Epoche dürfte also nur zum Teil (und eher zum kleineren Teil) den sozialrevolutionären Umstürzbewegungen gegolten haben. Und selbst der Affekt gegen den „Bolschewismus“ meinte häufig Phänomene, die mehr der rapiden Amerikanisierung der Alltagskultur als irgendeiner fiktiven „Sowjetisierung“ entsprangen. Plakativ gesagt, ging es nicht allein und nicht einmal in erster Linie um Guillotinen oder Erschießungskommandos, um rote Kommandeure und Kommandeusen, sondern um „zerhackte“ Verse oder Bilder, um aufgelöste Harmonien und entwertete Geldzeichen, um kurze Haare und Damenwahl beim Tanz.

So galt auch Hitlers „große Angst“, wenn schon, dem Weltumsturz in all seinen Erscheinungsformen. Als dessen Demiurgen aber entdeckte er im Mo-

² Darauf bezieht sich Schivelbusch (2001: S. 319-327) zentral in seinem Exkurs „Der Tanzboden der Inflation und die Girllmaschine.“

³ So zum Beispiel eine Broschüre von Ludwig Hoppe (1921), die überhaupt keinen Bezug auf den Bolschewismus im politischen Sinne nimmt. Auch in der Arbeit von Eckhard John (1993) lassen sich – jenseits des im Untertitel gewählten Aspekts – Beispiele finden, die den hier angesprochenen Gesichtspunkt belegen.

ment seines politischen Erwachens „den Juden“ – dem alles, „was Menschen zu Höherem streben lässt, sei es Religion, Sozialismus, Demokratie, [...] nur Mittel zum Zweck, Geld und Herrschgier zu befrieden“, sei. In diesem frühesten politischen Credo Hitlers vom September 1919 ist vom Bolschewismus mit keinem Wort die Rede. Es handelt ausschließlich vom Judentum als „Rassentuberkulose der Völker“, die restlos „entfernt“ werden muss (Brief an Adolf Gemlich, zit. nach Deuerlein 1968: S. 201 ff.).

6 Ostwendung des Reiches im Weltkrieg

Ähnlich wie „Bolschewismus“, wurde auch „Versailles“ alsbald zu einer Metapher, die unendlich mehr Themen und Stoffe transportierte, als sich mit dem harschen Friedensdiktat selbst annähernd verbinden ließen. Es ging, um noch einmal Joachim Fest zu zitieren, um „einen Akt des metaphysischen Verrats und der tiefen Untreue gegen sich selbst; denn es lieferte Deutschland, das romantische, gedankentiefe, unpolitische Deutschland [...] eben jener westlichen Zivilisationsidee aus, die es in seinem Wesen bedrohte“ (ebd., S. 141).

Das waren aber genau jene essentialistischen Gegenüberstellungen und Selbst-zuschreibungen, die bereits den Kern der „deutschen Idee“ im Weltkrieg gebildet hatten. Dieser hatte sich militärisch wie politisch-ideologisch immer mehr zu einem totalen Krieg Deutschlands gegen den (erstmalig so bezeichneten und als historisch-politische Einheit betrachteten) „Westen“ entwickelt. In einer endlosen Kette antithetischer Begriffe war das „deutsche Wesen“ in seiner fundamentalen Differenz zum „westlichen Ungeist“ herausgearbeitet worden. In dieser Literatur stand der „Bürger“ dem „Bourgeois“, die „Kultur“ der „Zivilisation“, die „Sittlichkeit“ dem „formalen Recht“, die „Persönlichkeit“ dem „Individuum“, aber auch der „Sozialismus“ (im deutschen Sinne von Gemeinwirtschaft) dem westlichen „Kapitalismus“ (als reiner Privatwirtschaft) gegenüber. Das war keine bloße staatliche Kriegspropaganda gewesen, sondern eine genuine geistige Produktion, an der sich mit wenigen Ausnahmen alles beteiligte, was Rang und Namen hatte.

In diesem System der „Ideen von 1914“ galt Russland als der nächste potentielle Verbündete und das logische Objekt einer deutschen „Kulturarbeit“. Je übertrieben despotischer der Zarismus gezeichnet wurde, umso moralisch großartiger leuchtete das Bild des von seinen großen Dichtern repräsentierten, so grausam beleidigten russischen Volkes. Tatsächlich fand die weitgespannte deutsche Revolutionierungstätigkeit im Osten nicht nur in Gestalt der Bolschewiki eine Vielzahl bereitwilliger Verbündeter. In den westlich-demokratischen Gesellschaften musste die deutsche Politik dagegen von einer mehr oder minder

homogenen Einheit von Regierung und Volk ausgehen; hier waren keine politischen Eroberungen zu machen, höchstens militärische. Die Welt der Schützengräben und des Materialkriegs im Westen war eine geschlossene, lebensfeindliche Sphäre, in der allenfalls der „Kampf als inneres Erlebnis“ (Ernst Jünger) ausgelebt werden konnte. Auch der totale U-Boot-Krieg im Atlantik trug diese erstickenden, klaustrophoben Züge. Der Osten dagegen stand weit offen und bot ein Feld politischer und militärischer Manöver und Phantasien größten Stils.

Diese ideologischen und psychologischen Grunddispositionen der Kriegszeit waren allenfalls in der ersten, frischen Panik des Zusammenbruchs im Winter 1918/19 von einer akuten „Bolschewismusfurcht“ überspielt worden. Allerdings war diese durch die sozialdemokratische Regierung und die liberale Presse auch künstlich dramatisiert worden, um der Entente mit einer Bolschewisierung Deutschlands zu drohen und so eine Milderung der Friedensbedingungen zu erreichen. Manche gingen umgekehrt davon aus, dass die Versailler Mächte das „im Felde unbesiegte“ Deutschland in ähnlicher Weise mit dem Bolschewismus infizieren wollten, wie es die deutsche Reichsleitung eben erst (jedenfalls in ihren Allmachtsphantasien) mit Russland getan hatte.

So firmierten die Bolschewiki gerade in der antisemitischen Agitation der Zeit – etwa in den Schriften des jungen Alfred Rosenberg oder des deutschen Herausgebers der „Protokolle der Weisen von Zion“, Müller von Hausen – als Höllenhunde des internationalen Kapitalismus. Dietrich Eckart, der erste Mentor Hitlers, stellte noch im Herbst 1919 einen echten, „deutschen Bolschewismus“ einem falschen, „jüdischen Bolschewismus“ gegenüber. Alle diese Beweisführungen liefen darauf hinaus, dass die bolschewistische Radikalisierung nur die betrügerische Form der Übernahme aller nationalen Reichtümer und Ressourcen durch das internationale Kapital war. Diese Abgrenzung war die primäre und eigentliche Bedeutung des Begriffs „Nationalsozialismus“.

Im Übrigen wurden alle akuten Bolschewismus-Ängste nicht nur von der Erregung über das Versailler Friedensdiktat, sondern auch bereits von der wachsenden Spannung mit den neuen Staaten im Osten, besonders mit Polen, überlagert. Gegen das „weiße“ Polen aber stand das „rote“ Sowjetrussland, das sich seit dem Sommer 1918 seinerseits im offenen Krieg mit den westlichen Siegermächten sah. Das musste alle deutschen Einstellungen entscheidend prägen. Schon die Ermordung der (halb deutschen) Zarenfamilie in der Zeit von Brest-Litowsk war in der deutschen Presse und Publizistik mit einer verblüffenden Kälte aufgenommen worden. Die Flut der „weißen“ Emigranten aus Russland, die nach Deutschland hineinströmte, weckte kaum genuine Anteilnahme. Dass die Mehrzahl bald weiter nach Westen zog, hatte außer sozialen Gründen auch damit zu tun, dass sie in Deutschland früher als sonst wo als „gewesene Menschen“ galten. Aber auch die im Osten kämpfenden „Baltikumer“ fühlten sich im

Sommer 1919 (nach der Unterzeichnung in Versailles) von der deutschen Politik und Öffentlichkeit verraten und verkauft. Nicht zuletzt deshalb wuchs gerade unter den militanten Antibolschewisten und Freikorpskämpfern der ersten Stunde die stille oder auch offen erklärte Bewunderung für das Regime der Bolschewiki, das sich dem Zugriff der Siegermächte des Westens durch die Mobilisierung einer totalen Kriegs- und Bürgerkriegsbereitschaft entzogen hatte. Mehr noch: Mit dem Angriff auf Polen 1920 trat das neue Sowjetrussland als eine entschieden revisionistische Macht in die Arena, die sich an die Spitze einer Front der „jungen“ und „proletarischen“ Völker gegen das Versailler Weltsystem setzte und einen sozial- und nationalrevolutionären deutschen Revanchismus deutlich ermunterte. Vor allem für die konspirative Zusammenarbeit mit der Reichswehr gab es jenseits aller nüchtern-materiellen Interessen eine Ebene genuiner ideeller Verbundenheit, die in breite deutsch-nationale Milieus diffundierte (Zeidler 1994: S. 42).

7 Vom Bündnis zum Lebensraum

Die frühesten Äußerungen Hitlers zum Bolschewismus und zu Russland lagen noch auf einer ähnlichen Linie wie die der traditionellen Antisemiten vom Schlage Müller von Hausen. Darin galt nicht erst die Revolution, sondern der 1914 gegen Deutschland heimtückisch entfesselte Weltkrieg als das entscheidende Mittel für den Griff des internationalen Judentums nach der Weltherrschaft – gerade indem die den Juden verhasstesten, weil ihrer Herrschaft feindlichsten Völker, Deutsche und Russen, aufeinander gehetzt wurden.

So bewegten sich die außenpolitischen Vorstellungen der NSDAP bis 1923 noch im Rahmen einer „sehr primitiv verstandenen Bismarcktradition“ (Kluke 1955: S. 242). Rosenberg etwa stellte die Konstellation der Mächte in eine starre geo-politische Kontinuität, wenn er 1921 im „Völkischen Beobachter“ als Bismarck-Exeget schrieb: „Mit Frankreich werden wir nie Frieden haben, mit Russland nie die Notwendigkeit eines Krieges“ (Rosenberg im Völkischen Beobachter vom 31.7.1921, zit. nach Horn 1968: S. 284).

Zwar stießen die verschiedenen Pläne oder Gedankenspiele, notfalls auch mit dem sowjetischen Russland in eine enge Zusammenarbeit zu treten, wie sie in Kreisen der Reichswehr und Industrie, der Nationalrevolutionäre und Deutschnationalen, aber auch auf dem linken Flügel der Naziartei selbst (im Umkreis der Strasser-Brüder) gehegt wurden, bei Hitler und Rosenberg von Beginn an auf heftige Ablehnung – aber vor allem deshalb, weil sie ein Verrat am gemeinsamen Kampf beider Völker gegen die jüdische Zersetzung und damit

an der einzig zukunftsweisenden Bündnisoption Deutschlands waren: der mit einem wiederhergestellten „nationalen Russland“.

Von dieser Position aus lehnte Hitler die wiederholten kommunistischen Avancen für einen gemeinsamen Kampf gegen Versailles ab – so in einer Rede im April 1922 zum Vertrag von Rapallo: „Die Blätter wussten zu berichten, dass Deutschland durch das Bündnis mit Russland einen großen Erfolg erzielt habe. Wo ist nun dieser Erfolg? Nicht die Völker haben sich gefunden, sondern die führenden Juden (Beifall).“ Einem „Genossen der KPD“, der sich zu Wort gemeldet hatte, erklärte Hitler laut Polizeibericht: „ein Zusammengehen wäre wohl möglich; aber solange man unsere Versammlungen sprengt und unsere Leute blutig schlägt, ist dies unmöglich“. Im Übrigen – wäre der Umsturz vom 9. November 1918 „ehrlich gemeint gewesen“, dann „hätte er *eine* Folge haben müssen: *Kampf* gegen den kapitalistischen Westen“. Stattdessen sei Deutschland unterminiert und alles unternommen worden, den „Judenstaat“ auch hier aufzurichten. Statt mit den „Verderbern Russlands zu verhandeln“, müsse es darauf ankommen, „das russische Volk aufzurufen, seine Peiniger abzuschütteln, um ihm dann näherzutreten zu können“ (Hitler 1922: S. 629).

Gegenüber einem künftigen „nationalen Russland“, das als natürlicher Verbündeter Deutschlands galt, konnten natürlich keine Ansprüche auf „Lebensraum“ geltend gemacht werden. Das Wort selbst tauchte in der frühen NS-Publizistik so gut wie nicht auf. Im ersten Parteiprogramm von 1922 war zwar von einer „großzügigen Ostsiedlung“ die Rede. Aber diese habe sich, so Rosenberg in seinen Erläuterungen zum Programm, zunächst auf die „Raumsicherung im heute polnisch-tschechischen Osten“ zu konzentrieren (So in der Originalfassung von 1922: S. 16).

Erst nach der Niederlage des Münchner Putschversuchs im November 1923, in den Monaten des gegen ihn und seine Mitkämpfer angestregten Hochverratsprozesses, begann Hitler, seine früheren Strategien zu überprüfen. In einem kaum beachteten Zeitschriften-Beitrag im April 1924 kam er auf die imperialen Optionen des Wilhelminischen Reiches zurück, zwischen denen es vor 1914 haltlos geschwankt habe, obwohl sie alternativ zueinander gestanden hätten: „entweder man entschloss sich unter Verzicht auf Seehandel und Kolonien, unter Verzicht auf Überindustrialisierung usw., Bauernland zu gewinnen; dann mussten die deutschen Regierungen erkennen, dass dies nur im Bunde mit *England* gegen *Russland* zu erreichen war; oder man wollte Seemacht und Welthandel, dann konnte aber auch nur ein Bündnis mit Russland gegen England in Frage kommen, selbst um den Preis eines rücksichtslosen Aufgebens des gänzlich unmöglichen Habsburgerreiches“ (Hitler 1924: S. 282).

Aus dem gesamten Kontext geht hervor, dass Hitler – anders als bisher – zur ersteren Option tendierte. Dieses gedankliche *renversement des alliances* hatte

mit handfesten Veränderungen der Weltlage zu tun. Der „Faschismus“ unter Führung Mussolinis hatte sich in Italien als ein neues autoritär-korporatistisches Staatsmodell und als Faktor einer revisionistischen Europa- und Weltpolitik etabliert, mit dem Deutschland sich potentiell alliieren konnte. Großbritannien hatte sich in der Ruhrkrise von 1923 deutlicher als zuvor von Frankreich distanziert und wurde von Hitler (entgegen der wilhelminischen Kriegspropaganda) als ein imperiales „Herrenvolk“ par excellence herausgestellt. Dagegen konnte der Tod Lenins und der Streit der (vorwiegend nicht-russischen, meist jüdischen) Diadochen um die Nachfolge als ein „Fingerzeig des Schicksals“ gedeutet werden, dass das seiner nationalen Eliten beraubte, frisch zusammengezimmerte neue Staatsgebilde der UdSSR „reif zum Zusammenbruch“ sei. Danach würde es sich kaum mehr um die Wiederherstellung des alten russischen Großreiches handeln, sondern um seine Aufteilung, zumal das „weiße Russland“ der Emigranten als ernstzunehmender Machtfaktor inzwischen ausschied.

Erst im zweiten Band von „Mein Kampf“, der Anfang 1927 erschien, zog Hitler aus seiner apokalyptisch-antisemitischen Weltanschauung auch die Konsequenz einer expliziten globalpolitischen Neuorientierung, in deren Zentrum „das Verhältnis Deutschlands zu Russland“ stand. Alle Tendenzen der „Ostorientierung“, wie er sie offensichtlich auch unter den Anhängern der eigenen Partei voraussetzte, gelte es nun „ohne Rücksicht auf ‚Traditionen‘ und Vorurteile“ durch eine neue „Ostpolitik“ zu ersetzen, deren oberster Gesichtspunkt es sein müsse, „dem deutschen Volk den ihm gebührenden Grund und Boden dieser Erde zu sichern“ (Hitler, zit. nach Jäckel 1980: S. 739).

Diese abenteuerliche und radikale Wendung erhielt einen Schein von Realismus und Plausibilität allein durch eine spekulative Annahme, die Hitler als „Fingerzeig des Schicksals selbst“ deklarierte: „Indem es (das Schicksal) Russland dem Bolschewismus überantwortete, raubte es dem russischen Volke jene Intelligenz, die bisher dessen staatlichen Bestand herbeiführte und garantierte.“ Vom „germanischen Kern seiner oberen leitenden Schichten“ habe Russland Jahrhunderte lang gezehrt. „Er kann heute als restlos ausgerottet und ausgelöscht angesehen werden. An seine Stelle ist der Jude getreten. So unmöglich es dem Russen an sich ist, aus eigener Kraft das Joch des Juden abzuschütteln, so unmöglich ist es dem Juden, das mächtige Reich auf die Dauer zu erhalten [...] Das Riesenreich im Osten ist reif zum Zusammenbruch. Und das Ende der Judenherrschaft wird auch das Ende Russlands sein“ (ebd., S. 742 f.).

Mit der in „Mein Kampf“ erstmals zusammenhängend dargelegten neuen Politik und Ideologie konnte sich Hitler nach seiner Entlassung aus der Festungshaft im Sommer 1925 in der ihm halb entglittenen Partei nur gegen heftige Widerstände wieder durchsetzen. Der Strasser-Flügel, der die Mehrzahl der norddeutschen Landesverbände repräsentierte und mit dem jungen Goebbels

einen neuen, wirkungsvollen Agitator und Literaten gewonnen hatte, vertrat eine völkisch-nationalistische Position, worin Sowjetrußland – bei aller handfest ausgetragenen Rivalität mit den Kommunisten – nicht nur einen potentiellen Bündnispartner, sondern sogar ein latentes Vorbild abgab (fast so, wie es Karl Radek 1923 in seinen „Schlageter“-Phantasien eines revolutionären Bündnisses von Kommunisten und Nationalisten gegen die französische Ruhrbesetzung ausgemalt hatte).

8 Der Weg zur Macht und die Phase der „Antikomintern“-Politik

In der Propaganda, die die Nationalsozialisten ab 1930 zu triumphalen Wahlsiegen und binnen zwei, drei Jahren an die Macht führte, spielten die Themen und Thesen aus „Mein Kampf“ allerdings nur eine untergeordnete Rolle. Die Forderung nach „Lebensraum im Osten“ durch einen Sturz des „jüdischen Bolschewismus“ mit anschließendem „neuen Germanenzug“ kam in den Wahlprogrammen der Partei und in den Brandreden Hitlers oder Goebbels explizit kaum vor.

Auch nach 1933 blieb die Position der Nazipartei gegenüber dem Bolschewismus und der Sowjetunion schwankend, nicht nur praktisch-politisch, sondern auch theoretisch-weltanschaulich (Koenen 1998: S. 191-214). In der Phase der „Antikomintern“-Politik von Anfang 1935 bis Ende 1938 wurden die alten Schemen des „jüdischen Bolschewismus“ zu neuem Leben erweckt – jedoch in steter Konkurrenz mit der komplementären These vom „asiatischen“ Charakter, der auf das Stalinsche System besser zu passen schien, sich allerdings auch mit gefährlich positiven Konnotationen verbinden ließ.

Alle diese widersprüchlichen Weltanschauungselemente blieben im übrigen stets den praktischen Zwecken und Imperativen der inneren und äußeren Politik untergeordnet: sei es zur Legitimation der antijüdischen Maßnahmen; sei es zur einseitigen Brechung der „Fesseln von Versailles“ und zur Schaffung eines eigenen, als „Antikomintern-Pakt“ deklarierten Bündnissystems mit Japan und Italien, dessen Spitze gegen die westlichen Mächte auf diese Weise kaschiert wurde. Vor allem gegenüber den britischen Konservativen mit ihrer Politik des „Appeasement“ leistete diese Propaganda eine Zeitlang gute Dienste.

9 Gegen das „internationale Finanzjudentum“. Ein „antibolschewistischer Kreuzzug“?

Mit dem Überfall im Juni 1941 – auf den es keinerlei ideologische Vorbereitungen gab – wurden über Nacht die Schleusen der antibolschewistischen Propagan-

da erneut geöffnet. Goebbels vermerkte in seinem Tagebuch zynisch, nun gelte es „die antibolschewistische Walze“ wieder aufzulegen (Goebbels 1995: S. 713). Vor allem die Offiziere und Soldaten der „Barbarossa“-Armee mussten indoktriniert werden, nicht nur um diesen neuen Krieg selbst zu begründen, sondern um die Außerkraftsetzung aller völkerrechtlichen Regelungen für die Behandlung von Kriegsgefangenen wie Zivilpersonen zu legitimieren. In den harschen Formeln der militärischen Befehle und Geheimbefehle (angefangen mit dem „Kommissarsbefehl“) wie in der begleitenden Propagandaliteratur erwies sich erneut die plastische Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit der NS-Ideologie, die sich je nach Autor, Adressat und Situation der Hassformeln des „jüdischen Bolschewismus“, „slawischen Untermenschen“ oder „Asiatentums“ bediente und damit jedem etwas bot.

Auch Rosenberg hatte auf einer internen Sitzung vor Beginn des Feldzugs die Propaganda, die ihn begleiten sollte, von vornherein Lügen gestraft: „Wir führen [...] heute nicht einen ‚Kreuzzug‘ gegen den Bolschewismus, allein um die ‚armen Russen‘ vor diesem Bolschewismus für alle Zeiten zu erretten, sondern um deutsche Weltpolitik zu treiben [...] Ein Krieg mit dem Ziel, ein ungeteiltes Russland zu errichten, scheidet deshalb aus. Stalin mit einem neuen Zaren zu vertauschen oder gar einen nationalistischen Führer einzusetzen in diesem Gebiete, das würde alle Energien erst recht einmal gegen uns mobilisieren“ (aus den Akten des Amtes Rosenberg, zit. nach Weißbecker 1994: S. 37). Es war also ein Eroberungs- und Versklavungskrieg gegen Russland selbst, nicht gegen „den Bolschewismus“. Dem entsprach die Proklamation eines „Großen Vaterländischen Krieges“ von Seiten der sowjetischen Führung.

Hannah Arendts Feststellung: „Freiheit vom Inhalt der eigenen Ideologie charakterisiert die innerste Schicht der totalitären Hierarchie“ (Dies. 1986: S. 606), findet in Hitlers Monologen im Führerhauptquartier oder in seinen Tischgesprächen schlagende Bestätigung. Bei derselben Gelegenheit, bei der er forderte, die unterworfenen Völker Russlands „auf möglichst niedrigem Kulturniveau zu halten“, da sie „in erster Linie die Aufgabe haben, uns wirtschaftlich zu dienen“, sprach er bewundernd über Stalin. Wenn dieser „beim russischen Volk in den vergangenen Jahren Methoden angewandt habe, wie sie damals Karl der Große beim deutschen Volk angewandt hätte, so dürfe man mit Rücksicht auf den derzeitigen kulturellen Stand der Russen nicht den Stab darüber brechen“ – so wenig wie über Karl, den der gute Rosenberg in seinem unlesbaren „Mythus des 20. Jahrhunderts“ noch als „Sachsenschlächter“ verschrien habe, nur weil er die erforderliche „staatliche Organisation durch Gewalt zusammengebracht“ habe (Picker 1989: S. 214).

Vom „jüdischen Bolschewismus“ ist hier wie in den meisten internen Erörterungen der Naziführung über die Sowjetunion kaum die Rede – und je länger

der Krieg im Osten dauerte, umso weniger. Im Gegenteil, auch die Verwendung der Juden im Sowjetapparat erschien jetzt als Akt staatsmännischer Klugheit. So nannte Hitler Stalin sogar einen der größten lebenden Menschen, da er es geschafft habe, „aus dieser slawischen Kaninchenfamilie einen Staat zu schmieden“, wofür er sich habe „zwangsläufig der Juden bedienen“ müssen (nach einer Aufzeichnung Koeppens vom 23.9.1941, zit. nach Zitelmann 1991: S. 442). Stalins „großem Aufräumen in der Generalität“ (Picker 1989: S. 447) stand Hitler ebenfalls mit einigem Verständnis gegenüber und war heilfroh, „dass es Stalin nicht gelungen sei, die kommunistische Anschauung der gesamten Roten Armee einzupflanzen“, da diese sonst womöglich – wie eine „Weltanschauungsdivision“ auf der Halbinsel Kertsch im Mai 1942 – „bis zum Sterben kämpfe“ (ebd., S. 313). Er selbst beklagte immer öfter, dass er zugunsten des alten Offizierskorps auf die Heranbildung eines „revolutionären Offiziers- und Generalsnachwuchses“ verzichtet habe (ebd., S. 52).

Und noch wenn Hitler rechtfertigend von der „ungeheuren Gefahr“ sprach, die der „geniale“ Stalin „mit seinen Weltrevolutionsplänen und seinem beabsichtigten Überfall auf Mittel- und Westeuropa“ 1941 bedeutet habe, da „hinter Stalin [...] der Jude“ stehe (ebd., S. 448) – dann klang das völlig anders als die Feststellung in „Mein Kampf“, wonach es „dem Juden“ konstitutionell unmöglich sei, „das mächtige Reich auf die Dauer zu erhalten“ (Hitler 1934: S. 742 f.). Was war aber dann übrig vom „Fingerzeig des Schicksals selbst“, der ihm in seiner Festungshaft Russland als das große Kolonialland im Osten „angewiesen“ hatte? Man könnte diese Kette vollkommen widersprüchlicher Äußerungen, die sich je nach Kriegs- und Großwetterlage drehen und wendeten, fast beliebig vermehren. Hatte Goebbels noch Mitte 1942 den wachsenden Widerstand der Roten Armee als „die durch wildwütigen Terror zur Widerstandskraft organisierte primitive Animalität des Slawentums“ denunziert, so musste er im März 1945 „zu der peinlichen Überzeugung kommen, dass die militärische Führerschaft der Sowjetunion aus einer besseren Klasse zusammengesetzt ist als unsere eigene“ (ebd., S. 742 f.). Dies freilich nur für das eigene Tagebuch.

Und wenn Hitler in seinen letzten Tagen vom „stärkeren Ostvolk“ sprach, dem die Zukunft gehöre, während er in seinem Bormann diktierten „Testament“ noch einmal den Popanz des „jüdischen Bolschewismus“ beschwor, so war das offenkundig nur der letzte legitimatorische Titel, auf den er sich noch hätte berufen können (Hitler 1981: S. 116). Noch absurder: Selbst in diesen letzten Diktaten sprach Hitler wieder anerkennend davon, dass Stalin die jüdische Intelligenz, die er zur Zersetzung des Zarenreichs einst gebraucht habe, inzwischen erfolgreich liquidiert habe. War es also jetzt Stalin und dem „stärkeren Ostvolk“ aufgetragen, dem Weltjudentum in Gestalt der westlichen Plutokratie entgegentreten?

10 „Lebensraum“ und „Endlösung“

Was bleibt also von der geläufigen Vorstellung, dass sich eine Trias von Antibolschewismus, Antisemitismus und antislawischem Rassendünkel in der fixen Zielvorstellung von „Lebensraum“ und Judenvernichtung konkretisiert habe? Gerade dieser Nexus ist zweifelhaft. Zwar steht außer Frage, dass die Entscheidung zur „Endlösung der Judenfrage“ im Zusammenhang des Hitlerschen „Ostfeldzuges“ gefallen ist. Die neueren Forschungen konvergieren überwiegend jedoch in dem Befund, dass es sich um einen Prozess kumulativer Entscheidungen handelte, in denen nur wenig von vornherein feststand. Und wenn eine Reihe von Indikatoren auf den Dezember 1942 als eine nochmalige „Zäsur im Gesamtgeschehen“ (Diner 1999: S. 222) hindeuten, dann hatte das offensichtlich mit der Kriegserklärung an die USA zu tun. Am Tag darauf, am 12. Dezember 1941, erklärte Hitler jedenfalls seinen versammelten Reichs- und Gauleitern, nun werde seine „Prophezeiung“ in Erfüllung gehen, dass die Juden, die diesen neuen Weltkrieg zu verantworten hätten, ihre „Vernichtung erleben“ würden (Goebbels 1992: S. 498 f.). Damit spielte er eindeutig auf seine Reichstagsrede vom Januar 1939 an.

Ein halbwegs kohärentes Bild vom bolschewistischen Russland und von der Sowjetunion Stalins ist bei alledem nicht zu erkennen. Es handelte sich, wie Manfred Weißbecker treffend schrieb, „gleichsam um ein ‚Schüttelbild‘“ (Weißbecker 1994: S. 53), in dem die längst abgedroschenen Themen und Topoi wie in einem endlosen Recycling in immer neuer Legierung auftauchten. Statt durch genuine ideologische Überzeugungen waren Reden und Handeln eher durch eine die Massen steuernde und konditionierende Propaganda bestimmt, deren abrupte Tendenzwechsel jeweils praktischen Bedürfnissen gehorchten.

Im Weltbild und in der geschichtlichen Ambition Hitlers und seiner Führungsgarde hat es vielleicht nur zwei feste Pole gegeben: Erstens die Überzeugung, dass allein der Kampf um das „größere Reich“ durch Gewinnung neuen „Lebensraums“ auf dem Boden des europäischen Kontinents den Bestand des deutschen Volkes als dem Kern der „weißen“ arisch-germanischen Rasse würde sichern können; und zweitens, dass es zur Ausbildung eines gesunden, kampffähigen Volkskörpers der „Entfernung der Juden überhaupt“⁴ als des schlechthin feindlichen, zersetzenden Gegenparts bedürfe. Alles andere war offen und dem Gang der Geschichte, dem „Schicksal“, dem politischen Geschick und dem Kriegsglück anheim gegeben.

⁴ So heißt es bereits in Hitlers frühester politischer Äußerung, seinem Brief an Adolf Gemlich vom September 1919, zit. nach: Deuerlein 1968: S. 201 ff.

Die mehrfache Radikalisierung dieser Ziele und Ambitionen unterlag allerdings einer Logik der Steigerung, worin jeder der unvermuteten, durch die Fehler und Schwächen der überrumpelten Gegner errungenen diplomatischen und militärischen Triumphe nur den Weg bereitete zur zwangsläufigen Überspannung aller Kräfte und zur maßlosen Entgrenzung aller Ziele. Es musste immer weiter, immer vorwärts gehen. Jeder Rückschlag konnte nur mit der Steigerung der eingesetzten Mittel beantwortet werden. Ausrottungen und Versklavungen größten Stils waren in diesem Projekt von vornherein einkalkuliert und nahmen mit den ersten Anzeichen des künftigen Scheiterns immer monströseren Umfang an. So weit dies einer Ratio folgte, dann war das die kollektive Bindung der „Volks-genossen“ im Verbrechen, das heißt, der mehr oder weniger bewusste Abbruch und das systematische Verbrennen aller politischen und moralischen Brücken, die etwa noch zu einem friedlichen Ausgleich und zur zivilisierten Existenz einer Nation unter Nationen hätten zurückführen können.

11 Schlussbetrachtung: Der russische „Nexus“

Auch im Rückblick auf die Weimarer Republik und die Machtergreifung der Nationalsozialisten stellt sich der „Nexus“ mit dem bolschewistischen Russland vollkommen anders dar, als es dem geläufigen Bild eines virulenten Komplexes aus Antikommunismus, Antisemitismus und Russlandfeindschaft entspricht. Die eigentliche Grundverspannung der Republik war vielmehr die zwischen einer zunehmenden ökonomischen und kulturellen Westintegration und einer vagen „Ostorientierung“ als politisch-intellektueller Abwehr und Affektbildung, die von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten reichte, aber auch maßgebliche Teile der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Mitte sowie der brodelnden Weimarer Kulturszene erfasste. Teil dieses Syndroms waren auch die (zum Teil konspirativen) Nebenpolitiken, die die Reichswehrführung, Teile der Großindustrie und bestimmte Berufsverbände und Interessengruppen mit und gegenüber Sowjetrußland trieben. Sie alle waren ein Stück „geheimes Deutschland“ im Wartestand: auf die Krise, den Führer, eine globale Verschiebung der Kräfte. Aber nie, so oft und intim unter führenden Militärs von Reichswehr und Roter Armee darüber geredet wurde, kamen beide Länder in die Nähe eines effektiven politisch-militärischen Bündnisses. Es entstanden informelle Verbindungen, persönliche Affinitäten, eine Art virtueller Waffenbrüderschaft – aber nichts, was den Veränderungen der Politik nach 1933 und im Weltkrieg hätte standhalten können.

Man kann das dahin verallgemeinern, dass die Beziehungen der Weimarer Republik zu Sowjetrußland insgesamt einen Zug des Virtuellen trugen. Nach

offiziöser Version sollten das Abkommen von Rapallo 1922 und der daran anschließende „Berliner Vertrag“ 1926 ein diplomatisches „Gegengewicht“ bilden. Aber zu was eigentlich? Soweit sich 1925 nach Locarno ein Spielraum einer konstruktiven Politik nach Westen ergab, wurde er jedenfalls nicht genutzt. Wäre der Antibolschewismus eine so dominante Haltung in der Weimarer Politik und Publizistik gewesen, wie er überwiegend gezeichnet worden ist, dann hätte der Weg der Weimarer Republik mit ganz anderer Gradlinigkeit zur Westintegration führen müssen. Tatsächlich dürfte aber niemand im politischen Spektrum der Weimarer Zeit mehr in einer Außenseiterposition gewesen sein als Leute wie der Industrielle Arnold Rechberg oder der verabschiedete General Max Hoffmann, die vorschlugen, sich mittels eines offensiven und prinzipiellen Antibolschewismus eng an die Westmächte anzuschließen, vor allem die USA, die bis 1932 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der UdSSR verweigerten.

Es war eher umgekehrt: Eine illusionäre „Ostorientierung“ hielt die Republik ständig in ihrem Bann und suggerierte ihr die Möglichkeit einer Politik der „freien Hand“ oder des „Gleichgewichts“, die zu ihrer Halt- und Bodenlosigkeit wesentlich beitrug. Diese Vorstellungen dienten als Surrogat der beschädigten Weltmachtträume – und hielten sie zugleich am Leben. Die elementare Weltkriegserfahrung, dass im Westen kein Durchkommen war, während der Osten in unbestimmter Gärung und „offen“ lag, gab das Grundmuster aller fundamentalistischen deutschen Selbsterfindungen ab. Wenn das rote Moskau das neue Mekka der „jungen Völker“ war, konnte Berlin das neue Medina werden, von dem aus sich noch unbekannte, entgrenzte Reichsbildungen denken ließen.

Wenn es also einen „Nexus“ zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus gab, dann lag er in dieser Dauerentzündung der imperialen Phantasien. Er lag andererseits in der Verschärfung aller Kategorien von Politik und Krieg. So wie die beiden Armeen aneinander Maßnahmen, sich aneinander schulten, neue Vernichtungstechniken explorierten, sich in virtuellen Kriegsszenarien übten und einen Kaderstock beliebig ausdehnbarer technisierter Massenarmeen ausbildeten, so war es zum Teil auch auf dem Felde der politischen Theorie, der Philosophie oder der „Geopolitik“ (vgl. Schlögel 1998: S. 255-272). Auch Bevölkerungswissenschaftler, Eugeniker, Hirnforscher und Rassenkundler – darunter nicht wenige, die im NS-Reich später zu den „Vordenkern der Vernichtung“ (Aly/Heim 1991) zählen sollten –, haben sich nicht zuletzt über das Studium der sowjetischen Literatur und Praxis ausgebildet, in der ähnlich „kühn“ und von konventionellen Hemmungen unbeschwert gedacht, geforscht und experimentiert wurde.⁵

⁵ Aus der mittlerweile reichhaltigen Literatur seien nur erwähnt: Aschoff 1998, Heim 1999, Schmuhl 2000; vgl. schließlich auch meine Darstellung in Koenen 1998: S. 125-145.

Hier wie dort ging es um eine positive Rivalität, einen Wettstreit in der hohen Kunst der Zuspitzung und des Denkens in Kategorien des „Ernstfalls“ (statt einer drögen, zivilen Normalität). In diesem Sinne haben wir uns nicht getäuscht, als wir 1968/69 in sozialwissenschaftlichen Universitätsseminaren und Schulungsgruppen in Frankfurt obligatorisch Carl Schmitts „Begriff des Politischen“ als Parallelektüre zu Lenins „Staat und Revolution“ lasen.



Literatur:

- „Historikerstreit“, 1987: Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München/Zürich.
- Aly, Götz/Susanne Heim, 1991: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg.
- Arendt, Hannah, 1986: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München/Zürich.
- Aschoff, Ludwig, 1998: Vergleichende Völkerpathologie oder Rassenpathologie. Tagebuch einer Reise durch Russland und Transkaukasien (EA 1930), hrsg. und mit einer Einleitung versehen von Susan Gross Solomon, Pfaffenweiler.
- Deuerlein, Ernst, 1968: Der Aufstieg der NSDAP 1919-1933 in Augenzeugenberichten, Düsseldorf.
- Diner, Dan, 1999: Das Jahrhundert verstehen. Eine universalhistorische Deutung, München.
- Domarus, Max (Hrsg.), 1962/63: Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945 (2 Bände), Band 1, Würzburg.
- Ferguson, Niall, 1999: Der falsche Krieg. Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert, Stuttgart.
- Fest, Joachim C., 1995: Hitler, Berlin/Frankfurt a. M..
- Furet, François/Ernst Nolte, 1998: „Feindliche Nähe“. Kommunismus und Faschismus im 20. Jahrhundert. Ein Briefwechsel, München.
- Gerlach, Christian, 1997: Die Wannsee-Konferenz, in: Werkstatt Geschichte X, S. 11 f.
- Giese, Fritz, 1925: Girlkultur. Vergleiche zwischen amerikanischem und europäischem Rhythmus und Lebensgefühl, München.
- Goebbels, Joseph, 1992: Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, hrsg. von Elke Fröhlich, Teil II: Diktate 1941-1945, Band 2, München.
- Goebbels, Joseph, 1995: Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, hrsg. von Elke Fröhlich, Teil II: Diktate 1941-1945, Band 4, München.
- Heim, Susanne, 1999: Bevölkerungsökonomie, Deportation und Vernichtung, in: Dahmann, Dittmar/Hirschfeld, Gerhard (Hrsg.), Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation, Essen, S. 501-534.

- Hitler, Adolf, 1922: Rede: „Genua als Völker- und Börsenkonferenz“. Nach dem Bericht im Völkischen Beobachter vom 21. April, in: Jäckel, Eberhard (Hrsg.), 1980: Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart, S. 629 ff.
- Hitler, Adolf, 1924: Warum musste ein 8. November kommen?, in: Deutschlands Erneuerung, H 4, zitiert nach: Horn, Wolfgang, 1968: Ein unbekannter Aufsatz Hitlers aus dem Frühjahr 1924, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte X, S. 280-294.
- Hitler, Adolf, 1934: Mein Kampf, Zweiter Band (einbändige Standardausgabe), München.
- Hitler, Adolf, 1981: Hitlers Politisches Testament. Die Bormann-Diktate vom Februar und April 1945, hrsg. Von Hugh Redwald Trevor-Roper, Hamburg.
- Hoppe, Ludwig, 1921: Sexueller Bolschewismus und seine Abwehr. Hrsg. von der Volksgemeinschaft zur Wahrung von Anstand und guter Sitte und des Deutschen Nationalkomitees zur Bekämpfung des internationalen Mädchenhandels, Berlin.
- Horn, Wolfgang, 1968: Ein unbekannter Aufsatz Hitlers aus dem Frühjahr 1924, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte X, S. 280-294.
- Jäckel, Eberhard, (Hrsg.), 1980: Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart.
- John, Eckhard, 1993: Musikbolschewismus. Die Politisierung der Musik in Deutschland 1918-1938, Stuttgart/Weimar.
- Kluke, Paul, 1955: Nationalsozialistische Europaideologie, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 3, S. 240-275.
- Koenen, Gerd, 1998: Utopie der Säuberung, Berlin.
- Laqueur, Walter, 1965: Deutschland und Russland, Berlin.
- Nekrich, Alexander, 1997: Pariahs, Partners, Predators, New York.
- Nolte, Ernst, 1987: Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus, Frankfurt a. M./Berlin.
- Peukert, Detlev, 1987: Die Weimarer Republik, Frankfurt a. M..
- Picker, Henry, 1989: Hitlers Tischgespräche (EA 1951), Frankfurt a. M./Berlin.
- Reuth, Ralf Georg, 1995: Goebbels. Eine Biographie, München.
- Schivelbusch, Wolfgang, 2001: Die Kultur der Niederlage. Der amerikanische Süden 1865 – Frankreich 1871 – Deutschland 1918, Berlin.
- Schlögel, Karl, 1998: Berlin: Ostbahnhof Europas. Russen und Deutsche in ihrem Jahrhundert, Berlin.
- Schmuhl, Hans-Walter, 2000: Rassenhygiene in Deutschland – Eugenik in der Sowjetunion: Ein Vergleich, in: Beyrau, Dietrich (Hrsg.), Im Dschungel der Macht. Intellektuelle Professionen unter Stalin und Hitler, S. 360-377.
- Schubert, Günther, 1963: Anfänge Nationalsozialistischer Außenpolitik, Köln.
- Seibert, Theodor, 1939: Der Brückenschlag, in: Völkischer Beobachter vom 23.8.1939, zitiert nach Weißbecker, Manfred, 1994: „Wenn hier Deutsche wohnten ...“ Beharrung und Veränderung im Russlandbild Hitlers und der NSDAP, in: Volkman, Hans-Erich (Hrsg.), Das Russlandbild im Dritten Reich, Wien, S. 30.
- Stalin, Josef, 1948: Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU (B) vom 10. März 1939, in: Ders., Fragen des Leninismus, Berlin (DDR), S. 686-689.
- Stephan, Cora, 1998: Das Handwerk des Krieges, Berlin.

Weißbecker, Manfred, 1994: „Wenn hier Deutsche wohnten ...“ Beharrung und Veränderung im Russlandbild Hitlers und der NSDAP, in: Volkmann, Hans-Erich (Hrsg.), Das Russlandbild im Dritten Reich, Wien.

Zeidler, Manfred, 1994: Reichswehr und Rote Armee 1920-1933. Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit, München.

Zitelmann, Rainer, 1991: Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, Stuttgart.

Autorenangaben

Hans-Christian Crueger M.A., Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Dr. Uffa Jensen, Postdoc im Graduiertenkolleg „Generationengeschichte. Generationelle Dynamik und historischer Wandel im 19. und 20. Jahrhundert" an der Georg-August-Universität Göttingen.

Dr. Gerd Koenen, Historiker und Publizist, Frankfurt a.M.

PD Dr. habil. Steffen Kailitz, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V., Dresden.

Prof. Dr. Claus Leggewie, Direktor des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen.

Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber, Fachhochschule des Bundes in Brühl.

Dr. Enrico Syring, Historiker, Allendorf/Climbach.

Prof. Dr. Barbara Zehnpfennig, Professur für Politische Theorie und Ideengeschichte, Universität Passau.